



# JAHRESBERICHT DER SPD BERLIN 2012 - 2014

 [www.spd-berlin.de](http://www.spd-berlin.de)

 [facebook.com/SPD.Berlin](https://facebook.com/SPD.Berlin)  [twitter.com/spdberlin](https://twitter.com/spdberlin)  [youtube.com/spdberlin](https://youtube.com/spdberlin)





# JAHRESBERICHT DER SPD BERLIN 2012 – 2014

## **Sozialdemokratische Partei Deutschlands**

Landesverband Berlin  
Müllerstraße 163  
13353 Berlin

Telefon 030.4692-222

[spd@spd-berlin.de](mailto:spd@spd-berlin.de)  
[www.spd-berlin.de](http://www.spd-berlin.de)

Verantwortlich Kirstin Fissan  
Erschienen Mai 2014

Bildrechte Umschlag: SPD Berlin · Horb · Steffen · Kegel  
Innenseiten: siehe Vermerke an den Fotos

■ <b>Wir gedenken unserer Toten</b>	6
■ <b>Vorwort</b>	8
■ <b>Landesvorstand</b>	
Landesvorstand	10
Kassenbericht	41
Landesschiedskommission	44
■ <b>Fachausschüsse</b>	
FA I Internationale Politik, Frieden und Entwicklung	45
FA II Europa und SPE-Aktivist*innen	49
FA III Innen- und Rechtspolitik	53
FA IV Kinder, Jugend, Familie	56
FA V Stadt des Wissens	59
FA VII Wirtschaft, Arbeit, Technologie	64
FA VIII Soziale Stadt · Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung	66
FA IX Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz	68
FA X Natur, Energie und Umweltschutz	69
FA XI Mobilität	72
■ <b>Foren und Kommission</b>	
Forum Sport	74
Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie	76
Forum Netzpolitik	78
Historische Kommission	80
■ <b>Arbeitsgemeinschaften</b>	
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)	83
Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD (AfB)	87
Arbeitsgemeinschaft der Seniorinnen und Senioren (AG 60plus)	88
Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt	94
Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen (AGS)	102
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)	104
AG Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	109
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)	113
Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos)	116
Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der Berliner SPD (Schwusos)	129
AG Selbst Aktiv · Menschen mit Behinderungen in der SPD Berlin	132

■ <b>Arbeitskreis</b>	
Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten	136
■ <b>Arbeitsgruppen</b>	
Arbeitsgruppe sozialdemokratischer BürgermeisterInnen und StadträtInnen	139
Arbeitsgruppe sozialdemokratischer Fraktionsvorsitzender	140
■ <b>Fraktionen</b>	
Abgeordnetenhausfraktion	141
Berliner Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion	156
Europäisches Parlament · Dagmar Roth-Behrendt - MdEP	163
■ <b>Sonstige Berichte</b>	
SGK · Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik e.V.	169
■ <b>Anhang</b>	
Landesvorstandliste	172
Landesparteitage	176
Rechenschaftsbericht für das Jahr 2011	181
Rechenschaftsbericht für das Jahr 2012	184
Mitgliederentwicklung 2012 – 2013	187

**WIR GEDENKEN UNSERER TOTEN**

Wolfgang Behrendt	11. Dezember 2012
Wolfgang Bolz	14. Oktober 2013
Karla Borsky-Tausch	17. Februar 2013
Reinhard Bühling	25. August 2012
Willy Buley	25. September 2013
Michael Bürsch	9. Dezember 2012
Frank Dahrendorf	04. Juni 13
Günter van Deel	29. Mai 2013
Karin Dehn	14. Februar 2013
Otto Eigen	9. Februar 2013
Mohamad El-Tayeh	13. Juni 2013
Kurt Fahldieck	23. März 2014
Joachim Fiebelkorn	5. Oktober 2013
Christel Folger	4. Dezember 2012
Erwin Fröhlich	15. Juli 2012
Inge Frohnert	21. Januar 2013
Fred Grenkowitz	4. Januar 2014
Karen Greve	27. April 2014
Manfred Grieger	12. März 2012
Hans Hargesheimer	29. Juli 2013
Hanns-Peter Herz	1. September 2012
Heinz Hoefler	27. September 2013
Harold Hurwitz	30. Juni 2012
Mechthild Jahn	27. Januar 2012
Thomas Kleineidam	31. August 2013
Günter Kuppe	31. Dezember 2013
Werner Liermann	10. Mai 2013

Günter Lischke	15. Oktober 2012
Peter Malik	26. März 2013
Eva Meissner	28. Dezember 2013
Gerhard Melitz	5. Februar 2013
Wolfgang Mellwig	16. November 2013
Kurt Neubauer	9. Dezember 2012
Hans Noetzel	8. April 2013
Wolf-Dieter Panse	9. April 2013
Waltraud Plitzkow	6. März 2013
Sofie Rettig	28. Juli 2013
Dorothea Schroer	15. Mai 2012
Klaus Schütz	29. Dezember 2012
Gerhard Schwenk	7. Oktober 2013
Walter Sickert	21. Februar 2013
Gertrud Spethmann	7. Mai 2012
Claudia Tietje	17. Januar 2013
Valentin Topp	29. Juli 2012
Axel Vierhufe	20. Januar 2014
Ingrid Wäzner	11. März 2013
Walter Wenzel	27. Juni 2013

## VORWORT

**Liebe Genossinnen,  
liebe Genossen,**

Die Berliner SPD ist die Berlin-Partei. Wir sind in allen Bezirken aktiv, in allen Kiezen verankert. Wir tragen Verantwortung für die Berliner Politik in den Bezirken und im Land. Wir sind in Berlin gesellschaftlich verwurzelt, stehen im regen Kontakt mit Gewerkschaften, der Berliner Wirtschaft, Vereinen, sozialen Trägern und auch einfach mit Bürgerinnen und Bürgern. Wir wissen aus unserer Arbeit in fast 120 Abteilungen vor Ort, wo es Probleme gibt und übrigens auch, wo etwas richtig gut läuft.



Dass Berlin heute eine wachsende und weltweit bewunderte Metropole ist, das ist das Ergebnis richtiger Politik und deshalb maßgeblich unser Verdienst als Berliner Sozialdemokratie. Aber natürlich gibt es weiterhin große, vor allem soziale Herausforderungen. Es ist deshalb jetzt unsere Aufgabe, das Wachstum der Stadt sozial gerecht zu gestalten. Wir tragen die Verantwortung dafür, dass unser Bildungssystem und unsere sozialen Einrichtungen den steigenden Anforderungen gewachsen bleiben. Die SPD ist die Partei in Berlin, die sich um bezahlbaren Wohnraum kümmert und dafür sorgt, dass unsere Infrastruktur mit der Stadt mitwächst. Und wir müssen die Verwaltung tatsächlich an die wachsenden Aufgaben anpassen, geredet wurde darüber nun lange genug.

Wir diskutieren in der Partei die gesellschaftliche Entwicklung und erarbeiten gemeinsam politische Konzepte. In den zurückliegenden zwei Jahren haben wir als SPD Berlin viel erreicht: Wir haben uns mit der Zukunft der Rente befasst und ein eigenes rentenpolitisches Konzept erarbeitet. Dieses Konzept ist maßgeblich von der Bundespartei aufgegriffen worden, nachdem wir bundesweit Bündnispartner gewinnen konnten, und es wurde Teil des Regierungsprogramms zur Bundestagswahl. Wir haben das Thema „bezahlbares Wohnen“ auf die politische Agenda gesetzt. Die SPD-Forderung nach einer Mietpreisbremse im Bundestagswahlkampf ging auf eine Initiative der Berliner SPD zurück und wird nun von der Bundesregierung umgesetzt. Und wir haben darauf geachtet, dass es beim Mindestlohn keine Unterschiede zwischen Ost und West gibt, sondern dieser bundesweit einheitlich eingeführt wird. Und nun führen wir eine innerparteiliche Diskussion über eine gerechtere Sozialpolitik. Ich bin mir sicher, dass uns auch diese Diskussion konkrete politische Erfolge bringen wird.

Das sind die ganz wesentlichen Aufgaben der Partei: In der Stadt und in den Kiezen fest verankert zu sein, gesellschaftliche Entwicklungen aufzunehmen, inhaltliche Konzepte zu entwickeln und diese dann umzusetzen. Dabei gilt es immer wieder, verschiedene Interessen gegeneinander abzuwägen und gemeinsam die besten Lösungen zu finden. In einer sich zunehmend individualisierenden Gesellschaft braucht es die Sozialdemokratie umso mehr, die gemeinsam mit Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern darauf achtet, dass die Schwächsten nicht einfach übergangen und abgehängt werden.

Das Thema Tempelhofer Feld zeigt aktuell ganz anschaulich diese Stärke der Berliner SPD. Wir haben die Öffnung des Feldes für alle durchgesetzt, und zwar gegen teils erbitterte Widerstände. Doch wir wussten: Die Berlinerinnen und Berliner werden das Feld annehmen. Wir haben gemeinsam über die Entwicklung des Feldes diskutiert. Einige meinungsstarke Anlieger reklamieren nun mit ihrer Initiative das Feld allein für sich. Sie wollen ihr Nutzungsinteresse durchsetzen. Die SPD ist in der Verantwortung, nicht nur die Interessen einzelner, sondern aller Berlinerinnen und Berliner zu berücksichtigen. Nicht nur die Lautesten, sondern alle sollen etwas vom Tempelhofer Feld haben.

In einer wachsenden Stadt brauchen wir natürlich Grünflächen zur Erholung, für Sport und Freizeit. Aber wir brauchen eben auch mehr bezahlbaren Wohnraum. Mit der Randbebauung, bei der eine riesige Freifläche erhalten bleibt, haben wir einen ausgewogenen Vorschlag gemacht, der sehr viele Interessen in Einklang und der gesamten Stadt Vorteile bringt. Wir sichern die Freifläche und schaffen bezahlbaren Wohnraum.

Wir haben in den vergangenen zehn Jahren in Berlin die Grundlagen für das Wachstum der Stadt gelegt. Zukünftig wird es vor allem darum gehen, das Wachstum zu gestalten. Als Berliner Sozialdemokratie werden wir unsere Verantwortung wahrnehmen.

*Euer*

**Jan Stöß**  
*Landesvorsitzender der SPD Berlin*

## LANDESVORSTAND



## DIE WICHTIGSTEN THEMEN

Der Beginn des Jahres 2012 wurde geprägt durch die **Neuwahl des Landesvorstands**. In vier Mitgliederforen stellten sich die beiden Kandidaten Michael Müller und Jan Stöß den Mitgliedern vor und warben für ihre Kandidatur. Auf dem Landesparteitag am 9. Juni 2012 wurde **Jan Stöß** zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Mit dem neuen Landesvorsitzenden wählten die Delegierten zugleich den von ihm vorgeschlagenen Geschäftsführenden Landesvorstand (GLV) mit **Barbara Loth, Iris Spranger, Ulrike Sommer, Fritz Felgentreu** und **Philipp Steinberg**.

Der neue GLV setzte sich gleich zu Beginn seiner Amtsperiode auf einer Klausurtagung neue Themenschwerpunkte, die hier im Einzelnen aufgeführt werden sollen. Viele der Themen wurden auch Bestandteil des Bundestags- und des Europa-Wahlkampfes.

*Klausur des  
neu gewählten  
geschäftsführenden  
Landesvorstands:*

*Hinten, v.l.n.r.:  
Fritz Felgentreu,  
Jan Stöß,  
Philipp Steinberg*

*Vorne, v.l.n.r.:  
Ulrike Sommer,  
Iris Spranger,  
Barbara Loth*



FOTO: STEFFEN

Gleich mit Beginn der neuen Amtsperiode wurde das Thema **Renten und Altersvorsorge** auf die Agenda der Berliner SPD gehoben. Der Landesvorstand steht zu seinem landes- aber auch bundespolitischen Anspruch, auch auf Bundesebene als Berliner SPD wahrnehmbar zu sein. Viele gesellschaftliche Entwicklungen nehmen in Berlin ihren Anfang. Die Expertise der Berliner Parteibasis soll deshalb in die Beratungen auf Landes- und Bundesebene einfließen.

Die politischen Vorgaben der schwarz-gelben Bundesregierung hin zu einer weiteren Absenkung des Beitragssatzes und damit eines langfristigen Verbrauchs der Reserven in der Rentenkasse, machte insbesondere für den Landesvorsitzenden Jan Stöß ein Handeln zwingend erforderlich. Die Berliner SPD brachte deshalb frühzeitig einen eigenen Vorschlag in die Debatte um die Alterssicherung ein. Angesichts eines wachsenden Niedriglohnssektors, Minijobs und dem Vorhaben von Schwarz-Gelb das Rentenniveau auf 43 Prozent zu senken, sah der Berliner Landesvorstand dringenden Handlungsbedarf. So wurde am 20. August 2012 einstimmig das Rentenkonzept „Für eine solidarische und gerechte Alterssicherung“ beschlossen, das die Sicherung der Menschen im Alter vor Armut und sozialem Abstieg beinhaltet. „Hier geht es um Gerechtigkeit: Wer sein Leben lang gearbeitet und eingezahlt hat, der muss am Ende von seiner Rente leben können“, so Stöß.

Das knapp gehaltene, aber inhaltlich umfangreiche Konzept beinhaltet u.a. das Einfrieren des Rentenniveaus bei ca. 51 % durch eine moderate Anhebung des Beitragssatzes, die Rente nach Mindestentgeltpunkten, eine Höherbewertung von Pflegezeiten und Kinderbetreuung, um die Lücken in der Erwerbsbiographie heutiger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schließen und die Abschaffung der Rentenabschläge bei Eintritt in die Erwerbsminderungsrente vor dem 63. Lebensjahr. Das Rentenkonzept wurde in die Gliederungen der Berliner SPD zur breiten Diskussion überwiesen. Bis zum Antragschluss für den Landesparteitag am 27. Oktober konnten Änderungsanträge aus den Abteilungen und Kreisen eingebracht werden.

Mit der rentenpolitischen Fachtagung am 29. August wurde den interessierten Genossinnen und Genossen sowie Expertinnen und Experten aus Verbänden, Politik und Institutionen die Möglichkeit gegeben, die bisherigen Ergebnisse zu diskutieren und eigene Impulse zu setzen. Zeitgleich brachte die schwarz-gelbe Bundesregierung die Zuschuss-Rente ins Spiel. Die Unsinnigkeit dieses Instruments stellte der Landesvorsitzende im Zuge der rentenpolitischen Debatte heraus: „Diese Zuschussrente soll nur kriegen, wer privat vorsorgt – aber wem bleibt bei geringem Gehalt am Ende dafür noch das Geld. Nur 850 Menschen würden in einer Millionenstadt wie Berlin davon profitieren. Das zeigt, dass die Berliner SPD hier auf dem richtigen Weg ist, um Schutz vor Altersarmut nicht wenigen, sondern allen zu garantieren“, so Jan Stöß.

Der Leitantrag zur Rentenpolitik wurde einstimmig vom Landesparteitag am 27. Oktober 2012 angenommen und fand maßgeblich Eingang in den rentenpolitischen Beschluss des SPD-Parteivorstands. Aufgrund des Drucks und der inhaltlichen Vorgaben durch die Berliner SPD wurde erwirkt, dass das Rentenniveau bis 2020 bei 50 % eingefroren wird, zur Finanzierung der Beitragssatz erhöht und eine Nachhaltigkeitsreserve aufgebaut wird. Das so überarbeitete Rentenkonzept der Bundes-SPD fand Eingang in das Augsburger Programm für den Bundestagswahlkampf 2013.

Die SPD ist eine der ersten Parteien gewesen, die auf die technische Revolution durch das Internet reagiert hat. Allen voran war und ist es die Berliner SPD, die sich hier in den gesellschaftlichen Prozess einbringt. „Als Partei des Fortschritts und der sozialen Gerechtigkeit müssen wir die **digitale Teilhabe** als zeitgemäße soziale Frage aufgreifen“, so Philipp Steinberg, der sich als stellvertretender Landesvorsitzender des Themas angenommen hat. Traditionell sind eher Steuer- und Sozialpolitik die Mittel der Wahl, wenn es um die Umsetzung dieser Prinzipien geht. Hier muss sich die Perspektive erweitern: Wer kontrolliert meine Daten? Unter welchen Bedingungen habe ich Zugang zu Informationen und gesellschaftlicher Teilhabe in Zeiten zunehmender Digitalisierung des Lebens? Diese Fragen, die bislang unter der Überschrift „Netzpolitik“ bearbeitet werden, sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Die Berliner SPD hat deshalb die Kontrolle und den Zugang zu Daten und digitaler Partizipation als einer neuen sozialen Frage neben dem Thema Rente und Lebensstandardsicherung im Alter zu einem der beiden Schwerpunkte des Landesparteitags am 27. Oktober gemacht. Der Entwurf des Leitantrags wurde auf einem Dialogforum am 24. September 2012 diskutiert. In drei Teilforen wurden insbesondere die Bereiche Datenschutz, Urheberrecht und Digitale Infrastruktur/soziale Teilhabe in Berlin behandelt und Anregungen für die Positionierung des Landesverbandes gesammelt. Parallel dazu fand die Debatte in den SPD-Gliederungen via Veranstaltungen und via „pad“ statt. In diesem wurde der Entwurf des Leitantrags online gestellt, wo er von der Netzgemeinde diskutiert und durch Anmerkungen ergänzt werden konnte. Der Antrag wurde auf dem Herbstparteitag 2012 einstimmig angenommen. Als praktische Quintessenz aus dieser breiten Diskussion wurde der Beschluss mitgenommen, sowohl die Parteitage als Live-Stream zur Verfügung zu stellen als auch besondere Anträge via pad zu diskutieren.

Mit Fritz Felgentreu als stellvertretendem Landesvorsitzenden wurde ein GLV-Mitglied gewählt, dass sich vor allem der **Familien- und Bildungspolitik** verschrieben hat. Mit seinem Konzept zur Familienpolitik der Berliner SPD will Felgentreu vor allem deutlich machen, dass die Sicherstellung von Bildung und Betreuung eine Herzensangelegenheit der Berliner SPD ist. Dazu sollten mit der Parteibasis ein Leitantrag für den Parteitag im Mai 2013 erarbeitet und einzelne Eckpunkte auf der Familienpolitischen Fachtagung diskutiert und erweitert werden.

Gemeinsam mit dem Fachausschuss Jugend und Familie wurden dann Prioritäten festgelegt, die u.a. Ansätze zur Finanzierung von Familien- und Bildungspolitik enthielten sowie Modelle anderer europäischer Staaten aufgriffen. Im Anschluss an die Tagung sagte Fritz Felgentreu: „Bildung ist eine Querschnittsaufgabe. Das Positionspapier ist eine wichtige Grundlage für den Bundestagswahlkampf.“ Auf dem Parteitag am 25. Mai 2013 wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Bei ihrer Arbeit als langjährige Abteilungsvorsitzende und stellvertretende Kreisvorsitzende bekam die Landeskassiererin der Berliner SPD, Ulrike Sommer, die finanziellen Sorgen einzelner Berliner Abteilungen aus der Nähe mit. Vor diesem Hintergrund legte sie ein Konzept zur Unterstützung der Basisarbeit in den Abteilungen vor. Der **Abteilungs-Fonds** wurde einstimmig beschlossen. „Ziel des Fonds ist es, dass alle Abteilungen ihre guten Ideen in die Tat umsetzen können“, so Ulrike Sommer. Ein kurzer Antrag über Konzept, Umsetzung und Finanzierungsplan eines Projekts genügte und Abteilungen, denen wenig Geldmittel zur Verfügung stehen, erhalten Unterstützung vom Landesverband. Der Fonds hat sich bewährt, Mittel wurden abgerufen und der Erfolg einzelner Projekte gibt dem Anliegen der Berliner SPD Recht, unkompliziert und schnell Unterstützung leisten zu können.

Ein wichtiges und wesentliches Thema des Landesvorstandes 2012 bis 2014 war das Thema **Rekommunalisierung**. Was Ende der neunziger Jahre zum Teil an Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge verkauft wurde – so u.a. der Verkauf der Wasserbetriebe 1999 – sollte wieder in öffentliche Hand zurückgeführt werden. Diese in den Koalitionsvertrag von 2011 hinein verhandelte Kursänderung war das Ergebnis jahrelanger und intensiver Debatten und Diskussion innerhalb der Berliner SPD. Schnell herrschte hier Konsens darüber, dass wichtige Elemente der Daseinsvorsorge wie Wasser und Strom in die staatliche Hand gehören. Versorgungssicherheit und Kostengerechtigkeit haben hierbei stets Priorität bekommen. Im September 2012 wurde die Gründung des landeseigenen Unternehmens „BerlinEnergie“ beschlossen. „Berlin kann zu einem Leuchtturm der Rekommunalisierung werden. Gewinn Garantien für private Investoren gehören der Vergangenheit an“, so der Berliner Landesvorsitzende Jan Stöß. „BerlinEnergie“ bewirbt sich um die Konzession für die Berliner Stromnetze und damit eine dauerhafte Mehrheitsbeteiligung von mindestens 51 Prozent. Die Netze sollen eine dezentrale Energieeinspeisung ermöglichen und nachhaltig die Klimaschutzstrategie Berlins unterstützen. Bei den Berliner Wasserbetrieben wurde der Druck für den Rückkauf der Anteile von RWE erhöht und im Jahr 2013 konnte Vollzug gemeldet werden. Die Berliner Wasserbetriebe sind nun wieder in Berliner Hand, die Tarife wurden neu kalkuliert und eine langfristige Senkung von 15 Prozent festgeschrieben sowie eine Rückzahlung von 60 Millionen Euro an die Berlinerinnen und Berliner für das Jahr 2013 vereinbart.

Im Dezember 2012 beschlossen beide Koalitionsfraktionen die Gründung eines eigenen Berliner Stadtwerks. An diesen gemeinsamen Beschluss musste der Koalitionspartner allerdings im September des Folgejahres erinnert werden. In einem Koalitionsausschuss wurde mit Nachdruck auf der Stadtwerksgründung beharrt und dem Anliegen des SPD-Landeschefs Jan Stöß, des Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh und des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit gefolgt. Zeitgleich erreichte das Volksbegehren Energietisch die notwendige Zustimmung, um einen Volksentscheid zur Abstimmung zu stellen. Der Berliner SPD-Landesvorstand empfahl daraufhin die Übernahme des

Energetisch-Vorschlags, unter Verweis auf die Rekommunalisierungs-Anstrengungen der Berliner SPD seit vielen Jahren. „Das Votum der Menschen in unserer Stadt ist für uns eine erfreuliche Rückendeckung. Beim Thema Rekommunalisierung braucht die Berliner SPD keine Nachhilfe. Auch deshalb wollen wir als Partei ein klares Signal mit der Übernahme des Volksgesetzentwurfes setzen.“ Schließlich enthielt der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus nicht nur wesentliche Elemente der Partei-Beschlüsse, sondern auch organisatorisch wichtige Differenzierungen zum Volksgesetzentwurf, der u.a. keine Kontrolle der Verwaltungsräte vorsah. Am Ende scheiterte der Energie-Volksentscheid am 3. November 2013 am notwendigen Quorum von 25 Prozent. Dem Gesetzentwurf des Berliner Abgeordnetenhauses wurde folglich stattgegeben und mit der Gründung des Berlin-eigenen Stadtwerks im November 2013 eine Forderung der Initiative Energetisch erfüllt.

So wie die Rekommunalisierung in Berlin ein Thema mit bundes- ja europaweiter Strahlkraft ist, so werden die **wohnungsbaupolitischen Initiativen** in Berlin mit besonderer Aufmerksamkeit in ganz Deutschland verfolgt. Berlin als weltweit beliebte Metropole genießt immer noch das Prädikat preis- und lebenswert zu sein. Dazu zählen maßgeblich die Lebenshaltungskosten, also auch die Miete. Doch je beliebter Berlin wird, desto rarer wird bezahlbarer Wohnraum. Bei konservativen Schätzungen von 250.000 Berlinerinnen und Berlinern mehr bis 2030 zeigt das ganz deutlich: Hier besteht Handlungsbedarf. Diesen hat die Berliner SPD nicht nur frühzeitig als erste erkannt, sondern auch benannt und hier zu Zeiten der schwarz-gelben Regierung mit der erfolgreichen Bundesratsinitiative für eine Mietpreisbremse Maßstäbe gesetzt. Die Begrenzung des Mietanstiegs, der Stopp des Ferienwohnungsauswuchses, die Umkehr in der Berliner Liegenschaftspolitik, der Bau neuer Wohnungen und damit „Wohnen“ insgesamt wurde zum zentralen Thema des Landesvorstands und zum beherrschenden Thema im Bundestagswahlkampf 2013.

Bereits im Sommer 2012 konnte anhand des Objekts „Kater Holzig“ auf die zunehmende Bedeutung einer am sozialen Mehrwert orientierten Liegenschaftspolitik des Berliner Senats hingewiesen werden. Stand bis dato der fiskalische Gewinn mit landeseigenen Grundstücken im Vordergrund, wurde auch aufgrund des politischen Drucks durch den Landesvorstand eine Abkehr davon ermöglicht, die in der Einführung der „sozialgerechten Bodennutzung“ im Mai 2013 durch Beschluss der Koalitionsfraktionen gipfelte. Damit werden bei privaten Investitionen im Rahmen von städtebaulichen Verträgen Planwertgewinne mittels Belegungsbindung und Folgekosten für die soziale Infrastruktur abgeschöpft. Zugleich wurde die Verschmelzung von Liegenschaftsfonds und Berliner Immobilien Management GmbH beschlossen. „Die neue Struktur wird den Anspruch untermauern, dass künftig nicht mehr die Veräußerung an den Meistbietenden, sondern die Mobilisierung von Bauland u.a. für Wohnungsbau die vordringliche Aufgabe ist“, so Jan Stöß. Auch dieser wohnungsbaupolitische Beschluss basierte auf dem

Papier der SPD-Spitze „Berlin – Stadt des Aufstiegs“ aus dem Januar des selbigen Jahres: Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sollen wieder ihrem eigentlichen Gründungszweck des Neubaus verstärkt nachkommen und erhalten dafür insgesamt 775 Millionen Euro bis 2018. 175 Millionen müssen sie als Eigenkapital einbringen, weitere 600 Millionen Euro werden günstig kreditfinanziert. Rund 30.000 Wohnungen werden durch den IBB-Wohnungsbau gefördert, der von Bund und Land innerhalb von fünf Jahren mit insgesamt 320 Millionen Euro ausgestattet wird.

Die Begrenzung des Mietanstiegs durch die Einführung von Kappungsgrenzen wurde weiter von der Berliner SPD vorangetrieben. Wurde die erfolgreiche Bundesratsinitiative in 2013 noch von Schwarz-Gelb gestoppt, versuchte die CDU im Bundestagswahlkampf mit einigen ähnlich klingenden Vorschlägen die Stimmen der Mieterinnen und Mieter zu bekommen. Am Ende war es doch die SPD, die das Thema umfassend in den Koalitionsvertrag hinein verhandelt hat und nun mit einem Gesetzesentwurf aus den SPD-Ministerien zur Entscheidung bringt. Auf Landesebene arbeiteten Partei, Fraktion und Senat erfolgreich zusammen, um bereits hier die Kappungsgrenze bei 15 Prozent festzulegen sowie den möglichen Erhöhungszeitraum von drei auf vier Jahre zu verlängern. Bei Neuvermietungen dürfen grundsätzlich nicht mehr als 10 Prozent auf die ortsübliche Vergleichsmiete aufgeschlagen werden und bei Sanierungen liegt die Umlage auf die Miete nur noch bei 9 und nicht wie vorher bei 11 Prozent der Kosten. Zugleich wurde das Zweckentfremdungsverbot erlassen, das für ganz Berlin vorsieht, Mietwohnungen nicht mehr dem Wohnungsmarkt, z.B. durch die Umwandlung in Ferienwohnungen, zu entziehen.

Mit dem **Strategie-Papier „Berlin – Stadt des Aufstiegs“** legte die Berliner SPD ein stadtpolitisches Zukunftskonzept vor, das Vorschläge für die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Berlinerinnen und Berliner, für mehr sozialen Zusammenhalt und für den städtischen wie individuellen Aufstieg beinhaltet. Im Januar 2013 stellten der Berliner SPD Landesvorsitzende Jan Stöß, der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, und der SPD-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus Raed Saleh, die einzelnen Kernpunkte zur wirtschaftlichen Entwicklung, zu Arbeit und Ausbildung, Mietpolitik, Bildung und sozialer Absicherung vor.

#### ► **Kernpunkte:**

##### **I. Heimat für alle in einer Metropole von Welt**

Berlin wächst bis 2030 voraussichtlich um die Größenordnung einer mittleren Großstadt. Daher bekennt sich die SPD-Spitze zu einer behutsamen aber wirkungsvollen städtebaulichen Verdichtung. Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sollen mehr Wohnungen als bisher vorgesehen bereithalten. Baugenehmigungen sollen durch Zielvereinbarungen mit den Bezirken und entsprechende Anreize beschleunigt werden.



Mit einer „Sozialgerechten Bodennutzung“ sollen das Wachstum der Stadt gerecht finanziert und transparente Rahmenbedingungen für Investoren geschaffen werden.

## II. Starke Wirtschaft und solide Finanzen

Berlins Wirtschaft wächst und ist Motor für Innovation. Die Berliner Infrastruktur soll durch den Weiterbau der A 100 und den Lückenschluss der Tangentialverbindung Ost (TVO) verbessert werden. Zudem setzt sich Berlin für den Ausbau der A13 und A15 nach Südosten und eine Modernisierung der Schienenwege nach Polen ein. Berlin soll als Hauptstadt der digitalen Wirtschaft etabliert werden. Dazu sollen u. a. eine neue Startup-Messe und ein größeres Engagement der Wirtschaftsförderung beim Wagniskapital beitragen. Mit Berliner Auslandsbüros sollen die Außenwirtschaftsbeziehungen der Stadt weiter verbessert werden. Die Haushaltskonsolidierung bleibt ein Markenzeichen der SPD und wird auch künftig fortgesetzt.



Pressekonferenz zur Vorstellung des Strategie-Papiers „Berlin – Stadt des Aufstiegs“ mit Jan Stöß, Klaus Wowereit und Raed Saleh

FOTO: STEFFEN

## III. Gute Bildung von Anfang an

Mit einem Programm für Brennpunktschulen und einer Fortführung der Schulsanierung auf dem Niveau von 2013 setzt die SPD weitere Schwerpunkte in der Bildung. Die Zahl der Studienplätze soll auch unter dem Druck steigender Kosten nicht sinken. Von einer möglichen rot-grünen Bundesregierung erwarten die Berliner SPD-Politiker die Aufhebung des Kooperationsverbots und ein Bundesprogramm zur Hochschulsanierung.

## IV. Mehr Wohlstand dank guter Arbeit

Bis zur Einführung eines allgemeinen flächendeckenden Mindestlohnes soll in Berlin der Mindestlohn im Einflussbereich des Landes eine Regel ohne Ausnahme sein. Für die Arbeitsmarktpolitik wird ein Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gelegt. Die Berliner SPD fordert nachdrücklich eine Angleichung des Rentenniveaus in Ost und West.

Am 6. Januar 2013 wurde öffentlich, dass der Eröffnungstermin des **Flughafens BER** erneut verschoben werden musste. In einem gemeinsamen Mitgliederbrief von Jan Stöß und Klaus Wowereit wurde die Verzögerung bedauert und die Informationspolitik seitens der Geschäftsführung kritisiert: „Der Berliner Senat und die Brandenburger Landesregierung wurden von der Flughafengesellschaft zu spät informiert. Die neuerlichen Probleme sind ein harter Rückschlag. Wir nehmen das sehr ernst und hätten uns eine andere Entwicklung gewünscht.“ Daraufhin hatte der Aufsichtsrat personelle und organisatorische Konsequenzen gezogen. Der Vorsitz ging an Brandenburg und wurde im Dezember 2013 erneut an Klaus Wowereit übergeben. Die Prüf- und Kontrollmechanismen wurden verschärft und die Geschäftsführung neu aufgestellt. Ein Misstrauensvotum der Opposition im Abgeordnetenhaus schlug fehl.

## BUNDESTAGSWAHLKAMPF

Die Vorbereitungen für den **Bundestagswahlkampf 2013** begannen früh. Bereits im Spätsommer 2012 startete die Bundes-SPD eine breit angelegte Bürger-Dialog-Kampagne, an der sich die Berliner SPD sehr rege beteiligte. Gleich die erste Dialog-Woche begann mit der Bundestagsabgeordneten für den Wahlkreis Mitte, Eva Högl und der Berliner Bildungssenatorin Sandra Scheeres. Scheeres war die Themen-Expertin und Dialog-Partnerin für das Thema „Kinder und Familie“ – eines von insgesamt sechs Themenbereichen. Beim Startschuss im Willy-Brandt-Haus zusammen mit Sigmar Gabriel, Andrea Nahles und Sascha Vogt griff sie die Diskussionspunkte auf und formulierte im Nachgang Bürgerprojekte für das SPD-Regierungsprogramm. Eva Högl verlegte gemeinsam mit Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und Manuela Schwesig den Bürger-Dialog auf die Mitte des Potsdamer Platzes, wo viele Berlinerinnen und Berliner aber auch Berlin-Besucherinnen und -Besucher sich an der Diskussion beteiligten.

Beim Stichwort Beteiligungsprozess zum Bundestagswahlprogramm gab es im Frühjahr des Folgejahres jedoch Einspruch durch die Berliner SPD. Kritisiert wurde der sehr knappe Zeitablauf im Vorfeld des Augsburger Parteitages, auf dem das Programm für die Bundestagswahl beschlossen werden sollte. Als Konsequenz formulierte der Landesvorstand der Berliner SPD die Resolution „Miteinander. Für soziale Gerechtigkeit“. Bezahlbare Mieten, eine Armut verhindernde Rente, die Gleichstellung von Frau und Mann sowie die Themen Integration, finanziell handlungsfähige Kommunen und die Daseinsvorsorge waren die essentiellen Eckpunkte für das Wahlprogramm aus Berliner Sicht. In der Resolution, die einstimmig am 18. Februar 2013 beschlossen wurde, heißt es: „Die Bundestagswahl wird zu einer Richtungsentscheidung. Wir setzen im Wahlkampf auf ein klares inhaltliches Profil der sozialen Gerechtigkeit. Mit unseren Themen stehen wir für eine Politik, die den sozialen Ausgleich in der Gesellschaft ins Zentrum rückt. (...) Als Berliner SPD kennen wir die Sorgen und Nöte vieler Menschen insbeson-

dere in den Ballungsräumen und Metropolen. Viele politische und gesellschaftliche Herausforderungen treten hier früher und deutlicher zu Tage.“ Die Berliner SPD organisierte im Vorfeld des Augsburger Bundesparteitags am 14. April 2013 ein Mitgliederforum zum Wahlprogramm der SPD. Im Willy-Brandt-Haus fanden sich am 4. März rund 400 Genossinnen und Genossen ein, um gemeinsam mit Jan Stöß und Andrea Nahles über die aus ihrer Sicht wichtigen Inhalte für ein Regierungsprogramm zu diskutieren.

Dieser intensive Prozess trug Früchte. Viele Forderungen der Berliner SPD finden sich im Augsburger Programm wieder. Vor allem beim Thema Rente und Mieten konnten notwendige Präzisierungen durchgesetzt werden. Auch die Verbesserung im Asylrecht, die Abschaffung der Residenzpflicht sowie die Aussetzung des sogenannten Flughafenverfahrens zur Abschiebung im Schnellverfahren fanden als Berliner Forderungen Eingang.

Nach der inhaltlichen Festlegung folgte die Benennung eines „starken Teams für den Bundestag“. Der Landesvorstand der Berliner SPD beschloss mit 21 Ja- und 2 Nein-Stimmen den Listenvorschlag für die Bundestagswahl 2013. Zum ersten Mal seit vielen Jahren hat der Landesvorstand der LandesvertreterInnenversammlung am 25. Mai 2013 eine Liste zur Bundestagswahl vorgeschlagen. Drei Kriterien wurden dabei berücksichtigt: Die Quote sowie das Reißverschluss-Prinzip sollten Anwendung finden, Ost- wie West-Bezirke sollten gleich angemessen berücksichtigt und den verbliebenen Bundestagsabgeordneten sollten mit vorderen Listenplätzen das Vertrauen und der Dank ausgesprochen werden. Das erste Kriterium wurde erfreulicher Weise übererfüllt. „Wir sind besonders stolz darauf, dass erstmals sechs Frauen und sechs Männer für den Bundestag direkt kandidieren“, so Jan Stöß. Eva Högl, Wahlkreisabgeordnete für Mitte und profilierte Sprecherin der SPD im NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages, führte die Liste als Spitzenkandidatin an. Damit wird dem Landesparteitagsbeschluss vom 9. Juni 2012 sowie der Quotenvorgabe von 40 Prozent entsprochen. Eva Högl folgen auf der Liste: Swen Schulz (Spandau/Charlottenburg Nord), Mechthild Rawert (Tempelhof-Schöneberg), Klaus Mindrup (Pankow ohne Prenzlauer Berg-Ost), Cansel Kiziltepe (Friedrichshain-Kreuzberg/Prenzlauer Berg-Ost), Fritz Felgentreu (Neukölln), Ute Finckh-Krämer (Steglitz-Zehlendorf), Matthias Schmidt (Treptow-Köpenick), Ülker Radziwill (Charlottenburg-Wilmersdorf), Erik Gührs (Lichtenberg), Monika Buttgerit (ohne Wahlkreis), Daniel Buchholz (ohne Wahlkreis), Barbara Scheffer (ohne Wahlkreis).

Mit diesem starken Team aus sechs Frauen und sechs Männern ging es in den Wahlkampf. Der Berliner Landesvorstand legte dafür drei Themenschwerpunkte fest, die um die individuellen Kompetenzfelder der Kandidatinnen und Kandidaten ergänzt wurden. Diese Schwerpunkte waren: Faire Löhne und eine armutsfeste Rente, Mieten und Wohnungsbau und Bildung. Dafür konzipierte das Team der Landesgeschäftsstelle eigene Themenplakate, -flyer und Veranstaltungen. Beim großen Auftakt in die heiße

Wahlkampfphase standen diese Berliner Inhalte dann auch im Mittelpunkt. Herzstück der Kampagne sind zwölf „Wir im Kiez-Veranstaltungen“ in den Bezirken gewesen. Mit 35.000 Plakaten und vielen weiteren Wahlkampfmaterialien und -aktionen wurde in den letzten Wochen vor dem 23. September Präsenz gezeigt. Am Schluss der Auftaktveranstaltung am Rosa-Luxemburg-Platz gab der Landesvorsitzende Jan Stöß den Startschuss für die Tour der „roten Busse“, der Wahlkampf-Busse der zwölf KandidatInnen, in ihre Wahlkreise.

Der Bundestagswahlkampf 2013 wurde von sehr unterschiedlichen Veranstaltungsformaten geprägt, die zum Teil auf Landesebene, zum Teil aber auch auf Bundesebene entwickelt wurden. Auf Bundesebene sind hier die sehr erfolgreichen Klartext-Veranstaltungen mit dem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück hervorzuheben. Peer Steinbrück tourte bereits früh durch die Berliner Bezirke, so beim 2-Stunden-Klartext-Format im Berliner Tempodrom vor über 300 Berlinerinnen und Berlinern am 3. April 2013 mit dem Landesvorsitzenden Jan Stöß, dem Präsidenten der Berliner Akademie der Künste, Klaus Staeck und Start-up-Gründern. Im Vorfeld besuchte Peer Steinbrück gemeinsam mit der Berliner Abgeordneten und Spitzenkandidatin Eva Högl ihren Wahlkreis und war dabei u.a. im Deutschen Theater und im Gründerzentrum „Factory“ willkommener Gast. Auch in Neukölln stellte sich der Kanzlerkandidat den Fragen von 350 Berlinerinnen und Berlinern und machte dabei auch tatkräftig Werbung für den Neuköllner Bundestagskandidaten Fritz Felgentreu. Auf Berliner Ebene sind insbesondere die WIR IM KIEZ-Veranstaltungen in allen zwölf Berliner Bezirken hervorzuheben, auf denen immer die jeweilige Bundestagskandidatin bzw. der Kandidat anzutreffen war, ebenso wie bekannte Bezirks- und Landespolitiker wie Stefan Komoß, Klaus Wowereit oder Raed Saleh und immer auch der Berliner Landesvorsitzende, Jan Stöß. Die Veranstaltungen erzielten unterschiedliche Erfolge, immer aber waren sie deutlich im Stadtgebiet sichtbar. Das Ziel, zu zeigen, die SPD weiß, dass Wahlkampf von kämpfen kommt, ging hier voll und ganz auf.

Krönender Abschluss der intensiven Wahlkampfwochen war sicherlich die Abschlusskundgebung auf dem Alexanderplatz am 19. September, die maßgeblich vom Berliner Landesverband organisiert wurde. Unter dem großen Wahlkampf-Schirm kamen nicht nur alle 12 Kandidatinnen und Kandidaten zusammen, der Kanzlerkandidat Peer Steinbrück, Frank-Walter Steinmeier und Klaus Wowereit hielten hier ihre Wahlkampf-Abschlussreden. Vor 6.000 ZuhörerInnen sagte Peer Steinbrück: „Frau Merkel fährt gerne im Kreisverkehr. In drei Tagen können Sie diese untätigste, aber vollmundigste Bundesregierung seit der Wiedervereinigung los sein.“ Zugleich wurde damit der Schluss-Spurt eingeläutet, also unter anderem die 72h-Aktionen, wie Wahlkampf in den Berliner Kneipen, der Juso-Bus und Hausbesuche mit dem Schuhanzieher-Slogan: „Schuhe an, wählen gehen!“ Die Hausbesuche waren erneut sehr erfolgreich, wenn auch für die Berliner SozialdemokratInnen alles andere als „neu“. Viele ältere GenossInnen erinnerten sich noch gut an ihre Hausbesuche vor vielen Jahrzehnten und nicht wenige nahmen den beschwerlichen Weg Treppe auf und ab erneut auf sich. Spitzenreiter bei

den Hausbesuchen war Treptow-Köpenick mit Matthias Schmidt – immer auch unterstützt von den über hundert ehrenamtlichen Be-Teamern ohne die viele kreative Aktionen von früh bis nachts nicht möglich gewesen wären.

Die Bundestagswahl am 22. September 2013 brachte für die SPD bundesweit ein schwieriges Ergebnis. Die SPD konnte mit 25,7 Prozent nur knapp 3 Prozent Stimmen hinzugewinnen. Klarer Sieger war die CDU. Dennoch, im Vergleich konnte die SPD in Berlin um 4,4 Prozentpunkte hinzugewinnen und kam auf 24,6 Prozent. Anstelle von fünf Berliner BundestagskandidatInnen zogen nun acht in den Deutschen Bundestag ein. „Das ist ein Achtungserfolg. In fast allen Wahlkreisen konnten wir bei den Erststimmen zulegen. Mit Eva Högl und Fritz Felgentreu haben wir die Wahlkreise Mitte und Neukölln direkt geholt“, so der Landesvorsitzende Jan Stöß. Neben Högl und Felgentreu zogen Swen Schulz (Spandau), Mechthild Rawert (Tempelhof-Schöneberg), Matthias Schmidt (Treptow-Köpenick), Ute Finckh-Krämer (Steglitz-Zehlendorf), Cansel Kiziltepe (Friedrichshain-Kreuzberg) und Klaus Mindrup (Pankow) in den Bundestag ein. Stöß dankte allen KandidatInnen für ihren außergewöhnlichen Einsatz und ihr Engagement für die Berliner SPD.



*Jan Stöß gratuliert den neu gewählten Bundestagsabgeordneten:*

*v.l.n.r.: Mechthild Rawert, Swen Schulz, Eva Högl, Fritz Felgentreu, Ute Finckh-Krämer, Klaus Mindrup, Matthias Schmidt; nicht auf dem Bild: Cansel Kiziltepe*

FOTO: HORB

Gerade wegen des schwierigen Ergebnisses, so der Landesvorsitzende, komme es nun darauf an, sich Zeit zu nehmen und gemeinsam mit den Delegierten des Parteikonvents die weitere Strategie festzulegen. Die SPD werde sich nicht zum Steigbügelhalter für eine Fortsetzung der schlechten Politik der Union machen. Was folgte, war ein intensiver Beteiligungsprozess der SPD-Basis, den es in dieser Form noch nicht in der 150-jährigen Geschichte der SPD gab. Mit dem Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag mit der CDU ließ die SPD ihre Mitglieder über die Frage abstimmen, ob sie dem zwischen CDU/CSU und SPD ausgehandelten Vertrag und damit einer Großen Koalition zustimmen wollen oder nicht. Der Vertrag wurde unter maßgeblicher Beteiligung des Parteikonvents und u.a. auch durch Berliner PolitikerInnen wie Eva Högl und Swen Schulz mitgestaltet.

Zwischen dem 6. und 8. Dezember konnten alle knapp 370.000 Genossinnen und Genossen ihre Stimme per Briefwahl abgeben. Der Koalitionsvertrag wurde online gestellt und mit dem „vorwärts“ allen SPD-Haushalten zugestellt. Vor dem 14. und 15. Dezember, dem Wochenende der Auszählung, fanden in ganz Deutschland dutzende Mitgliederforen statt, so in Berlin mit Manuela Schwesig im Willy-Brandt-Haus zum Themenkomplex „Familie, Frauen und Gleichstellungspolitik“ und mit Florian Pronold im Tempodrom zum Themenkomplex „Verkehr, Bauen und Infrastruktur“. Eigens für das Auszählungswochenende organisierte die Berliner SPD auf eigene Initiative hin eine Bettenbörse, die sie bereits zum Deutschlandfest angeboten hatte. Genossinnen und Genossen, die aus dem Bundesgebiet in die Hauptstadt reisten, konnten hier bei Gleichgesinnten kostenlos übernachten. Das Angebot wurde wie im Sommer sehr gut angenommen.

Am Ende war das Ergebnis eindeutig. 76 Prozent stimmten für den Koalitionsvertrag und damit für die „GroKo“. „Die Entscheidungen werden nicht mehr in Hinterzimmern getroffen“, sagte Jan Stöß im Nachgang dazu. „Viele Mitglieder haben am Ende gesagt: In Anbetracht des bescheidenen Wahlergebnisses haben wir gut verhandelt und sollten Vereinbarungen wie den einheitlichen Mindestlohn, gleiche Rentenhöhen für Ost und West und die Abschaffung der Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsrecht im Sinne der Menschen auch durchsetzen. Die SPD muss trotz GroKo erkennbar sein, dafür werden auch die Berliner SozialdemokratInnen einstehen.“

## 150 JAHRE SPD

Von herausgehobener Bedeutung im Berichtszeitraum war das große **Jubiläumsjahr „150 Jahre SPD“**. Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie ist der 23. Mai 1863. An diesem Tag gründete sich in Leipzig der ADAV – der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein. Sein Vorsitzender wurde Ferdinand Lassalle – einer der Urväter der SPD. Bereits ein Jahr zuvor, also ab Mai 2012, wurde das Jubiläumsjahr eingeläutet. In ganz Deutschland beteiligten sich hunderte Gliederungen intensiv an den Vorbereitungen, allen voran die Berliner SPD. In jedem Kreis, in fast allen Abteilungen gründeten sich Arbeitsgruppen, die mit viel Elan und Engagement einzigartige Veranstaltungen und Möglichkeiten der Begegnung mit lebendiger SPD-Geschichte schufen oder Publikationen über die Geschichte der SPD vor Ort erstellten, so z.B. die Lichtenberger SPD. Hier alle Ereignisse aufzuzählen, würde den möglichen Rahmen sprengen, deshalb seien einige Veranstaltungen stellvertretend erwähnt.

Am 20. Februar 2013 war das Weddinger Prime Time Theater bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Film „Wenn Du was verändern willst“ wurde zum ersten Mal in Berlin gezeigt. Vor allem standen an diesem Abend aber zwei Sozialdemokraten im Mittelpunkt: Helmut Hampel und Wolfgang Thierse. Ihre Erzählungen wurden vom Vorsitzenden der

Historischen Kommission, Siegfried Heimann, moderiert. Hampel erzählte seine Lebensgeschichte und seinen Kampf dafür, dass die Ost-SPD tätig sein durfte. Als sie verboten wurde, war er es, der die Netzwerke aufrecht und lebendig erhielt. Wolfgang Thierse, Bundestagsabgeordneter bis 2013 und Vizepräsident des Deutschen Bundestages, berichtete von den Nach-Wende-Tagen und den Angeboten anderer Parteien dort schnell Karriere zu machen. Er entschied sich für das Gestalten von Neuem und für seine Unabhängigkeit und baute mit anderen die SDP auf, die später in der SPD aufging.

Standen bei dieser Film Premiere eindrucksvolle Männer im Mittelpunkt, so drehte sich am 15. März 2013 alles um die Errungenschaft sozialdemokratischer Frauen. Beim Mitgliederforum und Empfang „150 Jahre Emanzipationsbewegung“ wurden ausnahmsweise einmal nur sie eingeladen. Gut 200 Sozialdemokratinnen kamen ins Pankower Rathaus um den beeindruckenden Erzählungen von Jutta Limbach, Inge Wettig-Danielmeier, Eva Högl, Dilek Kolat, Sandra Scheeres und Kirstin Fussan zu lauschen. Begrüßt wurden sie von den weiblichen Mitgliedern des Geschäftsführenden Landesvorstands: Barbara Loth, Ulrike Sommer und Iris Spranger. Die Erfahrungen der Junggebliebenen und die der heute in politischen Ämtern Agierenden waren so weit auseinander nicht. Allen gemein war eine starke sozialdemokratische Grundüberzeugung. Begleitet wurde dieser außergewöhnliche Abend von den Liedern Sigrid Grajeks, die Claire Waldoff-Lieder und Eigenkompositionen zum Besten gab.

Es sind führende SozialdemokratInnen, die sich in Berlin für den Friedhof der Märzgefallenen engagieren, so der Vorsitzende der Berliner Historischen Kommission Siegfried Heimann und das Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus, Susanne Kitschun. Zusammen mit ihnen gedachten Kreisvorsitzende und der Landes- sowie der Fraktionsvorsitzende im 150. Jahr der SPD den Opfern der Märzrevolution von 1848.

Wenige Tage später, am 23. März 2013, wurde u.a. in Treptow-Köpenick und Mitte an die mutige Rede des SPD-Abgeordneten Otto Wels erinnert. Daran, dass Wels Rede gegen das Ermächtigungsgesetz der Nazis einerseits die dunkelste Stunde des deutschen Parlamentarismus, andererseits aber auch ein leuchtendes Beispiel und Vorbild für heutige DemokratInnen ist, erinnerten der Bundestagskandidat für Treptow-Köpenick Matthias Schmidt und der Landesvorsitzende Jan Stöß. Auch die SPD Bellevue legte gemeinsam mit der Kandidatin und MdB Eva Högl, dem Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier und der Europa-Kandidatin Sylvia-Yvonne Kaufmann, einen Kranz an der Gedenktafel für Otto Wels nieder.

Die Bustour „Von Revolution zu Revolution“ war eine der vielen Veranstaltungen, die die Historische Kommission für Genossinnen und Genossen, aber auch für die interessierte Öffentlichkeit organisierte. Am 8. Juni wurden dabei, unter Anwesenheit des Landesvorsitzenden, historische Orte in Berlin angefahren. Die Tour startete am Brandenburger Tor und endete auf dem Friedhof der Märzgefallenen.

Feste feiern wie sie kommen, gehört zu den angenehmen Seiten der Sozialdemokratie, denn gemeinsam zu feiern, gehört zum Parteileben fest dazu. Gefeierte wurde in Berlin gleich zwei Mal – am 10. Juni 2013 in der Kalkscheune und am 17. und 18. August auf der Straße des 17. Juni's. In der Kalkscheune feiert im Juni zunächst der Landesverband. Eine große Torte zum 150. Geburtstag und ein eigens ausgelobter Bandwettbewerb waren Teil der Geburtstagsparty. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit und der Landesvorsitzende Jan Stöß schnitten die Geburtstags-torte zusammen mit den BundestagskandidatInnen an, und es war am Ende auch der Landesvorsitzende der der Schülerband MelotoN die Urkunde für den ersten Platz überreichen durfte. Verbunden damit war ein Auftritt auf dem großen Deutschlandfest im August.



*Die Geburtstags-torte,  
Klaus Wowereit  
und Jan Stöß*

FOTO: HORB

Auf einer der vier großen Live-Bühnen spielten sie dann am 17. August, unweit des Berliner SPD Pavillons auf dem Fest. In einem Talk-Zelt wurden hier Lesungen und Diskussionen, u.a. mit den BundestagskandidatInnen angeboten. Der originale VW-Käfer Ernst Reuters wurde ausgestellt und viele Käfer-Geschichten von SozialdemokratInnen aufgeschrieben und am Stand zum Nachlesen präsentiert. Am Ende kamen gut 300.000 Besucherinnen und Besucher auf das Deutschlandfest der SPD und lernten dabei die Vielseitigkeit dieser ältesten deutschen Volkspartei kennen

## EUROPA-WAHLKAMPF

Am 25. Mai 2014 finden die **Wahlen zum Europäischen Parlament** statt. Auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 25. Mai 2013 haben die Delegierten Sylvia-Yvonne Kaufmann als Berliner Spitzenkandidatin für die Bundesliste nominiert, auf der Europa-delegiertenkonferenz der SPD im Januar 2014 wurde sie auf Platz 10 gesetzt. Die lang-jährige Berliner Abgeordnete und Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Dagmar Roth-Behrendt kandidiert nach 25 Jahren nicht erneut. Im Vorfeld des Landesparteitages

im Mai 2013 stellten sich in guter Berliner SPD-Tradition die Kandidatinnen und Kandidaten für die Aufstellung zur Europa-Wahl auf zwei Foren am 17. und am 24. April 2013 den Berliner Genossinnen und Genossen vor. Es kandidierten Dieter Dressel, Sylvia-Yvonne Kaufmann, Martin Manzel, Karin Pieper, Tilman Schwencke, Philipp Steinberg.

Eingeleitet wurde der Europa-Wahlkampf bereits im Sommer 2013. Sylvia-Yvonne Kaufmann war hier auf zahlreichen Veranstaltungen im Bundestagswahlkampf präsent und warb mit Blick auf den Mai 2014 um die Stimmen der Berlinerinnen und Berliner. Am 3. Dezember reiste sie zusammen mit dem Landesvorsitzenden Jan Stöß und dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Philipp Steinberg nach Brüssel. In zahlreichen Begegnungen wurde deutlich, dass der Name Kaufmann in Brüssel ein Begriff ist und die Berliner SPD mit einer Spitzenkandidatin, die über 10 Jahre im Europäischen Parlament als Abgeordnete arbeitete und Vizepräsidentin des selbigen war, stark vertreten sein wird.

Im Zentrum der Berliner Kampagne zur Europa-Wahl stehen der Kandidat für den Kommissionsvorsitz, Martin Schulz und die Berliner SPD-Kandidatin Sylvia-Yvonne Kaufmann. Neben zahlreichen Einzel-Veranstaltungen in allen Kiezen der Stadt präsentierte sie sich auf 12 zentralen Veranstaltungen in den Bezirken bei ihrer „Nah dran - Tour“. Angelehnt an das erfolgreiche „WIR IM KIEZ“-Konzept aus dem Bundestagswahlkampf besucht Sylvia-Yvonne Kaufmann hierbei alle zwölf Bezirke und ist Hauptgast bei den dortigen Kreisveranstaltungen. Begleitet werden diese Veranstaltungen von Wahlkampf-Materialien wie den Bezirksflyern „Europa im Bezirk“, den Image-Flyern sowie dem Rezeptbuch „Das is(s)t Europa“, das eine Idee der SPD Treptow-Köpenick im Bundestagswahlkampf aufgreift. Diese und andere Kampagnen-Elemente wurden von der Landesgeschäftsstelle und der dortigen Europa-Kampa auf die Beine gestellt. Höhepunkt wird dabei wieder die Groß-Kundgebung auf dem Alexanderplatz am 19. Mai mit Martin Schulz und Frank-Walter Steinmeier sein.

## PARTEITAGE

Auf dem **Landesparteitag am 9. Juni 2012** im Neuköllner Estrel Hotel wurde turnusgemäß ein neuer Landesvorstand gewählt. Michael Müller stellte sich erneut zur Wahl, Jan Stöß, Kreisvorsitzender von Friedrichshain-Kreuzberg kandidierte ebenfalls als Landesvorsitzender. Bei insgesamt 15 Vorstellungsrunden auf Kreisdelegiertenkonferenzen, in Abteilungen und bei Mitgliederforen stellten sich beide Kandidaten der Parteibasis vor. Mit 123 Stimmen setzte sich Jan Stöß auf dem Parteitag gegen Michael Müller durch, auf den 101 Stimmen entfielen. Es gab eine Enthaltung und keine ungültigen Stimmen. Dem Vorschlag für den GLV von Jan Stöß wurde ebenfalls zugestimmt. Barbara Loth, Iris Spranger, Fritz Felgentreu und Philipp Steinberg wurden als stellvertretende Landesvorsitzende gewählt, Ulrike Sommer als Landeskassiererin.

Bei dem **Parteitag am 27. Oktober 2013** im bcc am Alexanderplatz standen die Leitanträge zur Alterssicherung sowie zur digitalen Teilhabe im Mittelpunkt. Mit großer Mehrheit hat die Berliner SPD ihr Konzept zur Alterssicherung beschlossen. Kernpunkte sind die Sicherung des Rentenniveaus bei mindestens 50 Prozent und eine Angleichung der Renten in Ost und West. In ihrem Antrag macht die Berliner SPD den Zusammenhang von guten Löhnen und ausreichender Alterssicherung deutlich. Der Antrag wurde in der Berliner SPD intensiv beraten. Auf dem Landesparteitag hat der SPD-Bundestagsabgeordnete Ottmar Schreiner in einer engagierten Rede auf die Bedeutung der Sozialpolitik und einer glaubwürdigen Rentenpolitik hingewiesen. Nicht immer habe die Bedeutung des Rentenniveaus in der gesetzlichen Versicherung. In Ostdeutschland verfüge kaum jemand über eine zusätzliche Rente. Wenn die gesetzliche Rentenversicherung aber nicht mehr den Lebensstandard im Alter sichere, sinke die Akzeptanz des Rentensystems. Auch der Leitantrag „Partizipation und digitale Teilhabe in der Sozialen Stadt“ – vorgestellt vom stellvertretenden Landesvorsitzenden Philipp Steinberg – ist mit großer Mehrheit bei 5 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen angenommen worden. In ihm macht die SPD deutlich, dass in Zeiten zunehmender Digitalisierung des Lebens ein uneingeschränkter Zugang zu Informationen und gesellschaftlicher Teilhabe für alle gewährleistet werden muss. Es muss einen diskriminierungsfreien Zugang zum Internet ohne unangemessene staatliche oder wirtschaftliche Eingriffe geben. Ausdrücklich spricht sich die Berliner SPD für einen Schutz von persönlichen Daten aus. Daten dürfen nur dann für gewerbliche oder andere Zwecke genutzt werden, wenn Nutzer dem ausdrücklich zugestimmt haben. Die SPD versteht sich als Partei der Bürgerrechte auch im digitalen Zeitalter. Als Gastredner stimmte zudem Olaf Scholz, stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD und Bürgermeister der Hansestadt Hamburg, die Delegierten auf die kommende Bundestagswahl ein.

Bei der **Landesvertreterversammlung** und dem **Landesparteitag am 25. Mai 2013** im Berliner Estrel Hotel wurde den 225 Delegierten ein starkes Team der Berliner SPD für den Bundestag präsentiert: Die zwölf Direktkandidatinnen und -kandidaten machten auf der Landesvertreterversammlung deutlich, dass sie mit aller Kraft für eine neue Mehrheit im Bundestag kämpfen wollen. Auf der Bühne begrüßten sie SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück, der von den Delegierten großen Beifall für eine kämpferische Rede erhielt. Sechs Frauen und sechs Männer treten für die Berliner SPD in den Wahlkreisen an. Erstmals zieht die Berliner SPD mit einer Spitzenkandidatin in den Bundestagswahlkampf, wobei das „Reiðverschluss-Prinzip“ selbstverständlich Anwendung findet: Bei der Aufstellung der Landesliste wurde die Bundestagsabgeordnete Eva Högl mit 77,5 % auf Platz 1 gesetzt. Ihr folgen der Spandauer Bundestagsabgeordnete Swen Schulz und die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert, auf Platz 4 der Pankower Direktkandidat Klaus Mindrup, auf Platz 5 Cansel Kiziltepe aus Friedrichshain-Kreuzberg. Auf den weiteren Listenplätzen folgen Fritz Felgentreu (Neukölln), Ute Finckh-Krämer

(Steglitz-Zehlendorf), Matthias Schmidt (Treptow-Köpenick), Monika Buttgereit, Erik Gührs (Lichtenberg), Barbara Scheffer und Daniel Buchholz. Die Vertreterversammlung folgte bei der Aufstellung der Landesliste einer Empfehlung des SPD-Landesvorstandes.

Der Landesparteitag befasst sich zu Beginn mit einer europapolitischen Resolution, die einen deutlichen Richtungswechsel fordert. "Wir verurteilen eine Haltung, die das deutsche Wirtschaftsmodell und die deutsche Krisenpolitik anderen Mitgliedstaaten aufzwingen will", heißt es darin. In einem Ergänzungsantrag wurde ein Ausbau der transeuropäischen Verkehrswege gefordert. Mit dieser Ergänzung wurde die Resolution angenommen. Es folgte die Nominierung für die Liste der SPD für die Wahlen zum Europäischen Parlament. Zuvor wurde die langjährige Europa-Abgeordnete der Berliner SPD, Dagmar Roth-Behrendt, vom Landesparteitag herzlich verabschiedet. Mit stehendem Applaus dankten ihr die Delegierten. 1989 wurde sie erstmals gewählt. Zu den Geschenken, die ihr der Landesvorsitzende Jan Stöß überreichte, gehörte auch ein Präsentkorb. Darin enthalten: Äpfel – eine Erinnerung an das Wahlplakat, auf dem Dagmar Roth-Behrendt mit einem hoch geworfenen Apfel zu sehen war.



*Dagmar Roth-Behrendt  
bei der Verabschiedung  
auf dem Landesparteitag*

FOTO: HORB

Es wurden folgende Nominierungen für die Europa-Wahl-Liste vorgenommen: Sylvia-Yvonne Kaufmann auf Platz eins, als Ersatzkandidat: Philipp Steinberg. Für Platz zwei wurde Tilman Schwenke nominiert, Ersatzkandidatin ist Karin Pieper. Auch bei diesem Verfahren fand das Reißverschluss-Prinzip Anwendung und es wurde eine Frau als Spitzenkandidatin nominiert.

Auf dem **Parteitag am 2. November 2013** im bcc am Alexanderplatz waren es die Rekommunalisierung auf Landesebene und die Auswertung der Bundestagswahlen, die den Landesparteitag und die Rede des Landesvorsitzenden dominierten. „Wir hätten uns auch in Berlin ein besseres Ergebnis gewünscht“, so Stöß, „aber wir sind froh, dass

wir wieder acht Abgeordnete in den Deutschen Bundestag schicken.“ Er würdigte das Engagement der Bundestagskandidatinnen und -kandidaten und der gesamten Partei. Im Bund sei es dennoch das zweitschlechteste Ergebnis der SPD. Die SPD müsse sich die Zeit nehmen, die Ursachen dafür zu analysieren. Der SPD-Landesvorsitzende würdigte den Prozess, der von Sigmar Gabriel nach den Wahlen mit der Einberufung des Parteikonvents in Gang gesetzt worden sei. Diese Transparenz setze Standards – inner- und außerhalb der SPD. Der SPD-Parteivorsitzende warb in seiner Rede für eine sachliche und solidarische Debatte über die laufenden Koalitionsverhandlungen. Als alarmierend bezeichnete es Gabriel, dass es trotz eines hervorragenden Wahlprogramms nicht gelungen sei, die Stimmen von Arbeiterinnen und Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern wieder zu gewinnen. Er wies auf den Zwiespalt hin, der mit der Agendapolitik verbunden werde.

Bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen hat die Berliner SPD den Antrag „Für ein Berliner Öko-Stadtwerk“ beschlossen. Darin bekennt sich die Berliner SPD zu starken öffentlichen Betrieben. Sie will dafür Sorge tragen, dass das neue Öko-Stadtwerk als wettbewerbsfähiger Dienstleister am Markt auftreten kann, „der den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Zielen des Landes Berlin verpflichtet ist“. Ein Antrag der Jusos, der eine Unterstützung des Volksgehrens vorsah, konnte sich nicht durchsetzen. Der Landesparteitag sprach sich dafür aus, die Inklusion im Bildungsbereich auch finanziell abzusichern. Angenommen wurde nach mehreren Diskussionsbeiträgen auch ein Initiativantrag zum Erhalt der 19 Jugendsozialarbeiterstellen an Schulen, die gestrichen werden sollten. An den Bund ging die Aufforderung, die Jugendsozialarbeit wieder dauerhaft zu unterstützen. Eine intensive Debatte löste der Antrag über eine gesicherte Finanzausstattung der Bezirke aus. Vor allem aus Sicht der Bezirkspolitiker sind hier Lösungen notwendig. Sie sollen in einer neu einzurichtenden Arbeitsgruppe des Landesvorstands mit Beteiligung aus der SPD-Fraktion, den BVV-Fraktionen und dem Geschäftsführenden Landesvorstand erarbeitet werden.

## KAMPF GEGEN RECHTS

Seit Sommer 2012 führt die Landesgeschäftsstelle der Berliner SPD eine traurige Statistik: Über 23 Anschläge wurden seit dem bis zum Ende des Berichtszeitraums auf Einrichtungen der Berliner SPD – also auf Kreisbüros, Abgeordnetenbüros, das Kurt-Schumacher-Haus sowie auf Einrichtungen befreundeter Organisationen verübt. Erschreckender Höhepunkt war der gewalttätige Angriff auf einen jungen Neuköllner Falken, Brandanschläge auf das Anton-Schmaus-Haus der Falken in Neukölln sowie die mehrfache Zerstörung der AnsprechBar in Treptow-Köpenick. Die Berliner SPD hat als Reaktion auf diese beschämenden Angriffe Konsequenzen gezogen und den politischen Druck erhöht. So konnte erreicht werden, dass das Anton-Schmaus-Haus intensiv

bewacht und ein neuer Versicherungsschutz gewährleistet werden konnte. Der dafür notwendige Sicherheitszaun rund um das Gebäude konnte mit Hilfe von Spenden und viel öffentlicher Aufmerksamkeit gebaut werden. Zugleich wurden auch parteiintern Strukturen für den Kampf gegen rechts geschaffen. So wurde im September 2012 die Arbeitsgruppe „Strategien gegen rechts“ gegründet. Die stellvertretende Landesvorsitzende der Berliner SPD, Barbara Loth, betreut diese AG für den Landesvorstand. Susanne Kitschun, Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus und stellvertretende Fraktionsvorsitzende, sowie Kevin Kühnert, Landesvorsitzender der Jusos Berlin, koordinieren ebenso wie Loth die Arbeit der AG, die seitdem neben der Präsenz auf Demos und drei inhaltlichen Konferenzen vor allem die Vernetzung zur Zivilgesellschaft organisierte.

### PERMANENTE AKTIONEN

Seit über 12 Jahren beteiligt sich die Berliner SPD am **Girls' Day**. Dieser Mädchen-Zukunftstag hat einen festen Platz im Aktions-Kalender – auch weil dadurch junge Frauen an die Politik herangeführt werden können. Sie gilt, ebenso wie viele technische Berufe, immer noch als Männerdomäne. Wurde der Girls' Day 2013 noch im bewährten Format organisiert – das Kurt-Schumacher-Haus organisierte zentral alle Einsätze z.B. im Abgeordnetenhaus, im Bundestag und in den Partei-Einrichtungen – so entschied man sich 2014 mit erneutem Erfolg für die dezentrale Organisation des Girls' Days. Beispielhaft für die zahlreichen jungen Mädchen in den Berliner Parlamenten, auf Landes- und Bundesebene, seien hier die sechs Teilnehmerinnen zwischen 12 und 17 Jahren erwähnt, die am 27. März in das KSH kamen. Bei einer Führung hatten sie die Gelegenheit einen Blick hinter die Kulissen zu werfen und im Anschluss sprachen sie mit der Spitzenkandidatin für die Europa-Wahlen, Sylvia-Yvonne Kaufmann, über das Thema „Frauen in der Politik“. Gemeinsam diskutierten sie das Problem, dass immer noch zu wenige Frauen den Weg in die Politik finden. Als eine Lösung nannten sie die bessere Kinderbetreuung für Frauen, die sich engagieren wollen. Interessiert stellten die sechs Mädchen fest, dass der Frauenanteil in der SPD-Landesgeschäftsstelle größer ist, als sie es erwartet hätten.

Zum **Schulbeginn** 2013 wurden die kleinen Berliner ABC-Schützen wieder mit einer kleinen Überraschungs-Tüte begrüßt. Darin enthalten waren eine Brotdose, Buntstifte und ein Stundenplan. Für die Eltern gab es das Schulgesetz, als Anregung zur aktiven Teilhabe am Lernprozess ihrer Kinder. Im Bundestagswahljahr traf diese Aktion wie stets auf breite Zustimmung und Freude bei Kindern und Eltern, aber leider auch auf Kritik. Obwohl auf das SPD-Logo verzichtet wurde, kritisierten Einzelne das Auftreten politischer Parteien im öffentlichen Raum. Dieser Kritik stellen wir als Berliner SPD den Grundsatz entgegen, dass Parteien immer legitime Bestandteile eben jenes öffentlichen Raumes sind und als solche auch wahrnehmbar sein müssen und wollen. Auch in den kommenden Jahren wird es Einschulungs-Aktionen geben.

Die **Partnerschaft mit der Parti Socialiste aus Paris** bestand auch von 2012 -2014 fort und war geprägt durch die Wahlkämpfe sowohl in Frankreich als auch in Deutschland. So besuchten die Pariser GenossInnen die BerlinerInnen im September 2013, verteilten mit ihnen Wahlkampfmaterialien, machten Tür-zu-Tür-Besuche und stießen dabei in Berlin immer wieder auch auf Französinnen und Franzosen, die sich ebenso über den Besuch freuten wie die Berliner SozialdemokratInnen. Den Gegenbesuch gab es prompt Mitte März 2014, als die Pariserinnen und Pariser über ihre Bezirksbürgermeister und die Bürgermeisterin der Hauptstadt abstimmten. Am Ende setzte sich Rémi Féraud, Bürgermeister des Arrondissements 10 ebenso durch wie Anne Hildago als Bürgermeisterin für ganz Paris. Damit bleibt auch Paris in sozialdemokratischer Hand.

Ein unvorhersehbares Ereignis überschattete den Bundestagswahlkampf 2013: In ganz Deutschland **traten erneut Flüsse über das Ufer**. Die Berliner SPD organisierte ohne viel Aufhebens und schnell Kleinbusse, die in die betroffenen Gebiete in Brandenburg und Sachsen-Anhalt fuhren. Der Wunsch den Menschen vor Ort zu helfen, war groß, „wir haben“, so die Landesgeschäftsführerin Kirstin Fissan, „sofort Kontakt mit dem Katastrophenschutz aufgenommen. Besonders in den Abend- und Nachtstunden fehlen Helfer.“ Über 50 Genossinnen und Genossen fuhren mit Schaufeln los, um Sand für die rettenden Sandsäcke zu schippen. Kurz darauf machten sich erneut Kleinbusse aus Berlin auf den Weg. „Diese gelebte Solidarität macht uns stolz“, so Kirstin Fissan.

Die **Gedenkstättenfahrten** der Berliner SPD haben mittlerweile eine lange Tradition. Zwischenzeitlich in außerparteilichen Händen, wurde im Berichtszeitraum beschlossen, die Fahrt wieder durch Genossinnen und Genossen organisieren zu lassen. Ein kleiner Kreis ehemaliger Kurt-Schumacher-Haus-Mitarbeiter, die Landesgeschäftsführerin Kirstin Fissan und Veit Dieterich begannen mit zeitlichem Vorlauf und viel Engagement ein anspruchsvolles Programm auf die Beine zu stellen. Der Erfolg war sichtbar. Rund 100 Berlinerinnen und Berliner, darunter viele GenossInnen, aber eben auch einige ohne Parteibuch, fuhren gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden der Berliner SPD, Jan Stöß und der Landesgeschäftsführerin Kirstin Fissan Ende November 2013 nach Krakau. Von dort aus fuhren sie nach Ausschwitz-Birkenau, um gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der polnischen Schwesterpartei Bund der Demokratischen Linken (SLD) Kränze am Mahnmal niederzulegen und der Millionen Ermordeten zu gedenken. Auf zwei Stadtführungen lernten die TeilnehmerInnen das „Jerusalem des Ostens“, das jüdische Krakauer Viertel Kazimierz kennen. Immer wieder kam es zu Begegnungen mit den polnischen SozialdemokratInnen, die auf ihre Situation in Polen aufmerksam machten. Nationalisten und Rechtsextreme seien hier wieder auf dem Vormarsch, umso wichtiger ist es daher mit Blick auf die Europa-Wahlen geschlossen für die Wahl demokratischer Parteien zu werben. Jan Stöß betonte, dass die polnischen GenossInnen sich hier auf die Unterstützung der Berliner SPD verlassen können: „Jedem neuen Anfang von Hass und Gewalt werden wir entschlossen entgegentreten – in Europa, in Deutschland und in Berlin.“

Zu einer Partei mit 150-jähriger Geschichte gehört es, aus Verbundenheit und Stolz wichtige politische Tage im Jahreskalender zu begehen. Drei zentrale Termine seien hier in zeitlicher Reihenfolge hervorgehoben:

Der **Frauen-Kampf-Tag am 8. März** ist für die Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mehr als nur ein willkommener Anlass, um den Frauen dieser Stadt einen Rosen-Gruß von der Berliner SPD zu überbringen. An diesem Tag demonstrieren die Frauen – allen voran die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen – für ihre Rechte. Dabei geht es z.B. um Lohn- und Chancengleichheit aber auch um den Schutz vor Gewalt. Am 8. März 2014 schloss sich die Berliner SPD dem überparteilichen Bündnis Frauen\*kampftag an und zeigte hier sehr entschlossen Präsenz auf den Berliner Straßen.

Was die Frauen in und außerhalb der SPD an Aufmerksamkeit erkämpfen mussten und erkämpft haben, eint die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der SPD vom Tag ihrer Gründung vor über 150 Jahren: der gemeinsamen Kampf für ArbeitnehmerInnenrechte und die Wertschätzung der Arbeit jedes einzelnen Individuums. All dies findet jährlich Ausdruck am traditionsreichen **Arbeiterkampftag, dem 1. Mai**. Die Berliner SPD organisierte auch im Berichtszeitraum 2012 bis 2014 den Demonstrationzug der Berliner SozialdemokratInnen, sorgte für Fahnen und Plakate. Besondere Höhepunkte des 1. Mai sind in den einzelnen SPD-Kreisen die Feste, so in Pankow, Treptow-Köpenick, Steglitz-Zehlendorf, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf.

Seit seiner Gründung engagiert sich die Berliner SPD mit einem eigenen Organisations-Team der Berliner Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen (Schwusos) beim und für den **Christopher Street Day**. Dieser Festumzug, der immer Ende Juni stattfindet, ist eine bewusst politische Kundgebung, an der sich die demokratischen Parteien beteiligen können. Nicht nur im Bundestagswahlkampfjahr 2013 standen die Gleichstellung und Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen im Fokus der Parade. Erste Erfolge, die u.a. durch die SPD erkämpft wurden, wie die steuerlichen Gleichstellung, aber auch das Adoptionsrecht, wurden trotz konservativer Blockaden durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bestätigt.

Am 30. August 2013 wurde wieder ein **Sommerempfang der Berliner SPD** ausgerichtet. Der Landesvorsitzende Jan Stöß und der Landesvorstand der Berliner SPD luden rund 500 Berlinerinnen und Berliner aus Politik, Zivilgesellschaft, Verbänden, Vereinen und Unternehmen ein, gemeinsam mit der Berliner SPD im Café Moskau zu diskutieren und zu feiern. Mitten im Bundestagswahlkampf wurde auch an das 150-jährige Jubiläum der ältesten deutschen Volkspartei und die Frauen-Quote erinnert, die sich die SPD 25 Jahre zuvor selbst gab und die eine politische Forderung u.a. an die Unternehmen in Deutschland ist. Zu den Gästen zählten neben den Mitgliedern des Geschäftsführenden Landesvorstand und des Landesvorstands auch der Regierende Bürgermeister, Klaus Wowereit, zahlreiche Abgeordnete des Abgeordnetenhauses, aber auch viele führende Frauen in Berliner Unternehmen wie Vera Gäde-Butzlaff (BSR) und Sigrid Nikutta (BVG).

## NEUE BETEILIGUNGSKULTUR: MITGLIEDERBEFRAGUNG UND MITGLIEDERVOTUM

Nicht erst seit diesem Berichtszeitraum setzt die Berliner SPD kontinuierlich erfolgreich Mitgliederforen, Regionalkonferenzen und andere Beteiligungsverfahren um. Zu wichtigen Entscheidungen und Prozessen gehört es bei den Berliner SozialdemokratInnen zur gewollten Pflicht die 17.000 Mitglieder zu beteiligen, so beim Bundestagswahlkampf mit einem Mitgliederforum und im Nachgang vor der Entscheidung über den Koalitionsvertrag mit zwei weiteren Foren. Aber auch zu den inhaltlichen Schwerpunkten dieses Berichtszeitraums wurden Fachkonferenzen angeboten, auf denen sich die Mitglieder in den Antragsprozess einbringen konnten – so bei der rentenpolitischen Fachtagung 2012, bei den familien- und netzpolitischen Fachtagungen sowie bei der Fachkonferenz „Gerechte Sozialpolitik“ am 29. April 2014, um nur einige Angebote zu nennen. Neu war die Einbeziehung der „Netzöffentlichkeit“ in den Antragsprozess zum Netzkampfantrag, der auf dem Landesparteitag am 27. Oktober 2012 eingebracht wurde. Mit einem sogenannten Pad wurde der Antrag öffentlich zur Verfügung gestellt und konnte dort kommentiert werden. Die Einlassungen flossen in den Antragsberatungsprozess ein und Änderungen fanden sich im Beschluss wieder.

Noch bevor die Bundes-SPD mit dem Mitgliedervotum einen historischen Prozess angestoßen hatte, war das Thema Mitgliederbefragung auf der Agenda der Berliner SPD. Es sollte dazu ein rechtssicheres Verfahren geschaffen werden. Konkreter Anlass des Beschlusses war die Kandidatenaufstellung im Vorfeld von Bundestagswahlen. Der Landesvorstand beschloss in seiner Sitzung am 17. September 2012 die Verfahrensrichtlinie zur Mitgliederbefragung. Sie ergänzt damit die Verfahrensrichtlinien des Landesverbandes Berlin zur Durchführung von Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheidungen gem. § 13\* OrgStatut vom Dezember 2007. Darin heißt es u.a.: „Mitgliederbefragungen können im Vorfeld von Wahlen von Kreisvorsitzenden und Landesvorsitzenden oder im Vorfeld der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für öffentliche Wahlen durchgeführt werden. Das Verfahren wird nur durchgeführt, wenn es mindestens zwei Bewerber/innen gibt.“ Diese Richtlinien werden in einem Evaluationsprozess geprüft und den Bedürfnissen und Möglichkeiten vor Ort angepasst.

## KOMMUNIKATION

Die Berliner SPD nutzt wie kaum ein anderer SPD-Landesverband in Deutschland unterschiedlichste Kommunikationswege um in die Partei hinein zu wirken, aber vor allem auch um die Ziele und Erfolge sozialdemokratischen Handelns nach außen hin sichtbar zu machen. Zu diesen Kommunikationsinstrumenten nach außen zählen zwei Printprodukte: der fast monatlich erscheinende **vorwärts**, der im Handel frei erhältlich ist, aber auch den Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten per Post zugestellt wird. Hier wird auf vier Landesseiten über die aktuellen politischen Ereignisse in der



Bundeshauptstadt informiert. Das **Berliner Stadtblatt** richtet sich ausschließlich an die Berlinerinnen und Berliner, ist kostenlos und wird entweder an den zahlreichen Infoständen der Berliner SPD-Gliederungen verteilt oder gelangt per Zustellung in die Briefkästen der HauptstädterInnen. Das Berliner Stadtblatt erschien 2012 und 2013 je vier Mal. Auf acht Seiten wird über politische Themen informiert, aber auch Vermischtes zum Lesen aufbereitet, wie Veranstaltungs- und Kulturtipps. Auf zwei Bezirksseiten können sich die SPD-Kreise mit ihren Aktivitäten vorstellen und vor allem auf kiezbezogene Themen eingehen. Das Stadtblatt hat eine Auflage von 340.000 und erscheint in fast allen Bezirken. Im Jahr 2014 wurde eine Ausgabe im Vorfeld der Europa-Wahlen produziert. Auf Grund des hohen personellen wie vor allem auch finanziellen Mitteleinsatzes beschloss der Landesvorstand, das Stadtblatt seltener herauszugeben und hier mit einer größeren Beteiligung der Kreise zu arbeiten. Einzelne SPD-Kreise werden das Angebot nutzen und ab Herbst 2014 und 2015 das Stadtblatt fortführen. An dieser Stelle sei auf die große ehrenamtliche Arbeit der einzelnen Bezirksredaktionen verwiesen, die dieses Instrument der Außendarstellung so lebendig machen.

Auf **facebook** und **twitter** ist die Berliner SPD seit langem und hat ihre Aktivitäten hier seit der Gründung des zum Teil ehren- und zum Teil hauptamtlichen Online-Teams aber noch intensivieren können. Auf beiden Online-Kanälen präsent zu sein, ist eine notwendige und wichtige Möglichkeit mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Dialog zu treten. Dabei wird die Kommentarfunktion von diesen intensiv genutzt und die zeitnahe Beantwortung von Fragen so gut es geht vom Online-Team möglich gemacht. Die Verwendung von Social Media-Kanälen trägt zur Transparenz unserer Politik für die Stadt bei.

Die **Internetseite** der Berliner SPD kann einen konstant hohen „traffic“ verzeichnen. Sie ist geprägt von oft wechselnden Beiträgen, in denen die aktuellen politischen Geschehnisse kommentiert und die SPD-Politik erklärt wird. In 2013 wurde die Seite einem „Facelifting“ unterzogen, mit dem Ergebnis, dass sie nicht nur moderner wirkt, sondern aktuelle Inhalte auch präsenter und leichter zu finden sind. Besonders wichtig war es dem Landesvorstand dabei, die Seite barrierefrei zu gestalten. Seit dem Facelift können sich sehingeschränkte Bürgerinnen und Bürger jeden Beitrag auf der Seite schnell und einfach vorlesen lassen. Ein Klick genügt. Diese Verbesserung wurde auf Anregung der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv durchgeführt und ist Teil eines Prozesses zur Beseitigung von Barrieren im Alltag, den der Landesverband gemeinsam mit der AG weiter vorantreiben wird.

Dass die kommunikative Präsenz nach innen wie außen dem Berliner SPD-Landesvorstand wichtig ist, zeigt die Einrichtung einer halben **Grafiker-Stelle** im Haus. Damit wurden die grafischen Aufgaben wieder ins Kurt-Schumacher-Haus geholt und zugleich dem ganzen Landesverband ein neues Service-Angebot unterbreitet.

Neben der Ansprache von Bürgerinnen und Bürgern ist es der Berliner SPD besonders wichtig, mit ihren internen Medien die Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu erreichen. Mit der traditionsreichen **Berliner Stimme** bekommen über 1.000 GenossInnen eine Debattenzeitung zugesandt, die über die aktuelle Berichterstattung hinaus geht und von der Partei, der Fraktion und dem Senat intensiv genutzt wird. Zudem wendet sich der Landesvorsitzende rund drei Mal im Jahr mit einem Mitglieberbrief postalisch an alle Genossinnen und Genossen.

Der **Dienstagbrief** erscheint, wie es sein Name ausdrückt, jeden Dienstagabend – mit Ausnahme von Ferien- und Feiertagen und informiert über aktuelle Themen der Berliner SPD, über die Arbeit der Abgeordneten im Bundestag, im Abgeordnetenhaus und im Europäischen Parlament sowie über die Arbeit der sozialdemokratischen Senatsmitglieder. Besonderer Beliebtheit und Akzeptanz erfreuen sich die Veranstaltungsankündigungen und die Terminliste an der rechten Seite. Auch der Dienstagsbrief hat in 2013 ein frisches und neues Gesicht erhalten

Die Berliner SPD ist kampagnenfähig und kampagnenstark – das zeigen die regulär anstehenden Wahlkämpfe, aber darüber hinaus auch außerreguläre Kampagnen wie 2012 bis 2014 die **Kampagne „Mehr Frauen in die SPD“** und die **Kampagne zum Volksentscheid über das Tempelhofer Feld**. Die Kampagne zur Gewinnung von mehr Frauen-Power für die SPD war zweigliedrig aufgebaut: Zum einen sollten Frauen außerhalb der SPD angesprochen, zum anderen sollte die Arbeit der SPD-Gliederungen frauenfreundlicher gestaltet werden. Der Kampagnenstrang, der sich nach außen richtete, wurde getragen durch einprägsame Postkarten und Buttons. „Zicke“, „Diva“ und „Biest“ war darauf zu lesen. Die vermeintliche Provokation wurde auf der Rückseite bissig, aber witzig aufgelöst. Die Produkte fanden reißenden Absatz in den Berliner Cafés, Kneipen und Studentenwohnheimen. So schnell sie vergriffen waren, so zeitnah stiegen auch die Nachfragen beim Landesverband dazu an. Am Ende konnte ein signifikanter Anstieg von Eintritten von Frauen verzeichnet werden. Nach innen gerichtet bot der Landesverband den SPD-Abteilungen ein Coaching an. In intensiven Workshops sollte die Beteiligungskultur nicht nur von Frauen kreativ und kritisch-positiv betrachtet werden. Ziel war es Hindernisse zu identifizieren, die es Frauen nicht möglich machen am SPD-Leben teilzuhaben. Lange Monologe, familienunfreundliche Sitzungszeiten und die Länge von Sitzungen waren hier Kritikpunkte, die zum Teil schon in Gegenstrategien der Kreise aufgegriffen wurden. So verabschiedete die SPD Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte Leitlinien, die u.a. die Sitzungsdauer von Abteilungsversammlungen auf zwei Stunden begrenzen. 14 Abteilungen aus neun Kreisen nahmen am Coaching teil. In einer breit angelegten Befragung und einem Auswertungsworkshop wurden Ergebnisse und Ideen festgehalten. Auf dem Bundesparteitag in Leipzig im November 2013 wurde die Berliner SPD für ihre Kampagne mit dem Wilhelm-Dröschler-Preis ausgezeichnet. Einzelne Elemente wurden seit dem von anderen SPD-Landesverbänden und der Bundes-ASF für eigene Kampagnen aufgegriffen.

**Volksbegehren** gehören in Berlin mittlerweile zum politischen Alltag und das ist auch gut so. Im Berichtszeitraum wurde die Berliner Regierungskoalition mit zwei Volksentscheiden konfrontiert – zum einen zur **Berliner Energie**, hier hat die Koalition einen eigenen Gesetzesentwurf vorgelegt, der wesentliche Teile des Volksgesetzesentwurfes aufgegriffen hat – und zum anderen zum **Tempelhofer Feld**. Bei diesem Volksentscheid über die Randbebauung des Feldes, der am Tag der Europa-Wahl am 25. Mai 2014 mit zur Abstimmung steht, hat sich der Landesvorstand der Berliner SPD entschlossen, offensiv in die Kampagnenführung zu gehen, denn „bei diesem Volksentscheid geht es um eine Grundsatzentscheidung für Berlin, die weit über das Tempelhofer Feld hinaus wirkt“, so Jan Stöß. Die Frage sei, so der Landesvorsitzende, ob wir in sozialer Verantwortung den Wandel und das Wachstum unserer Stadt gestalten oder ob wir den Stillstand zementieren und dadurch jede Entwicklung und Veränderung unmöglich machen.

Beim Kampagnenauftritt am 3. April präsentierte Jan Stöß die drei Motive der ab dem danach folgenden Wochenende zu sehenden 15.000 Plakate: BERLIN STATT STILLSTAND, GESTALTEN STATT STILLSTAND und ganz zentral in dieser Kampagne: WOHNRAUM STATT STILLSTAND. Mit Flugblättern, Flyern, Guerilla-Aktionen und einem viralen youtube-Spot soll, so der Landesvorsitzende Jan Stöß deutlich werden, dass die Entscheidung über das Tempelhofer Feld alle etwas angeht: „In jedem Kiez und Bezirk sind Wohnungsknappheit und steigende Mieten heute schon spürbar. Berlin wächst und das rasant. Ohne Wohnungsneubau in Tempelhof und anderswo werden die Mieten überall weiter stark steigen.“ Die SPD kämpft mit ihrer Kampagne dafür, dass Wohnungsbau möglich ist und trotzdem eine Freifläche so groß wie der Große Tiergarten für Sport und Freizeit erhalten bleibt. Die Freifläche von gesetzlich gesicherten 230 ha soll eine höhere Aufenthaltsqualität mit Parkbänken, Baumgruppen und Sanitäranlagen erhalten. Vereinssport soll durch Sportanlagen an den Rändern gestärkt werden. Für diese Ziele und Inhalte steht der Gesetzentwurf 2 des Berliner Abgeordnetenhauses und für diese kämpft die SPD. Dabei wird die SPD vom Aktionsbündnis Tempelhofer Feld unterstützt – einem Zusammenschluss aus Gewerkschaften, Unternehmen und Verbänden.

## ARBEITSGRUPPEN DES LANDESVORSTANDS

Im Berichtszeitraum 2012 bis 2014 begann die Arbeit von vier Arbeitsgruppen des Landesvorstands. Die Arbeitsgruppen Geschlechtergerechtigkeit und Bezirksfinanzen wurden reorganisiert, die Arbeitsgruppen Strategien gegen rechts und die Koordinierungskommission Gerechte Sozialpolitik neu gegründet. Zudem wurde die Position einer Kultur-Beauftragten für den Landesverband Berlin eingerichtet. Ein Überblick über die Arbeit der AG'en und der Beauftragten soll hier gegeben werden:

### Arbeitsgruppe „Strategien gegen rechts“

Der Kampf gegen rechts gehört zu den grundlegenden Aufgaben der Sozialdemokratie. Im Sommer 2012 begann eine Serie von politisch motivierten Anschlägen, die die Institutionalisierung dieses Engagements erforderlich machte. Die politische Arbeit gegen rechts und die Stärkung unserer Demokratie braucht einen langen Atem, gute Konzepte und die Vernetzung unter den Engagierten. Die Arbeitsgruppe erhielt vom Landesvorstand die Aufgabe den Austausch zwischen ExpertInnen und Engagierten zu fördern. Berlin ist die Stadt der Vielfalt, diesen Ist-Zustand gilt es mit allen demokratischen Mitteln zu verteidigen.

Die Arbeitsgruppe lädt zu regelmäßigen Treffen alle zwei Monate ein. In den allgemeinen Treffen geht es darum, aktuelle Vorkommnisse und Probleme zu diskutieren und kurzfristige Angebote, etwa die Unterstützung von gefährdeten Projekten oder Demonstrationen, zu organisieren. Daneben gibt es eine Redaktionsgruppe, die Konzepte entwickelt und Veranstaltungen organisiert. So entstand in 2014 eine umfassende Lageanalyse rechter Umtriebe in Berlin. Das Ziel ist die Erarbeitung eines Leitantes, der auf dem Herbstparteitag der Berliner SPD beraten werden soll.

Die Arbeitsgruppe, die im Berichtszeitraum vier Tagungen mit reger Beteiligung der Zivilgesellschaft organisiert hat, so u.a. zum bisher wenig erforschten Thema „Institutionelle Diskriminierung“, wird von vier SozialdemokratInnen koordiniert: Susanne Kitschun, MdA und Sprecherin im Abgeordnetenhaus für Strategien gegen rechts, Kevin Kühnert, Juso-Landesvorsitzender, Barbara Loth, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen und stellvertretende Landesvorsitzende und Josephine Steffen, Pressesprecherin des Landesverbandes. Jede Sozialdemokratin und jeder Sozialdemokrat kann Mitglied dieser Arbeitsgruppe werden. Eine einfache E-Mail an den Landesverband genügt. Die Gruppe steht aber auch Engagierten ohne Parteibuch offen, ganz im Sinne der Öffnung hin zur Stadtgesellschaft.

### Arbeitsgruppe „KoKoSoz“

Hinter der einprägsamen Kurzbezeichnung dieser Arbeitsgruppe steht die „Koordinierungsgruppe Gerechte Sozialpolitik“. Der Name wird der Mammutaufgabe gerecht, denn nicht weniger als die Koordinierung unterschiedlicher Bereiche der Sozialpolitik hat sich diese Arbeitsgruppe vorgenommen. Dabei steht ein Grundgedanke im Vordergrund: Was bedeutet gerechte Sozialpolitik für die Berliner Sozialdemokratie?

Am 13. August 2012 beschloss der Geschäftsführende Landesvorstand eine Koordinierungskommission „Gerechte Sozialpolitik“ beim Landesvorstand einzurichten. Dieser Kommission gehören an: Jens Ahrens, Elvira Berndt, Knut Lambertin, André Lossin,

Barbara Loth, Iris Spranger und Boris Velter. Die Kommission wurde beauftragt, für den Landesverband zukunftsweisende politische Grundlagen bzw. Leitlinien, die für die Diskussion um die Fortentwicklung des gewährenden Sozialstaates notwendig sind, zu erarbeiten und die Wirksamkeit der bisherigen sozialpolitischen Instrumente auch mit deren Finanzierbarkeit zu verbinden. Die bislang letzte breit geführte Debatte über die Rolle des Sozialstaats wurde auf dem Landesparteitag 2003 geführt. Zugleich wird der Bund in der Ausgestaltung sozialpolitischer Instrumente und Leitlinien immer dominanter.

Die Arbeitsgruppe hat zusammen mit dem Landesvorstand das Thema Gerechte Sozialpolitik wieder zum Kernpunkt der Berliner SPD-Politik gemacht. Dazu wurde ein Antrag formuliert, der seit August 2013 einen intensiven Bearbeitungs- und Diskussionsprozess in den SPD-Gliederungen durchlief. Im Sinne der Sozialpolitik als Querschnittsaufgabe wurden die Eckpunkte des Antrags aus diesen Bereichen heraus formuliert: Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik, Pflege, Stadt- und Wohnungspolitik, Inklusion, Gesundheits- und Sozialpolitik.

Die Thesen und damit die Zielrichtung dieses Antrags sind die Errichtung einer „sozialen Brandmauer“ und perspektivisch die Verbesserung von Ausstattungsstandards der staatlichen Struktur und der Prävention z.B. im Bereich der Gesundheits- und Sozialpolitik. Auf dem Landesparteitag am 17. Mai 2014 sollen die Thesen intensiv diskutiert werden.

Das Ansinnen des Antrages ist auch:

- ▶ die Ausrichtung der Bildungsprozesse und Unterstützungssysteme auf Selbstbestimmung und Selbstorganisation.
- ▶ die Stärkung der Tarifbindung und die Realisierung des Mindestlohns, damit gute Arbeit und eine gute Bezahlung weniger Abhängigkeit von staatlicher Transferpolitik bedeuten. Die Tarifbindung ist zu stärken und der Mindestlohn muss endlich realisiert werden.
- ▶ Bildung ist die Voraussetzung für einen guten Job und damit für ein auskömmliches Leben. Lebenslanges Lernen ist zu fördern, die Bedingungen hierfür sind zu verbessern. Kulturelle Bildung ist ein Menschenrecht und darf nicht am Geldbeutel scheitern.
- ▶ Berlin als soziale Stadt muss dringend eine gerechte Mietpolitik mitdenken und fördern. Die Stadt wächst und die Berliner SPD setzt sich für den umfangreichen Ausbau der kommunalen Infrastruktur ein.

▶ Inklusion als ein Menschenrecht und nicht als gesellschaftlicher Luxus. Teilhabe in allen Lebensbereichen zu verwirklichen, ist ein komplexer und langwieriger Prozess. Die Berliner SPD fordert entsprechende Umsetzungsstrategien.

▶ Pflege als Dienstleistung am Menschen. Die Berlinerinnen und Berliner werden älter und bedürfen im Alter der Pflege. Diese Pflege ist zunehmend am Minutentakt orientiert. Pflegeleistende werden bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit gebracht. Pflege muss dem Menschen dienen, dem Pflegenden und dem zu Pflegenden. Dafür muss der Staat in Zusammenarbeit mit den Sozialverbänden Sorge tragen und diese Leistung ordentlich finanzieren.

▶ Stärkung der Wohlfahrtsverbände als wichtige soziale Akteure, denn sie sind bedeutender Teil der Zivilgesellschaft und daher unverzichtbar.

▶ Steuer- und Abgabengerechtigkeit als eine Grundvoraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Wir fordern daher eine Vermögensumverteilung von Oben nach Unten. Kommunen müssen bei versicherungsfremden Leistungen entlastet werden. Diese sind durch Steuern zu finanzieren.

Der GLV empfiehlt zu prüfen, welche der im Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen noch in dieser Legislaturperiode durch den Senat, das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen realisiert werden können.

### **Beauftragte für Kultur im Landesvorstand der Berliner SPD**

Mit Barbara Scheffer gibt es seit 2012 eine Beauftragte für Kultur im Landesverband der Berliner SPD. Sie berichtet zudem als Beisitzerin für diesen Themenbereich.

Aufgabe der Beauftragten war es, die Kulturarbeit zwischen der Landes- und Bezirksebene besser zu vernetzen und zu stärken. Dafür lud Barbara Scheffer die kulturpolitischen SprecherInnen der SPD-Fraktionen in den Bezirksverordnetenversammlungen und dem Abgeordnetenhaus von Berlin sowie die Kultur-StadträtInnen zu einem Runden Tisch ein. Dieser wurde ergänzt durch kulturpolitische Akteure aus der Bundestagsfraktion, durch das Kulturforum im Willy-Brandt-Haus sowie der Berliner SPD und dem August-Bebel-Institut.

Der erste Runde Tisch Kultur kam im Februar 2013 zusammen. Neben dem Kennenlernen und erstem Austausch wurden insbesondere kiezspezifische Themen identifiziert und diskutiert. Zwei Monate später standen die Themen „Bibliotheken in Berlin“ und das bildungspolitische Projekt „Planung einer Landesbibliothek“ im Mittelpunkt.

Insgesamt trafen sich die Akteure des Runden Tisches vier Mal. Besonderer Höhepunkt war der Kultur-Workshop „KulturPolitik für Berlin“ im Juni 2013. Die kulturpolitischen Anträge auf den folgenden Landesparteitagen fanden hier ihren Ursprung.

Als Zukunftsprojekt definieren die Beauftragte für Kultur, Barbara Scheffer und die Mitwirkenden des Runden Tisches ein sozialdemokratisches Leitbild „KulturStadt-Berlin“, das im kommenden Berichtszeitraum entwickelt werden wird.

### **Arbeitsgruppe Geschlechtergerechtigkeit**

In allen Gesellschafts- und Politikbereichen sowie in der innerparteilichen Organisations- und Arbeitsweise sollen die spezifischen Belange von Frauen und Männern gleichermaßen berücksichtigt werden – das ist die Aufgabe der Arbeitsgruppe Geschlechtergerechtigkeit in der Berliner SPD. Geschlechterspezifische Benachteiligungen gilt es abzubauen.

Mit einem Frauenanteil von nun mehr deutlich über 33 Prozent sind es in der Berliner SPD immer noch die weiblichen Mitglieder, deren Belange verstärkt unterstützt werden müssen. So ist die Mitgliederwerbekampagne „Mehr Frauen in die SPD“ maßgeblich durch die Arbeitsgruppe Geschlechtergerechtigkeit entwickelt worden. Teil dieser Kampagne war es, die Arbeit der Berliner Sozialdemokratinnen im Politikalltag zu befördern – u.a. durch das Angebot von Abteilungs-Coachings, das sehr gut angenommen wurde. Mit Workshops u.a. zu „Sicheres Verhandeln“ und einem Rhetorikworkshop wurden hier zusätzliche Angebote gemacht und zahlreich angenommen, die im zweiten Halbjahr 2014 um die Themen „Statuten“ und „Empowerment“ ergänzt werden. Die AG Geschlechtergerechtigkeit prüft zudem in intensiven Gesprächen mit der Landesgeschäftsstelle und der Statutenkommission Sanktionsmöglichkeiten bei Nicht-Einhaltung von Quoten in den SPD-Gliederungen. Dazu liegen dem Landesparteitag am 17. Mai 2014 mehrere Anträge vor.

Zugleich ist es Aufgabe der Arbeitsgruppe, aktuelle gesellschaftliche und politische Themen auf ihre Geschlechtergerechtigkeit hin zu überprüfen. Maßgebliche Arbeit wurde hier beim Thema Rente und Altersarmut geleistet, sowie bei den Themen Berufschancen, Bildung und Durchlässigkeit auf dem Arbeitsmarkt, die wichtige Bestandteile des Bundestagswahlkampfes 2013 und des Europawahlkampfes 2014 waren.

Vorsitzende der AG Geschlechtergerechtigkeit ist die stellvertretende Landesvorsitzende Barbara Loth. Feste Mitglieder sind zudem: Serge Embacher, Fritz Felgentreu, Kirstin Fusan, Ralf Höschele, Oliver Igel, Vera Junker, Ulrike Neumann, Torsten Schneider und Julia Schimeta.

### **Arbeitsgruppe Bezirksfinanzen**

Am 13. Januar 2014 beschloss der Landesvorstand einstimmig die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zu den Berliner Finanzen. Dem voraus ging ein Antrag der Kreisdelegiertenkonferenz Charlottenburg-Wilmersdorf auf dem Landesparteitag am 2. November 2013, in dem gefordert wurde, sich u.a. mit der Kosten-Leistungs-Rechnung auf Bezirksebene und dem Altschuldentilgungsfonds, einer Forderung der Projektgruppe Bezirksfinanzen, weiter auseinanderzusetzen.

Mit der Einsetzung der AG Bezirksfinanzen wurde dem Votum auf dem November-Parteitag entsprochen. Die Projektgruppe Bezirksfinanzen legte, unter Leitung der stellvertretenden Landesvorsitzenden Iris Spranger und Philipp Steinberg, ihren Abschlussbericht im November 2012, und damit im Berichtszeitraum, vor.

Der Bericht „Planungssicherheit verbessern, Gestaltungsspielräume auf bezirklicher Ebene sichern“ enthält neben einer Analyse der Entwicklungen der Finanzbeziehungen und der Mechanismen der Mittelzuweisung und -verausgabung in Berlin konkrete Empfehlungen und Forderungen. Neben einer weiteren Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und einer gerechten Steuerpolitik wird auch die Umwandlung des „Soli“ ab 2019 in eine Altschuldentilgungsergänzungsabgabe, um die problematischen finanziellen Entwicklungen von Ländern und Kommunen durch Tilgung von Altschulden zu stoppen, gefordert.

Für Berlin wird unter anderem eine Erhöhung der Transparenz der Finanzbeziehungen insbesondere bei der Normierung, die Abschaffung des Normierungsfaktors für Schulprodukte, Maßnahmen zur Verbesserung der Steuerung der Transferausgaben, die Verdoppelung des Wertausgleichs, die Festlegung eines verbindlichen Verfahrens zur Beteiligung der Bezirke an Steuer Mehreinnahmen und die Möglichkeit der Streckung des Personalabbaus auch über die Legislaturperiode hinaus über einen Zeitraum von zehn Jahren vorgeschlagen.

Die Projektgruppe hat sich nicht auf die verbindliche Einführung weiterer Mindeststandards verständigen können, sondern empfiehlt lediglich Maßnahmen, um die Diskussion dazu auf einer besseren Faktengrundlage weiterführen zu können. Das 15-seitige Dokument wurde an die Gremien weitergeleitet und dort intensiv diskutiert.

Die Fortführung der Projektgruppe im Rahmen der AG Bezirksfinanzen ist ein Produkt dieser Diskussion. Die Arbeitsgruppe ist aufgefordert einen umfassenden Bericht zu erstellen, aus dem sich konkrete Umsetzungsanträge ableiten lassen. Sie soll einvernehmlich berichten und kann selbstständig Unterarbeitsgruppen einsetzen. Sie sollen sich mit den Schwerpunkten Analyse, Struktur- und Personalfragen befassen. Durch die Arbeitsgruppe können Expertinnen und Experten hinzugezogen werden.

Die Unterarbeitsgruppen erarbeiten unter Hinzuziehung weiterer Unterarbeitsgruppenmitglieder selbstständig unter Rahmenthemenvorgaben Empfehlungen. Die Unterarbeitsgruppen geben schriftliche Voten an die Arbeitsgruppe ab, die dort bewertet und in das Gesamtkonzept eingestellt werden sollen. In den Unterarbeitsgruppen wird Konsens hergestellt. In wesentlichen Einzelfällen können Meinungsverschiedenheiten durch abweichende Voten dargestellt werden. Die Arbeitsgruppe und ihre zuarbeitenden Untergruppen ziehen alle zugeleiteten Erkenntnisse innerhalb unseres Landesverbandes der letzten 10 Jahre heran. In dem Bestreben, Ergebnisse in konkrete Politik umzusetzen, wird dem Koalitionspartner auf der Landesebene die Teilnahme in allen Teil- und der Arbeitsgruppe selbst zu einem zu bestimmenden Zeitpunkt durch jeweils zwei Gäste mit Rederecht gestattet.

## KASSENBERICHT

### Allgemein

Der Landesverband Berlin erfreut sich auch 2014 einer soliden Finanzlage und ist bundesweit einer von nur zwei Landesverbänden ohne Schulden. Weil das so bleiben soll, haben wir wo immer möglich sparsam gewirtschaftet und dabei gleichwohl unsere politischen Projekte und Kampagnen umgesetzt.

Da das Erbe inzwischen aufgebraucht ist, haben wir in der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2018 an zahlreichen Positionen den Rotstift angesetzt, um auch künftig die politische Handlungs- und Kampagnenfähigkeit sicher zu stellen.

Sowohl im Jahr 2011 als auch 2012 fiel der Abschluss positiver aus als im Haushalt geplant. Die Minderausgaben betragen für 2012 rund 499.000 € und das Reinvermögen stieg Ende 2012 auf 888.000 €, ohne Rückstellungen für Personal auf 1,513 Mio. €.

Der Landesvorstand hat den Etat für den Bundestagswahlkampf 2013 auf insgesamt 447.000 € festgelegt. Dieser Haushaltsansatz wurde eingehalten. Die Kreise erhielten einen Zuschuss von jeweils 12.300 €.

Da der Rechenschaftsbericht für das Jahr 2013 erst nach der Drucklegung durch unabhängige Wirtschaftsprüfer begutachtet wird, wird er dem Landesparteitag zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt und in der nächsten Ausgabe veröffentlicht. Die Rechenschaftsberichte der Jahre 2011 und 2012 sind in diesem Jahresbericht abgedruckt.

Die Einhaltung des Kostenrahmens ist auch auf die Einhaltung der Haushaltsrichtlinien und entsprechender Controllingmaßnahmen zurückzuführen, aber nicht zuletzt auch ein Verdienst der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kurt-Schumacher-Hauses, denen ich für ihr Engagement herzlich danke.

### Personal- und Verwaltungskosten

Die Personalkosten entwickelten sich im Berichtszeitraum entsprechend der langfristigen Planung, was auch an dem guten Kompromiss bei den Tarifverhandlungen zwischen dem Landesverband und der Gewerkschaft ver.di Ende 2012 lag.

2012 haben wir darüber hinaus strukturelle Entscheidungen getroffen, um die hohe Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu mindern und Aufgaben, die in der Vergangenheit an Firmen übertragen wurden, wieder selbst zu erledigen.

So haben wir die beiden Auszubildenden übernommen, Befristungen, wo dies möglich war, in unbefristete Arbeitsverhältnisse umgewandelt und in einigen begründeten Fällen Höhergruppierungen beschlossen. Ferner haben wir sichergestellt, dass Aushilfen künftig den Mindestlohn erhalten.

Für den Bereich Grafik haben wir eine neue Stelle geschaffen und damit die Erstellung unserer Druckschriften wieder ganz in den Verantwortungsbereich des Kurt-Schumacher-Hauses geholt.

Die Verwaltungsausgaben waren 2011 mit 424.000 € und 2012 mit 406.000 € auf stabilem Niveau. Bei Neuanschaffungen legen wir Wert auf Nachhaltigkeit, denn qualitativ hochwertigere Produkte sind meist auch langlebig und umweltschonend.

### **Einnahmeentwicklung**

Die Einnahmen des Landesverbandes sind im Berichtszeitraum weiter gestiegen, was nicht nur am Vertrieb von Druckerzeugnissen liegt, sondern auch an den höheren Mitgliederzahlen und dem auf 12,81 € gestiegenen Durchschnittsbeitrag für das Jahr 2013. Die Einnahmen aus Beiträgen konnten im Jahr 2012 auf 1,796 Mio. € gesteigert werden.

Wie andere Landesverbände auch haben wir unsere Bemühungen um satzungsgemäße Beiträge verstärkt. Dieser Appell hatte nicht nur bei Mitgliedern Erfolg, die ihren monatlichen Beitrag von 2,50 Euro zum Teil deutlich erhöhten, sondern auch bei den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, die ihre Parteibeiträge an die Vorschriften der Satzung anpassten. An dieser Stelle danke ich allen Mitgliedern und Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, die mit ihrem Beitrag unsere Arbeit erst möglich machen.

Schon Landeskassierer Harald Christ hatte auf die zum Teil großen Unterschiede bei der finanziellen Ausstattung der Abteilungen verwiesen. Der Geschäftsführende Landesvorstand (GLV) hat deshalb 2012 als erste Maßnahme nach der Wahl den Abteilungsfonds in Höhe von 20.000 Euro geschaffen, aus dem finanzschwache Abteilungen unterstützt werden können. Nach Anlaufschwierigkeiten haben zahlreiche Abteilungen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

### **Vermögensentwicklung und mittelfristige Finanzplanung**

Der Landesverband hat seit vielen Jahren einen ausgeglichen Haushalt und bestreitet diesen aus eigenen Finanzmitteln. Dies war nicht immer so, und dies ist auch kein Selbstläufer! Damit die Partei auch in Zukunft aus eigener Kraft handlungs- und

kampagnenfähig bleibt, haben wir leider das Stadtblatt reduzieren müssen. Die Subvention des Landesverbandes war so hoch, dass wir bei der unveränderten Fortschreibung dieses Projektes spätestens im Jahr 2018 in die roten Zahlen gerutscht wären.

Damit dies nicht passiert, haben wir im Haushalt für 2014 und den Folgejahren an zahlreichen Etatposten Einsparungen vorgenommen. Darüber hinaus hat der Landesvorstand beschlossen, das Stadtblatt nur noch vor den Wahlen zu den gewohnten Konditionen zu erstellen. Künftig wird ein Stadtblatt vor der Europawahl verteilt, zwei Ausgaben erscheinen jeweils vor der Bundestags- und der Abgeordnetenhauswahl.

Ich danke allen Abteilungen, Kreisen, Arbeitsgemeinschaften, dem Geschäftsführenden Landesvorstand und dem Landesvorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kurt-Schumacher-Hauses für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen beiden Jahren.

*Ulrike Sommer*  
*Landeskassiererin*

**LANDESSCHIEDSKOMMISSION****Allgemein**

Die Landesschiedskommission hatte in der abgelaufenen Wahlperiode zwei Parteiordnungsverfahren zu behandeln.

- ▶ Bei dem ersten handelte es sich um eine Berufung eines Mitgliedes aus Neukölln, der Widerspruch gegen seinen Parteiausschluss durch die zuständige Kreisschiedskommission eingelegt hatte. Die Berufung war erfolglos. Die Landesschiedskommission bestätigte die Entscheidung der Vorinstanz. Eine Berufung gegen diese Entscheidung wurde nicht eingelegt, so dass der Parteiausschluss wirksam wurde.
- ▶ Im zweiten Verfahren ging es um ein Berufungsverfahren gegen eine Entscheidung der Kreisschiedskommission Spandau, in der Anträge auf zeitweiligen Funktionsverlust nicht stattgegeben wurden. Der Widerspruch dagegen wurde von der Landesschiedskommission zurückgewiesen und ebenfalls die Entscheidung der Vorinstanz bestätigt.

Wie schon über den vorigen Berichtszeitraum kann auch jetzt wieder gesagt werden, dass es um eine Parteiorganisation nicht schlecht bestellt sein kann, deren Schiedskommission selten beschäftigt wird.

**Nikolaus Sander**

*Vorsitzender der Landesschiedskommission*

**FACHAUSSCHUSS I · INTERNATIONALE POLITIK, FRIEDEN, ENTWICKLUNG****Arbeitsergebnisse 2012 - 2014**

Die Arbeit des FA I im Berichtszeitraum war stark bestimmt durch direkte und indirekte Beiträge zum Wahlkampf und zum Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013, aber auch schon im Vorgriff zum Europa-Wahlkampf 2014.

Diese Beiträge lagen aber mehr in den Bereichen der Politikberatung des Landesverbandes und der innerparteilichen Willensbildung als in der Themengestaltung der monatlichen parteiöffentlichen, für Nichtmitglieder offenen und meistens im Abgeordnetenhaus abgehaltenen monatlichen Themenveranstaltungen des FA I.

Der FA I arbeitete nicht nur an den europapolitischen Leitanträgen des FA II mit, sondern setzte eigene inhaltliche Akzente mit Anträgen mit Leitantragsformat zu den Themen „Konkrete Solidarität mit Griechenland“ und „Reform der deutschen und europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik“, die auch als Beiträge zum Regierungsprogramm bzw. Vorgaben für den Koalitionsvertrag mit der Union angelegt waren. Beide Anträge wurden beim Landesparteitag am 2.11.2013 beschlossen.

Schon im Winter 2012 hatte sich der FA I mit Anträgen und Briefvorlagen an Innenminister Henkel für einen Stopp der Abschiebung von Flüchtlingen aus Ex-Jugoslawien aus Berlin während der Wintermonate eingesetzt und ist auch aktuell in die Bearbeitung der Problematik der Flüchtlingsproteste auf dem Oranienplatz involviert.

Eine eigene Veranstaltung mit der Berliner Europa-Kandidaten Sylvia-Yvonne Kaufmann gab es zur Situation der Roma und den Roma-Strategien der EU und des Berliner Senats.

Die monatlichen Sitzungen waren wie immer stark von globalen politischen Entwicklungen und Krisen mit globalen Auswirkungen, aber auch von Grundfragen der Friedens- und Entwicklungspolitik bestimmt. Aus diesen Debatten heraus entstand unter anderem ein vom FA I initiiertes Landesparteitagsbeschluss mit dem Ziel des Verbots von Finanzspekulationen mit Nahrungsmitteln.

Eine Fortsetzung fand das mit dem Engagement für Europa verbundene Eintreten des FA I für mehr Regulierung der Märkte. Hier haben wir vor allem mit dem Fachausschuss Europa eng zusammen gearbeitet. Gemeinsam konnten wir in Kooperation mit ver.di Berlin-Brandenburg und der AfA Berlin eine Veranstaltung zum Freihandelsabkommen EU-USA am 19.2.2014 organisieren, an der der Europa-Abgeordnete Bernd Lange und

der AfA-Bundesvorsitzenden Klaus Barthel sowie die stellv. Landesbezirksleiterin von ver.di, Astrid Westhoff, teilnahmen.

Einen neuen Arbeitsschwerpunkt bildeten die teils mit einander verbundenen Themen Menschenrechte, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Zum Thema Menschenrechte kam es zu einer neu aufgebauten, inzwischen kontinuierlichen Zusammenarbeit mit Human Right Watch Deutschland mit HRW-Referenten in FA I-Sitzungen zur Menschenrechtslage in Burma/Myanmar, Russland - Ukraine und Aserbeidschan.

Zum Thema Rechtsextremismus/Antisemitismus im internationalen Kontext wurde im Berichtszeitraum eine inzwischen ebenfalls sehr enge Zusammenarbeit mit der Projektgruppe Russisch Sprechender Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowie dem bundesweit organisierten Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokraten aufgebaut, die für eine sehr gut besuchte Veranstaltung am 29.1.2014 zur aktuellen Krise in der Ukraine genutzt werden konnte.

Schon im letzten Jahr war das Thema „Internationale Kontexte des Rechtsterrorismus und Rechtspopulismus am Beispiel von Norwegen und Russland“ – veranlasst durch die Terrorattacke Breiviks, Gegenstand einer FA I-Sitzung.

Bei dem schon im letzten Berichtszeitraum beherrschenden Großthema Afghanistan hat der FA I das der SPD nahe stehende Afghanistan-Komitee für Frieden, Wiederaufbau und Kultur weiter intensiv darin unterstützt, zivilgesellschaftliche Gruppen in Deutschland zu organisieren und von hier aus Beiträge zur Förderung des Friedens- und Versöhnungsprozesses in Afghanistan zu leisten. In mehreren FA I-Sitzungen, gemeinsamen Workshops und mit gemeinsamen Feiern islamischer und christlicher Feste mit politischen Bestandteilen wurden die Entwicklungsperspektiven Afghanistans nach dem Abzug der ISAF-Truppen und die möglichen Beiträge Deutschlands zum Wiederaufbau ausgelotet.

In ähnlicher Weise beschäftigte sich der FA I mit eigenen Veranstaltungen bzw. der Unterstützung von Veranstaltungen anderer Parteigliederungen mit den Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert, Ute Finckh-Krämer und Christoph Strässer mit Krisenregionen in Asien (neben Afghanistan noch Nordkorea) und Afrika (Demokratische Republik Kongo und Mali.) In Fortsetzung der lang andauernden Kooperation mit dem Afrika-Haus präsentierte der stellv. FA I-Vorsitzende einen politischen Reisebericht aus dem südlichen Afrika, der großen Anklang fand.

Am 22. März 2014 fand wieder eine politisch umrahmte gemeinsame Feier des islamischen Neujahrsfestes mit dem Afghanistan-Komitee statt.



*Der Vorsitzende des FA I, Karl-Heinz Niedermeyer, mit Vorstandsmitgliedern des Afghanistan-Komitees und Familienanhang auf dem Fest des Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlags 2013 auf der Halbinsel Stralau.*

FOTO: FA I

### Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit

Eine Begutachtung der immer wieder von aktuellen Entwicklungen bestimmten Themen der 20 Sitzungen und Veranstaltungen im Berichtszeitraum ergibt, dass die Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit des FA I trotz neuer Akzente mit den östlichen Nachbarn der EU, Russland und Ukraine entsprechend dem langfristig angelegten Engagement des FA I in den genannten Bereichen im Wesentlichen gleich geblieben sind:

1. Afghanistan
2. Rüstung und Abrüstung, Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen
3. Friedens- und Entwicklungspolitik
4. Naher Osten (Arabischer Frühling, Palästina-Konflikt, Syrien)
5. Politische Entwicklung Lateinamerikas
6. Afrika
7. Flüchtlings- und Zuwanderungsprobleme
8. Menschenrechtsprobleme in Südostasien

Vorrangige Zielgruppen der für Nichtparteimitglieder offenen Arbeit des FA I sind weiterhin AktivistInnen aus Friedens-, Menschenrechts-, Flüchtlings- und Umweltinitiativen sowie studierende und ausgebildete WissenschaftlerInnen, die in zunehmendem Maße von den Themen und der Arbeitsweise des FA I angezogen werden. Ihre längerfristige Einbindung erfolgt durch die Möglichkeit, sich selbst und die eigenen Projekte in FA I-Sitzungen vorzustellen und an der Vorbereitung und Ausgestaltung kommender Projekte des FA I mitzuwirken.



Der FA I wird mit seinen Themen und Veranstaltungsformaten aber immer mehr auch von „normalen“ Abteilungsmitgliedern aus allen Teilen der Stadt genutzt, die sich über Themen der internationalen Politik informieren und mit diskutieren wollen.

Der FA I trägt inzwischen in nennenswerter Weise zur „Personalentwicklung“ für Partei und Regierung bei. Zu nennen wäre hier die Ernennung Sawsan Chebli zur stellv. Sprecherin des Außenministeriums, die Lehrtätigkeit von Claudia Schmidt in Amman und der Wechsel von Oliver Schmidt in das Internationale Referat des Parteivorstands. Eine nennenswerte Zahl von Neumitgliedern nutzt den Kontakt zum FA I, um in einem bestimmten Sachgebiet arbeiten zu können.

Der FA I hat sich als Repräsentant des LV in bundesweit arbeitenden Kommissionen/Foren, so der Kommission Sicherheit und Bundeswehr, dem Forum Eine Welt (Leitung: Heidemarie Wieczorek-Zeul) und dem Gesprächskreis Menschenrechte (Leitung: Herta Däubler-Gmelin) an der Erarbeitung der Grundlagen für das Regierungsprogramm zu den genannten Themenfeldern beteiligt.

### **Kontaktpflege mit Verbänden und Organisationen**

Die Kontaktpflege und Netzwerkbildung mit Verbänden ist eine Stärke des FA I. Neben der schon angesprochenen kontinuierlichen Kooperation mit dem BER, der Deutsch-Serbischen Gesellschaft, dem Afghanistan-Komitee für Frieden, Wiederaufbau und Kultur, dem ABI und dem Afrika-Haus, arbeitet der FA I vor allem mit der AG Migration und Vielfalt und dem FA II - Europa, der Europäischen Akademie Berlin, der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und der Stiftung Wissenschaft und Politik zusammen. Mehrmals haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der letzteren Einrichtungen an FA I-Sitzungen teilgenommen. Mitglieder und SympathisantInnen erhalten die Möglichkeit, ihr eigenes Arbeitsfeld in die Arbeitsplanung des FA I einzubringen und auch eigenständig Vorbereitungen für Veranstaltungen und Aktivitäten des FA I zu leisten (Ausarbeitung von Themen, Kontaktaufnahme mit ReferentInnen und Organisationen).

*Karl-Heinz Niedermeyer*  
Sprecher des FA I

### **FACHAUSSCHUSS II · EUROPA UND SPD-AKTIVISTEN BERLIN**

Der Fachausschuss und die SPE-Aktivisten Berlin (FA/SPE-Aktivisten) tagen jeden 4. Dienstag im Monat. Dem Vorstand gehörten Dr. Philipp Steinberg (Vorsitzender), Dr. Björn Hacker, Gabriel Teïva Richard-Molard, Viola Weyer (stv. Vorsitzende) und Dr. Karin Pieper (Schriftführerin) an.

Die Sitzungen beginnen regelmäßig mit einer so genannten aktuellen Stunde. In diesem Rahmen berichten externe ReferentInnen oder Fachausschussmitglieder, die selbst im Europabereich tätig sind, über aktuelle europapolitische Themen. Aus den anschließenden Diskussionen ergeben sich regelmäßig wichtige Impulse für die weitere inhaltliche Arbeit des Fachausschusses.

Der FA/SPE-Aktivisten bringt regelmäßig Anträge auf den Landes- und Bundesparteitag ein. In den letzten zwei Jahren gehörten dazu insbesondere Anträge zur Krise in der Eurozone, so etwa zum Fiskalpakt und zum Krisenmanagement, aber auch zu weiteren europapolitischen Themen, wie etwa für einen europäischen Grundlagenvvertrag und zur Zukunft der europäischen Parteienfamilie SPE.

Außerdem werden Positionspapiere zu aktuellen europapolitischen Diskussionen erarbeitet und in die Partei, Fraktion und die Zivilgesellschaft hineingetragen, etwa durch das Positionspapier „Mit mehr Solidarität aus der Krise in der Eurozone“ in der Reihe „Fachausschuss aktuell“ aus dem Frühjahr 2013.

Darüber hinaus werden in regelmäßigen Abständen öffentliche Veranstaltungen organisiert. Zu nennen sind insbesondere eine sehr gut angenommene, zusammen mit der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik des Landesverbands Berlin durchgeführte öffentliche Podiumsdiskussion „EU-Fördermaßnahmen in Berlin auf kommunaler Ebene – Potentiale erkennen, Veränderungen gestalten“ am 17. Oktober 2012 mit fast 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und den Referentinnen und Referenten Horst Porath (Vorsitzender SGK Berlin), Dr. Philipp Steinberg (stv. Landesvorsitzender und Vorsitzender FA-Europa SPD Berlin), Dr. Karin Pieper (Schriftführerin FA-Europa), Maria-Luise Löper (Abteilungsleiterin Bund/Europa, Senatskanzlei Berlin), Martin Kesting (Europabeauftragter Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg), Barbara Scheffer (Mitglied im SPD-Landesvorstand).

Zudem fand am 16. Mai 2013 eine Podiumsdiskussion mit Laura Garavini (Abgeordnete der italienischen Casa dei Deputati), Pierre-Yves Le Borgn' (Abgeordneter der französischen Nationalversammlung), Günter Gloser und Axel Schäfer (MdBs) und Gabriel Teïva Richard-Molard (stv. Vorsitzender FA-Europa) statt, zu der besonders viele Mitglieder von europäischen Schwesterparteien der SPD in Berlin begrüßt werden konnten.

Am 19. Februar 2014 fand gemeinsam mit dem FA Internationales eine sehr gut besuchte Podiumsdiskussion zum Transatlantischen Freihandelsabkommen EU-USA (TTIP) statt. Referenten und Referentin waren Bernd Lange, MdEP, S&D-Fraktion; Klaus Barthel, MdB, Bundesvorsitzender der AfA und Astrid Westhoff, stv. Bezirksleiterin von ver.di Berlin-Brandenburg.



Podiumsdiskussion  
zum Transatlantischen  
Freihandelsabkommen  
EU-USA (TTIP)

FOTO: FA II

Mitglieder des FA Europa/SPE Aktivisten nehmen an dem regelmäßig stattfindenden Austausch mit der PS Paris teil. Im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung am 1. Juni 2013 in Paris zur „Convention Europe“ und der zukünftigen Aufstellung von SPD und PS in Europa haben Philipp Steinberg und Karin Pieper Diskussionsbeiträge bei den AGs „Europa des nachhaltigen Wachstums, der Beschäftigung und des sozialen Fortschritts“ sowie „Europa in der Welt“ eingebracht. Bei diesem Austausch haben wir in Paris ebenfalls den Präsidentschaftswahlkampf von François Hollande unterstützt und die Genossinnen und Genossen der Parti Socialiste haben uns im Bundestagswahlkampf 2013 geholfen.

Der FA/SPE-Aktivisten beteiligt sich mittlerweile traditionell mit seinem Internet-Quiz „Wer wird der European Quiz Master?“ an der Europawoche. Beim Landesparteitag am 25. Mai 2013 hatten Delegierte und Gäste die Möglichkeit, sich an einem Stand über die Arbeit des FA/der SPE-Aktivisten zu informieren sowie an dem Europa-Quiz teilzunehmen. Zudem hat sich der FA/die SPE-Aktivisten an europaweiten Aktionen der SPE zum Europatag beteiligt, etwa an einem Flashmob unter dem Motto „People first!“ vor der Vertretung der Europäischen Kommission im Jahr 2012 oder am PES Activists Europe Day mit dem Slogan „United in Solidarity“ vor dem Brandenburger Tor 2013. Insbesondere haben der FA/die SPE-Aktivisten sich intensiv mit der Erarbeitung von Prinzipien für das angestrebte gemeinsame Grundsatzprogramm der SPE beschäftigt und hierzu Änderungsanträge nach Brüssel übermittelt. In diesem Zusammenhang wurde auch die vom FA/den SPE-Aktivisten bereits 2011 ins Leben gerufene erste in der SPE erfolgreiche europäische Basisinitiative „Charta für eine engagierte Europäische Sozialdemo-

kratie“ weiter verbreitet, die über 500 Unterstützer aus 20 SPE-Mitgliedsparteien gewinnen konnte. Dank des erreichten Quorums kam es am 10. Januar 2013 zu einer Anhörung vor dem Präsidium der SPE in Brüssel, zu der u.a. drei Berliner SPE-Aktivisten geladen wurden. Die Charta wurde daraufhin weitgehend ins SPE-Grundsatzprogramm integriert.

Delegationen des FA/der SPE-Aktivisten reisten zudem zum SPE-Kongress am 28. und 29. September 2012 in Brüssel, zum SPE-Aktivisten-Forum vom 8. bis 10. März 2013 in Budapest sowie zum SPE-Rat und Aktivistenforum am 21. und 22. Juni 2013 in Sofia. Vorstandsmitglied Viola Weyer fuhr darüber hinaus im Mai 2013 nach Kroatien, um vor Ort unsere kroatischen Genossinnen und Genossen in ihrer Kampagne bei den lokalen und regionalen Wahlen zu unterstützen. Im Gegenzug kamen während des Bundestagswahlkampfes SPE-Wahlhelfer aus acht Ländern für eine Woche nach Berlin. Im Hinblick auf den bevorstehenden Europawahlkampf nahmen Mitglieder des FA/der SPE-Aktivisten an der Europawahlwerkstatt am 13. November 2013 im Vorfeld des Bundesparteitages in Leipzig teil. Viola Weyer und Gabriel Richard-Molard (stv. Vorsitzende FA-Europa) fuhren im Anschluss zu einem weiteren SPE-Wahlkampftraining in Brüssel und schulten in Zusammenarbeit mit SPE-Wahlkampftrainern ihrerseits insgesamt rund 300 AktivistInnen aus 28 Ländern für den Tür-zu-Tür-Wahlkampf. Zudem organisierten Mitglieder des FA/der SPE-Aktivisten zwei Vorwahlkampftreffen mit unserer Kandidatin für das Europäische Parlament, Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, die einmal am 1. Februar 2014 mit den Mitgliedern des Berliner „Circolo“ der italienischen Partito Democratico sowie am 6. Februar 2014 mit den Genossinnen und Genossen der Sektion Berlin der französischen Parti Socialiste im Kurt-Schumacher-Haus stattfanden.



Aktion des Fachaus-  
schusses und der SPE-  
Aktivisten 2013 vor dem  
Brandenburger Tor

FOTO: FA II

Auf Initiative des Vorstandsmitglieds Gabriel Richard-Molard fand im Juni 2012 im Willy-Brandt-Haus ein erstes Koordinierungstreffen der SPE-Aktivisten Deutschlands statt. Seitdem besteht unter der Koordination von Gabriel ein regelmäßiger Austausch zwischen den einzelnen SPE-Citygroups. Für den Europawahlkampf sind zudem, auch in

Absprache mit dem SPD-Parteivorstand, gemeinsame Aktionen aller SPE-Aktivisten in Deutschland geplant.

Der Fachausschuss unterhält neben der Homepage auf den Seiten des Landesverbandes eine eigene Homepage ([www.spe-berlin.eu](http://www.spe-berlin.eu)), die regelmäßig aktualisiert wird. Hier werden die jeweils aktuelle Einladung sowie Positionspapiere und sonstige vom Fachausschuss erarbeiteten Papiere und Anträge veröffentlicht. Daneben kommuniziert der FA/die SPE-Aktivisten über eine Facebook-Homepage.

Zu den Sitzungen kommen regelmäßig zwischen 20 und 30 Mitglieder – MitarbeiterInnen aus den Bundesministerien und Landesvertretungen, europapolitische VertreterInnen der Landespartei und an europäischen Themen Interessierte. Der FA/die SPE-Aktivisten arbeitete mit Dagmar Roth-Behrendt, der Berliner SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament, der Abgeordnetenhausfraktion – insbesondere mit dem europapolitischen Sprecher Frank Zimmermann und der Staatssekretärin Hella Dunger-Löper, Bevollmächtigte beim Bund, Europabbeauftragte des Landes Berlin und Beauftragte für das bürgerschaftliche Engagement, zusammen.

Die Mitglieder des Fachausschusses sind teilweise in Abteilungen und Kreisen organisiert, teilweise ist der FA/die SPE-Aktivisten jedoch die einzige Anbindung an die Partei. Er ist ebenfalls eine häufige Anlaufstelle für in Berlin lebende Mitglieder der Schwesterparteien. Darüber hinaus treffen sich die Mitglieder des FA/der Berliner SPE-Aktivisten seit Januar 2012 wieder einmal monatlich mit den Genossinnen und Genossen der europäischen Schwesterparteien zum „SPE-Stammtisch“ im Café Orange in Berlin-Mitte.

Mitglieder des Fachausschusses publizieren regelmäßig zu europapolitischen Themen, u.a. auch in der „Berliner Stimme“. Mitglieder des Fachausschusses referieren häufig und gerne in Abteilungsversammlungen und bei sonstigen Veranstaltungen.

#### **Philipp Steinberg**

*Vorsitzender des FA II*

*Kontakt: [philipp@websteinberg.de](mailto:philipp@websteinberg.de)*

### FACHAUSSCHUSS III · INNEN- UND RECHTSPOLITIK

Die Arbeit des Fachausschuss III, zuständig für Inneres und Recht, hat nach dem Sommer 2012 wieder an Fahrt aufgenommen. Der Ausschuss tagt seither regelmäßig am ersten bzw. zweiten Montag im Monat zu aktuellen Themen der Innen- und Rechtspolitik, zum Informationsaustausch zwischen Partei und Abgeordnetenhausfraktion und zur Erörterung und Votierung der von den Landesparteitagen überwiesenen Anträge.

Dem im Juni 2012 gewählten Vorstand gehörten Florian Dörstelmann als Vorsitzender sowie Thomas Kleineidam und Christiane Hauschildt als stellvertretende Vorsitzende an. Überschattet wurde die Arbeit jedoch im August 2013 vom Tode unseres Freundes und Genossen Thomas Kleineidam, der schließlich einer langen und mit großer Geduld ertragenen Krankheit erlag. Der Fachausschuss wird Thomas Kleineidam, der selbst viele Jahre und solange es seine Kräfte zuließen den Vorsitz geführt hatte, stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Thematisch war der Ausschuss breit aufgestellt und daran orientiert, die aktuellen Themen der Bereiche Inneres und Recht so umfassend zu beleuchten, dass die Ergebnisse der Erörterung zur Grundlage der weiteren Arbeit in Partei und Fraktion herangezogen werden konnten und auch zukünftig herangezogen werden können.

In diesem Kontext begann die inhaltliche Arbeit nach der Sommerpause 2012 mit einer Anhörung zum Thema „Beschneidung als Körperverletzung?“, mit Vertretern der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, der Ärzteschaft und aus dem Vorstand der Şehitlik-Moschee in Berlin, die sich umfassend zu der brisanten Kontroverse äußerten. Von ähnlich spannenden Diskussionen geprägt waren auch viele andere Veranstaltungen, darunter das Referat von Bernd Palenda zur Neuaufstellung des Berliner Verfassungsschutzes, die Darstellungen von Cansel Kiziltepe zur Renten- und von Philipp Steinberg zur Steuerpolitik sowie der Überblick von Margarete Koppers, Vizepräsidentin der Berliner Polizei, zur Situation der Ordnungskräfte im Land Berlin und der Vorstandsmitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Berlin e. V., Herr Guzy und Herr Wolf, zum Kampf der Freiwilligen Feuerwehr um die Aufrechterhaltung der Einsatzfähigkeit.

Weitere Themen waren der Opferschutz, die Neufassungen von Strafvollzugs- und Sicherungsverwahrungsgesetz, der Einsatz von sog. Tasern sowie die aktuelle Flüchtlingssituation in Berlin. Auf der Januarsitzung 2014 berichtete der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus zur vorangegangenen Fraktionsklausurtagung zum Thema Innenpolitik, einem Feld, das wieder zunehmend ins Bewusstsein rückt, nachdem sowohl das Innen- als auch das Justizressort nach den letzten Wahlen an den Koalitionspartner fielen und dies nicht zuletzt die Möglichkeiten der Informationsgewinnung nachhaltig reduzierte.

Parallel dazu erörterte der Fachausschuss die jeweils an ihn überwiesenen Anträge des Landesparteitags und verfasste entsprechende Voten zum weiteren Verfahren wie auch zum inhaltlichen Umgang u. a. mit den Diskussionen um den Einsatz von Pfefferspray, die Einführung einer modifizierten Rentenformel mit einem Ausgleichsfaktor auf der Auszahlungsseite und dem Umgang mit Ermittlungen im rechtsextremen Bereich nach den Erfahrungen mit der Mordserie des NSU. Zu allen überwiesenen Anträgen wurden, wo dies möglich war, zunächst Experten angehört. In der Folge legte der Fachausschuss dem Landesvorstand Stellungnahmen zu den einzelnen Anträgen zur weiteren Verwendung gegenüber dem Landesparteitag vor.

In dem zurückliegenden Zeitraum berief der Ausschuss auf Vorschlag des Vorsitzenden weitere acht Genossinnen und Genossen zu ordentlichen Mitgliedern.

**In den vergangenen zwei Jahren hat der Ausschuss folgende Themen behandelt:**

- 10/2012 Diskussion zur Beschneidungsdebatte mit Rabbinerin Gesa Ederberg, Ender Cetin (Şehitlik-Moschee Berlin), Dr. Sonneberg (Kinderarzt)
- 11/2012 „Die Personalsituation im öffentlichen Dienst des Landes Berlin“, Referent: Udo Rienass (Abteilungsleiter Z, Senatsverwaltung des Inneren)
- 12/2012 „Die Neufassung des Strafvollzugs- und des Sicherungsverwahrungsgesetz“, Referenten: Herr Dr. Meinen und Herr Dr. Goldmann, Senatsverwaltung der Justiz
- 01/2013 „Aktueller Stand des Opferschutzes, Möglichkeiten der straf- und zivilrechtlichen Verbesserung“, Referent: RA Thomas Stender
- 02/2013 „Berliner Verfassungsschutz – aktueller Stand der Neugliederung und Ausblick“, Referent: Bernd Palenda, Leiter Verfassungsschutz Berlin
- 03/2013 Erörterung und Votierung der überwiesenen Anträge des Landesparteitags vom 27.10.2012
- 04/2013 „Neuordnung des Rentensystems durch Ergänzung um einen internen Ausgleichsfaktor“, Referentin: Cansel Kiziltepe, MdB
- 05/2013 „Die sozialdemokratischen Forderungen zur Neuregelung des Mietrechts und neue Wege im Wohnungsbau“, Referentinnen: Gisela von der Aue, Senatorin a. D., RAin Christiane Hauschildt

- 06/2013 „Das Steuerkonzept der SPD“, Referent: Philipp Steinberg, SPD Parteivorstand
- 09/2013 „Aktuelle Asylbewerbersituation in Berlin“, Referent: Rainer Michael Lehmann, MdB, Erörterung der überwiesenen Anträge des Landesparteitags vom 25.05.2013
- 10/2013 „Die Situation der Polizei in Berlin“, Referentin: Margarete Koppers, Vizepräsidentin der Berliner Polizei
- 11/2013 „Die Situation der Feuerwehr in Berlin“, Referenten: Herr Guzy und Herr Wolf, Mitglieder des Vorstands der Freiwilligen Feuerwehr, Landesverband Berlin e. V.
- 12/2013 „Möglichkeiten und Risiken der Verwendung von Tasern im Polizeieinsatz“, Referent: David Petry, LKA Brandenburg
- 01/2014 Jahresplanung 2014
- 02/2014 „Probleme der gegenwärtigen Handhabung von Volksbegehren“, Referent: RiVG Christian Oestmann, Senatsverwaltung des Inneren

**Florian Dörstelmann**  
Vorsitzender des FA III

## FACHAUSSCHUSS IV · KINDER, JUGEND, FAMILIE

Der Fachausschuss Kinder, Jugend und Familie hat sich seit vielen Jahren zum Ziel gesetzt, sowohl aktuelle Themen zu bearbeiten als auch Grundsatzdiskussionen der Jugendhilfe in der SPD Berlin und der Fachöffentlichkeit voran zu bringen. Deshalb sind die Themen der einmal im Monat stattfindenden Versammlungen breit gefächert.

### Wir haben uns auf unseren monatlichen Versammlungen u.a. befasst:

- ▶ mit der Zukunft der Familienzentren
- ▶ mit der Sozialraumorientierung – und hatten hierzu den „Papst“ der Sozialraumorientierung Wolfgang Hinte von der Uni Duisburg-Essen als Referenten
- ▶ mit dem Familienpolitischen Programm von 2011 (Bericht Sandra Scheeres)
- ▶ zur Wahlkampf Vorbereitung mit den Vorstellungen der SPD zum neuen Kindergeld
- ▶ mit den Vorstellungen der Kommission zur inklusiven Schule
- ▶ mit dem Thesenpapier der KoKo Soziales und ihrem Leit Antrag zum Landesparteitag; hierzu formulierten wir eine Vielzahl von Änderungen für den Landesparteitag, der Antrag wurde vertagt
- ▶ mit der Vorbereitung des Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages im Juni 2014 in Berlin
- ▶ mit der Kooperation von Schule und Jugendhilfe – hierzu hatten wir als Referenten Mike Seckinger vom DJI in München gewonnen
- ▶ mit der Konzeptentwicklung für eine Jugendberufsagentur in Berlin
- ▶ und (immer wieder) mit der Finanzierung der Jugendarbeit, der eigenständigen Jugendpolitik und der Formulierung eines Antrages zum Landesparteitag. Referenten hierzu waren Sven Frye, der Bundesvorsitzende der Falken, und Richard Münchmeier, em. Prof. FU und Sachverständiger der Bundesregierung.

Dieses Thema hat uns besonders beschäftigt, weil wir uns zur Aufgabe gemacht haben, den stillen Tod der Jugendarbeit im Land Berlin zu verhindern. Wir haben hierzu ein besonderes Treffen mit unseren SPD-Jugendhilfeausschussvorsitzenden durchgeführt. Es

sind phantastische beispielhafte Aktionen durchgeführt worden: der Brandbrief der Berliner Jugendhilfeausschussvorsitzenden (besonders Marijke Hoepfner soll hier genannt werden), Beschlüsse der Jugendstadträte, sogar ein Beschluss des Rates der BürgermeisterInnen wurden erzielt. Es ging uns in den Haushaltsverhandlungen um ein Moratorium für die Jugendarbeit verbunden mit einer neuen Bemessungsgrundlage pro Kopf der Jugendlichen, statt eines schleichenden Hinsiechens und Sterbens in der jetzigen Logik. In einer Sitzung des Fachausschusses haben wir uns mit einem möglichen Ersatz-Modell befasst.

Hier wurden Lösungen durch die Fraktion avisiert und nicht durchgehalten. Der jugendpolitische Sprecher und die Jugendpolitiker scheiterten in der Fraktion. Die versprochene Unterstützung und Durchsetzung blieb aus. Ein Auflagenbeschluss in den Haushaltsberatungen unterblieb.

Wir geben diese Initiative nicht auf. Wenn wir in den nächsten Haushaltsverhandlungen damit **keinen** Erfolg haben, gibt es keine Jugendarbeit mehr in den Bezirken.

### Mit vielen weiteren Fragen hat der Fachausschuss sich regelmäßig befasst:

- ▶ die Verbesserung und der Ausbau der Kitas (wir empfinden polemisch formulierte Begriffe wie Kitapflicht wenig hilfreich, wir sehen den Sinn der Diskussion in einer weiteren Verbesserung und Finanzierung der in Berlin bislang bereits sehr gut aufgestellten Kita-Situation); die Verbesserung der Personalausstattung in den Jugendämtern; die Thematik der Kosten in der Hilfe zur Erziehung.
- ▶ Der Familienbegriff hat sich in den letzten Jahren erheblich erweitert. Neben der Kindererziehung umfasst er auch das kontinuierliche für einander Einstehen der Generationen, so z.B. beim Thema Pflege der Eltern, Kinder in homosexuellen Partnerschaften etc.
- ▶ Verschiedene Male haben wir uns mit der geschlossenen Unterbringung und mit den Problemen rund um die Haasenburg beschäftigt.

Der Fachausschuss hat verschiedene Male Anträge auf den Landesparteitag gebracht, sowohl grundsätzlicher Art zur Jugendpolitik, aber auch kurzfristig. Unsere Intervention zur Abwehr der angedrohten Kürzung von Schulsozialarbeitern auf dem Herbstparteitag 2013 war spontan und erfolgreich.

Mit den für Jugendarbeit zuständigen Staatssekretären und der Senatorin haben wir eine sehr gute Zusammenarbeit. Wir mussten mehrfach intervenieren, weil aus der

Fraktion heraus eine Unterstützung für sie unterblieb. Unser diesbezüglicher Brief blieb rätselhafterweise unbeantwortet.

Die Zusammensetzung der Mitglieder des Fachausschusses ist vielfältig: Genossinnen und Genossen von freien Trägern, aus der Verwaltung und Politik im Land und den Bezirken, aus Verbänden und viele andere Interessierte. Gerade diese Mischung von unterschiedlichen Sichtweisen auf die Jugendhilfe macht den Fachausschuss lebendig. Bei den JHA-Vorsitzenden, im Rat der BürgermeisterInnen, in der KoKo Soz usw. usw. haben Mitglieder des Fachausschusses engagiert und/oder federführend mitgearbeitet.

Wir freuen uns sehr, dass wir als langjährige aktive Mitglieder des Fachausschusses Sandra Scheeres als Senatorin und Sigrid Klebba als Staatssekretärin begrüßen dürfen. Der Fachausschuss Kinder, Jugend und Familie ist ein offener Fachausschuss. Neue Mitglieder sind uns herzlich willkommen.

**Burkhard Zimmermann**  
Vorsitzender des FA IV

## FACHAUSSCHUSS V · STADT DES WISSENS

Der Fachausschuss „Stadt des Wissens“ besteht nunmehr aus drei ständigen Fachausschussarbeitsgemeinschaften. Zu den beiden bisherigen AGs „Schule“ und „Wissenschaft“ kam der Arbeitskreis Berufliche Bildung (AKBB) hinzu.

Die AGen tagen in der Regel getrennt und beraten Themen aus den jeweiligen Bereichen. Zu übergreifenden Themen wie Übergänge von Schule zu Hochschule, der beruflichen Qualifikationen als Zugangsmöglichkeiten für die Hochschulen und der Ausbildung der künftigen Lehrkräfte fanden gemeinsame Sitzungen der verschiedenen AGen statt.

Eine „Steuerungsgruppe“, die aus jeweils drei VertreterInnen der AGen gebildet wird, koordiniert die Arbeit organisatorisch und inhaltlich.

Die getrennte und gemeinsame Arbeit dient dem Auftrag, Partei und Fraktion in allen Fragen der Bildungspolitik zu beraten. Die Senatsbildungsverwaltung ist in der Regel durch die zuständigen Staatssekretäre vertreten. Leider muss kritisch festgehalten werden, dass die Zusammenarbeit mit der Fraktion erheblich verbesserungsfähig ist.

### AG Schule und Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit der Arbeitsgruppe Schule und des Landesvorstands der AfB waren in den Jahren 2012 – 2014 das Lehrkräftebildungsgesetz und die Umsetzung der Inklusion im Bildungsbereich.

Die Verbesserung der Ausbildung der zukünftigen Lehrkräfte ist für die Umsetzung der Reformen, die in den letzten Jahren auf den Weg gebracht wurden, von zentraler Bedeutung. Die Schulstrukturreform setzt voraus, dass Lehrkräfte dazu in der Lage und bereit sind, sich auf die individuellen Voraussetzungen ihrer Schülerinnen und Schüler einzustellen. Individuelle Förderung darf nicht erst bei Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf einsetzen, sondern muss eine Selbstverständlichkeit sein, auf die jeder Schüler und jede Schülerin einen Anspruch hat. Ein so verstandener Umgang mit Heterogenität wird in den Universitäten bisher nicht ausreichend vermittelt. Die Qualität der Reform des Lehrkräftebildungsgesetzes muss sich daher daran messen lassen, in wieweit es gelingt, das Studium so zu verbessern, dass die Studentinnen und Studenten auf die Realität in Berliner Schulen – insbesondere in sozialen Brennpunkten – vorbereitet werden. Die Gestaltung des Praxissemesters ist daher von großer Bedeutung.

**Wir haben uns mit der Reform der Lehrkräftebildung in den letzten zwei Jahren unter folgenden Gesichtspunkten beschäftigt:**

- ▶ Auswertung der Vorschläge der „Baumert-Kommission“
- ▶ Wie können junge Lehrkräfte auf die Arbeit an Schulen in sozialen Brennpunkten vorbereitet werden?
- ▶ Austausch mit der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW)
- ▶ Bedeutung eines zentralen Lehrerbildungszentrums
- ▶ Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und Sprachbildung in der Lehrerbildung
- ▶ Ausgestaltung des Praxissemesters

Aus diesen Diskussionen resultierten Vorschläge für das Lehrkräftebildungsgesetz, die wir in mehreren Gesprächen mit der Senatorin und den Staatssekretären für Bildung und Wissenschaft dargestellt haben. Dabei ging es vor allem um eine bessere fachliche Ausbildung der Grundschullehrkräfte, die Forderung nach einem zentralen Lehrerbildungszentrum, die Möglichkeit der Wahl von Sprachbildung/DaZ als 2. Teilfach, die Ausgestaltung des Praxissemesters (Schwerpunkt: Vorbereitung auf die Arbeit in Schulen in sozialen Brennpunkten) und vor allem die Ablehnung des – von der CDU geforderten – zweigeteilten Masters für ISS-Lehrkräfte und StudienrätInnen.

Die Zusammenarbeit mit der Spitze der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft war von beiden Seiten konstruktiv und getragen von dem Bemühen gegenseitigen Informations- und Meinungsaustauschs. Auch wenn es in manchen Fragen durchaus unterschiedliche Positionen gab, kann die Zusammenarbeit doch als vertrauensvoll bezeichnet werden.

Die Zusammenarbeit mit dem bildungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Ilkin Özişik, wird dadurch erschwert, dass er nur unregelmäßig an unseren Sitzungen teilnimmt bzw. teilnehmen kann. So gelang es bisher nicht, gemeinsame Schwerpunkte der Berliner Bildungspolitik zu entwickeln, zu formulieren und z. B. im Arbeitskreis II der SPD-Fraktion zu vertreten.

An den Sitzungen der AG Schule und des AfB-Landesvorstandes nehmen LehrerInnen, Studierende, SchulleiterInnen, ElternvertreterInnen und BezirkspolitikerInnen teil. Interessierte mit und ohne Parteibuch können – vorausgesetzt, sie bringen ein kontinuierliches Interesse mit – ohne Umschweife bei uns mitmachen. Darüber hinaus halten wir kontinuierlich Kontakt zur GEW.

Im Bundestagswahlkampf 2013 haben wir die Aktivitäten der Berliner SPD insbesondere durch unsere Fachkompetenz bei der Erstellung von Materialien und der Vorbereitung von Veranstaltungen im Bildungsbereich unterstützt.

In den nächsten beiden Jahren werden die Umsetzung der Inklusion in der Berliner Schule, die Weiterentwicklung der integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen sowie die Sicherstellung der Lehrkräfteversorgung an den Berliner Schulen Schwerpunkte unserer Arbeit sein.

### **AG Wissenschaft**

Im Berichtszeitraum bildeten insbesondere die Evaluierung und Neugestaltung der Hochschulverträge, die Auseinandersetzung um das neue "Lehrkräftebildungsgesetz" sowie Fragen des Hochschulzuganges Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit. Die Erarbeitung der die Finanzierungen der Hochschulen regelnden Hochschulverträge, insbesondere die Anforderungen an die seitens der Hochschulen zu erbringenden Leistungen, die in die gelungene Neufassung der Hochschulverträge mündeten, erfolgte auch mit intensiven Diskussionen, Veranstaltungen und Gesprächen mit VertreterInnen der verschiedenen Hochschulen, Organisationen und Gruppen.

Die Diskussion über die Neugestaltung der Ausbildung künftiger Lehrerinnen und Lehrer - vorerst durch das neue „Lehrkräftebildungsgesetz“ geregelt – wurde sowohl innerhalb der Partei, mit der Fraktion und der Senatsverwaltung sowie auch unter Einbeziehung einer breiteren Fachöffentlichkeit geführt. Das koalitionsbedingte Ergebnis, welches in zentralen Punkten nicht die Zielsetzungen der Partei abbildet, wird nur durch erhebliche Anstrengungen zur Gewährleistung einer größeren Anzahl sehr gut qualifizierter LehrerInnen für die Grundschulen und Sekundarschulen führen. Themen wie die Qualitätssicherung der Lehre, die Studienmöglichkeiten in den gestuften Studiengängen sowie die Entwicklung der Forschungslandschaft waren daneben sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei wichtige Punkte.

Zu mehreren Sitzungen des Fachausschusses wurden auch Nichtmitglieder sowohl als ReferentInnen als auch zur Teilnahme gezielt eingeladen.

Die AG Wissenschaft hat sich auch in diesem Berichtszeitraum durch diverse Anträge und Stellungnahmen intensiv sowohl an der programmatischen Weiterentwicklung als auch an der aktuellen Positionsbildung der SPD beteiligt.

Im Wahlkampf 2013 wurde durch den Fachausschuss für das Wahlprogramm geworben und die Wahlkampfphase für die Darstellung der SPD-Positionen genutzt.

Daneben konnte im Rahmen der Fortführung des offiziellen und inoffiziellen Dialoges über Gemeinsamkeiten und Trennendes einer gesellschaftspolitisch linken Hochschulpolitik mit GewerkschafterInnen und PolitikerInnen fortschrittlicher Parteien die Vorstellungen im Bildungsbereich verdeutlicht werden.

Die Kooperation mit den BildungspolitikerInnen der SPD-Fraktionen im Abgeordnetenhaus und im Bundestag hat ebenso wie der Dialog mit der Senatorin und StaatssekretärInnen auch in den beiden Berichtsjahren die Qualität der Arbeit unterstützt.

Die verbesserte Darstellung der durch den Fachausschuss erarbeiteten Positionen und der entsprechenden Beschlüsse der Partei, insbesondere der Landesparteitage, im Internet hat zu einer Ausweitung der Wahrnehmung der Berliner SPD als der Partei des Wissens in dieser Stadt beigetragen. Die verstärkte öffentliche Darstellung spiegelt sich dabei auch in den medialen Auseinandersetzungen um die Reformpolitik der Partei wieder.

Der Fachausschuss AG Wissenschaft wird auch künftig sowohl für die Diskussion innerhalb der Partei und ihrer Gliederungen, als auch für die öffentliche Darstellung der Parteipositionen zur Verfügung stehen.

### **Arbeitskreis Berufliche Bildung (AKBB)**

Der AKBB gilt seit vielen Jahren als offenes Gesprächsforum über Parteigrenzen hinweg und trägt in den gewählten berufsbildungspolitischen Feldern zur Willensbildung von Gremien und Entscheidern bei. Dazu führen wir in bewährter Weise Fachdebatten zu kontroversen Fragen der Berufsbildung durch und erhalten regen Zuspruch aus Schulen, Bildungsstätten und Betrieben, Gewerkschaften und Verbänden, Verwaltungen und von Abgeordneten.

Innerorganisatorisch suchte der AKBB im Fachausschuss Stadt des Wissens (FA V) als dritte Arbeitsgruppe neben der AG Bildung und der AG Wissenschaft eine enge Abstimmung aller zu veröffentlichenden Stellungnahmen. Stephan Alker, Bent Paulsen und Karl-Heinz Wolf wurden als Mitglieder der Steuerungsgruppe bestätigt.

Der AKBB legte in seinem Jahresprogramm den Schwerpunkt auf das kontroverse Thema Kompetenzzentrum. Die Entwicklung von Oberstufenzentren zu Kompetenzzentren der Aus-, Fort- und Weiterbildung ist seit 2004 Auftrag des Schulgesetzes und sowohl im Schulentwicklungsplan als auch in der aktuellen Koalitionsvereinbarung als Ziel verankert. Im Februar 2014 veröffentlichte die Senatsbildungsverwaltung nach zweijähriger Vorarbeit einen „Bericht der Arbeitsgruppe Berufliche Schulen zu Kompe-

tenzzentren“. Der FA V riet nach ausführlicher Debatte in einer kritischen Stellungnahme von der Ausgründung der Beruflichen Schulen ab und sah sich darin einig mit DGB und GEW. In einer zweiten Stellungnahme machte der FA V Vorschläge zur Entwicklung von Oberstufenzentren zu Kompetenzzentren. Es zeichnete sich ab, dass der vom Senat gewünschte Konsens mit den Sozialpartnern nicht erreichbar war.

Nach Bekanntwerden von Kürzungsplänen für die Schulsozialarbeit und die Schulpsychologie äußerte sich der AKBB besorgt über Kürzungen in den schulischen Unterstützungssystemen. Die geplante Kürzung von 19 Sozialarbeiterstellen, davon zwei an Oberstufenzentren, wurde später zurückgenommen und die Stellen haushaltsmäßig abgesichert. Gleiches gelang für die Schulpsychologie dagegen nicht.

Nach der Bundestagswahl am 22. September 2013 zeichnete sich eine schwarz-rote Koalition ab. Die Passagen zur Beruflichen Bildung im Koalitionsvertrag waren Gegenstand einer Informationsveranstaltung im Dezember. Der AKBB hatte Nermin Fazlic zu Gast, der als Referent der SPD-Fraktion die AG Bildung und Wissenschaft fachlich begleitet hatte. Zwar war die Allgemeinbildung darin sehr stiefmütterlich behandelt worden, es konnte aber für die Berufliche Bildung einiges erreicht werden.

U.a. wurde

- a. die Garantie auf Ausbildung durchgesetzt,
- b. die assistierte duale Ausbildung ausdrücklich hervorgehoben,
- c. die Verzahnung von akademischer und beruflicher Bildung angekündigt,
- d. der hohe Wert des Konsensprinzips betont,
- e. die Förderung von Kompetenzzentren zugesagt,
- f. der Fachkräftenachwuchs als europäische Aufgabe erkannt.

Der AKBB kam zu dem Schluss, dass sich aus dem Koalitionsvertrag der „GroKo“ Initiativen im Interesse der Beruflichen Bildung herleiten lassen.

**Monika Buttgeriet**  
AG Schule + AfB

**Matthias Trenzcek**  
AG Wissenschaft

**Karl-Heinz Wolf**  
AK Berufliche Bildung



## FACHAUSSCHUSS VII · WIRTSCHAFT, ARBEIT, TECHNOLOGIE

### Allgemeine Zielsetzungen

Die Einbindung von wirtschafts-, arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Fachwissens ist zentrales Anliegen der Arbeit des Fachausschusses. Berliner SPD-Mitglieder, die sich im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik engagieren wollen und in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen aktiv sind, können ihre Ideen durch Teilnahme an Fachdiskussionen artikulieren, diskutieren und über den Fachausschuss in die praktische Politik einspeisen. Die personelle Verknüpfung mit der im Wirtschafts- und Arbeitsmarktbereich tätigen Staatssekretärin, den Abgeordneten und Stadträtinnen und Stadträten gewährleistet den Transfer von im Fachausschuss diskutierten Fragen in den politischen Raum.

Mit den Themensetzungen soll die programmatische Weiterentwicklung sowie die Bildung von Netzwerken gefördert werden. Dabei werden auch fortlaufend Interessentinnen und Interessenten einbezogen, die noch nicht Mitglieder der SPD sind, sich aber für deren wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Arbeit interessieren. Im Jahr 2012 bis 2014 hat sich der Fachausschuss zunehmend sehr aktuellen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Diskussionen angenommen und hierzu der programmatischen Debatte in der Partei zugearbeitet.

Neben den thematischen Veranstaltungen, wie sie unten aufgelistet sind, bleibt hervorzuheben, dass die Mitglieder des Fachausschusses sich intensiv mit der Kreativwirtschaft und dem Programm BerlinArbeit befasst haben. Zudem haben sich die Mitglieder mit der Umstrukturierung der Jobcenter beschäftigt. Ziel des Fachausschusses ist es außerdem, Konzepte zu bestimmten Themen zu erarbeiten, die als Diskussionsgrundlage für die SPD Berlin dienen.

Es wurden für einzelne Bereiche Verantwortliche festgelegt, die Ansprechpartner für interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind. Die Verantwortlichen haben teilweise neben der Erstellung eines Konzeptpapiers auch Veranstaltungen initiiert und organisiert. Dies galt für die Bereiche: Industriepolitik, Technologiepolitik, Rekommunalisierung, Berufliche Bildung, Jugendarbeitslosigkeit, Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktpolitik und für die Kreativwirtschaft.

### Einzelne Veranstaltung im Berichtszeitraum sind hervorzuheben:

- ▶ 09.05.2012 · Fachveranstaltung  
**Energienetzübernahme durch Berlin: Rolle rückwärts oder goldene Zukunft?**  
Gastreferent: *Nikolaus Karsten*

- ▶ 14.11.2012 · Gesamtfachausschusssitzung mit Fachgespräch  
(hier: Etablierung der Fachgesprächsreihe „Im Fokus“)  
Thema: **BerlinArbeit**

- ▶ 11.06.2013 · Gesamtfachausschusssitzung mit Fachgespräch  
Thema „Im Fokus“:  
**„Zukunft der Wirtschaftsförderung“ zur Fusion von Berlin-Partner und TSB**  
Gastreferent: *Prof. Günter Stock* (BBAW)

- ▶ 06.09.2013 · Fachveranstaltung/Podiumsdiskussion  
Thema: **Belohnung ausgesetzt – Mindeststandards in der Kreativwirtschaft!**  
Auf dem Podium:  
*Barbara Loth*, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, Vorsitzende des Fachausschusses Wirtschaft und Arbeit und stellvertretende Landesvorsitzende der Berliner SPD  
*Prof. Tim Renner*, Geschäftsführer Motor Entertainment GmbH  
*Jürgen Schepers*, Branchenkoordinator Kreativwirtschaft der IHK Berlin  
*Christophe Knoch*, Sprecher der Koalition der Freien Szene

Insbesondere die Veranstaltungen vor der Bundestagswahl 2013 haben wir nutzen können, um auch Interessierte ohne SPD-Parteibuch für unsere Themen und Ziele zu interessieren. Mit unserem Fachwissen konnten wir zudem die vielfältigen Aktionen und Materialien der Berliner SPD bereichern.

Auch im Jahr 2014 haben wir uns wieder viel vorgenommen und starteten mit einer Fachveranstaltung zum Thema Jugendarbeitslosigkeit, an der u.a. der Bezirksbürgermeister von Marzahn-Hellersdorf, Stefan Komoß teilnahm. Auf der Jahresklausur am 21. Februar wurden wichtige Meilensteine für die kommenden zwei Jahre definiert.

**Barbara Loth**  
*Vorsitzende des FA VII*

## FACHAUSSCHUSS VIII SOZIALE STADT · BAUEN, WOHNEN, STADTENTWICKLUNG

Am 19. September 2012 wurde ein neuer Vorstand für den Fachausschuss VIII gewählt. Vorsitzender ist seitdem Volker Härtig, stellvertretende Vorsitzende sind Rudi Kujath, Ellen Haußdörfer und Ingo Siebert, Schriftführerin ist Silke Fischer.

Der Fachausschuss tagt seitdem wieder monatlich, teilweise aufgrund aktueller politischer und thematischer Herausforderungen 14-tägig. Dazwischen finden in unregelmäßiger Folge Vorstandssitzungen statt. Im Jahr 2012 fanden vier Fachausschuss-Sitzungen statt, im Jahr 2013 insgesamt 15 Sitzungen und in 2014 (bis Februar) drei.

Im September 2012 zählte der Fachausschuss VIII „Soziale Stadt“ 134 eingetragene Mitglieder, seitdem, bis Februar 2014 nahm die Zahl der eingetragenen Mitglieder auf rund 200 zu, ein Zuwachs um 50 %. Die Sitzungen stoßen wieder auf lebhaftes Interesse und sind regelmäßig mit 25 bis 40 TeilnehmerInnen besucht, manchmal auch deutlich mehr.

Zu den Ausschuss-Sitzungen werden regelmäßig ein bis zwei Fachreferenten, teilweise auch mehr, eingeladen, um die inhaltliche stadtentwicklungs- und wohnungspolitische Qualifizierung der SPD voran zu bringen, den Austausch mit Verbänden und Fachleuten zu intensivieren und die Fachausschuss-Sitzungen ergiebig und anspruchsvoll zu gestalten. Senator Müller, Staatssekretär Gothe und Senatsbaudirektorin Lüscher waren mehrfach Gäste.

Soweit möglich nimmt der Vorsitzende des FA VIII an Sitzungen des AK V der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus teil. Die Kommunikation mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ist rege, häufig nehmen Verwaltungsvertreter an den Sitzungen teil. Der Austausch und die Kooperation mit den für Baupolitik zuständigen Bezirksstadträten der SPD müsste besser werden.

Politische Schwerpunkte des Fachausschusses waren die Wohnungspolitik und die Stadtentwicklungspolitik auf Landesebene. Angesichts des Bevölkerungszuwachses, des angespannten Wohnungsmarktes und steigender Mieten waren insbesondere die Wohnungsbestandspolitik (Zweckentfremdung, Umwandlung, Erhaltungsgebiete und Satzungen gem. §§ 171 ff. BauGB, Mietenbündnis, Wohnungsbestände der städtischen Gesellschaften) und der Wohnungsneubau (Kosten, Mieten, Förderung) dominierende Themen. Der Fachausschuss VIII erörterte Strategien der Wohnungsbauförderung und beschloss im März ein eigenes Förderkonzept, das dem Landesvorstand, der Fraktion und der Senatsverwaltung vorgelegt wurde. Es wurde trotz intensiver Bemühungen und Kommunikation leider von Fraktion und Senat nicht aufgenommen und umgesetzt,

wird aber weiterhin vertreten und nach Evaluation der vom Senat vorgelegten und beschlossenen Förderkonzeption ggf. 2016 erneut in die Debatte eingebracht werden.

Weitere Themenfelder der Arbeit im Fachausschuss waren u.a. die IBA 2020 und die „Re-Urbanisierung der Historischen Stadtmitte“, Programme und Maßnahmen der „Sozialen Stadt“ (QM, städtische Gesellschaften, Quartiersstabilisierung), die städtebaulichen Entwicklungen der Flughafen-Areale in Tempelhof und Tegel, die städtischen Gesellschaften und die Wohnungsgenossenschaften, die Liegenschaftspolitik, der StEP Wohnen.

Der Fachausschuss positionierte sich im Mai 2013 kritisch zur IBA-Konzeption und erarbeitete auf Grundlage des Beschlusses des Landesparteitags vom 2. November 2013 ein Grundsätze-Papier zur „Re-Urbanisierung des Historischen Stadtkerns“. Zur städtebaulichen Entwicklung im Historischen Stadtkern fand ein intensiver Austausch mit dem Bürgerforum Berlin e.V. und der Planungsgruppe Stadtkern statt.

Der fachpolitische Austausch mit dem Berliner Mieterverein und wohnungswirtschaftlichen Verbänden oder auch Stadtteilgruppen oder der IHK wurde intensiviert - insbesondere mit dem BMV und dem BBU, dessen Vorstand und Fachleute mehrfach zu Gast waren, aber auch mit der Freien Wohnungswirtschaft. Zudem wurde der Austausch mit der aktiven Bürgerschaft (Bürgerforum Berlin e.V., Kotti&Co. u.a.m.) gesucht bzw. gepflegt.

Der Fachausschuss hat seine Aufgabe als beratende Institution für den Landesvorstand der Berliner SPD und als kritisch-solidarischer Begleiter der Regierungsarbeit auf Landesebene wahrgenommen. Er fungierte als Kommunikationspartner für Akteure im Bereich der Wohnungswirtschaft und erhielt zahlreiche Presse-/Medianfragen. Die Presseresonanz zu Themen und Positionen des FA VIII zu Wohnungsneubau, Bestandspolitik, IBA, Historische Stadtmitte war gut. Zahlreiche Einladungen zu Veranstaltungen/Fachgesprächen anderer Institutionen und Verbände zeigten, dass die fachpolitische Kompetenz der SPD und des Fachausschusses anerkannt werden.

**Volker Härtig**  
Vorsitzender des FA VIII

## FACHAUSSCHUSS IX GESUNDHEIT, SOZIALES UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Vorsitzender des Fachausschusses ist Jens Ahrens, StellvertreterInnen sind Birgit Monteiro, Lioba Zürn-Kastantowicz, Thomas Isenberg und Jörg Tänzler.

Der Fachausschuss versteht sich insbesondere als Forum der Kontakte zwischen Partei und Fachwelt und pflegt deshalb einen unkomplizierten Umgang mit den Trägern und Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und den zuständigen Verwaltungen. Er will Partei und MandatsträgerInnen Möglichkeiten eröffnen, die fachliche Debatte zu führen und diese in den politischen Raum einzuführen. Der Fachausschuss trifft sich sechsmal im Jahr, viermal zu einem Abendtermin und zweimal am Samstag zu einem Arbeitstag. 2012 und 2013 wurden Veranstaltungen durchgeführt, an denen regelmäßig ca. 30 Interessierte aus dem genannten Kontext teilnahmen.

Seit April 2013 gehört auch der Themenkomplex „Verbraucherschutz“ zum Zuständigkeitsbereich des Fachausschusses. Themen waren u.a. das Papier der Koordinierungskommission Sozialpolitik (KokoSoz) „In welcher Stadt wollen wir leben?“, der Stand der Regierungsbildung im Bund, die Hygieneampel, der Stand der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung mit der CDU (Februar 2014), die Weichmacher in Lebensmitteln.

Fachausschussmitglieder besuchten im Sommer 2012 mehrere Einrichtungen der Sozialen Arbeit, um Kontakte aufzunehmen und zu pflegen, die Probleme dieser Einrichtungen zu erkennen und – wenn nötig oder gewünscht – diese im politischen Raum wahrnehmbar zu machen. Besucht wurden eine Schuldnerberatung der AWO, eine niedrigschwellige Freizeiteinrichtung für Menschen mit und ohne Behinderung und ein Integrationsrestaurant. Diese Einrichtungsbesuche kamen bei allen Beteiligten gut an und sollen fortgesetzt werden. Im Sommer 2013 wurden wegen der Wahlkampfaktivitäten keine Besuche durchgeführt. 2014 soll u.a. ein ambulanter Pflegedienst besucht werden.

Der Fachausschuss steht traditionell interessierten Mitgliedern der SPD ebenso offen, wie Fachleuten aus der Träger-, Verbands- oder Verwaltungslandschaft. Die Parteimitgliedschaft ist nicht unbedingt erforderlich. Interessierte können sich im Kurt-Schumacher-Haus oder beim Vorsitzenden direkt melden.

**Jens Holger Ahrens**  
Vorsitzender des FA IX

## FACHAUSSCHUSS X · NATUR, ENERGIE UND UMWELTSCHUTZ

Berlin ist eine Metropole, die auf eine sehr vielfältige und in weiten Teilen durchaus intakte Natur und Umwelt verweisen kann. Berlin ist nicht nur eine der artenreichsten, sondern mit rund 44 % Grün- und Freiflächenanteil an der gesamten Stadtfläche auch eine der grünsten Großstädte Europas. Damit stellt die urbane Umwelt eines der entscheidenden Kriterien für eine gute Lebensqualität, die bestimmend dafür ist, dass unsere Stadt, auch im internationale Vergleich als attraktive Metropole für ein gemeinsames Wohnen, Leben und Arbeiten angesehen wird. Wir als Fachausschuss haben das Ziel mit einer sozialdemokratischen Politik die Stadt so zu gestalten und zu prägen, dass sie sich nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit, also einem Gleichgewicht aus ökologischer, ökonomischer und sozialer Sicht, so entwickeln kann, dass sie auch in Zukunft ein attraktiver Lebensraum ist.

Im Berichtszeitraum haben wir uns immer wieder mit den verschiedenen Themenbereichen der kommunalen Daseinsvorsorgen beschäftigt, wie z.B. mit der Frage wie es um die Zukunft der Natur- und Grünflächenpolitik in den Berliner Bezirken bestellt ist. In der sehr regen Diskussion, auch unter Teilnahme von vielen Bezirksvertretern aus den Ämtern und BVVen wurde sehr schnell klar, dass ein blindes Outsourcing der Grünflächenpflege an private Unternehmen keine zukunftsweisende Lösung sein kann – einen entsprechenden Antrag haben wir dann auch an den Landesparteitag und den Landesvorstand geschickt.

Die Rekommunalisierung in der Daseinsvorsorge am Beispiel der städtischen Infrastrukturen, wie Strom, Wasser, Gas, Fernwärme und S-Bahn hat für Gesprächs- und Diskussionsstoff auf mehreren Sitzungen unseres Fachausschusses gesorgt, wie z.B. die Arbeitsergebnisse der AG „Daseinsvorsorge – DaVoS“ der SPD-Abgeordnetenhausfraktion oder unter dem Eindruck des vom Berliner Energietisch initiierten Bürgerentscheids. Dabei war es für uns sehr hilfreich, dass die Berliner SPD sich bereits im Herbst 2010 sehr deutlich für die Rekommunalisierung der städtischen Infrastruktur ausgesprochen hatte. In einer gemeinsamen Sitzung mit dem FA Wirtschaft, Arbeit und Technologie ist es daher auch gelungen, einen gemeinsamen Antrag zu erarbeiten und der sowohl die Rekommunalisierung der Energienetze, als auch die Gründung eines berlin-eigenen Stadtwerkes gefordert hat. Er war Grundlage für die Diskussion auf dem Landesparteitag (LPT) im November 2013, wo noch mal ein deutliches Zeichen für Rekommunalisierung ausgesandt worden ist – wohl auch an den Berliner Koalitionspartner.

Wie eine Versorgungsstruktur in der Praxis funktioniert, davon konnten wir uns ein Bild bei unserer Stromnetztour im Oktober 2013 machen, die uns zu verschiedenen Netzbetriebsleitstellen, Schaltanlagen, Umspannwerken und Stromverteilknoten der Stromnetz Berlin GmbH in Kooperation mit Vattenfall Europe führte. Auch haben wir uns der

Frage gewidmet, wie die Energieversorgung in Zukunft in unserer Stadt aussehen könnte, z. B. Berlin – als Smart City oder wie die Versorgung mit sog. virtuellen Kraftwerken funktioniert und ob die Windkraft für Berlin und in Berlin eine brauchbare Perspektive für die erneuerbaren Energien darstellt. Dabei ging es nicht nur um die rein technische Infrastruktur, sondern immer auch darum, wie effizient der Klimaschutz und die CO<sub>2</sub>-Reduzierungen sind, damit Berlin sein in der Koalition gestecktes Ziel bis 2050 klimaneutrale Stadt zu sein, auch sicher erreichen kann.



Schon jetzt müssen die richtigen Weichen für die Anpassung an die nicht mehr abwendbaren Folgen des Klimawandels gestellt werden, damit die Stadt mit Hitzeperioden und Hitzestress für Menschen und Grünflächen, mit Extremwetterereignissen und Belastung der Gewässer umzugehen weiß. Die Befassung mit dem Stadtentwicklungsplan Klima war sehr aufschlussreich für den Fachausschuss. Die Berliner Wasserbetriebe haben uns dargelegt, wie das heutige Regenwassermanagement auch durch Anpassungen an den Klimawandel zukünftig weiter entwickelt werden kann.

Auch bei der Berliner Kreislaufwirtschaft, sprich wer macht was mit dem Berliner Abfall, stellte sich für uns immer wieder die Frage, wo ist die kommunale Entsorgungssicherheit durch die BSR angesagt und wo obliegt das der Privatwirtschaft im Wettbewerb. Das Beispiel haushaltsnahe Altglassammlung hat uns verdeutlicht, dass Umweltschutz und hier konkret das Altglasrecycling durchaus staatlichen Handelns und Steuerns bedarf und sich nicht nur nach wirtschaftlichen Aspekten orientieren darf, damit eine bürgerfreundliche Müllentsorgung auch der Umwelt nützt.

Der Fachausschuss versteht sich als eine Institution, die Interesse an Fachpolitik wecken will. Der Fachausschuss bringt sich immer wieder über Anträge in die konkrete politische Diskussion ein, wie z. B. auf dem LPT oder auch durch „Musteranträge“ für die Bezirke. Beispiele sind dafür der Antrag zur Lärminderung, zur Gründung eines städtischen Stadtwerks, zur Fortführung der Umweltförderung mit den EU-Strukturfonds usw. Wir wollen Information und damit auch Weiterbildung zu aktuellen Themen an-

bieten, so dass sich unsere Mitglieder gut in die politische Diskussion einbringen und aktiv werden können. Wir greifen ganz konkrete Themen der Umwelt- und Stadtpolitik auf, die Bürger und Bürgerinnen unter den Nägeln brennen und wofür sie sich engagieren wollen. Stellvertretend für viele dieser Themen soll hier die Lärminderungsplanung angeführt werden, die wir im Berichtszeitraum sogar zweimal auf der Agenda hatten, oder auch die Nachnutzung des Flughafens Tegel mit der durchaus gewollt provokanten Überschrift „Irgendwann herrscht Ruhe in Tegel – kommt dann Unruhe in die Tegeler Stadtheide?“

Wir verstehen unseren Fachausschuss nicht als einen geschlossenen Expertenkreis, sondern als offene Plattform für sozialdemokratische Umweltpolitik. Daher sind wir sehr erfreut, dass sich viele Genossen und Genossinnen und besonders auch Neumitglieder für unsere Arbeit interessieren – aber auch (Noch-)Nichtparteimitglieder sind uns herzlich willkommen, die ca. 10 % unserer Mitgliedschaft ausmachen. Auch suchen wir ganz bewusst die Zusammenarbeit mit anderen Fachausschüssen, wie dem FA Mobilität, dem FA Wirtschaft, Arbeit und Technologie oder auch dem FA Europa. Dabei hat es sich bewährt, dass die Einladungen zu unseren Sitzungen fast immer im Dienstagsbrief und auf der SPD-Homepage angekündigt werden. Damit ist es zunehmend möglich, den Fachausschuss in das Netzwerk der Berliner Umweltverbände und -organisationen einzubauen, und damit auch Ansprechpartner für diese zu werden. Dies bietet die Chance, für sozialdemokratische Umweltpolitik über die Parteigrenzen zu werben. Gerade im Vorfeld der letzten Bundestagswahl war uns ein Gedankenaustausch mit dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und dem Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) wichtig, um den Stellenwert von Umweltschutz in der Gesellschaft und der politischen Diskussion zu ergründen und Anregungen und Argumentationshilfen zu erhalten.

Besonders hervorheben möchten wir die sehr gute Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, aber auch mit Vertretern der Bezirksverordnetenversammlungen, die regelmäßig an unseren Sitzungen teilnehmen und mit ihrem Rat, ihrem Wissen und Einschätzungen uns jederzeit zur Seite stehen – hier wird eine sehr enge Politikberatung praktiziert. Trotzdem wünschen wir uns gerade mit der Bezirksebene eine noch engere Zusammenarbeit, denn uns ist es sehr wichtig, dass wir als Fachausschuss auch bei der Umsetzung und Gestaltung von kommunaler Umweltpolitik vor Ort mitwirken können.

Wir freuen uns immer über neue Mitstreiter, Gäste und Interessierte innerhalb und außerhalb der SPD und möchte an dieser Stellen allen danken, die die Arbeit des Fachausschusses in vielfältiger Weise unterstützen, sei es als Ideengeber, Referenten oder auch Organisatoren.

*Dr. Heike Stock · Vorsitzende des FA X*

## FACHAUSSCHUSS XI · MOBILITÄT

Auch in diesem Berichtszeitraum traf sich der Fachausschuss regelmäßig zu seinen **Plenumssitzungen** mit Schwerpunktthemen sowie externen und eigenen Fachleuten als ReferentInnen. In temporären Arbeitsgruppen wurden Vorlagen und Beschlüsse erarbeitet.

Im für Mitglieder und Gäste offenen Fachausschuss Mobilität arbeiten regelmäßig zahlreiche ExpertInnen und fachlich Interessierte mit. Die offenen Diskussionen und der kollegiale Arbeitsstil im Fachausschuss und in den Arbeitsgruppen ermöglichen es auch fachlich interessierten „Laien“, sich umfassend zu informieren, ihr Wissen zu den jeweiligen Themen zu vertiefen und inhaltlich mitzuarbeiten.

Der Fachausschuss ist seit vielen Jahren sehr gut in der „Mobilitäts- und Verkehrsszene“ vernetzt. Er pflegt seine Kontakte durch die Wahrnehmung von Einladungen zu Veranstaltungen und zu Gesprächen. In der Zeit von Juli 2012 bis Mai 2014 fanden wieder mehrere **Informationsveranstaltungen** und ein **bilateraler Austausch „vor Ort“** bei Verkehrsunternehmen, Fahrzeugherstellern und mit dem Thema Mobilität/Verkehr befassten Organisationen statt. Hervorzuheben sind die Besuche in der **Zentrale der BVG AÖR**, bei der **S-Bahn Berlin** zur Besichtigung der neuen Transportleitung in Schöne-weide, bei den **Fahrzeugherstellern Stadler und Bombardier** sowie auf der **Baustelle der U5** am Roten Rathaus.

Im Rahmen einer „Kick-Off-Veranstaltung“ hat der Fachausschuss Mobilität im Mai 2013 die **Arbeitsgruppe „SPD Berlin Mobilität 2030“** auf den Weg gebracht. Seitdem arbeiten Mitglieder des Fachausschusses in der AG und in Unterarbeitsgruppen an diesem komplexen Thema.

Für den Bundestagswahlkampf 2013 organisierte der Fachausschuss Mobilität eine gut besuchte öffentliche **Podiumsdiskussion zum Thema „Bahnhof Zoo – wieder Fernbahnhof“**, die auch ein positives Medienecho fand.

Bereits am 16. Januar 2013 hatte der Fachausschuss Mobilität **„Mobilitätspolitische Eckpunkte in einem Koalitionsvertrag 2013“** beschlossen. Bei der Gegenüberstellung des Koalitionsvertrages mit diesen Eckpunkten im November 2013 konnte der Fachausschuss feststellen, dass die Mehrheit seiner Forderungen Eingang in den Koalitionsvertrag fand.

In der Zeit von Juli 2012 bis Mai 2014 brachte der Fachausschuss **Landesparteitagsanträge** zu unterschiedlichen Themen ein und schrieb Empfehlungen zu Anträgen, die ihm vom Landesparteitag überwiesen worden waren.

Die jährlichen **10-tägigen Fachexkursionen** ins Ausland führten den Fachausschuss Mobilität 2013 zu einer außerordentlichen Reise in die **baltischen Staaten** (auf den Spuren der „Rail Baltica“), anschließend durch **Schweden und Dänemark** zurück nach Berlin.

2014 ging es über **Belgien und England** zu einem interessanten und informativen Aufenthalt nach **Irland**.

Und die mehrtägigen **vorweihnachtlichen Unternehmungen** hatten 2012 Thüringen und 2013 **München mit Umgebung und Prag** zum Ziel.

**Sybille Uken**

*Vorsitzende des FA XI*

## FORUM SPORT

Sport ist für Tausende Menschen in Berlin ein selbstverständlicher Teil ihres Lebens. Er bringt Freude, Gesundheit und macht Spaß. Sport ist zugleich Integrationsmotor und Wegbereiter für die Inklusion. Sport und Sportvereine vermitteln Werte und eröffnen Möglichkeiten, Leistungsfähigkeit auszubauen, Grenzen auszuloten und Selbstbewusstsein zu stärken.

Jährliche Sporthöhepunkte, wie das ISTAF, der Berlin Marathon, das Pokalendspiel im Fußball, die Finalwettkämpfe von „Jugend trainiert für Olympia“ sowie viele andere nationale und internationale Wettkämpfe im Spitzensport und Breitensport ziehen die Sportlerinnen und Sportler, aber auch viele Gäste aus dem In- und Ausland nach Berlin.

Die Sportstadt Berlin hat Tradition, Berlin hat viele erfolgreiche Sportlerinnen und Sportler und weltweit einen guten Ruf als eine tolerante und weltoffene Stadt. Berlin kann und will Sport und das soll auch so bleiben.

Deshalb hat das Forum Sport auch in den vergangenen zwei Jahren den Kontakt zwischen Sportlerinnen und Sportlern sowie sportpolitischen Entscheidungsträgern fortgeführt und ausgebaut.

Zum Veranstaltungsplan gehören Treffen mit VertreterInnen des Landessportbundes sowie mit Mitgliedern des Sportausschusses im Bundestag sowie den Verantwortlichen aus unseren Bezirken und Sportarbeitsgemeinschaften. Auch der für Sport zuständige Staatssekretär, Andreas Statzkowski, war Gast eines Treffens.

### Themenschwerpunkte im Berichtszeitraum:

- ▶ Sportpolitik nach den Wahlen im Abgeordnetenhaus
- ▶ Finanzierung des Berliner Sports / Sporthaushalt / Bäderbetriebe
- ▶ Ehrenamt
- ▶ Sportstätten / Sportstättenanierung
- ▶ Schulsport
- ▶ Zusammenarbeit mit dem Landessportbund
- ▶ Rolle der Sportpolitik im Deutschen Bundestag

Höhepunkt war der Sportpolitische Empfang am 3. Mai 2013 in der Max-Schmeling-Halle. Den über 60.000 ehrenamtlich Tätigen hat die Berliner SPD hier ihren Dank ausgesprochen und dazu drei von ihnen stellvertretend ausgezeichnet. Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß sicherte auch hier den Sportvereinen und -verbänden die breite



*Sportpolitischer Empfang  
am 3. Mai 2013 in der  
Max-Schmeling-Halle*

FOTO: HORB

Unterstützung der SPD zu. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit betonte die Bedeutung des Sports für Berlin und wird sich auch künftig für die Ausrichtung internationaler Wettkämpfe einsetzen. Dr. Heiner Brandi, Direktor des Landessportbundes Berlin, dankte der SPD für das Engagement für die ehrenamtlich Tätigen im Berliner Sport und wies zugleich auf die schwieriger gewordene finanzielle Situation der Vereine hin.

Die Auszeichnung der drei Sportlerinnen und Sportler nahmen Karin Halsch, Vorsitzende des Forums Sport, Jan Stöß und der sportpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Dennis Buchner vor.

### **Karin Halsch**

*Vorsitzende Forum Sport*

## KULTURFORUM STADT BERLIN DER SOZIALDEMOKRATIE E.V.

Das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie ist keine Gliederung der Berliner SPD, sondern ein eingetragener gemeinnütziger Verein, der der Sozialdemokratie nahe steht, dessen Mitglieder und Interessenten aber keineswegs alle Mitglieder der SPD sind. Dies gilt übrigens auch für die Vorstandsebene. Sein Ziel ist es gleichwohl sozialdemokratische Kulturpolitik mit Sympathie, Kritik und kulturpolitischen Anregungen zu begleiten. Das Kulturforum versteht seine Arbeit als Lobby-Arbeit für die Kultur in Berlin, aber keineswegs als Lobbyist für eine bestimmte Kultursparte, Gruppe oder Person. Es will das kulturelle Leben der Stadt wahrnehmen und es auch verstärkt in die Mitgliedschaft der SPD hinein vermitteln – immer in dem Wissen, dass es vor der Gründung der SPD vor über 150 Jahren neben sozialen Bewegungen zur Verbesserung der Situation der Arbeiterklasse immer auch schon die Arbeiterbildungs- und Arbeiterkulturvereine gab. Die Arbeiter wussten: Bildung und Kultur sind die Schlüssel für ein emanzipiertes Leben in Würde und Partizipation.



*Kulturforum Galerie  
Jour fixe mit Jan Stöß  
am 7. November 2012*

FOTO: HORB

Gelegentlich könnte man meinen, es sei notwendig, diese alte Erkenntnis in der SPD der Gegenwart neu zu vermitteln. Daran arbeitet das Kulturforum.

Dieser Erkenntnis dienen unsere Ausstellungen, unsere Lesungen, unsere kulturpolitischen Gespräche, unsere Besuche bei Theatermachern, ihren Aufführungen und Gesprächen darüber oder Konzertbesuche, die mit Hinführungen zu den musikalischen Werken der Vergangenheit und Gegenwart verbunden werden, unsere Diskussionen mit Menschen aus der Politik und der Kultur, die wir zusammenbringen.

Wir sind froh darüber, dass wir viele Menschen aus der SPD ansprechen, aber auch, dass es immer wieder gelingt, in unseren Veranstaltungen, übrigens durchaus auch vor Wahlen, Menschen für sozialdemokratische Kulturpolitik zu interessieren und auch zu gewinnen, bei denen die Wahlentscheidungen nicht konstant vorgeprägt sind.

Das Kulturforum hat etwa 80 Mitglieder, ein Vielfaches davon als Interessentenkreis, die zu unseren Veranstaltungen eingeladen werden. Wir wünschen uns, dass wir mehr Mitglieder werden und auch über mehr kulturelle Offenheit in den Parteigliederungen der SPD würden wir uns freuen.

**Nikolaus Sander**

*Vorsitzender (bis Dezember 2013)*

## FORUM NETZPOLITIK

Seit Anfang 2010 trifft sich das Forum Netzpolitik der Berliner SPD einmal monatlich, um über Themen der digitalen Gesellschaft und über Netzpolitik zu diskutieren. In den letzten beiden Jahren hat sich unsere Arbeit verstetigt und deutlich intensiviert. Dies liegt auf der einen Seite an der deutlich gestiegenen politischen Bedeutung der Netzpolitik. Auf der anderen Seite liegt es aber auch daran, dass sich das Forum Netzpolitik landes- aber auch bundesweit immer weiter zu einer wichtigen netzpolitischen Diskussionsplattform innerhalb der gesamten SPD entwickelt hat.

Wir rufen immer zum offenen Mitdiskutieren auf, weshalb etwa die Hälfte der Gäste keine Parteimitgliedschaft oder andere politische Präferenzen hat. Uns ist es wichtig, möglichst viele Menschen, aus möglichst unterschiedlichen Bereichen in unsere Arbeit einzubeziehen. So haben wir beispielsweise ein Barcamp zum Thema ‚Digitale Bildung‘ veranstaltet. Bei einem Barcamp gibt es vorher keinen genauen Ablaufplan, sondern jede und jeder ist aufgefordert sich zu beteiligen und Vorschläge für Themen zu unterbreiten.

Neben neuen, offenen Veranstaltungsformaten ist es uns auch gelungen neue Wege bei der Erstellung von Anträgen zu gehen. So haben wir den im letzten Jahr verabschiedeten Leitantrag „Partizipation und digitale Teilhabe in der sozialen Stadt“ nicht nur im Forum diskutiert sondern haben den Antrag mit Hilfe eines Pads öffentlich mit allen Interessierten erstellt. Am Ende konnten wir dank der Online-Partizipation einen langen und intensiven Diskussionsprozess initiieren, an dem sich auch viele außerhalb der SPD beteiligen haben.

Die thematischen Schwerpunkte unserer Arbeit der letzten beiden Jahre waren einerseits die Aufarbeitung und die Konsequenzen der aufgedeckten NSA-Affäre sowie andererseits die Erarbeitung und die Umsetzung eines Konzeptes für die digitale Stadt. So haben wir uns mit dem Berliner Beauftragten für Datenschutz getroffen, um zu erläutern, wie ein effektiver Datenschutz auch nach der NSA-Affäre durchgesetzt werden kann.

Die drei SprecherInnen und die Mitglieder des Vorstands haben außerdem das Forum innerhalb und außerhalb der SPD vertreten. So waren wir zu Gast in vielen Arbeitsgruppen, Kreisen und Abteilungen, um über unterschiedliche Aspekte der digitalen Gesellschaft zu diskutieren. Außerdem haben wir regelmäßig an Podiumsdiskussionen, Talkshows oder Konferenzen teilgenommen. Zusätzlich haben wir uns durch Blogbeiträge und Gastartikel in überregionalen Zeitungen immer wieder in netzpolitischen Diskussionen zu Wort gemeldet.



Insgesamt gesehen blicken wir auf zwei erfolgreiche Jahre zurück. Das Forum ist zu einer bundesweiten Anlaufstelle für Netzpolitik innerhalb der SPD geworden. Wir konnten dabei innerhalb der letzten Jahre sowohl in die Partei hinein wirken als auch die Berliner SPD glaubwürdig in netzpolitischen Fragen nach außen vertreten.

**Yannick Haan**  
Vorsitzender Forum Netzpolitik



## HISTORISCHE KOMMISSION

Aufgabe der Historischen Kommission ist es, die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung und vor allem der Berliner SPD vor dem Hintergrund aktueller politischer Herausforderungen zu beleuchten. Die Erinnerung an das erfolgreiche Wirken von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in dieser Stadt soll wachgehalten und die Diskussion um alte und neue Gedenkstätten mit beeinflusst werden. Mitglieder der Historischen Kommission, zu der seit 2010 auch die Historikerin der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Prof. Dr. Helga Grebing gehört, arbeiten deshalb in verschiedenen Beiräten und Kommissionen der Bezirke und des Landes Berlin, die sich mit historischen Problemen beschäftigen. Mehrere Mitglieder der Berliner Historischen Kommission sind im Vorstand des Förderkreises für die Erinnerungsstätte der deutschen Arbeiterbewegung Berlin-Friedrichsfelde und wir stellen auch weiterhin mit Holger Hübner den Vorsitzenden. Mit Walter Momper und Siegfried Heimann arbeiten zwei Mitglieder der Historischen Kommission im Kuratorium „Friedhof der Märzgefallenen“, das zusammen mit dem Paul-Singer-Verein darum bemüht ist, aus diesem Friedhof eine nationale Gedenkstätte der deutschen Demokratiegeschichte zu machen.

Öffentliche Veranstaltungen der Historischen Kommission richten sich vor allem auch an Neumitglieder in den SPD-Kreisen ganz Berlins, um an die gemeinsame Geschichte der Berliner SPD nach Kriegsende bis 1961, an das „Überwintern“ Ostberliner Sozialdemokraten in Ostberlin nach 1961 und an die Neugründung der SDP in Ostberlin nach 1989 zu erinnern.

Darüber hinaus hat die Historische Kommission zu wichtigen historischen Themen, Ereignissen und Gedenktagen Veranstaltungen durchgeführt und dabei auch wieder die Unterstützung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD gefunden, zu der Helga Grebing und Siegfried Heimann gehören.

Schon vor 2012 waren viele Mitglieder der Berliner Historischen Kommission an der Erarbeitung eines **historischen Reiseführers „Arbeiterbewegung in Berlin“** beteiligt. Er ist im Herbst 2012, herausgegeben im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von Helga Grebing und Siegfried Heimann, im Christoph Links Verlag erschienen. Er war das Geschenk der Berliner Historischen Kommission an die SPD zum Parteijubiläum im Jahre 2013. „Stätten der Arbeiterbewegung“ sind in der ganzen Stadt Berlin zu finden. Sie mögen auf den ersten Blick im Stadtbild weit verstreut sein. Aber schauen wir genauer hin, sind es nicht nur viele vereinzelte Erinnerungsorte, es ist eine ganze „Erinnerungslandschaft“, die von Höhen und Tiefen der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung einen Eindruck vermittelt. Im November 2012 wurde das Buch im Forum Berlin der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung vorgestellt.

Gleich zu Beginn des Berichtszeitraums fand im Januar 2012 eine Veranstaltung der Berliner Historischen Kommission, dem Freundeskreis des Willy-Brandt-Hauses, dem Kulturforum der Sozialdemokratie und dem Klartext Verlag statt. Das Buch von Tilman Fichter und Siegwald Lönnendonker: „Dutschkes Deutschland“ wurde vorgestellt und in einer Podiumsdiskussion mit Peter Brandt, Klaus Meschkat, Siegfried Heimann und den Autoren diskutiert. Einige, gerade in der Berliner SPD, immer noch grassierende Legenden über die Studentenbewegung von 1968 konnten kritisch infrage gestellt werden.

Mehrere Mitglieder der Berliner Historischen Kommission waren und sind weiterhin daran beteiligt, den Friedhof der Märzgefallenen in Berlin-Friedrichshain als eines der wenigen sichtbaren Zeugnisse der Revolution von 1848 der Vergessenheit zu entreißen. Der Paul-Singer-Verein hat sich mit vielen anderen erfolgreich darum bemüht, dieses „Juwel der europäischen, deutschen und Berliner Demokratiegeschichte“ mit einer zunächst nur temporären Ausstellung auf dem Gelände des Friedhofs den Berlinerinnen und Berlinern wieder mehr bekannt zu machen. Die Historische Kommission der SPD Berlin unterstützt nachdrücklich dieses Vorhaben. Der „Aufruf zur Einrichtung einer nationalen Gedenkstätte ‚Friedhof der Märzgefallenen‘“ hat weiterhin seine Gültigkeit. Die temporäre Ausstellung soll zu einer dauerhaften werden, denn es gilt, an den Geist der 48er anzuknüpfen. Die Ideale der Revolution haben damals wie heute ihre Gültigkeit. Diesem Ziel dienen mehrere Veranstaltungen und eine Tagung in den Jahren 2012 und 2013. Für 2014 ist eine größere Konferenz geplant, die die europäische Dimension der Revolution in den Mittelpunkt rücken soll.

Darüber hinaus war die Berliner Historische Kommission vor allem eingebunden in die Vorbereitungen zum Parteijubiläum im Jahre 2013. Während des Parteifestes der SPD im August boten Mitglieder der Historischen Kommission zusammen mit dem Landesvorstand Stadtrundfahrten zu Orten der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung an. Mitglieder der Berliner Historischen Kommission beteiligen sich an vielen Veranstaltungen der Berliner SPD zum Parteijubiläum, so machte Dr. Rainer Sandvoß im Mai 2013 eine Stadtführung zum Widerstand in Friedrichshain im Nationalsozialismus.

Mitglieder der Historischen Kommission der SPD Berlin regten an und beteiligten sich an der Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag der Widerrede gegen das Preußische Ermächtigungsgesetz im Mai 2013 im Berliner Abgeordnetenhaus. Zu Recht wird immer wieder die mutige Rede von Otto Wels im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz gerühmt. Vergessen ist leider die ebenso mutige Rede des letzten SPD-Fraktionsvorsitzenden im Preußischen Landtag, Paul Szillat Wochen später, am 18. Mai 1933. Der Sozialdemokrat Paul Szillat verdient es, nicht nur in Berlin noch mehr als bisher gewürdigt zu werden.

Das Grab von Eduard Bernstein in Schöneberg war leider im Jahre 2012 nur scheinbar auf gutem Wege, wieder ein Ehrengrab zu werden. Bisher ist nur wenig geschehen,

obwohl die Historische Kommission und vor allem unser Mitglied Holger Hübner im Jahr des Parteijubiläums immer wieder gemahnt haben, diesem beschämenden Umgang mit dem Gedenken an Bernstein ein Ende zu setzen. Dagegen ist der Leber-Gedenkort in Schöneberg dank des Einsatzes der Genossinnen und Genossen im Bezirk auf gutem Wege.

Unter reger Beteiligung von Mitgliedern der Historischen Kommission fand zum 1. Todestag von Klaus Schütz am 29. November 2013 im Rathaus Wilmersdorf eine Gedenkveranstaltung statt. Siegfried Heimann erinnerte an die politische Biographie des Regierenden Bürgermeisters und moderierte ein Zeitzeugengespräch zwischen der Journalistin Brigitte Grunert und Walter Momper.

Zum Ausklang des Parteijubiläums fanden im November auch noch zwei Tagungen statt, an denen Mitglieder der Historischen Kommission beteiligt waren: So im Landesarchiv Berlin zur Frage der „Machtübergabe an Hitler“ 1933 und wenig später, auch noch im November 2013 in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Paul-Löbe-Institut zur Frage „SPD und Parlamentarismus“.

Die Planungen für das Jahr 2014 sehen mehrere Buchvorstellungen vor, so u.a. auch das neue Buch von Hans-Rainer Sandvoß über den Widerstand der religiösen Gemeinschaften zwischen 1933 und 1945 in Berlin.

**Dr. Siegfried Heimann**

*Vorsitzender der Historischen Kommission*

## ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMERFRAGEN · AfA



Der AfA Landesbezirk Berlin kann auf eine erfolgreiche Arbeit in den vergangenen zwei Jahren zurückblicken.

Im Land Berlin haben wir in allen zwölf Kreisen aktive AfA Gruppierungen, die sich vielseitig für arbeitsmarkt- und sozialpolitische Themen engagieren. Die AfA Kreisorganisationen sind untereinander sehr stark vernetzt und organisieren größere Veranstaltungen gemeinsam, sodass es nicht zu Mehrfachveranstaltungen zum gleichen Themenbereich kommt. Die Veranstaltungen sind gut organisiert, haben interessante Themen und Referenten und daher auch hohe Besucherzahlen.

Der AfA Landesvorstand tagt jeden letzten Freitag im Monat, außer in den Ferienmonaten. Die Sitzungen sind öffentlich und regelmäßig sehr gut besucht.

Die Arbeit der Landes AfA und der AfA Kreise war im Berichtszeitraum stark geprägt durch die Wahlkampfaktionen zum Deutschen Bundestag.

Unser Ziel war es, nach Möglichkeit viele Themen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betreffen, in das Wahlprogramm hinein zu verhandeln. Insbesondere die Forderungen nach einem flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn, der Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse, der Neuregelung von Werkverträgen und Leiharbeitsverhältnissen, der betrieblichen Mitbestimmung, sowie der Renten-, Gesundheits- und Mietpolitik sind hier exemplarisch zu benennen. Wir haben noch viele weitere Themen behandelt, die uns und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wichtig sind, haben uns jedoch im Wahlkampf auf kernige Schwerpunktaussagen beschränkt.

Wir sind mit großen Erwartungen in den Wahlkampf gezogen und haben engagiert bis zur letzten Minute gekämpft. Umso enttäuschender das Ergebnis. Wir hatten große Hoffnungen, dass wir als SPD mit dem inhaltlich guten und endlich wieder sozial geprägten Wahlprogramm mehr Menschen erreichen können. Doch die Enttäuschung der Wählerinnen und Wähler aus den vergangenen Jahren über die SPD war nicht zu überbrücken.

Die AfA Berlin hat sich mehrheitlich von Anbeginn gegen eine große Koalition ausgesprochen. Die Befürchtungen, in einer weiteren großen Koalition vollständig ins Abseits zu geraten, waren erheblich. Als kleiner Lichtblick erschien uns das 10-Punkte-Programm, mit dem die SPD in die Verhandlungen gegangen ist, doch leider ist aus unserer Sicht nur eine Mogelpackung dabei herausgekommen.

Wir sind sehr enttäuscht darüber, dass unser AfA Bundesvorsitzender Klaus Barthel nicht in die Verhandlungskommissionen einbezogen wurde und unsere Enttäuschung setzt sich darin fort, dass er nicht in den Parteivorstand gewählt wurde. Die entsprechenden Wortbeiträge des Parteivorsitzenden auf dem Bundesparteitag in Leipzig, in denen er seine Favoriten hervorhob, waren ein weiterer Affront gegen die AfA. Die neu zu wählenden Berliner Delegierten für die AfA Bundeskonferenz 2014 werden hierzu sicher entsprechende Wortbeiträge formulieren. Es ist nach wie vor eine Schande, dass die AfA in Zeiten, wenn es der Partei beliebt, gerufen und danach wieder in die Ecke gestellt wird.

Wir Berliner AfA-Mitglieder sehen uns nach wie vor als das Herzstück der Partei und werden weiter dafür kämpfen, dass es so bleibt und auch die Bundesebene das erkennt.

Umso mehr sind wir stolz darauf, dass es Cansel Kiziltepe gelungen ist, in den Deutschen Bundestag einzuziehen, und dass mit ihr dort eine aktive Berliner AfA-Frau vertreten ist, die auch unsere Interessen dort sicher in gewohnter Weise und im Sinne Ottmar Schreiners vertreten wird. Der Tod von Ottmar Schreiner im vergangenen Jahr hat uns alle sehr getroffen. Mit ihm haben wir eine große Persönlichkeit verloren. Ottmar war ein großer Kämpfer. Wir alle vermissen ihn sehr und werden ihn in guter Erinnerung behalten.

Unserem neuen AfA Bundesvorsitzenden Klaus Barthel ist es bereits gelungen, tief in die Themen der AfA einzudringen. Klaus ist kämpferisch und scheut keine Diskussion, weder in der Bundestagsfraktion noch in den Parteigremien, wenn es um Themen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht oder um die Forderung nach mehr Akzeptanz und Unterstützung der AfA in der Parteiarbeit. Mit Klaus Barthel haben wir eine gute Wahl getroffen. Wir sind sicher, dass unter seiner Leitung die AfA auch weiterhin so kämpferisch bleibt wie sie ist.

Für die AfA Berlin sind zur Zeit Annegret Hansen als stellvertretende Bundesvorsitzende und Christian Hass als kooptiertes Mitglied im Bundesvorstand vertreten. Der Bundesvorstand hat sich auf regelmäßige Telefonkonferenzen geeinigt, um so schnell und zeitnah auf aktuelle Situationen reagieren zu können. Das war unter anderem auch erforderlich, um das gekürzte Budget für Veranstaltungen der AfA nicht durch Reisekosten zu kürzen.

Auf der Landesebene haben wir einen breit aufgestellten Landesvorstand organisieren können, der weite Teile der Arbeitnehmerschaft vertritt. Damit war sichergestellt, dass wir uns mit großer Sachkenntnis aus den Gewerkschaften und den Betrieben mit den Problemen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den unterschiedlichsten Branchen auseinander setzen konnten.

In den vergangenen zwei Jahren haben wir uns immer wieder auf Landesebene für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingesetzt. Ob dies der Mindestlohn, die Unterstützung der Forderungen der Kolleginnen und Kollegen nach Tarifverträgen, der Kampf gegen Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge oder die Einführung des Vergabegesetzes war, wir haben uns aktiv im SPD-Landesvorstand wie auch mit Anträgen und Redebeiträgen auf den Landesparteitagen eingebracht und konnten dort Erfolge verzeichnen.

Wir haben eine sehr aktive Pressearbeit geleistet. Dadurch wurden unsere Positionen auch außerhalb der SPD wahrgenommen.

Die Bündnisarbeit haben wir auch in der Berichtszeit weiter voran gebracht. Betriebsräte verschiedener Unternehmen und öffentlicher Betriebe waren zu den Sitzungen des AfA-Landesvorstands eingeladen und berichteten über ihre Probleme und Arbeitskämpfe. Stellvertretend seien hier die Vertreter der Kolleginnen und Kollegen der Berliner Wasserbetriebe, der Berliner Job-Center und die Musikschullehrerinnen und Musikschullehrer genannt. Regelmäßige Gespräche des gLV der AfA mit Doro Zinke und Christian Hoßbach von der DGB-Landesspitze wurden ebenso geführt wie mit den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften. Mit der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerorganisation der Linkspartei (AG Betriebe und Gewerkschaft - B&G) und Gewerkschaftsgrüne wurden und werden die regelmäßigen Gespräche fortgesetzt. Auch mit dem Landesvorstand der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Berlin (CDA) gibt es weiterhin Kontakte.

Wir haben erfreut festgestellt, dass immer mehr junge SPD Mitglieder, die auch als Jugend- und Auszubildendenvertreter in den Betrieben tätig sind, den Weg zur AfA gefunden haben. Dieser Zulauf hat uns angenehm überrascht und wir sind froh darüber, jetzt im Bezirk Berlin eine sehr aktive „junge AfA“ zu haben.

Nicht alle im Berichtszeitraum erfolgten AfA-Aktivitäten des Landesvorstandes und der Kreise können hier aufgeführt werden, daher erfolgt nur eine exemplarische Aufstellung einiger Veranstaltungen:

- ▶ regelmäßiges AfA Arbeitslosenfrühstück in mehreren Kreisen
- ▶ die AfA Neukölln mit dem Projekt Arbeitslosenfrühstück im Wettbewerb um den Wilhelm-Dröscher-Preis auf dem Bundesparteitag in Leipzig
- ▶ gegen ESM und den Fiskalpakt, Diskussion mit Frank Bsirske und Klaus Barthel
- ▶ 150 Jahre SPD – die AfA auf dem Deutschlandfest

- ▶ 40 Jahre AfA in Duisburg
- ▶ 1. Mai AfA Stand
- ▶ diverse Veranstaltungen zur Daseinsvorsorge sowie zum Berliner Haushalt und den angespannten Bezirksfinanzen
- ▶ regelmäßige Teilnahme mit AfA Infoständen im gesamten Stadtgebiet
- ▶ Veranstaltungen zur Europapolitik inhaltlich und mit den Kandidatinnen und Kandidaten die sich für ein Mandat beworben haben
- ▶ Unterstützung der „Agenten für den Mindestlohn“ durch aktive AfA Mitglieder
- ▶ Unterstützung der Berliner Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag
- ▶ AfA Präsentationen an den bezirklichen Dialogboxen und der Landesveranstaltung auf dem Alexanderplatz
- ▶ Teilnahme an Bundes- und Landesparteitagen, als Delegierte oder mit AfA Ständen
- ▶ regelmäßige Gespräche mit dem Landesvorsitzenden, der Landesgeschäftsführerin und dem Fraktionsvorsitzenden

Der geschäftsführende AfA Landesvorstand bedankt sich bei allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern für die geleistete konstruktive Arbeit in den vergangenen zwei Jahren. Wir haben gemeinsam eine Menge geleistet und wir können stolz auf unsere Bilanz sein. Dafür noch einmal ein herzliches Dankeschön.

**Christian Haß**  
AfA Landesvorsitzender Berlin

## ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG IN DER SPD · AfB



Im September 2012 wählte die Vollversammlung der AfB einen neuen Vorstand.

Dem geschäftsführenden Vorstand gehören an:

<b>Monika Buttgereit</b>	Vorsitzende
<b>Miriam Noa</b>	Stellvertretende Vorsitzende
<b>Erhard Kohlrausch</b>	Stellvertretender Vorsitzender
<b>Michael Nové</b>	Stellvertretender Vorsitzender
<b>Robert Greve</b>	Schriftführer

Unsere Sitzungen fanden gemeinsam mit der AG Schule des Fachausschusses Stadt des Wissens statt. So konnten Termin-Doppelungen vermieden und die Arbeit der für den Bildungsbereich zuständigen Gremien besser vernetzt werden.

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten unserer Arbeit siehe Bericht des Fachausschusses Stadt des Wissen - AG Schule.

**Monika Buttgereit**  
Vorsitzende AfB Berlin

**ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SENIORINNEN  
UND SENIOREN IN DER SPD · AG 60PLUS**

**Wahl des Landesvorstands am 23. April 2012**

Die Wahl des Landesvorstands am 23. April 2012 im Rathaus Wilmersdorf hatte folgendes Ergebnis: Der Geschäftsführende Landesvorstand wurde mit großer Mehrheit in der gleichen Zusammensetzung wie bei der Wahl 2010 gewählt:

<b>Landesvorsitzender</b>	Werner Kleist
<b>Stellvertretende Landesvorsitzende</b>	Karl-Heinz Augustin Axel Bercht Heidmarie Fischer Sibylle Heberle
<b>Schriftführer</b>	Bernd Merken

Weiterhin wurden eine Beisitzerin und sechs Beisitzer sowie 12 Kreisvorsitzende und ein Beisitzer für die Region Tiergarten gewählt. So bestand der Landesvorstand aus 26 Mitgliedern. Aktuell sind es nur noch 25 Mitglieder, da sich in der Landesdelegiertenkonferenz am 30. April 2013 folgende Änderungen ergaben:

Sibylle Heberle trat aus dem GLV zurück und wurde als Beisitzerin für die wichtige Arbeit der Betreuung des Seniorentreffs am Alexanderplatz gewählt. Die für eine ausgeschiedene Beisitzerin gerade gewählte Sylvia-Fee Wadehn aus Pankow gab zum Ende des Jahres 2013 alle ihre Parteifunktionen zurück. Neu in den GLV gewählt wurde Roswitha Marefat als stellvertretende Landesvorsitzende.

In Gremien auf Bundesebene sind Heidmarie Fischer als Beisitzerin im Bundesvorstand der AG 60plus und Werner Kleist als Mitglied im Bundesausschuss vertreten.

Ein schmerzlicher Verlust für die AG 60plus war der Tod der Ehrenvorsitzenden Inge Frohnert, die am 21. Januar 2013 im Alter von 88 Jahren verstorben ist. Sie war die Mitbegründerin der AG 60plus in Berlin und wirkte beim Zustandekommen des ersten Seniorenmitwirkungsgesetzes in einem deutschen Bundesland mit. Ihr unermüdlicher Einsatz für die sozial benachteiligten Menschen in Berlin bleibt unvergessen.

**Politische Arbeit**

Die AG 60plus arbeitet auf der Grundlage der vom Parteivorstand erlassenen „Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften“ und hat sich folgende Aufgaben gestellt:

- ▶ Die Interessen der älteren Menschen innerhalb und außerhalb der SPD zu vertreten.
- ▶ Das Engagement der Älteren zu fördern.
- ▶ Menschen für die sozialdemokratische Programmatik zu gewinnen.
- ▶ Den demographischen Wandel mitzugestalten.
- ▶ Verbindung zu den sozialen Verbänden und Organisationen zu fördern.
- ▶ Die Generationensolidarität auszubauen.
- ▶ Gegen die zunehmende Altersarmut zu kämpfen.

Die im März 2012 neu erlassenen Richtlinien haben zu erheblichen Verschlechterungen der organisatorischen und damit auch der politischen Arbeit der Arbeitsgemeinschaften geführt. Die AG 60plus musste hinnehmen, dass der organisatorische Umbau im Willy-Brandt-Haus ihre Arbeit mitunter behinderte statt sie zu fördern. Die Tatsache, dass bei den letzten Wahlen mit einem Ergebnis von 25,7 % insgesamt für die SPD immerhin fast 29 % der über 60jährigen die SPD wählten, ist im Parteivorstand offenbar keine Würdigung wert.

Der Landesvorsitzende Werner Kleist ist stimmberechtigtes Mitglied im Landesvorstand der SPD und bemüht, dort die Positionen und Anliegen der AG 60plus zur Sprache zu bringen. Die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für die Arbeit der AG 60plus, die mit mehr als 6000 Mitgliedern die größte Arbeitsgemeinschaft im Landesverband Berlin der SPD ist, wurden vom Landesverband gewährleistet. In diesem Zusammenhang soll die gute Zusammenarbeit mit den zuständigen Beschäftigten im Kurt-Schumacher-Haus, aber auch mit der politischen Führung besonders erwähnt werden. Dies gilt für den gesamten Berichtszeitraum, auch nachdem auf dem Landesparteitag im Juni 2012 ein personeller Wechsel stattgefunden hat.

Der Landesvorstand der AG 60plus ist im Berichtszeitraum 19 Mal zusammengetreten. Hervorzuheben ist, dass die Kreise fast immer vollzählig vertreten sind und sich rege an der Diskussion beteiligen, so dass die vorgesehene Sitzungsdauer von 2 Stunden oftmals überzogen wurde. Die Sitzungen beginnen regelmäßig mit der Diskussion über aktuelle politische Ereignisse, es sei denn, ein eingeladener Gast bestimmt Thema und Ablauf der Sitzung. So waren bei uns u. a. die stellvertretenden Landesvorsitzenden Barbara Loth und Philipp Steinberg, der im Auftrag des GLV der SPD als direkter Ansprechpartner zum Vorstand der Landespartei zur Verfügung steht, und die Landesgeschäftsführerin Kirstin Fusan. Weiterhin die Bundestagsabgeordnete Eva Högl, Cansel Kiziltepe und Mechthild Rawert, der Fraktionsvorsitzende Raed Saleh, die

Senatoren Michael Müller und Ulrich Nußbaum, die Kandidatin der Berliner SPD für das Europäische Parlament Sylvia-Yvonne Kaufmann und der Abgeordnete Rainer-Michael Lehmann. In allen diesen Veranstaltungen fanden konstruktive Diskussionen statt, die zum Teil in Anträgen für den Landesparteitag oder die Bundesdelegiertenkonferenz mündeten.

Ständiger Gast der Sitzungen des Landesvorstands ist der Brandenburger Landesvorsitzende Horst Uelze. Da umgekehrt auch Mitglieder des GLV an Brandenburger Sitzungen teilnehmen, wird ein umfassender Erfahrungsaustausch zwischen den AG'en Berlin und Brandenburg ermöglicht.

### Antragsarbeit

Der Landesvorstand bildete Arbeitsgruppen zum Seniorenmitwirkungsgesetz, zu den Leitlinien des Senats zur Seniorenpolitik und zum Thema Rente im Zusammenhang mit dem Wahlkampf. Einige Beschlüsse der AG sind in den vom Landesparteitag beschlossenen Berliner Renten Antrag eingeflossen. Darüber hinaus hat der Landesparteitag eine Reihe unserer Anträge zu unterschiedlichen Themen beschlossen. So z. B. zu den haushaltsnahen Dienstleistungen, zu den mobilen Diensten, zu den Pflegestützpunkten, zur Einstiegserleichterung bei Autobussen, bei Krankenhausentlassungen und zur Beibehaltung eines einheitlichen Tarifsystems im ÖPNV.

Ein wichtiges Anliegen der AG 60plus ist die Forderung, das Seniorenmitwirkungsgesetz, das 2006 auf Initiative der AG 60plus vom Abgeordnetenhaus beschlossen wurde, zu novellieren, weil sich herausstellte, dass einige Bestimmungen des Gesetzes die aktive Teilhabe der Seniorinnen und Senioren in den Bezirken erschweren oder sogar unmöglich machen. Die Durchsetzung dieser Forderungen ist auch in der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses umstritten. Die AG 60plus wird aber nicht nachlassen, die Interessen der älteren Menschen nachdrücklich zu vertreten.

### Seniorentreff

Politische Diskussionen finden regelmäßig einmal im Monat im Seniorentreff am Alexanderplatz statt, der engagiert und erfolgreich von der Beisitzerin im Landesvorstand Sibylle Heberle organisiert und geleitet wird. Die Besucher, ca. 25 bis 35 jedesmal, kommen aus allen Kreisen Berlins und diskutieren mit den eingeladenen Referentinnen und Referenten, die kompetent zu unterschiedlichen Themen Stellung nehmen. So kamen u. a. zum Alexanderplatz Jan Stöß, Philipp Steinberg, Boris Velter, Tom Schreiber, Heinz Buschkowsky, Rudi Kujath und die Bundestagsabgeordneten Cansel Kiziltepe, Fritz Felgentreu und Matthias Schmidt.

Teilnehmen können alle, die Lust haben, mit älteren Menschen in geselliger Atmosphäre zusammen zu sein und über Politik zu diskutieren.



*Beim Empfang der AG 60plus: v.l.n.r.: Jan Stöß, Heidemarie Fischer, Werner Kleist und Kirstin Fussan*

FOTO: PAECHE

### Öffentlichkeitsarbeit

Auf Beschluss des GLV der AG finden vierteljährlich öffentliche Informationsveranstaltungen auf Berliner Plätzen statt, um mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. So war die AG am Leopoldplatz, am Rathaus Neukölln, in der Tegeler Gorkistraße, in der Fußgängerzone Wilmersdorfer Straße, am Rathaus Pankow und am East-Gate Marzahn. Ziel ist, alle Berliner Bezirke zu besuchen. Die logistische Unterstützung erfolgt vorbildlich durch die Beschäftigten im Kurt-Schumacher-Haus. Großen Anklang bei der Bevölkerung fand ein von der AG 60plus selbst entworfenes Flugblatt zur Mietenproblematik, das die unterschiedlichen Positionen der SPD und CDU deutlich machte.

Die AG beteiligt sich jedes Jahr im April an dem bundesweiten Aktionstag zu unterschiedlichen Themen. Darüber hinaus steht jedes Jahr im August die Teilnahme an der Eröffnung der Berliner Seniorenwoche auf dem Breitscheidplatz im Terminkalender der AG. Diese Veranstaltung, an der bis zu 200 verschiedene soziale Verbände und Organisationen teilnehmen, bietet immer eine hervorragende Möglichkeit, mit vielen Menschen in Kontakt zu kommen.

An dem Deutschlandfest der SPD am 17. und 18. August 2013 im Zusammenhang mit dem Wahlkampf stand die AG in einem Zelt gemeinsam mit Genossinnen und Genossen aus dem Bundesgebiet zu Gesprächen mit den Besuchern bereit. Wegen der großen Hitze waren die beiden Tage anstrengend, aber aus der Sicht der AG gelungen.

Als weitere sinnvolle Gelegenheit, mit den sozialen Verbänden und Organisationen ins Gespräch zu kommen, erweist sich Jahr für Jahr der Neujahrsempfang der AG im Gemeinschaftshaus Urbanstraße, zu dem immer ca. 150 Gäste kommen, um für drei Stunden mit den Mitgliedern der AG 60plus und der erschienenen Parteiprominenz zu reden und/oder bestimmte Anliegen vorzubringen. Besondere Aufmerksamkeit fanden die Grußworte des Landesvorsitzenden Jan Stöß, des Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh und der Bundestagsabgeordneten Eva Högl.

### **Solidarität mit den ehemaligen Häftlingen des KZ Ravensbrück**

Die meisten Mitglieder der AG 60plus haben den 2. Weltkrieg und dessen Greuel noch aus eigenem Erleben in Erinnerung. Deshalb steht der Kampf gegen den Neonazismus, in welcher Form er auch immer auftritt, an vorderster Stelle. Viele von uns beteiligen sich an Demonstrationen und öffentlichen Aktionen gegen die braune Seuche. Wie alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen wir verhindern, dass sich dieser Ungeist wieder breit macht. In dem Bewusstsein, an die Schreckensherrschaft der Nazis immer wieder zu erinnern und zur Versöhnung mit den Völkern der Welt beizutragen, beteiligt sich die AG 60plus jedes Jahr im April an den Gedenkveranstaltungen zur Befreiung des Frauen-KZ Ravensbrück, die vom Fürstenberger Förderverein „Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück“ veranstaltet werden. Hier findet dann eine Begegnung mit den ukrainischen Frauen aus Sinferopol statt, die 1945 von den sowjetischen Soldaten befreit worden sind. Es werden immer weniger, die noch leben, aber für uns ist es wichtig, den noch Lebenden einen Beweis unserer Solidarität zu vermitteln. In den letzten 14 Jahren haben wir bei verschiedenen Parteiveranstaltungen mehr als 20.000 € gesammelt und sie den verarmten ukrainischen Frauen übergeben. Diese Begegnungen sind bedrückend und versöhnlich zugleich.

### **Für einen Sitz im Rundfunkrat**

Seit 2008 kämpft die AG 60plus um einen Sitz für Seniorinnen und Senioren im Rundfunkrat des RBB. Angesichts der Tatsache, dass dem Rundfunkrat 30 Personen angehören, die vielfältige, mitunter auch marginale Interessen vertreten, ist es nicht nur für uns unverständlich, dass niemand im Rundfunkrat direkt die älteren Berlinerinnen und Berliner vertritt, obwohl mehr als ein Viertel der Bevölkerung in Berlin 60 Jahre und älter ist. Schon 2008 beantragten Landesvorstand und Landesdelegiertenkonferenz der AG 60plus über den Landesparteitag bei der Fraktion des Abgeordnetenhauses, sich dieses Anliegens anzunehmen. Bisher vergebens. Die AG 60plus wird nicht aufgeben, sondern ihr Anliegen im Interesse von mehr als 900.000 Berlinerinnen und Berlinern weiter verfolgen.

### **Appell zum Mitmachen**

Die AG 60plus ist zahlenmäßig die größte Arbeitsgemeinschaft im Landesverband der Berliner SPD. Viele Genossinnen und Genossen beteiligen sich ehrenamtlich an unterschiedlichen Aktivitäten in sozialen Organisationen, in der AWO oder in Seniorenvertretungen. Dafür gilt ihnen aufrichtiger Dank und Anerkennung. Gleichwohl könnten sich wie in der Partei insgesamt noch mehr beteiligen. Deshalb gilt unser Appell an alle, denen es möglich ist, sich aufzuraffen und mitzumachen. Unser Einsatz für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ist gefordert wie eh und je.

Wir werden auch künftig dafür kämpfen, dass nicht Armut die Lebensperspektive ist, sondern angemessene Teilhabe an den Lebenschancen in der Gesellschaft. Dieser Appell richtet sich besonders an diejenigen, die nach den letzten Wahlen aus ihren Mandaten und Funktionen ausgeschieden sind. Ihre Erfahrungen und Kenntnisse werden gebraucht. Ein positives Beispiel dafür ist der ehemalig Abgeordnete Gerald Lorenz, der seit kurzem den Internet-Auftritt der AG 60plus aufgebaut hat und betreut. Deshalb: Nur Mut, liebe Genossinnen und Genossen. Macht mit!  
Die AG 60plus wartet auf Euch.

**Werner Kleist**

*Vorsitzender der AG 60plus*

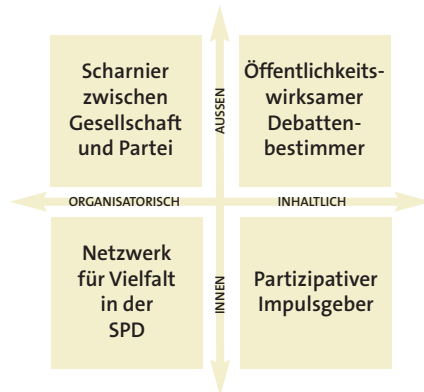
## ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION UND VIelfALT



### Leitgedanken und Selbstverständnis

Die Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt ist seit ihrer Gründung 1997 zu einem wichtigen Bestandteil der Berliner SPD geworden. Mit der Gründung der 12. Kreisarbeitsgemeinschaft in Lichtenberg ist unsere AG dank vieler aktiver Mitglieder mittlerweile flächendeckend präsent. Damit haben wir in Berlin einen Organisationsgrad erreicht, der bundesweit einmalig ist. Als Fachgremium für Teilhabe- und Migrationspolitik arbeiten wir in Kooperation mit gesellschaftlichen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren an einer modernen Gesellschaftspolitik der Berliner SPD.

Folgende Grafik verdeutlicht das Selbstverständnis für unsere Arbeit in den letzten beiden Jahren:



### Partizipativer Impulsgeber

Ein wichtiger Schwerpunkt, insbesondere zu Beginn der Wahlperiode, war die inhaltliche Weiterentwicklung und Verbreitung unserer Positionen. Nach innen fing dieser Prozess mit einem Workshop für alle Mitglieder an. Hier haben wir Schwerpunkte für die inhaltliche Arbeit diskutiert und festgelegt. Über die zwei Jahre hindurch haben wir durch mitgliederoffene Vorstandssitzungen, Diskussionsrunden aber auch im Rahmen von Klausurtagungen eine größtmögliche Beteiligung der mittlerweile knapp 800 Mitglieder ermöglicht. Über SPD Mitglieder hinaus konnten wir durch eine aktive Kultur der Mitarbeit auch extern Interessierte von unserer Arbeit begeistern und dadurch an die SPD binden. In der Teilhabe-, Bildungs- und Migrationspolitik konnten auch mithilfe der breiten Expertise der Basis wichtige Impulse für die Politik der Berliner SPD gesetzt werden.



*Klausur des  
Landesvorstands  
am 6. April 2013*

FOTO: AG MIG

Über Argumentationshilfen, Positionspapiere, Namensbeiträge in parteiinternen Medien aber auch über unseren Newsletter wurden diese Positionen öffentlich gemacht und dafür geworben. Daraus resultierend konnten zahlreiche Anträge auf den Landesparteitag ein- und erfolgreich durchgebracht werden.

### Öffentlichkeitswirksamer Debattenbestimmer

Nach außen haben wir mit einer intensiven Pressearbeit – nebst einer stets aktuellen Webseite und Präsenz auf Facebook – gerade am Anfang der Wahlperiode unseren neu aufgestellten Vorstand bekannt gemacht. Die Herausforderung ohne Mandatsträger im geschäftsführenden Vorstand genug Medienaufmerksamkeit für die AG zu erzielen, ist sehr gut gelungen. Die große Resonanz in Zeitungen, im Radio und Fernsehen sind ein guter Beleg dafür, dass die im Schnitt alle zwei Wochen herausgegebenen Pressemitteilungen (gut 50 in zwei Jahren) mit zum Erfolg führten. Zusammen mit den Jusos war unsere AG in der Öffentlichkeit eine der präsentesten der Berliner SPD und wird mittlerweile proaktiv konsultiert.

In schwierigen Debatten wie zu Thilo Sarrazin oder anderweitigen Buchveröffentlichungen gab die AG debattenbestimmende Impulse.

### Scharnier zwischen Gesellschaft und Partei

Einen wichtigen Bestandteil unseres Selbstverständnisses bildete das Bewusstsein als Scharnier zwischen gesellschaftlichen Akteuren wie Institutionen und der SPD. Die Diskussionen auf Augenhöhe und das gemeinsame Verständnis als Partner, um



zusammen die Sozialdemokratie progressiv zu gestalten, schafften teilweise enge Verbindungen zu Organisationen und Einzelpersonen. Sei es in der Flüchtlingspolitik, bei den Diskussionen um die Finanzierung von Migrantenselbstorganisationen oder in der Antidiskriminierungspolitik. Beispielhaft kann unsere Teilnahme bei der Initiative „Wahlrecht für alle“ oder aber auch die Integration von Organisationen wie dem Flüchtlingsrat oder neuen Netzwerken wie das Forum der Brückenbauer in unseren Sitzungen genannt werden.



Podiumsgäste beim Empfang 2013:  
Prof. Dr. Klaus J. Bade,  
Jan Stöß, Daniela Kaya  
und Mekonnen Mesghena

FOTO: AG MIG

Die hohe Teilnahme beim Empfang unserer AG Ende des Jahres 2013 zeigte, dass die Pflege unserer Kontakte in die Einwanderungsgesellschaft Früchte trägt. Einen wichtigen Beitrag hierzu leistete im russischsprachigen Bereich unsere Projektgruppe „Russischsprachige Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Berlin“ (kurz RuSiB).

In Berlin leben gegenwärtig über 230.000 russischsprachige Menschen. Diese Bevölkerungsgruppe wurde bisher von der Sozialdemokratie nicht intensiv genug beachtet. Um diese Zielgruppe stärker einzubinden, hat die im Juni 2012 auf Beschluss des Landesvorstandes der Migration und Vielfalt gegründete Projektgruppe RuSiB die russischsprachigen Berlinerinnen und Berliner durch communityspezifische Angebote, Fachkompetenz und offene Ansprache für eine dauerhafte, aktive Mitarbeit in der SPD und in der LAG beworben.

Im Wahljahr 2013 waren RuSiB-Aktive sowohl Teil des gesamten SPD-Wahlkampfes als auch Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner für die Russischsprachigen vor Ort. Eine weitere Besonderheit der Projektgruppe besteht darin, dass kein SPD-Parteibuch oder fehlende Russisch-Kenntnisse keine Hindernisse für die Mitarbeit sind. Die RuSiB sind die einzige Gruppe dieser Art in der deutschen Parteilandschaft. Mittlerweile hat die Projektgruppe einen Interessierten- und Aktivenstamm von über 90 Personen.



Unser RuSiB-Stand beim Deutschlandfest vor dem Brandenburger Tor am 17. August 2013

FOTO: AG MIG

Die Projektgruppe hat Kontakt zu beinahe allen aktiven russischsprachigen Migranteneinigungen, kulturellen Netzwerken, informellen Selbsthilfegruppen, Jugendverbänden von Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion in Berlin hergestellt. Mit etwa acht Institutionen wird auf Dauer kooperiert. Größere Vereinigungen wie Club Dialog e.V. und Mitra e.V. haben der RuSiB die eigenen Räumlichkeiten für gemeinsame Veranstaltungen angeboten.

### Netzwerk für Vielfalt in der SPD

Innerhalb der SPD haben wir unsere AG als Zentrum eines Netzwerks für Vielfalt verstanden. Dies betraf zum einen die stärkere personelle Verzahnung mit anderen Arbeitsgemeinschaften. Beinahe aus jeder AG gab es deshalb einen kooptierten Vertreter oder eine Vertreterin im Landesvorstand. Dadurch wurden gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen wie mit den Schwusos zur Homosexualität in der Einwanderungsgesellschaft oder mit der AsF zu anonymisierten Bewerbungsverfahren einfacher. Ein weiterer positiver Nebeneffekt war die gegenseitige Unterstützung auf Landesparteitagen.

Auf der anderen Seite war es natürlich auch ein Ziel, die eigenen Mitglieder stärker zu vernetzen. Lockere Treffen – wie z.B. Jahresendfeiern oder Sommerstammtische – wurden gut angenommen. Mit dem Newsletter und Berichten über und von einzelnen Mitgliedern konnten weitere aktive Köpfe in der AG bekannt gemacht werden. In die SPD haben wir beispielsweise mithilfe einer ExpertInnen-Liste unsere Fachexpertinnen und Fachexperten in der AG vorgestellt und als Diskussionspartner den Berliner Abteilungen angeboten.



*Diskussionsveranstaltung mit den Schwusos in Neukölln "Muslimisch und schwul – gibts nicht oder doch?"*

FOTO: AG MIG

Zusätzlich zur Vernetzung unserer Mitglieder haben wir erste Schritte zur weiteren Professionalisierung unserer AG-Arbeit getan. Hierzu zählt u.a. ein Öffentlichkeitsarbeits-Workshop mit der Pressesprecherin der Berliner SPD oder auch Argumentationstrainings im Rahmen des Wahlkampfes.

Mit den ersten beiden Treffen der integrationspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der SPD-BVV-Fraktionen wurde im letzten Jahr ein wichtiges Netzwerk für die Themen Teilhabe und Migration geschaffen. Hier haben wir als AG federführend mitgewirkt. Weitere Vernetzungsplattformen können zukünftig daran anknüpfen.

**Themen, die uns bewegten und bewegen**

Zwei Themen begleiteten unsere Arbeit in den letzten zwei Jahren auf intensive Weise: Erstens die, auch von Personen mit SPD-Parteibuch befeuerten Debatten um Rassismus und die unvorstellbaren Enthüllungen im Rahmen der NSU-Verbrechen. Zweitens die Diskussionen um das deutsche Asylrecht und den Umgang mit Flüchtlingen in unserem Land, die durch den mutigen Protest von Flüchtlingen auf die Tagesordnung und endgültig in den Koalitionsvertrag gerückt wurden.

Darüber hinaus gab es aber noch eine lange Liste an weiteren Themen, die von uns über die Pressearbeit thematisiert oder in Veranstaltungen diskutiert wurden: Mehrstaatigkeit, Teilhabe und Aufstieg, Antidiskriminierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Einwanderungsgesellschaft, Gedenktage für Mölln oder den Mord an Hatun Sürücü. Aber auch internationale Themen, wie die Proteste in der Türkei oder die Aktionen der ultranationalistischen ukrainischen Partei „Swoboda“ betrafen unsere Arbeit.

Zum Thema Bildung haben wir eine Diskussionsreihe mit den Kreisen zusammen organisiert, bei denen wir folgende Teilaspekte besprochen haben:

Schulen in schwieriger Lage „Brennpunktschulen“	Einwanderungsgesellschaft als Thema in der Schule	Segregation im Bildungssystem	Diskriminierung und Gewalt in der Schule
„Brennpunktschulen“ soll eine Spezialfinanzierung von 100.000 € erhalten. Wofür sollen die 100.000 € ausgegeben werden?	Wie schaffen wir eine Geschichtserzählung in Zusammenhängen mit der Einwanderungsgesellschaft?	Gibt es einen verstärkten Trend bei Eltern mit und ohne Migrationshintergrund zu Privatschulen?	Wer diskriminiert wen im Schulkontext?
Welche weiteren Maßnahmen sind notwendig, um den Schulen in schwieriger Lage zu helfen?	Wie kann sich die Vielfalt in der Gesellschaft in den Schulbüchern spiegeln?	Wie können wir dem Trend zu neuen Privatschulen entgegenwirken?	In welchen Erscheinungsformen tritt Diskriminierung im Schulkontext auf?
Nach welchen Kriterien werden die Schulen ausgewählt, denen zusätzliche Unterstützung geboten werden soll?	Weltliteratur vor dem Hintergrund der Einwanderungsgesellschaft. Standardliteratur nicht nur aus den deutschen Klassikern? (Nazim Hikmet/ Khalil Gibran etc.)	Wie verhindern wir die Flucht „bildungsinteressierter“ Eltern aus Schulen am Wohnort?	Wie schafft man Rahmenbedingungen für Nichtdiskriminierung, Chancengleichheit, Gewaltfreiheit und Partizipation?

**Unsere Arbeitsgemeinschaft im Bundestagswahlkampf**

Einen großen Raum nahm im letzten Jahr der Bundestagswahlkampf ein. Eingeleitet haben wir den Prozess früh mit einer Auflistung von Forderungen für das Wahlprogramm. Erfreulicherweise konnten wir den SPD Landesvorstand über den gesamten Prozess bis zum Koalitionsvertrag, Forderungen zur Mehrstaatigkeit und zur Flüchtlingspolitik einbringen und durchsetzen. Dass das Thema doppelte Staatsbürgerschaft einen prominenten Platz im Wahlkampf, aber auch in den Koalitionsverhandlungen einnahm, war insbesondere ein Verdienst der Berliner SPD.

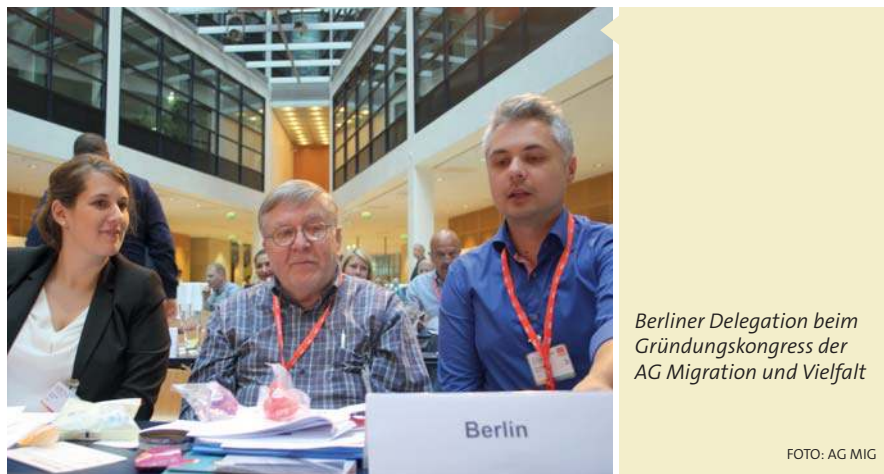
In diesem Zeitraum hat auch die Gründung der Bundes-AG im vergangenen Sommer einen wichtigen Beitrag zur Zielgruppenarbeit der Gesamtpartei geleistet. Hier konnten wir als Berliner AG unsere langjährigen Erfahrungen einbringen und mit zwei Stellen im Bundesvorstand einen sichtbaren Platz einnehmen.



*WIR IM KIEZ in Friedrichshain-Kreuzberg, u.a. mit Yasemin Karakaşoğlu aus dem Kompetenzteam*

FOTO: AG MIG

Wir haben uns aktiv in den Wahlkampf eingebracht, so bei Veranstaltungen in den Kreisen, Beteiligung bei Ständen wie beispielsweise beim WIR IM KIEZ, Teilnahme an Podiumsdiskussionen zur Bundestagswahl bei gesellschaftlichen Akteuren, Unterstützung der BundestagskandidatInnen bei der Erstellung von mehrsprachigen Wahlkampfmaterialien und der weiteren Zielgruppenansprache.



*Berliner Delegation beim  
Gründungskongress der  
AG Migration und Vielfalt*

FOTO: AG MIG

## Gleichstellung

Das Thema Gleichstellung der Geschlechter war auch im Rahmen unserer Arbeit von Bedeutung und wurde bei unseren Projekt mit bedacht. Hierzu haben wir zu Beginn unserer Arbeit beschlossen, dass wir bei Projektvorhaben u.a. auf quotierte Referentinnen- und Referentenlisten achten werden. Es konnte eine Quote von 44 % (16 von 36 Referentinnen und Referenten) erreicht werden.

Der Gesamtvorstand inkl. Kreisvorsitzende war mit 41 % statutengemäß quotiert. Unser Anspruch war und ist es jedoch eine 50 % Quote zu erreichen. Der Schnitt wurde durch die unausgewogene Geschlechterverteilung bei den Kreisvorsitzenden (33 % weiblichen Vorsitzende) nach unten gezogen. Im geschäftsführenden Landesvorstand waren 3 von 5 Mitgliedern weiblich. Von den 10 BeisitzerInnenpositionen waren 50 % mit Frauen besetzt.

Insgesamt heißt das trotz Erfüllung der Quote insbesondere für die Nachwuchsförderung einen Fokus auf Frauen zu legen, damit an der Basis und somit dann auch in den Kreisvorständen der Frauenanteil steigt.

## Anmerkungen und Dank

Allen Vorstandsmitgliedern, die die Arbeit in den letzten beiden Jahren geprägt und für die außerordentliche Präsenz unserer Arbeitsgemeinschaft inner- und außerhalb der SPD gewirkt haben, gilt unser herzlicher Dank. All den aktiven Mitgliedern an der Basis, ohne die die gemeinsame erfolgreiche Arbeit nicht möglich gewesen wäre, möchten wir auch herzlich danken und hoffen, dass wir mit allen bisherigen Weggefährtinnen und Weggefährten gemeinsam an den Themen Teilhabe und Migration weiterarbeiten werden.

## ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SELBSTSTÄNDIGEN (AGS)



### Rückblick

Die AGS Berlin hat dank erfolgreich durchgeführter unterschiedlichster Veranstaltungen und einer steten Pressearbeit sowie einer stringenten Pflege des Internetauftritts und der Bildung einer Facebook-Gruppe einen höheren Bekanntheitsgrad erreicht, als noch vor zwei Jahren.

Die AGS Berlin konnte in der vergangenen Wahlperiode wieder neue Mitglieder gewinnen und bisher nicht so aktive Mitglieder für ihre Arbeit interessieren. Wir hatten kurzweilige Redner/Gäste in den Veranstaltungen und auch die Teilnahme wurde reger.



*Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum und Angelika Syring in der AGS-Sitzung vom 20.11.2013 zum Thema: »Aktuelle Schwerpunkte und Vorhaben der Berliner Landespolitik unter besonderer Berücksichtigung der Belange des Mittelstandes«.*

FOTO: AGS

Die AGS hat u. a. eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit einer möglichen Gesetzesvorlage für die Einrichtung von sogenannten BID's (Business Improvement Districts) unter der Leitung des AGS-Vorsitzenden von Pankow, Max Neumann, beschäftigte. Hieran haben verstärkt Neumitglieder mitgewirkt.

Die AGS Berlin erarbeitete zahlreiche Anträge und Eingaben für die Landespartei und das Wahlprogramm der Berliner SPD. Insbesondere in der Arbeitsgruppe „Energetische Sanierung von (öffentlichen) Gebäuden“ wurde ein Papier erarbeitet, das in großen Teilen in den Koalitionsvertrag mit der CDU aufgenommen wurde.

Wir pflegen intensive Kontakte zum VBKI, den Berliner Wirtschaftsgesprächen sowie auch der Automatenindustrie.

Die AGS hat aktiv den Bundestagswahlkampf sowie die Feierlichkeiten der 150-Jahre-Festivitäten der SPD, z. B. mit der Standbetreuung auf dem „Deutschlandfest“, begleitet und ist auch auf den von der SPD Berlin sowie der Bundes-SPD initiierten Veranstaltungen und Parteitagen vertreten.

Wir haben die monatlichen, ehemals als Landesvorstandssitzungen angedachten Sitzungen zu Landessitzungen umfunktioniert, um Mitglieder bei weniger aktiven Kreis-AGSsen an die Arbeit der AGS heranzuführen, was zum Erfolg führte.

Wir haben wieder eingeführt, zu Weihnachten ein gemeinsames Essen zu organisieren, was auch weniger Aktive und Neumitglieder angesprochen hat.

Genauere Informationen unserer Tätigkeit sind auch auf den Webseiten der Berliner SPD und den Seiten der AGS Berlin nachzulesen.

### Ausblick

Die AGS wird sich weiter um Belange der Selbständigen und Unternehmer kümmern, die in Berlin zu Hause sind.

Es sind bereits Besuche bei Unternehmen in Berlin in Planung. Auch haben wir Kontakt zu Referenten aus Politik, Wirtschaft und Medien für die politische Arbeit in der nächsten Wahlperiode aufgenommen.

Wir werden uns weiter einmischen.

**Angelika Syring**  
Vorsitzende der AGS Berlin

**ARBEITSGEMEINSCHAFT  
SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN - ASF**


Die SPD feierte 2013 ihr 150-jähriges Bestehen und kämpft seit ihrer Gründung für die Rechte der Frauen und für die Gleichstellung von Frauen in allen Lebensbereichen. Die ASF versteht sich als ein Netzwerk von Frauen für Frauen – sowohl innerhalb als auch außerhalb der SPD. Als Ansprechpartnerin für alle Frauen vertritt die ASF die Interessen von Frauen in allen politischen Bereichen und auf allen politischen Ebenen. Die ASF Berlin hat aktuell 5703 Mitglieder (Stand 31.01.2014). Wir laden ein zu politischen Diskussionen, unterstützen Frauenprojekte und -vereine und werben dafür, dass Frauen in die SPD kommen, sich aktiv einbringen und bei der ASF mitmachen. Die Themen der Frauen in der SPD sind vielfältig – Ausbildung, Entgeltgleichheit, soziale Sicherheit, Stadtentwicklung und Mobilität stehen ebenso auf der Tagesordnung wie Führungspositionen, Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel.

Der Landesvorstand der ASF tagt einmal im Monat und hat bei jeder Sitzung einen thematischen Schwerpunkt. Zu diesen Sitzungen sind alle interessierten Frauen eingeladen.

Dem Landesvorstand der ASF gehörten zwischen 2012 und 2014 an: Vorsitzende Eva Högl, Stellvertreterinnen: Anett Baron, Martina Hartleib, Sabine Röhrbein, Barbara Scheffer, Schriftführerin: Susann Budras. Als Beisitzerinnen Sarah Delere, Dr. Susam Dünder Isik, Hannelore Gascho, Christiane Hauschild, Judith Huber, Daniela Kaya, Serpil Küçük, Carolyn Macmillan, Dr. Gisela Pravda, Daniela Schacht, Julia Schimeta, Claudia Spielberg, als Kreisvorsitzende bzw. deren Vertreterinnen Beryll Amonat, Nicole Borkenhagen, Ulla Büntjen, Arife Gebesoy, Melitta Kühnlein, Joana Latorre (bis Mitte 2012), Gerhild Pinkvoss-Müller, Daniela Ruhe, Rona Tietje, Kerstin Beurich, Sabine Fuhrmann, Susanne Fischer, Manuel Harling, als kooptierte Mitglieder Margrit Zauner (ASF-BV), Sibylle Heberle, Sylvia-Fee Wadehn (AG 60+), Vera Junker (ASJ), Helene Sommer (Jusos), Laura Giannini, Petra Nowacki (Schwusos), Vera Morgenstern, Sybille Uken, Joana Latorre (LandesFrauenRat). Außerdem als ständige Gäste uns immer sehr willkommen sind die weiblichen Mitglieder im Bundestag und Berliner Abgeordnetenhaus, die Mitglieder im Senat und des geschäftsführenden SPD-Landesvorstands.

Die ASF Berlin lädt zweimal im Jahr zu einer Landesfrauenkonferenz ein. Im Zeitraum 2012-2014 beschäftigten sich die Konferenzen mit folgenden Themen:

► **Wahl des ASF-Vorstands** (März 2012)

Neben der Wahl des Vorstands der ASF wurden Anträge zum Erhalt des Gründerinnen-zentrums, zur Aufstellung einer Spitzenkandidatin für die Berliner Landesliste zur



*Teilnehmerinnen  
der ASF Klausur*

FOTO: ASF

Bundestagswahl und zur Entwicklung eines Konzepts zur Umsetzung der UN-Sicherheitsrats-Resolution zum Schutz von Frauen in Kriegsgebieten, beschlossen.

► **Frauen in Berlin – Arbeitsmarktpolitik von Frauen für Frauen** (Dezember 2012)

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, welche Felder des Arbeitsmarkts Frauen besonders benachteiligen und wo konkrete Verbesserungen erzielt werden können. Die Diskutantinnen Barbara Loth (Staatssekretärin für Frauen in der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen), Mechthild Kopel (Wert.Arbeit GmbH), Nele Hess (Abteilungsleiterin Politische Planung beim DGB Berlin-Brandenburg) und Margrit Zauner (Mitglied im ASF-Bundesvorstand), identifizierten Entgeltungleichheit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse sowie die Förderung von Frauen in Führungspositionen als wichtige Handlungsfelder.

► **Frauen für Berlin in den Bundestag** (März 2013)

Die Landesfrauenkonferenz im März 2013 stand ganz im Zeichen der sich anbahnenden Bundestagswahl 2013. Die ASF-Vorsitzende Eva Högl wurde für Listenplatz eins der Berliner Landesliste bei der Wahl zum Deutschen Bundestag nominiert. Auf den zweiten Frauenplatz setzten die Delegierten Mechthild Rawert aus Tempelhof-Schöneberg, gefolgt von Cansel Kiziltepe auf dem dritten Frauenplatz.

► **Landesfrauenkonferenz** (September 2013)

Die erste Landesfrauenkonferenz unmittelbar nach der Bundestagswahl beschäftigte sich mit der Auswertung der Wahl und fasste den Beschluss, dass eine mögliche Große Koalition aus frauenpolitischer Sicht abzulehnen sein. Außerdem wurde das Leitbild Geschlechtergerechtigkeit zur innerparteilichen Gleichstellung und Beteiligung von Frauen und Männern beschlossen.

Die ASF Berlin hat sich in 2012 und 2013 jeweils gemeinsam mit anderen Arbeitsgruppen und Abteilungen an der traditionellen Rosenaktion des Landesverbandes beteiligt und gut sichtbar an den Demonstrationen zum Equal Pay Day am 23. bzw. 21. März vor dem Brandenburger Tor gemeinsam mit Gewerkschaften, Verbänden und der SPD-Bundestagsfraktion teilgenommen. Auch im Rahmen des Girls Day engagierten sich weiterhin zahlreiche Mitglieder der ASF und des ASF-Landesvorstands und gaben jungen Mädchen die Möglichkeit, Politikerinnen bei der Arbeit zu begleiten. Wie in den vergangenen Jahren hat die ASF Berlin auch am jährlichen Slutwalk im Spätsommer teilgenommen und war mit Vertreterinnen der ASF an den Vorbereitungen beteiligt. Traditionell wird am Internationalen Tag „Nein zu Gewalt gegen Frauen“ am Kurt-Schumacher-Haus die Fahne von Terre des Femmes gehisst.

Auf Anreiz der ASF werden seit 2011 auf Landesebene und seit 2012 auch auf Kreisebene Gleichstellungsberichte erstellt, in denen die Fortschritte bei der geschlechtergerechten Besetzung von Funktionen in der Partei beobachtet und Probleme sichtbar gemacht werden. Schwierigkeiten bei der Erstellung der Gleichstellungsberichte wurden durch die ASF identifiziert und auf Verbesserungen gedrängt. Das Maßnahmenpapier Geschlechtergerechtigkeit des Landesvorstands, die Frauen-Mitgliederwerbekampagne und das Mentoring-Programm das inzwischen von vielen Kreisen durchgeführt wird, gehören zu den Erfolgen des ASF auf Landesebene. Insbesondere die Mitgliederwerbekampagne mit Buttons und Postkarten mit den Sprüchen „Zicke“, „Biest“ und „Diva“ war ein großer Erfolg und wurde beim Bundesparteitag in Leipzig 2013 mit dem Delegierten und Besucherpreis ausgezeichnet. Ein Schritt auf dem Weg mehr weibliche Mitglieder zu gewinnen ist auch die SPD-Unterstützer/in Mitgliedschaft, bei der Interessierte in AGs mitarbeiten können ohne SPD-Mitglied werden zu müssen. Ein weiterer Erfolg der hartnäckigen Arbeit der ASF für mehr Gleichberechtigung in der SPD ist das erste Frauenmitgliederforum „150 Jahre SPD - 150 Jahre Emanzipationsbewegung“, das im März 2013 im Rathaus Pankow stattfand.

Die ASF Berlin informiert ihre Mitglieder und weitere Interessierte regelmäßig im monatlich erscheinenden Newsletter über ihre Arbeit, aktuelle Themen, interessante Initiativen und aktuelle Termine aus dem Feld der Frauenpolitik.

Der Kontakt zu anderen Arbeitsgemeinschaften der SPD Berlin wurde in den vergangenen zwei Jahren weiter durch gemeinsame Veranstaltungen und Initiativen ausgebaut, hierzu gehören gemeinsame Sitzungen mit der AG Migration u.a. zu „Anonymisierten Bewerbungen“ und der gemeinsame Stammtisch der ASF mit der AG Lesben und Schwule in der SPD.

Die ASF arbeitet mit im LandesFrauenRat Berlin, in dem sie seit 2011 von Vera Morgenstern im Vorstand und von Sybille Uken und Joana Latorre als Delegierten vertreten wird. Es besteht ein guter, regelmäßiger und stets konstruktiver Austausch mit den



*ASF Landesvorstand  
v.l.n.r.:  
Eva Högl,  
Martina Hartleib,  
Anett Baron,  
Barbara Scheffer,  
Susann Budras und  
Sabine Röhrbein*

FOTO: ASF

zahlreichen Frauenverbänden- und vereinen, die wichtige Bündnispartnerinnen bei der Gestaltung guter Frauenpolitik in Berlin sind. Die Frauenvertreterinnen der drei landeseigenen Betriebe BSR, BVG und BWB sind ständige Gäste im ASF-Landesvorstand. Auch diese Zusammenarbeit ist für die ASF von großer Bedeutung, ebenso wie die Zusammenarbeit mit der Überparteilichen Fraueninitiative.

Die ASF Berlin lädt außerdem regelmäßig Frauen in Führungspositionen aus Berlin ein, um über ihre Arbeit und die Herausforderungen ihrer Position zu diskutieren. In Zeitraum 2012-2014 waren u.a. Dr. Sigrid Nikutta (Vorsitzende der BVG) und Dr. Margaretha Sudhof (Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Finanzen) zu Gast.

Im Bundestagswahlkampf 2013 hat sich die ASF stark präsentiert und bereits im Vorfeld für eine moderne Außendarstellung der SPD gesorgt. Schon im März 2012 hat die Landesfrauenkonferenz beschlossen, sich dafür einzusetzen, die Landesliste zur Bundestagswahl von einer Frau anführen zu lassen, diese Forderung fand Unterstützung im Landesvorstand und wurde auf der Landesvertreterinnenkonferenz im Mai 2013 mit Dr. Eva Högl als Spitzenkandidatin umgesetzt. Auch die neue Regelung nach der mindestens 40 Prozent der Direktmandate eines Bundeslandes mit Frauen zu besetzen sind, wurde in Berlin vorbildlich umgesetzt und sechs von zwölf Bezirken schickten Frauen ins Rennen um die Direktmandate. Somit waren erstmals die Hälfte der Kandidaten und Kandidatinnen für die Direktmandate weiblich. Die Landesliste wurde konsequent nach dem Reißverschlussprinzip besetzt. Auch inhaltlich hat sich die ASF mit ihrer Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, der Abschaffung des Ehegatten-Splittings und besserem Gewaltschutz durchgesetzt und diese Punkte in das Berliner Eckpunktepapier eingebracht, das auf dem Bundesparteitag zum Wahlprogramm besprochen wurde. Im Bundestagswahlkampf veranstaltete die ASF gemeinsam mit dem SPD-Landesverband den Frauenpolitischen Empfang „Starke Frauen für den Bundestag“

im Zoo Berlin, mit den Direktkandidatinnen der SPD Berlin sowie drei starken Frauen aus dem Kompetenzteam von Peer Steinbrück: Gesche Joost, Cornelia Füllkrug-Weitzel und Christiane Krajewski. Begrüßt wurden die Frauen von Jan Stöß und Eva Högl. Auch Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit zeigte bei dem Empfang seine Unterstützung für die Kandidatinnen. Auch am Deutschlandfest am 17./18. August beteiligte sich die ASF mit einem eigenen Stand. Die Gliederungen der ASF in den Kreisen begleiteten den Wahlkampf ebenfalls sehr aktiv mit zahlreichen Aktionen, Infoständen und Veranstaltungen und unterstützen die Kandidatinnen und Kandidaten aktiv.

Ich danke allen Frauen für die tolle Zusammenarbeit und auch vielen Männern für die Unterstützung! Gemeinsam sind wir stark!

Außerdem danke ich dem Kurt-Schumacher-Haus für die tatkräftige Unterstützung des ASF Landesvorstandes und die gute Zusammenarbeit – vor allem Daniela Fiedler, Isabel Herrmann, Claudia Sucker, Roswitha Dybiona, Uli Horb, Andreas Riese, Axel Oppold-Soda, Kirsten Fussen, Josephine Steffen und vielen mehr.

*Eva Högl*

*Vorsitzende der ASF*

## ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATINEN UND SOZIALDEMOKRATEN IM GESUNDHEITSWESEN · ASG



### Beteiligung

Die positive Entwicklung der Berliner Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG Berlin) hat sich im Berichtszeitraum 2012 bis 2014 fortgesetzt. Regelmäßig bringen sich rund 60 Genossinnen und Genossen sowie Freundinnen und Freunde bei Veranstaltungen und Treffen aktiv in die Arbeitsgemeinschaft ein. Der sich punktuell einbringende Interessentenkreis beträgt über 100 Personen, der sich regelmäßig informierende mehrere hundert Personen. Mehr als die Hälfte der aktiven Mitglieder sind weiblich, über 90 % sind Mitglied der SPD.

### Mitgliederkompetenz

Die engagierten Mitglieder bringen nicht nur ihre politischen Erfahrungen aus der Bezirks-, Landes- und Bundespolitik, sondern vor allem ihr Wissen ein, das sie durch ihren Beruf gesammelt haben. Viele der Genossinnen und Genossen arbeiten bei Institutionen des Gesundheitswesens: bei Sozialverbänden, Krankenkassen, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Arztpraxen und Gewerkschaften. In der ASG Berlin tauschen sich Selbsthilfeengagierte, Interessierte oder Betroffene mit Kassenbeschäftigten, Ärztinnen und Ärzten, Pflegerinnen und Pflegern, Physiotherapeutinnen und –therapeuten, Pharmazeutinnen und Pharmazeuten sowie Studierenden oder Auszubildenden von Gesundheitsberufen zu gesundheits- und pflegepolitischen Fragen aus. Auch die Wissenschaft ist vertreten, Hochschullehrerinnen und –lehrer gehören ebenso zum Kreis der Aktiven, wie wissenschaftlich Mitarbeitende und Fachanwältinnen und –anwälte.

### Schwerpunkte der Periode 2012-2014

Die Arbeit der ASG Berlin in der Periode 2012 bis 2014 konzentrierte sich auf folgende Schwerpunkte:

- ▶ Themenbearbeitung und innerparteiliche Willensbildung,
- ▶ Zielgruppdialog und Öffentlichkeitsarbeit,
- ▶ Wahlkampf und Bürgerdialog.

## Themenbearbeitung und innerparteiliche Willensbildung

In den monatlich stattfindenden und für Freundinnen und Freunde der SPD offenen Mitgliederversammlungen wurden aktuelle Themen der Bezirks-, Landes- und Bundespolitik diskutiert. Zumeist wurden hierfür themenbezogen hochkarätige ExpertInnen oder PraktikerInnen eingeladen. Das Themenspektrum reichte von Krankenhaus-, Arzneimittel- und Psychiatrischer Versorgung über Krankenhaushygiene, der Konvergenz der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung, Präventionsgesetz bis hin zu Themen wie Patientenrechte oder Patientenverfügung. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten auch in dieser Berichtsperiode pflegepolitische Themen.

Besondere Highlights waren die Diskussionen mit dem Gesundheitssenator Mario Czaja zur Berliner Gesundheitspolitik, mit Senatorin Dilek Kolat zur Fachkräftesicherung in der Altenpflege sowie mit dem Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh zur Gesundheits- und Pflegepolitik.

Die ASG Berlin hat hierdurch wieder viele fachliche Positionen erarbeitet und präzisiert, die inhaltliche Abstimmung erfolgte wieder in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Landespartei, mit der Abgeordnetenhausfraktion sowie der Berliner Fachvertreterin im Deutschen Bundestag.

Die Ergebnisse der Diskussionen spiegeln sich unter anderem in zahlreichen Anträgen zu Landesparteitagen zu den Themen Pflege (Gehalt Pflegepersonal, Angehörige entlasten, Pflegestützpunkte ausbauen, Personalschlüssel, Stärkung Pflegekompetenzen), ärztliche Versorgung, Transparenz von Qualitätsdaten, Krankenhausfinanzierung, Patientenquittung, Aktionsprogramm Gesundheit (Gesundheitsförderung in Berlin) bis hin zu Ausbildung Public Health.

## Zielgruppdialog und Öffentlichkeitsarbeit

Die Treffen und Veranstaltungen dienten jedoch nicht nur dem internen Austausch und Willensbildungsprozess. Ziel war auch, mit fachlichen Zielgruppen in Dialog zu treten, die Wahrnehmung der ASG Berlin zu erhöhen sowie die gesundheitspolitischen Positionen der SPD Berlin in die breitere Öffentlichkeit zu tragen.

Einerseits gelang dies wieder durch die regelmäßige Einladung von Gastreferentinnen und Gastreferenten „von außen“, aus den unterschiedlichsten Bereichen des Gesundheitswesens, wie z.B. von Verbänden der Krankenkassen, aus Krankenhäusern, aus der Wissenschaft, dem Bundestag oder der Selbsthilfe. So konnten nicht nur die Mitglieder und Gäste der ASG von deren Fachwissen profitieren, sondern die geladenen Gesprächspartner und –partnerinnen konnten die Expertise der ASG in ihre Institutionen mitneh-

men und persönliche Kontakte knüpfen, was auch vielfach genutzt wurde.

Daneben konnte die Zielgruppenarbeit auch durch „Vor-Ort-Versammlungen“ mit integrierter Besichtigung und diskursivem Austausch praktisch gelebt werden, beim Besuch eines Pflegestützpunktes im Juli 2012 oder auch in einem Seniorenzentrum (Dr. Harnisch Haus) im März 2013.

Nicht zuletzt fanden öffentliche Veranstaltungen gemeinsam mit den Grünen, mit der ASF sowie der AG Migration statt.

Zur Information insbesondere der Parteiöffentlichkeit wurde regelmäßig im Dienstagsbrief informiert, in der Berliner Stimme sowie im vorwärts berichtet. Es wurden Pressemitteilungen erstellt und der Homepageauftritt kontinuierlich ausgebaut und gepflegt, z.B. durch die Veröffentlichung von Einladungen, Protokollen und Berichten. Auch die Facebook-Präsenz der ASG Berlin wurde intensiv genutzt. Zudem wurden durch einen eigenen Zielgruppen- und InteressentInnenverteiler regelmäßig aktuelle Informationen rund um die Gesundheits- und Pflegepolitik verbreitet.



## Wahlkampf und Bürgerdialog

Das zentrale Ereignis der Periode war zweifellos die Bundestagswahl 2013. So hat das ganze Vorstandsteam der ASG Berlin ab dem Frühjahr 2013 alle Aktivitäten auf Wahlkampf, hierauf bezogene Zielgruppenarbeit, Präsenz vor Ort und Bürgerdialog ausgerichtet. So haben jeweils verantwortliche OrganisatorInnen der ASG Berlin, wo erforderlich mit hervorragender Unterstützung durch die hauptamtlichen KollegInnen im Kurt-Schumacher-Haus, zahlreiche Wahlkampfkaktionen realisiert: „Sitzungen vor Ort“, Stände auf Sommerfesten, eigenständige ASG-Infostände, Verteilaktionen, Veranstaltungen, Fachgespräche an Infoboxen u.a.





Infostand zur Gesundheits- und Pflegepolitik vor dem Gesundbrunnen-center.

FOTO: ASG BERLIN

Es konnten von der ASG Berlin eigene Wahlinformationsmaterialien zu verschiedenen Themen erstellt werden. Hier wurde versucht, die komplexen gesundheits- und pflegepolitischen Themen und Positionen der SPD wahlkampfinformationstauglich zu „übersetzen“. Dass dies offenbar gut gelungen ist, zeigt die Tatsache, dass andere Landesverbände diese Info-Materialien nachgefragt und dankbar genutzt haben.

Die gesamte, sehr umfang- wie auch erfolgreiche Arbeit der ASG Berlin 2012 bis 2014 war die Leistung eines Teams, welchem ganz herzlicher Dank gebührt!

#### **Boris Velter**

Vorsitzender der ASG Berlin

## ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER JURISTINNEN UND JURISTEN · ASJ



Der Berichtszeitraum umfasst die Zeit vom 21. April 2012 bis zum 19. März 2014.

Im April 2012 fanden turnusmäßige **Vorstandswahlen** statt. **Vera Junker** wurde erneut zur Landesvorsitzenden gewählt. **Annegret Ortling**, **Fred Skroblin** und **Christian Meiners** sind stellvertretende Landesvorsitzende.

Derzeit sind in der ASJ **779 Mitglieder** (Stand: 1. Februar 2014) organisiert.

Im Berichtszeitraum hat die ASJ sich insbesondere bei ihren monatlich stattfindenden Stammtischen mit **aktuellen Themen aus den verschiedensten Rechtsbereichen** befasst. In diesen Veranstaltungen diskutieren Juristen aus allen Bereichen, aber auch interessierte Nicht-Juristen miteinander und erweitern so nicht nur ihren rechtspolitischen Horizont. Ziel der Diskussionen ist es auch immer, den spezifischen sozialdemokratischen Standpunkt zu erarbeiten und zu formulieren. Besonders erfreulich ist nicht nur die breite Fächerung der „juristischen Herkunft“ der Teilnehmer, sondern auch die Tatsache, dass auch weiterhin viele junge JuristenInnen und StudentInnen an den Stammtischen teilnehmen.

#### **Themen der ASJ-Stammtische waren:**

- ▶ Für ein modernes Patientenrechtegesetz
- ▶ Nach der Wahl ist vor der Wahl - Wie weiter mit der Berliner SPD?
- ▶ Die Debatte um die Beschneidung - Komiker-Nation oder Wahrung des Rechtsstaats?
- ▶ Zum Stand des neuen NPD-Verbotsverfahrens
- ▶ Investoreninteresse versus Gemeinwohl und Demokratieprinzip – Der Paradigmenwechsel im Bauplanungsrecht
- ▶ Datenschutz – obsolet oder notwendiger denn je?
- ▶ Videoüberwachung bei Versammlungen – Widerspruch zu linker Bürgerrechtspolitik?
- ▶ Öffentlichkeit in der Hauptverhandlung – Sonderrolle der Presse?
- ▶ Human Law (Rechtspädagogik)
- ▶ Nach der Wahl – Optionen zwischen Teilnahme an der Macht und Oppositionspolitik
- ▶ Lampedusa – Prüfstand deutscher und europäischer Sicherheitspolitik
- ▶ Rechtspolitik im Bund nach dem Koalitionsvertrag
- ▶ Bürgerbegehren und Einwohneranträge auf Bezirksebene
- ▶ Einführung eines Unternehmensstrafrechts

Ein Schwerpunkt der Arbeit der ASJ im Berichtszeitraum war der Bereich des Liegenschafts- und des Bauplanungsrechts, mit dem sich eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den Beisitzerinnen Cora Schaumann, Dr. Dagmar Raschke und Judith Huber, beschäftigte. Es wurden u. a. Anträge zu den Themen „**Investoreninteresse versus Gemeinwohl und Demokratieprinzip – Der Paradigmenwechsel im Bauplanungsrecht**“ sowie „**Sicherung einer gemeinwohlorientierten Liegenschaftspolitik**“ zu den Landesparteitagen der Berliner SPD erarbeitet, die jeweils die einhellige Zustimmung der Delegierten fanden.

Im Mai 2012 und im April 2013 fanden in Bad Saarow die jährlichen Klausurtagungen des Landesvorstandes statt. Schwerpunktthemen der Diskussionen – jeweils unter Beteiligung von Vertreterinnen der Brandenburger ASJ – waren am ersten Tag die **Perspektiven Berliner Rechtspolitik** und das **Mietrecht**. Am zweiten Tag wurde intensiv über Organisatorisches gesprochen und die Planung von Stammtisch- und Veranstaltungsthemen sowie den zukünftigen Schwerpunkten der Arbeit der ASJ Berlin vorgenommen.

Der Landesvorstand der ASJ pflegte auch in den vergangenen beiden Jahren weiter Kontakte zu Interessenverbänden und Vereinigungen im Bereich der Rechtspflege. Die Zusammenarbeit mit der **ASJ Brandenburg** wurde noch intensiviert. So nahmen Vertreter und Vertreterinnen der ASJ Brandenburg an unseren Vorstandsklausuren teil. Annegret Ortling und Dr. Herbert Trimbach festigten die Kontakte und nahmen im Gegenzug an den Klausurtagungen des Vorstandes der ASJ Brandenburg in Beetzsee (2012) und im Jahr 2013 in Bad Saarow sowie den Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen teil. Es fanden auch weitere Treffen statt, die zu einem fruchtbaren Gedanken- und Erfahrungsaustausch führten.

Im September 2012 und im August 2013 veranstalteten die ASJ Berlin und die ASJ Brandenburg gemeinsam **rechtspolitische Sommerempfangs**, zu denen als Hauptredner Frank-Walter Steinmeier (2012) und Eva Högl (2013) gewonnen werden konnten und zu denen wir zahlreiche hochrangige und interessante Persönlichkeiten aus dem juristischen Bereich beider Länder begrüßen durften.

Die Landesvorsitzende Vera Junker arbeitet weiterhin in der vom Landesvorstand eingesetzten Gruppe "Geschlechtergerechtigkeit" in der Berliner SPD mit. Die stellvertretenden Landesvorsitzenden Annegret Ortling und Christian Meiners sowie der Beisitzer im ASJ Landesvorstand Dr. Herbert Trimbach vertreten die ASJ im Fachausschuss „Inneres und Recht“ des SPD-Landesvorstandes.

Die ASJ war ferner im Bundestagswahlkampf im September 2013 mit den beiden Beisitzerinnen Cora Schaumann und Dr. Dagmar Raschke aktiv an der Gestaltung der „**Dialogbox am Alexanderplatz**“ beteiligt.

Im September 2012 organisierte die ASJ eine sehr gut besuchte öffentliche Veranstaltung zum Thema „**Welches Europa wollen wir?**“ mit der Bundesjustizministerin a. D. Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin.

Im Februar 2013 fand eine interessante öffentliche Veranstaltung zum Thema „**Schöffenwahl 2013 – Mitverantwortung für den Rechtsstaat übernehmen**“ statt, in der der Staatssekretär für Justiz a. D. Hasso Lieber in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bundesverbandes ehrenamtlicher Richter und Richterinnen über das Thema informierte.

Zuletzt erarbeitete die Arbeitsgruppe ein Papier zur „**Sicherstellung der Daseinsvorsorge in den Ländern durch sog. Mischfinanzierung**“, das vom Landesvorstand beschlossen und dem ASJ-Bundesvorstand Mitte Januar 2014 vorgestellt sowie an die Vorsitzenden des Fachausschusses Soziale Stadt und Mobilität versendet wurde.

Der attraktivste und zentrale Baustein zur Aktivierung von Mitgliedern und interessierten Nicht-Mitgliedern zur Mitarbeit in der ASJ und auch der entscheidende Faktor zum Aufbau und zur Pflege von Kontakten zu Verbänden und Organisationen sind nach wie vor die **ASJ-Stammtische**, bei denen in lockerer Runde diskutiert wird und Kontakte hergestellt und gepflegt werden.

*Vera Junker  
Annegret Ortling  
Fred Skroblin  
Christian Meiners  
Vorstand der ASJ*

## ARBEITSGEMEINSCHAFT DER JUNGSOZIALISTINNEN UND JUNGSOZIALISTEN · JUSOS



Am 24./25. März 2012 wurde im Rahmen der Landesdelegiertenkonferenz im Wilhelm-Leuschner-Saal des DGB Berlin-Brandenburg (Schöneberg) ein **neuer Juso-Landesvorstand** gewählt. Zum Landesvorsitzenden wurde **Kevin Kühnert** gewählt. Zu stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden **Ramona Ader, Felix Bethmann, Rejane Herwig, Kateryna Kremkova, Clara Luhr, Nico Schmolke, Helene Sommer** und **Fabian Weißbarth** gewählt. In den Landesvorstand für die Juso-Hochschulgruppen kooptiert wurde zunächst **Leonard von Galen**, später als sein Nachfolger dann **Niklas Konrad**.

Der Landesvorstand hat sich zu Beginn seiner Amtszeit zu einer **Wochenendklausur** getroffen und darüber hinaus grundsätzlich **monatlich** getagt.

Die ehrenamtliche Arbeit des Landesvorstands und des gesamten Verbandes wurde intensiv unterstützt durch die jeweiligen **Juso-Landessekretäre Daniel Choinovski** und – seit dem 1. Januar 2013 – **Johannes Melcher**. Unsere politische Arbeit wäre ohne die tatkräftige Unterstützung durch die Hauptamtlichen, welche mitunter ein beachtliches Arbeitspensum bearbeiten mussten, nicht möglich gewesen. Auch unseren **SchülerInnenpraktikantInnen** der vergangenen zwei Jahre möchten wir an dieser Stelle einen großen Dank aussprechen.

Trotz einer geringfügigen Stundenaufstockung im Juso-Landesbüro war die zu erbringende Arbeit wieder mehr, als es im Rahmen der Arbeitszeit zu bewältigen gewesen wäre. Darin wird deutlich, dass die bestehende Ausstattung der Hauptamtlichkeit für einen so aktiven und wachsenden politischen Verband wie die Jusos Berlin weiterhin nicht ausreicht. Durch die derzeitige Ausstattung müssen die Jusos Berlin sich teilweise in ihren Aktivitäten einschränken, da die organisatorischen Aufgaben nicht in jedem Fall gestemmt werden können. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass wir die Einbindung ehrenamtlicher Hilfe noch stärker forcieren müssen.

Im Mittelpunkt der zweijährigen Amtszeit des Landesvorstandes stand die **Umsetzung unseres Landesarbeitsprogramms für die Jahre 2012-2014** sowie die **Durchführung des Wahlkampfes für die Bundestagswahlen im September 2013** und die Begleitung von **Kampagnen zu anstehenden Volksentscheiden**. Darüber hinaus fanden zahlreiche **Veranstaltungen** sowie **Seminare** statt.

Wichtig war uns die **Bündnisarbeit** bis weit in die gesellschaftliche Linke hinein. Hier konnten wir unsere Kontakte zu bereits bestehenden BündnispartnerInnen ausbauen

und teilweise auch wiederbeleben. Die Gründung des **Bündnisses „Rosa & Karl“** darf hierbei als prominentestes Beispiel dienen und folgte unserem Beschluss, den **Beethovenkreis** – die Vernetzung der ArbeiterInnenjugendverbände – zu reaktivieren.

Darüber hinaus hat der Landesvorstand die Rolle des Verbandes innerhalb der **Berliner SPD** genauso wie im **Juso-Bundesverband** weiter ausgebaut. Als Berliner Jusos sind wir weder als progressiver Teil der SPD noch als wichtiger Landesverband im Juso-Bundesverband wegzudenken und übernehmen nicht zuletzt auch personell Verantwortung. Zahlreiche Jusos sind Mitglieder der Bezirksverordneten- oder Abgeordnetenhausfraktion. Bis zum Juso-Bundeskongress 2013 war Julian Zado stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos, Jan Lichtwitz war kooptiertes Vorstandsmitglied und Jan Böning war Bundesgeschäftsführer der Jusos. Seither sind mit Julia Maas (Bundesgeschäftsführerin), Jan Krüger (stellvertretender Bundesvorsitzender) und Niklas Konrad (kooptiert für die Juso-Hochschulgruppen) wieder Berliner GenossInnen führend in Verantwortung. Jan Lichtwitz wurde zudem als IUSY-Vizepräsident durch den Juso-Bundeskongress nominiert und Katharina Kaluza vertritt den Landesvorstand der Juso-Hochschulgruppen im SPD-Parteivorstand. Darüber hinaus bringt sich unser Landesverband mit diversen GenossInnen in die Arbeit der Projektgruppen und Kommission der Bundesjusos ein. Vor Ort in Berlin sind wir darüber hinaus eine verlässliche Stütze für Veranstaltungen aller Art, die vom Bundesverband angeboten und durchgeführt werden – seien es Seminare, Demonstrationen oder Pressetermine.

Ein weiterer Baustein der erfolgreichen Arbeit sind die konstant steigenden **Mitgliederzahlen**. Im Gegensatz zu den allermeisten anderen politischen Großorganisationen wachsen wir beständig und zählen mittlerweile fast 5.000 GenossInnen zu unserem Verband, wovon etwa ein Zehntel ausschließlich Mitglied der Jusos ist. Innerhalb der Berliner SPD stellen wir somit weiterhin deutlich mehr als ein Viertel der Mitglieder – ein bundesweit einmaliger Wert. Unseren Status als mit deutlichem Abstand größter politischer Jugendverband in Berlin konnten wir damit festigen. Auch im Juso-Bundesverband konnten wir unsere mittlerweile 21 Delegierten zum Bundeskongress halten und bleiben viertgrößter Landesverband.

### WAHLKAMPF 2013

Ein Schwerpunkt der Wahlperiode war die **Vorbereitung und Durchführung des Bundestagswahlkampfes**. Der gemeinsam erarbeitete Leitantrag diente dabei als Wahlkampfplattform der Jusos Berlin. Einen besonderen Fokus legten wir in diesem Antrag auf die Themenbereiche Arbeit, Wohnen, Gleichstellung, Migration und Kampf gegen Rechts, was sich später auch in der Wahl der selbst entwickelten Materialien niederschlagen sollte. Ebenso wie mit unseren eigenen inhaltlichen Forderungen gestalteten wir den

Wahlkampf mit dem Ziel, vor allem junge Menschen in der Stadt anzusprechen, sie für die Wahl der SPD zu gewinnen und darüber hinaus für die Arbeit bei den Jusos zu begeistern.

Trotz der gewohnt regionalisierten Aufstellung der SPD-Gliederungen im Wahlkampf gelang uns ein ambitionierter Wahlkampf, bei dem wir auf unzähligen Veranstaltungen, Verteilaktionen und Diskussionsrunden präsent waren und für unsere Positionen und die Wahl der SPD werben konnten. Hilfreich waren hierbei Kooperationen mit dem Juso-Bundesverband, mit dessen Wahlkampf-Bus wir verschiedenste Termine in Berlin bespielt haben. Auch die mehr als 1.000 produzierten Plakate der Reihe „Nazifrei und Spaß dabei“ erhöhten die Reichweite unserer Kampagne enorm und wurden von den Kandidierenden hervorragend angenommen. Mit dem „Roten Montag“, unserer ErstwählerInnenparty, und dem politischen Würfelspiel in Groß- und Taschenausgabe haben wir zudem gänzlich neue Formate ausprobiert. Hierbei ist die Reichweite der Party im Lido leider geringer gewesen, als wir uns das erhofft hatten, während das Würfelspiel der Wahlkampffreier schlechthin wurde.

Die Kampagne war durch zahlreiche Materialien unterfüttert und baute vor allem auf dezentrale, themenbezogene Verteilaktionen auf. Das Prinzip „Ein Ort. Ein Thema. Ein Give-Away.“ funktionierte sehr gut und ermöglichte den Kreisverbänden eine unkompliziertere Kalkulation und weniger logistischen Aufwand. Insgesamt konnten wir am Ende des Wahlkampfes auf mehr als 100 000 verteilte Materialien zurückblicken. Ein wichtiger Baustein war hierfür wieder die 72-Stunden-Tour zum Ende des Wahlkampfes, als wir drei Tage lang in jedem der zwölf Bezirke für sechs Stunden Station gemacht haben und meist auch die lokalen KandidatInnen begleitet oder getroffen haben.

## INHALTLICHE ARBEIT

### Bildung und Jugend

Schwerpunkt in diesem Themenfeld war der Bereich der Partizipation. Der Landesvorstand hatte eine Zukunftswerkstatt sowie ein Folgetreffen durchgeführt, bei denen ein Konzept zur Reformierung der Schüler\*innenbeteiligung in Berlin erarbeitet wurde. Das Ergebnis wurde von der SPD Berlin auf einem Landesparteitag beschlossen und war Grundlage für Gespräche mit dem LandeschülerInnenausschuss (LSA) Berlin. Wir kämpfen weiterhin für eine angemessene Beteiligung von Schüler\*innen an Entscheidungen, für bedarfsgerechte und faire Beteiligungsstrukturen und eine ausreichende Finanzierung und Ausstattung entsprechender Gremien. Die Stimme der Kinder und Jugendlichen muss in Form einer Landeskonferenz der Schüler\*innen stärkeres Gewicht bekommen.

Die Einführung des Jugenddemokratiefonds zur Förderung von Projekten im Land und den Bezirken haben wir mit einer Info-Veranstaltung unterstützt. Mit der Staatssekretärin Sigrid Klebba informierten wir Projektträger über Antragsmöglichkeiten und diskutierten bei dieser Gelegenheit mit den Gästen über die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Berlin.

Innerverbandlich kamen wir bei diesem Thema einen großen Schritt voran, weil sich erneut eine sehr aktive Gruppe an Schüler\*innen zusammengefunden hat. Die Juso-Schüler\*innen treffen sich regelmäßig, sind Anlaufpunkt für junge Nicht-Jusos, bringen eigene Anträge ein und repräsentieren die Berliner Jusos auch auf Juso-Bundesebene, wo Ferdinand Lange unseren Landesverband als Bundessprecher vertritt.

Neben dem großen Themenbereich der Partizipation in der Schule wurde das Feld der Inklusion bearbeitet und mit einem Antrag auf dem Landesparteitag vorangetrieben. Zudem wurde endlich die Klassengröße in Sekundarschulen verringert, um Platz für Rückläufer vom Gymnasium zu schaffen, was seit Langem eine wichtige Juso-Forderung war. Das Bündnis „Politik als Schulfach“, das wir seit mehreren Jahren unterstützen, hat außerdem mit der Wiedereinführung der getrennten Benotung von Sozialkunde und Geschichte einen ersten Erfolg feiern können. Darüber hinaus gab es Versuche, die AG Bildung der Jusos Berlin wiederzubeleben. Bei einer Veranstaltung hatten wir die WZB-Chefin und bekannte Soziologin Jutta Allmendinger sowie den Leiter der Sophie-Scholl-Schule Klaus Brunswicker zu Gast und diskutierten über Schulqualität und Bildungsgerechtigkeit. Die zweite Veranstaltung wurde gemeinsam mit dem AK Migration/Integration organisiert und thematisierte im Haus einer Nachbarschaftsinitiative die Segregation in Grundschulen am Beispiel des Wrangelkiezes.

### Themenfelder Wirtschaft – Arbeit – Soziales

Während der letzten zwei Jahre haben sich die Jusos auf Kreis- und Landesebene breit mit den Themenfeldern Wirtschaft, Arbeit, Soziales beschäftigt. Wirtschaftspolitisch hat sich die zuständige AG mit der Wirtschafts- und Finanzkrise und deren Bewältigung auseinandergesetzt. Im Zuge dessen haben wir uns mit Staatsschulden und dem Fiskalpakt nicht nur inhaltlich beschäftigt, sondern unseren Protest gegen die Politik der Troika auch vor dem Parteikonvent kundgetan. Auch waren wir beim Bündnis UmFair-Teilen dabei und beteiligten uns am bundesweiten Aktionstag des Bündnisses. Nach Übernahme des Bundeswirtschaftsministeriums durch die SPD haben wir uns darüber hinaus gefragt, was sozialdemokratische und jungsozialistische Wirtschaftspolitik ist und was sie von der bürgerlich-konservativen Wirtschaftspolitik unterscheidet. Eine bereits begonnene Reihe zur Sozialpolitik werden wir fortsetzen.

Den anstehenden Wahlkampf haben wir durch eine gemeinsame Sitzung mit einem

Vertreter des DGB vorbereitet und Schnittmengen zwischen den Positionen und Prioritäten von SPD und DGB gesucht. Zwei wichtige Themen des Wahlkampfes waren auch in der AG Thema: Werkverträge als wachsende Erscheinung der prekären Beschäftigung und die Pflege- und Gesundheitspolitik.

Arbeitsmarktpolitik stand sowohl vor der heißen Wahlkampfphase als auch nach der Wahl auf dem Programm: Wir haben uns mit der Ausbildungsqualität und dem Berliner Übergangssystem beschäftigt.

Neben den Sitzungen der AG WAS haben die Jusos Berlin ein Grundlagenseminar zur Konjunkturpolitik veranstaltet, bei dem wir uns mit der Theorie, Kritik und dem Nutzen einer solchen Politik beschäftigt haben.

### **Antifaschistische Bündnisarbeit und Gedenkstättenfahrten**

Die Antifa-Arbeit stellte wieder einmal einen der Schwerpunkte des Engagements der Jusos Berlin dar. Neben unserem Engagement auf der Straße, einer aktiven Gedenkkultur und unserer intensiven Bündnis- und Vernetzungsarbeit standen in den vergangenen zwei Jahren jedoch auch Initiativen auf der parlamentarischen Ebene, der SPD-Landesebene und der Öffentlichkeit im Vordergrund. Sowohl die vielen Skandale rund um die Selbstenttarnung des NSU und der damit verbundenen Aufdeckung von Behördenversagen als auch die Anschlagsserie gegen zahlreiche SPD-Büros und das Wohnhaus eines Landesvorstandsmitglieds vor allem im Berliner Südosten waren Ausgangspunkt für unsere antifaschistische Praxis. Unser vielfältiges Engagement eint dabei, dass wir auf verschiedenen Ebenen gegen die Verharmlosung rechter Strukturen agiert haben und rechten Strukturen offensiv entgegengetreten. Weil die antifaschistische Arbeit auf allen gesellschaftlichen Ebenen angegangen werden muss und weil sie zeitlich ungebunden ist, ist für uns das Zusammenspiel von Gedenkarbeit, Aufmarschblockaden, SPD-Anträgen, Bündnis-Arbeit mit Antifa-Gruppen, Pressearbeit und Kiezengagement eine Selbstverständlichkeit. Dem AK Antifa kommt bei diesem vielfältigen Engagement eine besondere Rolle zu.

#### **► Anschläge auf uns und Kampagne gegen Rechts**

Im Herbst 2012 haben wir auf die unter anderem gegen uns gerichtete Anschlagsserie mit einem 10-Punkte-Plan gegen Rechts reagiert und damit die Debatte in Partei und Öffentlichkeit befeuert. Auf unser Drängen wurde so auch eine AG Strategien gegen Rechts auf SPD-Landesebene eingerichtet, in der wir zentral beteiligt sind und die auf einem der nächsten Landesparteitage den Leitantrag einreichen wird. Wir werden in der SPD dadurch nicht nur als Demo-Gänger\*innen, sondern auch als inhaltliche Antrieber\*innen gesehen. Die hohe Pressepräsenz hat uns in der Öffentlichkeit als wichtige

Akteurin im Kampf gegen Neonazis bekannt gemacht. Gleichzeitig haben wir durch interne Solidarität die Engagierten in unseren Kreisen in ihrem Einsatz gegen Neonazis gestärkt.

#### **► Schöneeweide und 1. Mai**

Da Schöneeweide Schwerpunkt der Berliner Neonaziszene ist, haben wir das dortige Jugendbündnis „UFFmucken“ unterstützt, wie zum Beispiel Konzerte und Kundgebungen. In den Vorbereitungen zur Blockade der Nazi-Demo am 01. Mai 2013 haben wir aktiv mitgewirkt und Ausgaben finanziert sowie am 01. Mai selbst organisatorische Aufgaben übernommen.

#### **► NSU**

Wir wollen, dass die Skandale rund um die Selbstenttarnung des NSU nicht folgenlos bleiben. Deswegen haben wir bei Vorfällen, die Berlin und dessen LKA und Verfassungsschutz betreffen, stets Druck auf Innensenator Henkel und die Polizei ausgeübt. Gleichzeitig haben wir auf dem Juso-Bundeskongress und auf dem SPD-Landesparteitag durchgesetzt, dass die Forderungen des NSU-Untersuchungsausschusses zügig durch die SPD in der Bundesregierung umgesetzt werden sollen.

#### **► Gedenkstättenfahrten**

Die Jusos Berlin haben die wichtige Tradition der Gedenkstättenfahrten wieder belebt und zwei veranstaltet. Im April 2012 fuhr eine 20-köpfige Delegation nach Auschwitz und Kraków. Sie hat sich dabei mit Täter\*innen- und Opferperspektiven auf den Holocaust und der jüdischen Geschichte Krakóws befasst. Außerdem fand ein Vernetzungstreffen mit Krakówer Jungpolitiker\*innen verschiedener Parteien sowie unserer Partner\*innenorganisation FMS Małopolskie statt. Außergewöhnlich war die schwierige Anreise, bei der in Dresden in Taxis gewechselt werden musste. Insgesamt nahmen 20 Berliner Jungsozialist\*innen an der einwöchigen Fahrt teil. Im April 2013 fand eine dreitägige Gedenkstättenfahrt nach Buchenwald und Weimar statt, an der 15 Berliner Jusos teilnahmen. Dort setzte sich die Seminargruppe mit Erinnerungskultur auseinander, dabei wurde an „150 Jahre SPD“ angeknüpft. Beide Gedenkstättenfahrten wurden vom Juso-Landesvorstand und dem AK Antifa gemeinsam organisiert. Zurzeit wird eine weitere Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz und Oświęcim vorbereitet.

#### **► Antifaschistische Bündnisarbeit – Einleitung**

Antifaschistische Bündnisarbeit ist für uns Jusos Berlin eine Verpflichtung, auf Grund der Vergangenheit und wegen der Zukunft. Insgesamt ist die Bündnisarbeit angesichts der Großen Koalition im Bund und im Land Berlin sowie der rassistischen und ordnungsdiktierenden Politik der SPD Hamburg nicht einfacher geworden. Dennoch haben wir uns in viele Bündnisse eingebracht und vertrauensvoll mit unseren Partner\*innen zusammenarbeiten können. Hierzu seien stellvertretend FeLS, Avanti, ALB, VVN-BdA, ANA, SJD – Die Falken, die Naturfreundenjugend, [solid] und die ver.di Jugend genannt.

#### ► Rostock: Das Problem heißt Rassismus

Im August 2012 beteiligten die Jusos Berlin sich an der antifaschistischen Demonstration in Rostock anlässlich des 20. Jahrestages des Lichtenhäger Pogroms. Die Jusos Berlin unterstützten den Bundesverband in der Bündnisarbeit in „Das Problem heißt Rassismus“.

#### ► Dresden: Nazifrei! – Dresden stellt sich quer

Seit 2010 engagieren sich die Jusos Berlin im Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“. 2012 ist es uns gelungen, den Naziaufmarsch zum dritten Mal komplett zu blockieren. Außerdem fand erstmals der Täterspuren-Mahngang statt, den die Berliner Jusos mit vorbereitet hatten. Er thematisiert Täter des Nationalsozialismus in Dresden. Auch 2013 und 2014 beteiligten sich Berliner Jusos an den Blockaden und der Täterspuren-demo. Ein gewichtiges Arbeitsgebiet ist für uns seit 2012 die Antirepressionsarbeit im Bündnis geworden. Unsere Solidarität gilt allen, die sich mit uns in Dresden gegen den Naziaufmarsch engagierten, insbesondere Lothar, Markus und Tim.

#### ► Utøya

2012 und 2013 erinnerten die Jusos Berlin vor der norwegischen Botschaft an unsere getöteten Genoss\*innen in Utøya. Sie fielen 2011 dem Massenmord des Faschisten Breivik zum Opfer.

#### ► Günter-Schwannecke-Gedenkinitiative

Die Jusos Berlin waren maßgeblich an der Günter-Schwannecke-Gedenkinitiative seit 2012 beteiligt. Inzwischen wurde ein Spielplatz nach dem Todesopfer rechter Gewalt, Günter Schwannecke, benannt, ein Denkmal aufgestellt und seine Biografie konnte rekonstruiert werden. Es fanden zwei Gedenkkundgebungen statt.

#### ► Tag der Mahnung und Festival gegen Rassismus

Die Jusos Berlin beteiligten sich in den Jahren 2012 und 2013 jeweils mit einem Stand auf dem Tag der Erinnerung und Mahnung. 2013 bereiteten die Jusos den antifaschistischen Fahrradcorso mit vor. In den Jahren 2012 und 2013 beteiligten sich die Jusos Berlin mit einem Stand auf dem Festival gegen Rassismus.

#### ► 1000 Kreuze

Gegen christlich-fundamentalistische Abtreibungsgegner\*innen stellten sich die Jusos Berlin im September 2013 in den Weg. Wir beteiligten uns an dem Bündnis „What The Fuck – gegen christlichen Fundamentalismus und Abtreibungsverbot“.

#### ► AK Antifa

Der AK Antifa war der produktivste Arbeitskreis der vergangenen zwei Jahre. Mit zwei Gedenkstättenfahrten, mehreren Großbündnissen und vielen Kleinaktionen war er weit über die Grenzen des Verbandes hinaus wirksam. Innerhalb des Verbandes wirkte er an

der politischen Willensbildung in die SPD Berlin und den Jusos-Bundesverband mit und trug zur Bildung der eigenen Mitglieder durch Themenveranstaltungen statt. Besonders gut besucht war das Zeitzeugengespräch mit einem Antifa-Aktivist, der sich 1992 in Lichtenhagen dem deutschen Mob entgegengestellt hatte. Den Koordinator\*innen Anna und Oliver sei an dieser Stelle besonders gedankt. Ende 2013 wurde ein neues Sprecher\*innen-Team gewählt.

#### ► AG Strategien gegen Rechts

Die vom Landesvorstand der Berliner SPD eingesetzte „AG Strategien gegen Rechts“ wurde im SprecherInnenteam durch Kevin Kühnert und in der Redaktionsgruppe auch durch Oliver Gaida verstärkt. Viele Jusos brachten sich darüber hinaus in die Arbeit ein und treiben die Meinungsbildung dort mit voran.

### Feminismus/Geschlechterverhältnis

In den vergangenen zwei Jahren haben die Jusos Berlin sich an verschiedenen Bündnissen und Aktionen im Bereich Feminismus/Geschlechterverhältnis eingebracht. Beispielsweise waren wir in hoher Zahl immer an den Barcamps beteiligt und waren zuletzt auch mit Referent\*innen aus unseren Reihen vertreten. Darüber hinaus beteiligten wir uns an den Protesten gegen den „Marsch für das Leben“ gemeinsam mit dem Bündnis „What the Fuck – Für Sexuelle Selbstbestimmung“ und an diversen Aktionen von „Pink stinks“, die sich gegen Produkte, Werbeinhalte und Marketingstrategien, die Mädchen eine limitierende Geschlechterrolle zuweisen, einsetzen.

Weiterhin gab es auf den zwei stattfindenden Verbandswerkstätten Gendertouren, die sich ein weiteres Mal als gute Methode erwiesen, Gendermainstreaming auch in der Bildungsarbeit praktisch zu verankern.

Darüber hinaus fanden zwei Feminismusseminare statt, die sich zum einen mit Grundlagen feministischer Arbeit beschäftigten, aber darüber hinaus auch Schwerpunkte im Bereich Sexismus, Biologismus und Intersektionalität setzten. Beide Seminare waren mit mehr als 20 Teilnehmer\*innen sehr gut besucht und spiegelten ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis wieder.

Auch begannen wir uns neue Themen zu erschließen und sprachen auf einem Verbandsabend gemeinsam mit einer Referentin von Lesmigra über die Situation von Trans\*personen in Deutschland und wie wir uns sowohl gesellschaftlich wie auch innerverbandlich dafür einsetzen können, dass Trans\*personen weniger Diskriminierung ausgesetzt werden.

Im Januar 2014 traf sich zum ersten Mal ein autonomer Frauen\*zusammenhang, der

sich mit der Situation von Frauen im Verband, mit Frauenvernetzung und feministischen Themen auseinandersetzt. Als erstes Projekt arbeitet dieser auf den internationalen Frauen\*kampftag hin. An diesem können alle Juso-Frauen\* teilnehmen.

Die AG Geschlechterverhältnisse traf sich einmal zur Auswertung der Juso-Landeskonferenz im Herbst 2013 aus der Gender-Perspektive. Hieraus wurden Verbesserungsvorschläge erarbeitet, die in unsere politische Praxis einfließen werden.

### **Migration/Integration**

Auch in den letzten zwei Jahren haben wir im Bereich Migration/Integration und vor allem in der Flüchtlingspolitik und der antirassistischen Arbeit klar im Zeichen der Doppelstrategie gearbeitet.

Mit verschiedenen Vertreter\*innen brachten wir uns beim Bündnis „Kein Abschiebeknast am BBI“ ein, beteiligten uns an verschiedenen Demonstrationen und stritten mit Erfolg dafür, dass unsere ablehnende Haltung dem Flughafenasylverfahren gegenüber auch die der SPD Berlin wurde. Darüber hinaus arbeiteten wir kontinuierlich mit dem Bündnis gegen Lager und dem Flüchtlingsrat zusammen und veranstalteten einen Verbandsabend zu Flüchtlingspolitik in Berlin mit Martina Mauer vom Flüchtlingsrat. Gemeinsam mit anderen Initiativen nahmen wir den Refugee Protest March auf der Glienicker Brücke in Empfang und setzen uns seither für einen sicht- und hörbaren Protest in der Mitte der Stadt ein.

Wir beteiligten uns außerdem am Gedenken zu 20 Jahre Rostock Lichtenhagen und fuhren als Jusos Berlin nach Rostock um uns an der Gedenkdemonstration zu beteiligen. Darüber hinaus beteiligten wir uns an der Diskussion und Vernetzung der Jungen Islamkonferenz. Auch die Zusammenarbeit mit der AG Migration und Vielfalt hat sich in den letzten zwei Jahren sehr intensiviert und beispielsweise in gemeinsamen Pressemitteilungen und erfolgreichen Landesparteitagsbeschlüssen ihre Früchte getragen. Außerdem nehmen wir mit eine\*r Vertreter\*in an den Vernetzungstreffen der integrationspolitischen Sprecher\*innen der BVV Fraktionen teil.

### **Juso-Hochschulgruppen**

Die Juso-Hochschulgruppen waren auch in den letzten zwei Jahren ein wichtiger Bündnispartner an den Hochschulen. Sie tragen jungsozialistische Themen an die Hochschulen und vertreten diese in Gremien und in der Öffentlichkeit. Genossinnen und Genossen finden über die Hochschulgruppen den Weg zu den Berliner Jusos.

Im Bereich Hochschulpolitik wurden wichtige Beschlüsse gefasst und gemeinsam Erfolge erzielt. So ist es inzwischen Beschlusslage der Berliner SPD, dass Hochschulen aus uni-assist austreten und Bewerber\*innen mit nicht-deutscher Hochschulzugangsberechtigung gleich behandelt werden sollen. Ein weiteres zentrales Thema war der Kampf gegen das Verbindungswesen. Es gab den Beschluss, dass die Berliner SPD die Mitgliedschaft in Burschenschaften, die der Deutschen Burschenschaft angehören, mit einer Mitgliedschaft in der SPD durch den Parteivorstand für unvereinbar erklären möchte. Dies ist inzwischen auch vom SPD-Bundesparteitag beschlossen worden. Außerdem haben wir es geschafft, dass Michael Büge, Staatssekretär der CDU und bekenndes Mitglied der Burschenschaft Gothia, aus dem Amt ausscheiden musste. Dafür haben wir sowohl innerparteilich als auch in der Öffentlichkeit bspw. durch Pressemitteilungen den Druck hochgehalten.

In den Wahlkämpfen zu den StudentInnenparlamenten und anderen Gremien wurden die Hochschulgruppen finanziell sowie personell unterstützt. An der HU und FU sind die Juso-Hochschulgruppen bei den letzten Wahlen im Januar 2014 jeweils stärkste Liste geworden. Die Anzahl der StuPa-Sitze konnte bei diesen HSGn von 10 auf 15 gesteigert werden.

Auch durch Kooptierungen von Jusos im Fachausschuss „Stadt des Wissens“ wurden die Beschlüsse der Jusos in die Partei hinein getragen.

### **Kurzkampagnen & Seminare**

#### **► Stadtpolitischer Kongress #berlinupsidetown**

Am 22. Februar 2014 haben wir im Jugendkulturzentrum Pumpe unseren stadtpolitischen Kongress #berlinupsidetown abgehalten. Im Rahmen der sehr gut besuchten Veranstaltung haben wir mit dem Stadtsoziologen Andrej Holm, mit Michael Müller und vielen anderen ReferentInnen über die Zukunft der solidarischen Metropole diskutiert und uns an diversen zuvor entwickelten Leitfragen abgearbeitet. Dabei ging es um Arbeiten, Leben, Wohnen und Mobilität in der Großstadt, um solidarische lokale Lösungen, Datenschutz, Transparenz und Engagement, um die Frage nach gutem und schlechtem Protest, nach Stadtrand und Innenstadt und nach den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Internationalisierung auf Berlin und seine BewohnerInnen. Der Kongress markierte den Auftakt für eine langfristig angelegte Themenreihe unter dem Titel #berlinupsidetown. Hierfür wurde nicht nur der Titel, sondern auch ein entsprechendes Corporate Design entwickelt.

#### **► Innenpolitikseminar**

Im Rahmen wiederkehrender politischer Befassung mit innenpolitischen Fragen hat der Landesvorstand ein Grundlagenseminar zu linker Innenpolitik veranstaltet.

Im Anton-Schmaus-Haus der Falken wurde über Sicherheit & Freiheit, über Recht und Pflicht auf und zum Widerstand und ähnliches diskutiert. Das Seminar endete in offener Diskussion mit zwei Vertretern der Roten Hilfe und soll zeitnah seine Fortsetzung finden.

#### ► Brief gegen Deutschlandfest

Die Jusos Berlin stellten sich öffentlich gegen die Parteiführung bei der Benennung der 150-Jahr-Festivitäten. Mit einem offenen Brief positionierten sich die Jusos deutlich gegen den nationalistisch-deutschtümelnden Namen. Er wurde nie beantwortet.

#### ► Übersichtsaufnahmen

Zum Jahreswechsel 2012 bis 2013 versuchten wir, das Übersichtsaufnahmegesetz zu verhindern. Hierzu haben wir öffentlich und parteiintern Druck ausgeübt und kurz nach Erlass des Gesetzes eine Abstimmung auf dem Landesparteitag gewonnen. Die Berliner SPD positioniert sich nun gegen solcherlei Aufnahmen.

#### ► Diskussion ‚mehralslernen‘ zu Jugendbeteiligung und Schule

Im Frühsommer 2012 beteiligten wir uns an einem World Café auf dem Schüler\*innenvertretungs-Sommercamp von mehralslernen.

#### ► 150 Jahre SPD

Im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten zum 150. Geburtstag der SPD haben sich die Jusos Berlin zum Ziel gesetzt, das traditionelle „Zehlendorfer Liederbuch“ neu aufzulegen. Derzeit befindet sich das Heft in der Endredaktion und wird dem Verband zeitnah zur Verfügung stehen.

#### ► Islamismus in Berlin

Unter dem Titel „Islamismus in Berlin – Von Hisbollah zur Hamas: Bestandsaufnahme und Gegenstrategien“ haben wir am 3. September 2013 eine Podiumsdiskussion mit Ahmad Mansour im Laika durchgeführt und weitere Folgeveranstaltungen zu vergleichbaren Themen lose vereinbart.

#### ► WYF Dortmund

70 Berliner Jusos und die Berliner Sozialistische Jugend – Die Falken reisten mit drei Bussen nach Dortmund, um am Workers Youth Festival teilzunehmen. Dort brachten wir uns vier Tage lang intensiv in die Organisation, das vielfältige Programm, die Demonstrationen und Kundgebungen ein.

### Material/Öffentlichkeitsarbeit/Strukturen

#### ► Naziaufkleberüberkleber

Wir haben einen „Naziaufkleber-Überkleber“ gedruckt und unseren Gliederungen zur

Verfügung gestellt. Die wiederverwendbare Vorlage steht uns auch für die künftige Arbeit zur Verfügung.

#### ► Pressearbeit

In den vergangenen zwei Jahren haben wir eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Die einzelnen Verlautbarungen sind im Juso-Landesbüro dokumentiert. Das Presseecho war enorm, sodass die genutzte Strategie als erfolgreich betrachtet werden kann.

#### ► Facebook

Der Facebookauftritt fb.com/jusosberlin hat sich erfolgreich entwickelt: von 680 Likes auf 1.500 Likes. Besonders erfolgreich waren die Berliner Wahlkreislandkarte 2013 (4.000 erreichte Nutzer\*innen) und der Bericht über das Utøya-Gedenken 2012 (2.000 erreichte Nutzer\*innen). Durchschnittlich erreichten die Seite etwa 550 User\*innen am Tag.

#### ► Evaluation der Verbandsarbeit

Für die Evaluation der Juso-Verbandsarbeit wurde sich im Landesvorstand für eine Online-Umfrage entschieden. Diese wird im Februar/ März 2014 durchgeführt und soll Grundlage für die Arbeit des neuen Landesvorstandes 2014 bis 2016 sein. Bereits evaluiert wurde derweil der erweiterte Landesvorstand, dessen Sitzungsrhythmus anschließend auf einen zweimonatlichen Takt geändert wurde. Außerdem wurden die Kreisverbände für die inhaltliche Vorbereitung mehr in die Pflicht genommen und der Tagesordnungspunkt „Rechenschaft des Landesvorstandes“ wurde fest verankert. Leider ließ sich auch auf diesem Wege keine signifikante Verbesserung der Teilnehmendenquote erreichen.

#### ► Anti-Sexismus-Kommission

Der Anti-Sexismus-Kommission gehörten seit Herbst 2012 als Vertrauensleute Daniela Schacht (Reinickendorf), Kevin Hönicke (Lichtenberg), Lisa Treiling und Sebastian Langer (beide Mitte) an. Sie nahmen ihre Arbeit auf und haben den Webauftritt der Kommission aktualisiert. Im Jahr 2013 hatte die Anti-Sexismus-Kommission 10. Geburtstag, alles Gute!

#### ► Infrarot

Die Jusos Berlin haben die Verbandszeitung der Infrarot nicht herausgebracht. Hierfür entschuldigt sich der Landesvorstand. Zunächst hat sich bewährt, ein journalistisches Auftaktseminar in der Bildungsstätte Kurt Löwenstein zu veranstalten. Leider konnte der Elan nicht in eine gedruckte Ausgabe übertragen werden. Die Gründe lagen in zu vielen unfertigen Artikel und einer mangelnden Koordination des Landesvorstands. Die Infrarot fiel schließlich wegen der hohen Arbeitsbelastung in anderen Projekte weg. Es gilt, die Infrarot 2014 wieder zu beleben.



#### ► AG Vorstandsaufgaben

Die landesvorstandsinterne AG Vorstandsaufgaben hat fortwährend die Aufgabenteilung zwischen Landesvorstand und Landesbüro optimiert. Insbesondere konnte die Stelle im Landesbüro eindeutig in „Juso-Landessekretär\*in“ aufgewertet und auf 25 Wochenstunden hochgesetzt werden.

#### ► Kommunalvernetzung gestartet

Seit Mai 2012 besteht ein informeller Arbeitskreis Kommunales mit E-Mail-Verteiler und unregelmäßigen Treffen, in dem kommunalpolitisch engagierte und interessierte Jusos aus ganz Berlin zusammen kommen. Durch die Teilnahme von Fraktionsvorsitzenden aus den BVVen, weiteren Verordneten, Deputierten und Interessierten ist eine relativ breite Gruppe entstanden, die durch die bezirksübergreifende Vernetzung auch recht aktionsfähig geworden ist. Behandelt wurde insbesondere die prekäre Finanzsituation der Bezirke, aber auch zur Jugendarbeit, zum bezirklichen Umgang mit Neonazis und zur Bürger\*innen- sowie Schüler\*innen-Beteiligung in Bezirken wurde diskutiert. Durch die Vernetzung konnten identische Anträge in verschiedene BVVen eingebracht und beschlossen werden, zum Beispiel zur Absicherung der Jugendarbeit und zum Schutz von Privatadressen engagierter BVV-Kandidat\*innen. Damit bringen wir Jusos zum Ausdruck, dass auch Kommunalpolitik aus jugendlicher Sicht gestaltet werden kann und dass die Bezirke bei gemeinsamen Interessen Hand in Hand Forderungen aufstellen können. Langfristig bleibt es das Ziel der Jusos Berlin, dass die Bezirke zur Gewährleistung wichtiger Aufgaben vernünftig ausgestattet werden müssen und dass dem Unterbietungswahn endlich ein Ende bereitet werden muss. Das Land Berlin darf die Bezirke nicht weiter ausbluten lassen.

#### ► Verpflegung

Seit nun fast zwei Jahren befindet sich der Juso-Landesverband mit der Landeskassiererin in einem Konflikt über die Frage, ob für verbandsinterne Veranstaltungen wie z.B. Landeskonferenzen Verpflegung in Form eines Mittagessens bereit gestellt werden sollte. Der Verband hält die vorgetragene Argumentation für nicht plausibel und wird sich auch weiterhin für eine Rückkehr zur alten Regelung einsetzen.

#### ► FSJ bei den Jusos

Die Möglichkeit, ein FSJ-Politik bei den Jusos Berlin zu absolvieren, haben wir intensiv geprüft und uns hierzu mit verschiedenen Stellen rückgekoppelt. Wir waren uns einig, dass dies in der zurückliegenden Wahlperiode noch keine Option war, empfehlen dem neuen Landesvorstand jedoch die erneute Prüfung und ggf. auch Beantragung einer solchen Stelle, für die wir jedoch eigene zusätzliche Mindeststandards definiert haben, damit sie unseren Ansprüchen an Gute Arbeit gerecht wird.

**Kevin Kühnert**

*Vorsitzender der Jusos*

## ARBEITSGEMEINSCHAFT DER LESBEN UND SCHWULEN IN DER BERLINER SPD · SCHWUSOS



### Rückblick

Auch wenn die Berliner Schwusos schon viele Jahre als Arbeitsgemeinschaft im Landesverband Berlin anerkannt sind, war dies bis zum Bundesparteitag im Jahr 2012 auf Bundesebene anders geregelt. Aufgrund des großen Einsatzes vieler innerparteilicher Kräfte – unter anderem auch der Berliner Schwusos – beschloss der Bundesparteitag die Anerkennung als Arbeitsgemeinschaft (ebenso wie die der AG MIG und der AG Selbst aktiv). Nach der Anerkennung als Arbeitsgemeinschaft auf Bundesebene und aufgrund einer ausreichenden Anzahl von zwischenzeitlich erfolgten Kreisneugründungen hat der Landesvorstand der Berliner SPD beschlossen, dass für die Schwusos Berlin ab der Berichtsperiode 2014 – 2016 das Delegiertensystem anstelle des Vollversammlungssystems auf Landesebene eingeführt wird.

Unser Ziel war es deshalb, dass bis zur nächsten Wahl in allen zwölf Berliner SPD-Kreisen Schwuso-Arbeitsgemeinschaften gegründet sind, damit alle Kreise mit Delegierten auf der Landesdelegiertenkonferenz vertreten sind. Bis zur Erstellung des Berichts (20. Februar 2014) ist es uns gelungen in 9 von 12 SPD-Kreisen organisiert zu sein. In Treptow-Köpenick hat sich eine neue Kreisarbeitsgemeinschaft gegründet. In Lichtenberg steht eine Kreisneugründung in Kürze an.

Die innerparteiliche Hauptarbeit erfolgt auch weiterhin durch die einmal im Monat stattfindenden Landesvorstandssitzungen und die regelmäßigen Treffen in den Kreisen. Besonders hervorzuheben sind die Stammtische der jeweiligen Kreise, die von manchen als alternative Beteiligungsmöglichkeit zu den Kreis- und Kreisvorstandssitzungen wahrgenommen werden. Der landesweite Stammtisch der Schwusos Berlin wurde zu Gunsten eines jeweilig stattfindenden Kreisstammtisches (rotierend in den Bezirken) abgeschafft. Darüber hinaus wurden weiterhin auch Landesvollversammlungen bzw. mitgliederoffene Klausurtagungen genutzt, um wichtige inhaltliche und organisatorische Punkte unserer Arbeit mit allen Schwuso-MitgliederInnen zu diskutieren.

Den größten Anteil der Arbeit des Landesvorstands hat nach wie vor die inhaltliche Gestaltung, Vorbereitung und Durchführung der queeren Events in unserer Stadt wie den Respect Gaymes, dem lesbisch-schwules Stadtfest, dem Christopher-Street-Day und das lesbisch-schwule Parkfest im Volkspark Friedrichshain eingenommen.

### Berliner Schwusos beim CSD

FOTO: RÖHRBEIN



Es ist für uns offensichtlich, dass sicher keine weitere Arbeitsgemeinschaft in dieser Größenordnung solche öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen stemmt. Deshalb wurde auch im letzten Berichtszeitraum jedes Jahr ein spezielles „Saison-Team“ gebildet. Dieses Team organisiert mit teilweise unglaublichem Zeitaufwand alle oben erwähnten queeren Events. Wir sagen allen „Danke“, die in den Saison-Teams 2012 und 2013 mitgeholfen haben - ohne Euch wäre so Vieles nicht möglich gewesen!

Die Arbeit der Berliner Schwusos war jedoch nicht auf die Organisation der queeren Events in Berlin reduziert. Wir wollten Themen politisch besetzen, mit allen queeren AkteurlInnen in Kontakt treten, als kompetente AnsprechpartnerInnen wahrgenommen werden und - wo wir können - Lösungen aufzeigen. Im Berichtszeitraum waren Schwerpunktthemen die „Initiative Sexuelle Vielfalt (ISV)“, „Inter- und Transsexualität“, „Gleichstellungsrechte“, „Regenbogenfamilien“, „Homosexualität und Religion“, „CSD e.V.“ und die inhaltliche Vorbereitung zum Bundeswahlprogramm zur Bundestagswahl 2013. All diese Themen wurden sowohl im Landesverband wie auch in den Kreisen in den letzten beiden Jahren inhaltlich bearbeitet.

Unter dem Motto „100 % Gleichstellung – nur mit uns!“ stand die Erarbeitung des Bundeswahlprogramms für die Bundestagswahl 2013. Die klar formulierten Forderungen und Eckpunkte der Schwusos Berlin wurden von den Bundesschwusos vollständig als Forderungen und Anträge übernommen und fanden sich zu einem nicht unerheblichen Teil im Bundeswahlprogramm wieder – ein großer Erfolg für unseren Landesverband. Die Schwusos beteiligten sich aktiv am Bundestagswahlkampf in den jeweiligen Wahlkreisen und als Landesverband, sei es mit Stammtischen mit den KandidatInnen in den jeweiligen Kreisen, an den Dialog-Boxen auf dem Alexanderplatz und in den Kreisen, bei Nachtfestständen, Kneipentouren oder Podiumsdiskussionen.

Bei der Beantwortung von Wahlprüfsteinen unterstützten wir das Kurt-Schumacher-Haus und einzelne BewerberInnen für den Bundestag mit unserer Expertise. Und selbst-

verständlich haben sich die Schwusos Berlin als lebendiger Teil der AG-Landschaft in der SPD am Fest zum 150. Geburtstag der SPD im Sommer 2013 beteiligt.

Wir haben uns alle ein anderes Ergebnis der Bundestagswahl gewünscht. Nach intensiver Diskussion haben sich die Schwusos Berlin gegen eine Große Koalition ausgesprochen. Der Mitgliederentscheid brachte jedoch Klarheit: über 73 % der Parteimitglieder waren für die „GroKo“.

Die Schwusos Berlin werden diese große Koalition sehr kritisch begleiten und unsere Forderung „100 % Gleichstellung“ weiterhin und, wenn möglich, lautstark von der Bundesregierung und gerade auch von unseren acht Berliner Bundestagsabgeordneten einfordern.

### Herausforderungen und Perspektiven

Als im Frühsommer 2013 der geschäftsführende Landesvorstand der Schwusos zurücktrat, befand sich der Landesverband der Schwusos Berlin in einer sehr schweren Krise. Die Akteure des Landesverbandes der Schwusos Berlin erkannten aber alle, dass wir diese Krise nur gemeinsam meistern können. Aus diesem Grund wurde durch die verbliebenen Mitglieder des Landesvorstandes in Anwesenheit des Berliner Landesvorsitzenden Jan Stöß ein fünfköpfiges Koordinierungsteam eingesetzt.

Hauptaufgabe dieses Koordinierungsteams war es, den Schwusos Berlin wieder Ruhe und Richtung zu geben und die Geschäfte der Schwusos Berlin bis zur Wahl eines neuen Vorstandes im März 2014 zu führen, in dem die Wahlen zum neuen Vorstand der Schwusos Berlin stattfinden. Das Koordinierungsteam wird dann seine Arbeit einstellen und wünscht dem neuen Landesvorstand eine erfolgreiche Arbeit.

Die Schwusos Berlin waren schon immer ein lebendiger Bestandteil der queeren Szene in Berlin. Alle Akteure wollen sowohl die Lebenssituation aller queeren Menschen als auch die Position unserer Partei nach vorne bringen. Das eint uns ungemein.

Deswegen haben wir erkannt, dass wir uns nur gemeinsam erfolgreich für die queere Community in den Kiezen, in Berlin und den Rest der Welt einsetzen können. Nur mit konzentrierten Kräften werden wir unser Motto „100 % Gleichstellung – nur mit uns!“ umsetzen können. Daran werden wir, die Schwusos Berlin, in den nächsten zwei Jahren weiterhin hart arbeiten.

**Marius Niespor · Friederike Nitzsche · Petra Nowacki**  
**Markus Pauzenberger · Ramin Rachel**  
Berliner Schwusos – Koordinierungsteam

**AG SELBST AKTIV · MENSCHEN MIT  
BEHINDERUNGEN IN DER SPD BERLIN**


Zu Beginn der Berichtsperiode stand die offizielle Anerkennung des seit 2002 erfolgreich tätigen „Netzwerkes Selbst Aktiv“ als reguläre Arbeitsgemeinschaft der SPD auf dem Bundesparteitag am 04.12.2011 im Vordergrund. In Berlin erfolgte die Gründung der AG am 2. Mai 2012 mit der Wahl des Vorstandes:

<b>Vorsitzende</b>	Karin Sarantis-Aridas
<b>Stellvertretende Vorsitzende</b>	Birgit Monteiro (MdA) Siegward Gummelt Daniel Monazahian
<b>BeisitzerInnen</b>	Antje Szardnig Mechthild Rawert (MdB) Detlef Pflughaupt Gerd Miedthank

Seit der AG-Gründung hat sich die Zahl der eingetragenen AG Mitglieder weiter auf 136 erhöht. Davon sind 60 (noch) keine SPD-Mitglieder. Die Einbeziehung auch von Nichtmitgliedern entspricht unserem Grundsatz, das Engagement von Menschen mit Behinderung zu fördern, ihre Interessen an der politischen Willensbildung zur Geltung zu bringen und Bildungs- und Informationsarbeit im Sinne einer inklusiven Gesellschaft zu leisten. Damit wollen wir deutlich machen, dass die SPD die Partei ist, der es wirklich um die Teilhabe aller Menschen geht.

Auch freie Träger und deren Vertreter der Behindertenhilfe suchen über uns den Kontakt zur Politik. Durch ihre Teilnahme an unseren Treffen agieren wir als MultiplikatorInnen zur SPD Fraktion. Kontakte zu den Behindertenorganisationen konnten weiter verstetigt werden. Dazu gehört auch die Mitarbeit eines Vorstandsmitgliedes an der Berliner Behindertenzeitung.

Unsere Neumitglieder haben sich teilweise von Anfang an aktiv mit Anregungen und Vorschlägen zu Themen oder Anträgen eingebracht, die die AG aufgegriffen und umgesetzt hat – so z. B. die Beteiligung am Antrag der Jusos zur Inklusion innerhalb der Partei (Antrag 80/1/2013) und der Vorschlag eines Projektes zur Umsetzung des Beschlusses (Befragung der Mitglieder, Einrichtung einer Mailadresse [barrierefrei@spd.de](mailto:barrierefrei@spd.de) zur Erfassung von Barrieren in der Partei), der in einen Antrag an den Landesvorstand mündete.

Um allen TeilnehmerInnen des Netzwerkes möglichst vielseitige Kenntnisse zu vermitteln, werden regelmäßig Inhaltsprotokolle über unsere Treffen verschickt, um die Informationsvermittlung auch zu sichern, wenn eine Teilnahme am Termin nicht möglich ist – ein Aspekt, den es bei den unterschiedlichen Handicaps besonders zu beachten gilt. Dazu gehören darüber hinaus laufende Informationen (Info-Mails) über anstehende Fachveranstaltungen und die Arbeit der Fraktionen im Bundestag und im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Unser Ziel, sich aktiv in die Berliner Landespolitik einzumischen, aber auch Anregungen und Hinweise für die Behindertenpolitik auf Bundesebene zu geben, stand auch in den letzten zwei Jahren im Mittelpunkt unserer Arbeit. Erwähnt werden soll das gemeinsame Bemühen mit Vertretern der Fraktion gegen die Abschaffung des automatischen Kneelings (Absenkens) der Busse durch die BVG (wurde Beschluss des Abgeordnetenhauses) oder unser erfolgreicher Protest gegen die geplanten Kürzungen bei den Haushaltsmitteln für die Inklusion. Insgesamt wünschen wir uns eine bessere Zusammenarbeit mit allen Fach-Arbeitskreisen der Fraktion insbesondere bei der Vorbereitung solcher Entscheidungen.

Über unsere Arbeit informieren wir regelmäßig auf der Homepage der Berliner SPD (u.a. auch durch Pressemitteilungen), im Dienstagsbrief, der Berliner Stimme, der alten Homepage von Selbst Aktiv [www.selbstaktiv.de](http://www.selbstaktiv.de) (die neue Seite auf der Homepage der Bundes-SPD ist noch immer nicht funktionsfähig) und bei den Kabinet-Nachrichten (Behindertenportal).

Inhaltlich-programmatisch hat sich „Selbst Aktiv“ intensiv, z.B. durch Stellungnahmen zum Diskussionspapier „Soziale Stadt“, an der Diskussion des SPD-Regierungsprogramms zu den Bundestagswahlen beteiligt und auch zu den Ergebnissen des Koalitionsvertrages kritisch Stellung genommen. Nach dessen Abschluss haben wir uns an unsere Berliner Abgeordneten mit einem offenen Brief gewandt, weil wir die Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion weiter vertiefen wollen. Dabei ist uns der Querschnittscharakter der Behindertenpolitik besonders wichtig.

Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes führten wir wieder (zusammen mit Mechthild Rawert als Kandidatin) am 9. September 2013 ein gut besuchtes behindertenpolitisches Forum zur gesundheitlichen Versorgung von Menschen mit Behinderung durch. In Vorbereitung der Europawahlen veranstalteten wir am 5. März 2014 eine öffentliche Podiumsdiskussion mit unserer Berliner Kandidatin Sylvia-Yvonne Kaufmann (und der für die EU zuständigen Mitarbeiterin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt) mit dem Thema „Für ein Europa ohne Barrieren“. Auch an den Infoständen der Berliner SPD und den Dialogboxen haben sich Mitglieder der AG selbstverständlich beteiligt. Um auch Menschen mit Lernbehinderungen zu erreichen, haben wir als erste AG überhaupt vor den Bundestagswahlen einen Flyer in „Leichter Sprache“ beantragt,

den der Landesvorstand dankenswerterweise über die AWO realisieren ließ. Er ergänzt den nach der Gründung der AG neu erstellten Flyer unserer AG.



**Behindertenpolitisches Forum am 9.9.2013:**

Margret Meyer  
(Schriftdolmetscherin)  
Karin Sarantis-Aridas  
(Vors. AG Selbst Aktiv Berlin)  
Mechthild Rawert (MdB,  
Mitglied im Vorstand der  
AG Selbst Aktiv Berlin)  
Siegward Gummelt  
(stellv. Vorsitzender  
AG Selbst Aktiv Berlin)  
Prof. Dr. Jeanne Nicklas-  
Faust, (Bundesgeschäftsführerin der Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.)  
Martin Marquard  
(Ehem. Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung Berlin)

Besonders wichtig für die Partizipationsmöglichkeiten für Mitglieder und Interessierte waren und sind die regelmäßigen Treffen alle fünf bis sechs Wochen, bei denen behindertenpolitisch relevante Themen diskutiert werden und die nicht zuletzt auch oft zu Anträgen und Anfragen an die Landespolitik führten.

Unser Dank gilt auch diesmal wieder dem Landesvorstand der AWO, der es uns ermöglicht, einen barrierefreien Tagungsraum zu nutzen. Sowohl bei öffentlichen Veranstaltungen als auch zu unseren Treffen laden wir kompetente Referenten ein. Dazu kommt die regelmäßige Zusammenarbeit mit dem Landesbehindertenbeauftragten Dr. Jürgen Schneider, der Mitglied von Selbst Aktiv ist.

Zu den wichtigsten Themen gehörten zum Beispiel: der Stellenwert der Behindertenpolitik nach der Wahl 2011 (Große Koalition), die Inklusion innerhalb der Berliner SPD, inklusive Bildung in Berlin, Sportmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen, die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle, der Kampf um die Beteiligung von Menschen mit Behinderung im RBB-Rundfunkrat, Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung, bezahlbare barrierefreie Wohnungen und nicht zuletzt die Mobilität. Schwerpunkt für 2014 wird das geplante Bundesteilhabegesetz sein, das die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen endlich vom Kopf auf die Füße stellen muss.

Stets steht der Auftrag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bei allen Themen im Vordergrund.

Zum Jahresabschluss führten wir 2012 und 2013 erneut Treffen mit der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses durch, in denen es um die Bilanz der Berliner Behindertenpolitik und um die Formulierung gemeinsamer Ziele und Aufgaben ging. Hier würden wir uns jedoch eine stärkere Präsenz von Mitgliedern des Fraktionsvorstandes wünschen. Für unsere Zielstellung, uns aktiv in die Politik einzubringen, war die Zusammenarbeit mit der behindertenpolitischen Sprecherin der Fraktion Birgit Monteiro besonders wichtig. Über sie konnten kleine Anfragen und Anträge angeregt sowie Besprechungspunkte und Diskussionen mit dem Koalitionspartner inhaltlich vorbereitet werden. Außerdem nahmen VertreterInnen des AG-Vorstandes an den Sitzungen des AK VIII der Fraktion sowie an den Sitzungen des Landesvorstandes teil. Der Kontakt zur AG 60plus wurde vertieft. Besonders hier gibt es viele thematische Überschneidungen. Zudem gab es erste Kontakte zur Arbeitsgemeinschaft für Bildung und dem Arbeitskreis „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ der SPD Mitte. Zu verbessern bleibt nach wie vor die Zusammenarbeit mit anderen AGs und Fachausschüssen sowie mit unseren BVV-VertreterInnen, da viele Probleme, die Menschen mit Behinderung betreffen, in den Bezirken behandelt werden.

**Karin Sarantis-Aridas**  
Vorsitzende der AG Selbst Aktiv

## ARBEITSKREIS JÜDISCHER SOZIALDEMOKRATINNEN UND SOZIALDEMOKRATEN



Der Berlin-Brandenburger Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (AKJS) besteht nun seit rund sechs Jahren und trifft sich alle vier bis sechs Wochen. Grundsätzlich pflegt der AKJS einen engen Austausch mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und der Jüdischen Gemeinde Potsdam, da er ein länderübergreifender Arbeitskreis ist.

Der AKJS beschloss sich im Jahr 2012 vor allem zwei Themen inhaltlich zu widmen: die KZ-Gedenkstätte Columbiahaus und die Erörterungen zum Fremdrentengesetz sowie den sog. „Ghettorenten“. Die erste Jahreshälfte 2012 hat der AKJS genutzt, um in seinen Sitzungen über Ghetto-Renten, Entschädigung jüdischer NS-Opfer in Osteuropa und die Anrechnung von Rentenanwartschaften zu diskutieren. Dem Referat von unserem Mitglied Dmitri Stratiewski zum Thema Entschädigung „vergessener“ jüdischer NS-Opfer in Osteuropa folgte im Juli 2012 ein Schreiben an den Berliner Senat (Senatorin Kolat) zur Klärung der Situation. Leider blieb die Rückmeldung unbefriedigend.

Der AKJS ist eng mit anderen jüdischen Organisationen verbunden und bringt sich in andere jüdische Veranstaltungen ein. So zeigte er auch beim jährlichen Israeltag auf dem Wittenbergplatz Gesicht, an dem er im Mai 2012 mit einem Stand teilnahm. Beim Gemeindetag des Zentralrats der Juden in Deutschland im November 2013 haben sich ebenfalls viele über die Arbeit des AKJS informiert. Die Resonanz der Besucherinnen und Besucher der Veranstaltung war durchweg positiv und sie begrüßten, dass die SPD als einzige deutsche Partei einen eigenen jüdischen Arbeitskreis hat.

Nachdem sich der neue Landesvorstand formierte, kam es im August 2012 zu einem Kennenlernetreffen zwischen dem AKJS und dem neuen Landesvorsitzenden der Berliner SPD, Dr. Jan Stöß. Themen waren die Weiterführung der guten Kooperation, die Beschneidungsdebatte und die zügige Positionierung des SPD-Landesvorstands zu diesem Thema.

Auch auf anderer Ebene arbeitet der AKJS eng mit dem Senat und der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin zusammen. Es fand eine gemeinsame Sitzung mit dem Berliner Kulturstaatssekretär André Schmitz, der stadtwirtschaftspolitischen Sprecherin Ellen Haußdörfer sowie Vertretern des Fördervereins Gedenkstätte KZ Columbiahaus auf dem Tempelhofer Feld statt. Innerhalb der Diskussion geht es um die Frage, wie das Gedenken an das ehemalige KZ Columbiahaus auf dem Gelände des Tempelhofer Feldes angemessen Ausdruck finden kann. Diese Frage hat uns auch weit

in das Jahr 2013 hinein beschäftigt. Der AKJS ist Mitglied des vom Senat einberufenen Runden Tisches und bringt sich hier ein. In der jüngsten Sitzung im Dezember 2013 haben der Vorstand des Fördervereins Gedenkstätte KZ Columbiahaus und der AKJS gemeinsam beraten wie und wo eine Gedenkstätte angesiedelt werden kann, die sich in die Senatspläne zur Ansiedlung von Wohnen und Gewerbe auf dem Gelände integrieren ließe. In informellen Gesprächen hat der AKJS dies an die politisch Verantwortlichen herangetragen.

Der AKJS hat sich einigen Initiatoren angeschlossen, die darauf plädieren, dass das Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhofer von „Tempelhofer Freiheit“ in Tempelhofer Feld umbenannt werden soll. Hintergrund: Ein Gelände, das einige Jahrzehnte zuvor Ort des Freiheitsentzuges war, sollte nicht Jahre später im Namen das Wort „Freiheit“ tragen. Hierzu hat sich der AKJS im Sommer 2013 schriftlich an Stadtentwicklungssenator Michael Müller gewandt, vom dem der AKJS einen ablehnenden Brief erhielt.

Das Jahr 2012 war für die jüdische Gemeinschaft dahingehend bedeutend, da es eine öffentliche und politische Debatte darüber gab, ob die Beschneidung von minderjährigen Jungen weiterhin gestattet bleiben soll. Nach einem einstimmigen Beschluss zur Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion bei der Debatte um die Rechtmäßigkeit der Beschneidung minderjähriger Jungen hat sich der AKJS, vor allem durch seine Vorsitzenden Renée Röske und Dr. Gregor Wettberg intensiv mit Vertretern des Zentralrats, beider in Deutschland anerkannter Rabbinerkonferenzen, SPD-Abgeordneten, Vorstandsmitgliedern der Brandenburger SPD, Vorstandsmitgliedern einzelner Jüdischen Gemeinden wie Köln sowie der Ministerin Bilkay Öney ausgetauscht. Zudem haben Vertreter des AKJS an vielen Veranstaltungen zu dem Thema teilgenommen und dazu beigetragen die Debatte zu versachlichen. Hierzu gehören eine AJC-Konferenz und die Sitzung des Deutschen Ethikrates. Besonders innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion haben sich Vertreterinnen und Vertreter des AKJS eingebracht. Es ist den beiden Vorsitzenden gelungen ein Informationspapier zu erarbeiten, das von beiden Rabbinerkonferenzen gebilligt wurde. Dieses wurde der SPD-Bundestagsfraktion im September 2012 übergeben und die beiden Vorsitzenden standen der Fraktion für Fragen und zur Vermittlung kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung. Aus diesem Angebot resultierte eine Informationsveranstaltung mit MdBs an der nicht nur die beiden Landesvorsitzenden, sondern auch Rabbinerin Ederberg (Berlin) und Rabbiner Soussan (Mainz) teilnahmen. Diese Fraktionsveranstaltung lief unter der Schirmherrschaft der SPD-Fraktionsvorsitzenden Christine Lambrecht im Vorfeld eines fraktionsoffenen Abends der Fraktion (Oktober 2012).

Der AKJS hat nicht nur Gespräche mit der SPD geführt. Die CDU-geführte Senatsverwaltung für Justiz nahm gerne Kontaktdaten von rabbinischen Ansprechpartnern sowie Kritik des Berliner AKJS entgegen, nachdem wir deutlich machten, dass die verabschiedeten Regularien das jüdische Leben in Berlin erschweren.

Der AKJS steht dem Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD nahe. In einer gemeinsamen Sitzung mit den beiden Staatssekretären Christian Gaebler und Barbara Loth haben beide Arbeitskreise über die Themen Bet- und Lehrhausprojekt Petriplatz, Beschneidung und Antisemitismus diskutiert. Es ist von beiden Seiten gewollt, weiterhin eng miteinander zusammen zu arbeiten. So ist für das Jahr 2014 eine gemeinsame Veranstaltung im Rahmen des Europawahlkampfes geplant. Hier soll es um den aufkeimenden Nationalismus und seine Folgen in Europa gehen.

Die Beteiligung an Wahlkämpfen ist für den Berliner AKJS sehr wichtig. Im Zentrum des Wahlkampfes steht immer die Aufforderung an die Bürgerinnen und Bürger ihr demokratisches Wahlrecht wahrzunehmen und eine demokratische Partei zu wählen. Im zweiten Schritt empfehlen wir die SPD zu wählen, weil wir glauben, dass sie am besten unsere Interessen vertritt. Der AKJS besucht vor allem Veranstaltungen und baut Wahlkampfstände bei jüdischen Veranstaltungen auf. Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes haben wir die Kandidatin Ülker Radziwill unterstützt, unter anderem mit einer Flyerverteilung bei den jüdischen Kulturtagen im August 2013. Dazu hat der AKJS wieder einen eigenen Flyer konzipiert, der vorher in einer AK-Klausur diskutiert wurde. Eine Veranstaltung mit der Holocaustüberlebenden Inge Deutschkron konnte leider aufgrund gesundheitlicher Beschwerden nicht realisiert werden.

Im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes hat sich auf Initiative von Andrea Nahles und Christian Lange das Projekt „Wald der SPD“ gegründet. Im Rahmen des 150-jährigen Bestehens der SPD wurden Spenden für die Bepflanzung von 5000 Bäumen in Israel gesammelt. Diese Aktion hat der AKJS unterstützt und namentlich durch die beiden Vorsitzenden (auch auf Facebook) dazu aufgerufen zu spenden. Intern haben wir die Projekte der KKL in Israel diskutiert und beschlossen vermehrt Kontakt zu israelischen Parteien und Delegationen aufzunehmen.

*Renée Röske & Dr. Gregor Wettberg*  
Landesvorsitzende

## ARBEITSGRUPPE SOZIALDEMOKRATISCHER BÜRGERMEISTER/INNEN UND STADTRÄT/INNEN

Die Sozialdemokraten haben im Berichtszeitraum neun Bürgermeister gestellt. Diese haben zu Beginn der Wahlperiode 2011/12 beschlossen, ihre Sitzungen ausschließlich mit den Bürgermeistern ohne Stadtratsvertreter durchzuführen. Zudem wurde mit Clara West eine Ansprechpartnerin aus dem Abgeordnetenhaus als dauerhaftes Mitglied in die AG berufen. Deren Präsenz hat der Kommunikation zwischen Abgeordnetenhausfraktion und Bezirken sehr genutzt. Zudem sind Vertreter der Fraktionsführung an zwei Sitzungen im Jahr beteiligt.

Ausschlaggebend hierfür war der zuletzt schwache Besuch der Sitzungen in der vorhergehenden Wahlperiode und die Überlegung, dass in einer solchen Runde die zentralen Anliegen der Bezirke wirksamer vertreten werden können, als in einer Runde mit Stadträten und ihren fachbezogenen Themen. Beginnend ab Januar 2014 soll jedoch ein- bis zweimal im Jahr eine gemeinsame Sitzung mit den Stadträten durchgeführt werden, um deren Informationsbedarfe zu erfüllen.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Erwartungen der AG erfüllt wurden. Bei den monatlichen Treffen kann eine sehr hohe Anwesenheit konstatiert werden. Die Qualität der inhaltlichen Arbeit ist hoch. Die Berücksichtigung der Positionen und Arbeitsergebnisse für die Landespolitik ist deutlich gestiegen.

### ► Entwicklung von Inputs für die inhaltlich-programmatische Weiterentwicklung der Berliner SPD

Zahlreiche inhaltliche Positionen der Bezirke konnten erarbeitet und gegenüber Fraktion und Partei vertreten werden. Insbesondere gilt dies für den Bereich Haushalt und Leistungserbringung der Bezirke. Vertreter der AG sind in ihrer Funktion als Bezirksbürgermeister unter Berücksichtigung der AG Positionen auch in anderen Gremien, z.B. AG Bezirksfinanzen der Landes SPD, tätig gewesen.

### ► Beitrag zum Bundestagswahlkampf

Es ist ein indirekter positiver Beitrag durch die Berücksichtigung kommunaler Belange zu vermuten. Die deutlich stärkere Würdigung der kommunalen Interessen und Problemlagen im Koalitionsvertrag liegen zumindest auf der Linie der AG-Politik.

*Stefan Komoß*

## ARBEITSGRUPPE SOZIALDEMOKRATISCHER FRAKTIONSVORSITZENDER

Die AG der Fraktionsvorsitzenden hat sich an jedem 3. Freitag im Monat zusammen mit dem SGK Vorstandsmitglied Rainer Thamm getroffen.

### Folgende Themen wurden behandelt:

- ▶ Konzept zur Personalmittelzuweisung der Bezirke
- ▶ Finanzen Land / Bezirke
- ▶ Rückübertragungen der Liegenschaften in den Bezirken
- ▶ Austausch über die Arbeit der Piraten in den BVV'en
- ▶ Finanzierung der Jugendarbeit
- ▶ Mangel an Kita-Plätzen – Rückübertragungen von Liegenschaften in die Bezirke
- ▶ Gespräch mit der Bezirksbürgermeisterin Tempelhof/Schönebergs zum Thema Personalsituation in den Bezirken
- ▶ Regelmäßige Gesprächstermine mit Raed Saleh und Torsten Schneider zum Thema Haushalt im Land Berlin und seiner Bezirke sowie Personalabbau in den Bezirken
- ▶ Konzept Bürgerhaushalte in den Bezirken
- ▶ Stellungnahme der AG der Fraktionsvorsitzenden zur Aufgabe der 3%-Hürde zu den BVV-Wahlen
- ▶ Gespräch mit Daniel Buchholz zum Thema Rekommunalisierung und Daseinsvorsorge sowie Förderung des öffentlichen Wohnungsbaus

Wir haben weiterhin als AG der Fraktionsvorsitzenden Pressemitteilungen und parteiinterne Stellungnahmen, sowie Anträge für den Landesparteitag und Landesvorstand erarbeitet. Leider war es uns terminlich nicht möglich an der AG Bezirksfinanzen teilzunehmen, weil die Termine auf den Vormittag gelegt wurden. Wir haben aber als AG der Fraktionsvorsitzenden zum Papier der AG Bezirksfinanzen kritische Anmerkungen formuliert und damit auch eingebracht. Des Weiteren haben wir eine neue Runde der haushaltspolitischen Sprecherinnen und Sprecher und der Ausschussvorsitzenden gegründet. Ziel ist es, dass sich die Haushaltspolitikerinnen und Politiker besser koordinieren und austauschen. Gerade zu den Doppelhaushalten ist dies notwendig. Sprecherin der Haushaltsarbeitsgruppe ist Constanze Röder aus Charlottenburg-Wilmersdorf.

Ich möchte mich beim SPD-Landesvorstand, der Abgeordnetenhausfraktion sowie der SGK-Berlin für die gute Zusammenarbeit bedanken. Des Weiteren bedanke ich mich bei allen Fraktionsvorsitzenden in den BVVen für die gute und solidarische Zusammenarbeit.

**Christian Haß**

*Sprecher der AG der Fraktionsvorsitzenden*

## ABGEORDNETENHAUSFRAKTION



In den Berichtszeitraum fällt die erste Hälfte der 17. Legislaturperiode des Berliner Abgeordnetenhauses. Die SPD-Fraktion hat bereits viele wichtige Entscheidungen getroffen und legt eine erfolgreiche Zwischenbilanz vor.

### Die Ausgangslage

Am 18. September 2011 wurde das Berliner Landesparlament neu gewählt und die SPD ist zum dritten Mal in Folge stärkste Kraft bei der Abgeordnetenhauswahl geworden. Die aktuelle Sitzverteilung im Parlament (Stand Februar 2014): SPD 47 Sitze, CDU 38 Sitze, Grüne 29 Sitze, Linke 19 Sitze, Piraten 15 Sitze, 1 Abgeordneter ist fraktionslos.

Vorsitzender der SPD-Fraktion ist Raed Saleh. In der Koalition mit der CDU haben wir als stärkerer Partner den Führungsanspruch und machen Politik mit deutlich sozialdemokratischer Handschrift.

### Die 10 wichtigsten Entscheidungen in der ersten Hälfte der Legislatur

1. Wohnungsneubaufonds
2. Rückkauf der Wasserbetriebe und Wasserpreissenkung
3. Start der Stadtwerksgründung
4. Landesmindestlohngesetz
5. Brennpunktschulprogramm
6. verstärkter Kitaplatzausbau
7. Verdopplung der Schulsanierungsmittel
8. mehr Stellen für Polizei, Feuerwehr, Landeskriminalamt und Justiz
9. neue Liegenschaftspolitik
10. Landeshaushalt ohne neue Schulden

### Die positive Zwischenbilanz für Berlin – Stabilität und Wachstum

#### Gute Bildung, sozialer Aufstieg:

- ▶ **10.000 neue Kitaplätze** sind in dieser Legislatur bereits entstanden. Weil frühkindliche Bildung wichtig für den Lernerfolg in der Schule ist, investieren wir weiter in den Kitaplatzausbau.

- ▶ Wir setzen die **Sanierung von Kitas, Schulen, Sportstätten und Spielplätzen** fort und haben zusätzliche Mittel dafür bereitgestellt.
- ▶ **2.700 Lehrerinnen und Lehrer** sind unbefristet neu eingestellt worden.
- ▶ Mit dem **Lückenschluss bei der Hortbetreuung** erhalten Kinder mit festgestelltem Bedarf von 6.00 bis 18.00 Uhr Ganztagsangebote an den Grund- und Sonderschulen – auch an Ferientagen.
- ▶ Durch das Gesetz zur **Ganztagsbetreuung von Kindern und Jugendlichen mit schweren Behinderungen** kann auch über die Grundstufe hinaus bis zum Schulabschluss ergänzende Förderung und Betreuung angeboten werden.
- ▶ Mit der **verpflichtenden Sprachstandsfeststellung** werden Eltern bei Nichtteilnahme ihres Kindes mit einem Bußgeld belegt, denn das Beherrschen der Sprache ist Voraussetzung für den Bildungserfolg.
- ▶ Das **Brennpunktschulprogramm** bietet 218 Berliner Schulen mit besonderen Belastungen die Möglichkeit, mehr Mittel zur Unterstützung des Schulalltags auszugeben, zum Beispiel für Schulsozialarbeit, Sprachmittlerinnen und -mittler, Anti-Gewalt-Training oder Mediation.
- ▶ Obwohl die Bundesregierung die dringend benötigten Fördermittel gestrichen hat, erhalten wir die **Schulsozialarbeiterstellen** und finanzieren sie aus Landesmitteln.
- ▶ Wir setzen auf eine **konsequente Durchsetzung der Schulpflicht**, z.B. mit Schulversäumnisanzeigen, elektronischem Klassenbuch und verbindlichen Eltern-Klassenlehrergesprächen.
- ▶ Für die **Beschulung von Flüchtlingskindern** ohne Deutschkenntnisse haben wir die Haushaltsmittel auf 400.000 Euro verdoppelt.
- ▶ Für die Gründung weiterer **Familienzentren** in den Berliner Bezirken stehen 2,6 Millionen Euro zur Verfügung. Mit den Angeboten für Eltern und Kinder in den Kiezen wollen wir den Zugang zu Bildung weiter verbessern.
- ▶ Weil jedes Kind gesunde und leckere Mahlzeiten bekommen soll, haben wir die **Qualität des Schulmittagessens** verbessert.
- ▶ Mit den **Hochschulverträgen** sind die Berliner Hochschulen und Fachhochschulen für die kommenden Jahre finanziell abgesichert und haben Planungssicherheit. Bis 2017 steigt der Etat für die Hochschulen um 122 Millionen Euro.
- ▶ Berlin hat mit der Freien Universität und der Humboldt-Universität **zwei Exzellenzuniversitäten** von bundesweit elf. Dazu kommen vier Exzellenz-Cluster und neun Graduiertenschulen.
- ▶ Mit der **Einstein Stiftung** bündeln wir herausragende Forschungsbereiche, die sich innerhalb und außerhalb der Universitäten befinden. Wir haben die Einstein Stiftung mit 7 Millionen Euro zusätzlich gestärkt.
- ▶ Berlin hält mit 29 Prozent den **Spitzenplatz beim Anteil der Professorinnen**. 72 Frauen wurden 2013 neu berufen.
- ▶ Mit der **Sportprofilquote** für zulassungsbeschränkte Studiengänge wird Spitzensportlerinnen und -sportlern aus der Region der Zugang zum Hochschulstudium erleichtert.

- ▶ Wir haben die Mittel für die wichtige Arbeit der **Musikschulen** in den Bezirken ab 2014 um 2,5 Millionen Euro pro Jahr erhöht.
- ▶ In Berlin gibt es **keine Studiengebühren** und die drei Kitajahre vor der Einschulung sind beitragsfrei – wir halten an der **beitragsfreien Bildung** für alle fest.

#### Wichtige Zahlen:

- ▶ **64 Millionen Euro** für das Schul- und Sportstätten-Sanierungsprogramm
- ▶ **15 Millionen Euro** für die Brennpunktschulen
- ▶ **10.000** neue Kitaplätze
- ▶ **10 Millionen Euro** für das Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm
- ▶ **2.700** Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt
- ▶ Mehr als **164.000** Studierende an den Berliner Hochschulen

#### Wachsende Wirtschaft, faire Löhne:

- ▶ Im Ausschreibungs- und Vergabegesetz wurde der **Mindestlohn** auf 8,50 Euro als Bedingung für die Auftragsvergabe angehoben. Unser neu beschlossenes **Landesmindestlohngesetz** geht darüber hinaus: Überall dort, wo das Land Berlin wirtschaftlich Einfluss hat (z.B. bei Eigenbetrieben, Anstalten des öffentlichen Rechts und Beteiligungen, Zuwendungsempfängern) wird der Mindestlohn durchgesetzt.
- ▶ Im Vergabegesetz konnten wir als SPD-Fraktion eine Klausel durchsetzen, nach der Auftragnehmer des Landes Berlin **gleichen Lohn für gleiche Arbeit** zahlen müssen. Damit können bei öffentlichen Aufträgen keine unterschiedlichen Löhne in **Ost und West** gezahlt werden. Gleichzeitig wirkt diese Klausel auch gegen ungleiche Bezahlung von **Männern und Frauen**.
- ▶ Wir haben die **Leiharbeit** in landeseigenen Betrieben begrenzt. Sie ist künftig nur noch als Ausnahme erlaubt und darf nicht dauerhaft eingesetzt werden.
- ▶ Mit der **Berliner Joboffensive** hat das Land Berlin in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit mehr als 37.000 Berlinerinnen und Berliner aus Hilfebezug in Arbeit gebracht, so dass das Programm als bundesweit vorbildlich gilt und in den Regelbetrieb überführt wurde.
- ▶ Mit einem neuen Landesrahmenprogramm werden 67 **Integrationslotsinnen und -lotsen** beschäftigt; es ergänzt die bestehenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, durch die weiterhin auch die Stadtteilmütter gefördert werden.
- ▶ Wir haben die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Berlin Partner mit der Innovationsagentur der Technologiestiftung TSB fusioniert. Berlin hat nun eine **einheitliche Wirtschaftsförderstruktur** und eindeutige Ansprechpartner.
- ▶ Für das Berliner **Handwerk** wurde ein berlinweit geltender einheitlicher Parkausweis eingeführt. Darüber hinaus haben wir die Meistergründungsprämie für Existenzgründungen im Handwerk abgesichert.



- ▶ Berlin ist **Gründerhauptstadt**. Wir wollen mit einer stärkeren Vernetzung ansässiger Unternehmen mit der hiesigen Startup-Szene und mit der Wissenschaft neue Synergien freisetzen.
- ▶ Der Flughafen Tegel wird zu einem **Forschungs- und Industriepark** für Zukunftstechnologien. Wir haben die Konzepte und die Haushaltsmittel dafür bereit gestellt, so dass es nach dem Ende des Flugbetriebs eine schnelle Nachnutzung geben wird.

#### Wichtige Zahlen:

- ▶ **8,50 Euro** Mindestlohn für städtische Aufgaben
- ▶ **40.000** Unternehmensgründungen pro Jahr machen Berliner zur deutschen Gründerhauptstadt.
- ▶ **8 Prozent** weniger Arbeitslosigkeit seit 2005 (von 19 auf 11 Prozent)
- ▶ **1,24 Millionen** Berlinerinnen und Berliner waren im September 2013 sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das sind 2,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.
- ▶ **1,2 Prozent** ist die Berliner Wirtschaft 2012 gewachsen – gegenüber 0,7 Prozent in ganz Deutschland.
- ▶ Über **25 Millionen** Übernachtungen – damit hat Berlin eine neue Höchstmarke beim Tourismus erreicht.

#### Stabile Finanzen, weniger Schulden:

- ▶ Wir haben die erfolgreiche Konsolidierung des Landeshaushalts fortgesetzt. Seit 2012 macht das Land Berlin **keine neuen Schulden**. 2013 konnte ein Haushaltsüberschuss in Höhe von 476 Millionen Euro erwirtschaftet werden. Diese Summe wird zur Tilgung von Schulden eingesetzt.
- ▶ Für die Jahre 2014/2015 haben wir einen **ausgeglichenen Haushalt** verabschiedet. Berlin kommt nicht nur ohne neue Schulden aus, der vom Parlament verabschiedete Haushaltsplan sieht sogar für die Jahre 2014 und 2015 eine weitere **Tilgung** der Schulden in Höhe von rund 316 Millionen Euro vor.
- ▶ Weniger Schulden bedeuten für Berlins Zukunft **mehr Handlungsfähigkeit**. Selbst bei den aktuell niedrigen Zinsen bewirkt der Abbau von Schulden Fortschritte für Berlin. Eine Milliarde Euro weniger Schulden sparen pro Jahr etwa 30 Millionen Euro an Zinsen – Geld, das in Berlin für eine gute Daseinsvorsorge, Wohnungsbau, Sicherheit oder Bildung ausgegeben werden kann.
- ▶ Wir setzen auf den Erhalt der **öffentlichen Infrastruktur: Das Programm für die Sanierung von Schulen und Sportstätten** haben wir auf 64 Millionen Euro verdoppelt und führen es in dieser Höhe fort. Das **Schlaglochprogramm** wird mit 25 Millionen Euro pro Jahr finanziert. Ein neues Programm für die **Sanierung von öffentlichen Kitas** in Höhe von 10 Millionen Euro wurde aufgelegt.

- ▶ Statt in den Schulden zu bleiben, haben wir dauerhafte neue Ausgaben durch Einnahmen finanziert: Mit einer Steuer für private Übernachtungen, der **City Tax**, schaffen wir – wie viele andere Städte – ein Instrument, mit dem die Erfolge beim Tourismus auch dem Gemeinwohl zu Gute kommen. Wir haben im Einklang mit den anderen Bundesländern die **Gründerwerbssteuer** auf 6 Prozent des Kaufpreises angehoben. Diese Steuer fällt einmalig beim Erwerb von Immobilien an – ohne die Mieten zu belasten.
- ▶ Berlin ist in die **Tarifgemeinschaft der Länder** zurückgekehrt. Damit wird das Bezahlungs- und Arbeitszeitniveau der Angestellten im öffentlichen Dienst schrittweise an die anderen Bundesländer angeglichen. Auch für die Berliner Beamten haben wir Verbesserungen erreicht. 2012/13 sind die Besoldungen um 2 Prozent gewachsen. 2014/15 wachsen die Besoldungen jeweils um 2,5 Prozent.

#### Wichtige Zahlen:

- ▶ **476 Millionen Euro** Überschuss konnte Berlin 2013 erwirtschaften. Diese Summe wird zur Tilgung von Schulden eingesetzt.
- ▶ **Mehr als 85 Milliarden Euro** Schulden hätte Berlin ohne den Konsolidierungskurs der SPD-Fraktion heute.\* Aufgrund unserer Politik für stabile Finanzen liegt der Schuldenstand Anfang 2014 bei etwa 61,5 Milliarden Euro – mit sinkender Tendenz. Das zahlt sich für die Bürgerinnen und Bürger direkt aus: Ca. 600 Millionen Euro gesparte jährliche Zinszahlungen werden in Bildung, Infrastruktur und Wohnungsbau investiert.
- ▶ **2,5 Milliarden Euro** gibt Berlin pro Jahr für seine Kitas aus, damit Berlin Spitze bleibt in der frühkindlichen Bildung.
- ▶ **57,3 Millionen Euro** Überschuss haben die Bezirke 2012 erwirtschaftet.
- ▶ **250,5 Millionen Euro**. Um diese Summe ist der Bezirksplafond zwischen 2012 und 2014 gewachsen.
- ▶ **Rund 4,4 Milliarden Euro** pro Jahr gibt Berlin für die Bildung aus – und setzt hier den größten Schwerpunkt bei den verfügbaren Haushaltsmitteln.

\*Basis ist eine Ausgabenentwicklung im Vergleich der anderen Bundesländer seit 2002, Zins- und weitere Effekte aufgrund möglicher Abstufungen an den Finanzmärkten sind in diesem Szenario nicht enthalten.

#### Mehr Wohnungsbau, lebenswerte Kieze:

- ▶ Die **Zahl der landeseigenen Wohnungen** ist in zwei Jahren bereits um 15.000 gestiegen. Insgesamt verfügt Berlin derzeit über rund 285.000 landeseigene Wohnungen, weitere 3.500 Wohnungen werden neu gebaut.
- ▶ Für den **Neubau bezahlbarer Wohnungen** haben wir einen Wohnungsbaufonds in Höhe von 320 Millionen Euro geschaffen. Damit wird der Wohnungsbau von den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, von Genossenschaften und von privaten Bauherren gefördert.

- ▶ Wir haben ein Programm für mehr **landeseigene Wohnungen** beschlossen. Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften werden bis 2018 mindestens 775 Millionen Euro für den Wohnungsbau mobilisieren, davon 175 Millionen Euro Eigenkapital und 600 Millionen Euro Fremdkapital.
- ▶ Mit einer **Sprinterprämie** sorgen wir dafür, dass bestandsfähige Baugenehmigungen von den Bezirken schneller erteilt werden. Außerdem erhalten die Bauämter mehr Mitarbeiter für diese Aufgabe.
- ▶ Mieterinnen und Mieter haben jetzt einen zehnjährigen **Kündigungsschutz**, wenn ihre Mietwohnung in eine Eigentumswohnung umgewandelt und anschließend verkauft wird.
- ▶ Mit der **Begrenzung von Mieterhöhungen bei den landeseigenen Wohnungen** darf die Miete dort nur noch bis zu 15 Prozent in 4 Jahren erhöht werden. Die Modernisierungumlage ist ebenfalls begrenzt worden von 11 auf nur noch 9 Prozent.
- ▶ Mit dem **Zweckentfremdungsverbot** sorgen wir dafür, dass weniger Ferienwohnungen entstehen und mehr Raum zum Wohnen bleibt.
- ▶ Das **Tempelhofer Feld** bietet auch in Zukunft eine große grüne Parklandschaft mit Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten. An den äußeren Rändern sollen neue und bezahlbare Wohnungen entstehen.
- ▶ Die SPD-Fraktion hat sich in den vergangenen Jahren dafür eingesetzt, dass **Kleingartenflächen** erhalten bleiben. Auch bei steigendem Flächenbedarf für mehr Wohnungsbau halten wir an diesem Ziel fest.
- ▶ Für **10.000 neue Stadtbäume** werden gespendete Bäume aus Landesmitteln mitfinanziert. Dafür stellen wir 1,5 Millionen Euro bereit.
- ▶ 5 Millionen Euro werden für einen **Erlebnisspielplatz im Berliner Tierpark** investiert.
- ▶ Für bessere und **neue Radwege** stehen 7 Millionen Euro zur Verfügung. **Alle Busse der BVG und rund 100 U-Bahnhöfe sind barrierefrei.**

#### Wichtige Zahlen:

- ▶ **775 Millionen Euro** investieren die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften in den Neubau von bezahlbaren Wohnungen.
- ▶ **320 Millionen Euro** im Wohnungsneubaufonds
- ▶ Programm für **10.000** neue Straßenbäume
- ▶ **230 Hektar** Parklandschaft Tempelhofer Feld
- ▶ **72 neue Stellen** stellt das Land für die Erteilung von Baugenehmigungen bereit.
- ▶ **300 Plätze** für das Freiwillige Ökologische Jahr

#### Bessere Daseinsvorsorge, mehr Gemeinwohl:

- ▶ Wir haben die **Berliner Wasserbetriebe vollständig zurückgekauft** – denn das Wasser gehört in öffentliche Hand. Damit kommt die SPD-Fraktion dem Willen der Berlinerinnen und Berliner nach einer Wasserversorgung in kommunaler Hand nach und macht die Fehler der Privatisierungspolitik rückgängig.

- ▶ Die **Wasserpreise wurden dauerhaft gesenkt**. Der Tarif für Frischwasser wurde um 15 Prozent gesenkt. Seit 2012 haben alle Wasserkunden die Preissenkung bereits als pauschale Erstattung erhalten.
- ▶ Das Abgeordnetenhaus hat die **Gründung eines Stadtwerks** beschlossen. Das entsprechende Gesetz sieht ein wirtschaftliches, transparentes und ökologisch arbeitendes öffentliches Unternehmen vor, das als Tochter der Berliner Wasserbetriebe gegründet wird. Derzeit befindet sich das Berliner Stadtwerk in der Startphase.
- ▶ Das Land Berlin bewirbt sich mit einem eigenen Unternehmen bei der Neuausschreibung der **Stromnetze**. Ziel ist ein dem Gemeinwohl verpflichtetes Stromnetz und mehr Einfluss auf eine sichere und wirtschaftliche Berliner Stromversorgung.
- ▶ Unsere **neue Liegenschaftspolitik** setzt auf städtische Interessen und hat den Verkauf der landeseigenen Grundstücke zum Zweck der Haushaltskonsolidierung beendet. Die landeseigenen Grundstücke dienen dem Wohnungsbau, der Wirtschaftsansiedlung, als Flächen für Schulen und Kitas in der wachsenden Stadt, für die Kultur und für die soziale Infrastruktur. In der Folge haben wir mehr Transparenz, mehr parlamentarische Kontrolle und mehr Gemeinwohl bei der Liegenschaftspolitik.
- ▶ Die Berliner Bäderbetriebe haben mehr Geld für die **Sanierung von Schwimmbädern** erhalten, außerdem haben wir die Zuschüsse für den laufenden Betrieb erhöht.
- ▶ Wir haben den **Superferienpass** gesichert. Damit haben Kinder und Jugendliche freien Eintritt in allen Bädern der Berliner Bäderbetriebe. Hinzu kommen viele weitere Angebote aus den Bereichen Sport, Kultur und Freizeitgestaltung.

#### Wichtige Zahlen:

- ▶ **15-prozentige** Senkung des Frischwasserpreises
- ▶ **37 Schwimmhallen** in den Berliner Kiezen
- ▶ **5,5 Millionen Euro** investieren wir in die Startphase des neuen Berliner Stadtwerks.
- ▶ **188,4 Millionen Euro** betrug der Gewinn der großen landeseigenen Beteiligungen 2012.
- ▶ Um **2 Millionen Euro** ist das Vermögen der öffentlichen Unternehmen Berlins zwischen 2008 und 2012 gestiegen.
- ▶ **Über 48.000 Berlinerinnen und Berlinerinnen** sind bei den landeseigenen Unternehmen Vivantes, Charité, BVG, BSR und Berliner Wasserbetriebe beschäftigt.

#### Sichere Stadt, starke Polizei:

- ▶ Wir haben Haushaltsmittel bereitgestellt für **mehr Personal** bei der Polizei (+350 Stellen), der Feuerwehr (+80 Stellen), dem Landeskriminalamt (+10 Stellen), der Staatsanwaltschaft (+28 Stellen) und dem Objektschutz (+130 Stellen).
- ▶ Eine eigene **Schwerpunktabteilung Cyberkriminalität** bei der Berliner Staatsanwaltschaft soll Straftaten im Internet besser bekämpfen. Mit der einheitlichen **48-Stunden-Speicherfrist** für die Videoüberwachung in Bussen, Bahnen und Bahnhöfen können Straftäter schneller ermittelt werden.

- ▶ Das erfolgreiche Pilotprojekt **Handyblocker** wird auf die Untersuchungshaft in Berlin ausgedehnt, damit keine weiteren Straftaten mit dem Mobiltelefon organisiert oder Zeugen beeinflusst werden können.
- ▶ Wir haben die Zahl der **Jugendarrestplätze verdoppelt**, damit straffällige Jugendliche zeitnah eine Reaktion auf ihre Taten erfahren und verstehen, dass Kriminalität keine Zukunftsperspektive hat.
- ▶ Mit dem **Opferschutzbeauftragten** erhalten Opfer von Straftaten eine effektivere Unterstützung.
- ▶ Wir haben gemeinsam mit den anderen Bundesländern einen **Verbotsantrag gegen die NPJ** beim Bundesverfassungsgericht gestellt.
- ▶ Die neu eröffnete **Justizvollzugsanstalt Heidering** ist eine der modernsten Haftanstalten Europas. Eine gelungene Resozialisierung von Straftätern ist der beste Schutz der Bevölkerung vor neuen Straftaten.
- ▶ Mit dem neuen **Gesetz zur Sicherungsverwahrung** können Straftäter, die nach Verbüßung ihrer Strafe weiter eine Gefahr für die Öffentlichkeit darstellen, auf dem Gelände der JVA Tegel untergebracht werden.
- ▶ Über das **Online-Portal „Maerker“** können Anwohnerinnen und Anwohner den Ordnungsämtern z.B. illegal entsorgten Müll oder defekte Ampelanlagen melden. Der Bearbeitungsstand kann im Internet verfolgt werden.
- ▶ Wir sorgen für **mehr Verbraucherschutz**, z.B. mit dem besseren Schutz gegen den Erwerb von „Schrottimmobilien“, mit mehr Transparenz bei der Bestellung von Insolvenzverwaltern und unserer Bundesratsinitiative für die Begrenzung von Kreditzinsen. Die Verbraucherzentrale Berlin erhält mehr Geld für ihre Arbeit.

#### Wichtige Zahlen:

- ▶ **350 neue Stellen** bei der Berliner Polizei
- ▶ **80 zusätzliche Stellen** bei der Berliner Feuerwehr
- ▶ **28 neue Staatsanwältinnen und Staatsanwälte** für eine effektivere Strafverfolgung
- ▶ **14 Tage** vor der Unterschrift muss der Immobilienvertrag beim Käufer vorliegen
- ▶ **48 Stunden Speicherfrist** für Videoüberwachung für mehr Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr
- ▶ **1.284.000 Euro** für die Verbraucherzentrale Berlin jährlich

#### Spannende Kultur, kreative Szene:

- ▶ Über 430 Millionen Euro gibt Berlin für seine **herausragende Kultur** in den Bereichen Bühne und Tanz, Museen und Gedenkstätten, Chöre und Orchester, bildende Kunst sowie Literatur und Bibliotheken aus.
- ▶ Unser Programm zur **kulturellen Bildung** führt Kinder und Jugendliche an das kulturelle Leben heran. Es umfasst die großen Kultureinrichtungen der Stadt bis hin zu den kulturellen Angeboten der Bezirke. Aufgrund des großen Erfolgs haben wir das Programm verstärkt.

- ▶ Mit einem Ausstellungsfonds stärken wir die **kommunalen Galerien** als Standorte für die Präsentation zeitgenössischer bildender Kunst. Pro Bezirk bedeutet das 20.000 Euro jährlich mehr für diese Arbeit.
- ▶ Wir haben einen **Preis für Präsentations- und Projekträume** geschaffen, der das interdisziplinäre Kunst- und Kulturangebot der freien Szene honoriert.
- ▶ Wir haben die Zuschüsse für die **Strukturförderung der freien Szene** ab 2014 um 1 Million Euro pro Jahr erhöht. Davon werden 400.000 Euro für die Einrichtung eines Eigenmittelfonds, 300.000 Euro für einen Wiederaufnahmefonds und weitere 300.000 Euro für die Aufstockung der Basisförderung verwendet.
- ▶ Wenn die Einnahmen aus der **City Tax** höher sind als erwartet, werden wir ein Drittel der über 25 Millionen Euro hinausgehenden Einnahmen für die Förderung der Freien Szene aufwenden.
- ▶ Das Ateliergebäude der **Bernhard-Heiliger-Stiftung** wird zu einem Ausstellungshaus umgebaut und die Skulpturen deutscher Nachkriegszeit präsentiert.
- ▶ Mit der Grundsteinlegung im Juni 2013 nimmt sowohl der Bau als auch das Konzept des **Humboldt Forums** (Stadtschloss) Form an – und ist damit das größte kulturpolitische Projekt in Deutschland.
- ▶ Seit Anfang 2013 unterstützt das **Musicboard** die aufstrebende Popmusikszene Berlins, ab 2014 mit 1,5 Millionen Euro pro Jahr.
- ▶ Wir unterstützen die **Kulturwirtschaft**, zum Beispiel mit der Berlin Art Week und der Berlin Music Week. Neben Mikrokrediten und dem Venture Capital Fonds Kreativwirtschaft bietet die Investitionsbank Berlin auch ein Coaching Bonusprogramm an.

#### Wichtige Zahlen:

- ▶ **Rund 16 Millionen Mal** wurden 2012 die Berliner Museen und Gedenkstätten besucht.
- ▶ **100 neue Ateliers** für unabhängige Künstlerinnen und Künstler
- ▶ **25 neue Musikprobenräume** stärken die kulturelle Infrastruktur
- ▶ **176 Museen und Gedenkstätten** sowie 55 Ausstellungshäuser
- ▶ **470 Galerien** gibt es in Berlin.
- ▶ **100 Kinos mit 300 Leinwänden** – Berlin ist deutsche Kinohauptstadt, sowohl bei den Programm- als auch den Mainstream-Kinos.

#### Soziale Verantwortung, gesundes Berlin:

- ▶ Mit dem **Berlinpass** bekommen alle, die Hartz IV, Sozialhilfe, Grundsicherung oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, vergünstigten Eintritt bei Kultur, Sport und Freizeit.
- ▶ Wir haben die **Wohnaufwendungsverordnung** sozial gestaltet und die Richtwerte für Mieten und Heizkosten von Langzeitarbeitslosen und Erwerbs-

unfähigen angehoben – so konnte fast immer vermieden werden, dass Berlinerinnen und Berliner wegen zu hoher Wohnkosten umziehen müssen. Die Richtwerte passen wir den Anforderungen an.

- ▶ Unsere **Mobilitätshilfedienste** unterstützen ältere Menschen, die ihre Wohnung ohne Hilfe nicht mehr verlassen können. Das Personal leistet Hilfe beim Treppensteigen und begleitet zu Terminen. So bleiben die alten Menschen mobil und können länger eigenständig leben.
- ▶ Berlins **Pflegestützpunkte** sind Anlaufpunkte für die Pflegeberatung in Berlin – damit Familien die beste Einrichtung für ihre zu pflegenden Angehörigen finden.
- ▶ **Besuchsdienste** für Alte, Kranke oder Alleinlebende mit nur geringen sozialen Kontakten verringern soziale Isolation, verkürzen Krankenhausaufenthalte und vermeiden Heimunterbringungen.
- ▶ Berlins **Freizeit- und Beratungsangebote** für Menschen mit Behinderung unterstützen die Betroffenen bei der Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens, fördern die Teilhabe am Alltagsleben und vermeiden Vereinsamung.
- ▶ Berlin finanziert **Beratungs- und Versorgungsangebote** wie das Kältehilfe-Telefon, Straßensozialarbeit, Bahnhofsdienste, ambulante medizinische Versorgung und Notübernachtungen für Wohnungslose.
- ▶ **Stadtteilzentren** und die dazu gehörenden Selbsthilfe-, Kontakt- und Beratungsstellen bieten die Voraussetzungen für soziale Teilhabe und Bürgerschaftliches Engagement. Das Angebot ist an den Bedürfnissen der Kieze und Stadtteile ausgerichtet.
- ▶ Berlin hilft **Flüchtlingen**, die in ihren Herkunftsländern verfolgt oder gefährdet sind. Bereits jetzt lebt mehr als die Hälfte von ihnen in Wohnungen. Gemeinsam lässt sich die Aufgabe, für Flüchtlinge und Asylbewerber Unterkünfte bereitzustellen, leichter bewältigen. Land und Bezirke haben deshalb die gleichmäßige Verteilung in ganz Berlin vereinbart.

#### Wichtige Zahlen:

- ▶ **15 Prozent** des Landeshaushalts gibt Berlin für gesetzliche soziale Aufgaben aus.
- ▶ **12,9 Millionen Euro** des Integrierten Sozialprogramms unterstützen die soziale Infrastruktur – für Migrantensozialdienste, Altenhilfe, Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe, Unterstützung von Menschen mit Behinderung sowie Förderung von Ehrenamt und Selbsthilfe.
- ▶ **13 Mobilitätshilfedienste** unterstützen ältere Menschen, die ihre Wohnung ohne Hilfe nicht mehr verlassen können.
- ▶ **27 Pflegestützpunkte** informieren über die pflegerische Versorgungsstruktur in Berlin.
- ▶ **20 Besuchsdienste** kümmern sich um Alte, Kranke oder Alleinlebende mit nur geringen sozialen Kontakten.
- ▶ **31 Freizeit- und Beratungsangebote** für Menschen mit Behinderung finanziert das Land Berlin.

- ▶ Wir haben eine Initiative zu einer **bedarfsgerechteren Versorgung mit Haus- und Fachärzten** gestartet. Im Ergebnis wird die Versorgungsstruktur in der Stadt ausgewogener und das Prinzip der wohnortnahen Versorgung für alle Arztgruppen konsequent umgesetzt.
- ▶ Die **Charité** und **Vivantes** sichern für Berlin hervorragende Medizin in öffentlicher Hand ab. Mit umfangreichen Investitionen an der Charité, am Campus Benjamin Franklin und beim Virchow-Klinikum trägt das Land Berlin auch in Zukunft Verantwortung für eine gute medizinische Daseinsvorsorge.
- ▶ Die **Gesundheitswirtschaft** ist ein Wachstumsmotor für Berlin. Mit einer gezielten Ansiedlungspolitik stärken wir die Wachstums- und Beschäftigungspotenziale im Gesundheitssektor weiter.
- ▶ Der **Stadtplan der Gesundheitsförderung** erfasst die verschiedenen Aktivitäten und identifiziert fachliche Best-Practice-Beispiele. Mit dem **Aktionsprogramm Gesundheit** erhöhen wir das Niveau der Gesundheitsförderung in Berlin. Initiativen für sozialräumlich orientierte Präventionsketten werden gebündelt und unterstützt.
- ▶ Mit dem **Integrierten Gesundheitsprogramm** sichern wir Angebote der Gesundheitsversorgung und Prävention langfristig ab. Ziel ist es, die Gesundheitsförderung, die Prävention und die Versorgung im Land Berlin weiter zu entwickeln.
- ▶ Berlin fördert für besondere gesundheitliche Bedarfslagen **helfende Projekte** – zum Beispiel bei chronischen und psychischen Erkrankungen, der **therapeutischen Versorgung behinderter Schulkinder**, Schnelltests bei HIV/Aids, Telefonseelsorge sowie bei der **Suchtprävention** und der Betreuung Suchtkranker.
- ▶ Die **Hotline Kinderschutz** bietet jetzt Beratung in vier Sprachen: Deutsch, Türkisch, Arabisch und Russisch.

#### Wichtige Zahlen:

- ▶ Mehr als **1,2 Millionen Mal** wurden im Jahr 2012 Patientinnen und Patienten in den landeseigenen Gesundheitsunternehmen Vivantes und Charité behandelt.
- ▶ **220.000 Beschäftigte** arbeiten in der Berliner Gesundheitswirtschaft.
- ▶ Mehr als **100 Projekte** werden mit dem Integrierten Gesundheitsprogramm zur Gesundheitsversorgung und Prävention langfristig abgesichert. Rund **11,5 Millionen Euro** werden jährlich dafür zur Verfügung gestellt.
- ▶ **12 Beratungs- und Koordinierungsstellen** zur Prävention und Gesundheitsversorgung im Bereich HIV/Aids und anderer sexuell übertragbarer Krankheiten
- ▶ **8.463 Betten** haben die landeseigenen Gesundheitsunternehmen Charité und Vivantes.
- ▶ Mit **837.000 Euro** pro Jahr finanziert Berlin das neue Aktionsprogramm Gesundheit.

## Klausurtagungen 2014 und 2013

Die SPD-Fraktion fährt traditionell jedes Jahr im Januar zu einer Klausurtagung. Im Mittelpunkt der Debatte steht jeweils ein Schwerpunktthema, zu dem verschiedene Referentinnen und Referenten eingeladen werden.

Die **Klausurtagung 2014** hat vom 24. bis 26. Januar in Braunschweig stattgefunden. Schwerpunkt war das Thema Innere Sicherheit. Die SPD-Fraktion hat dazu die Resolution „Verantwortung für Liberalität und Sicherheit in einer Stadt der Vielfalt“ beschlossen und damit ihr **Innenpolitisches Programm für die Jahre 2014 bis 2016** vorgelegt.



Die **Klausurtagung 2013** fand vom 25. bis 27. Januar in Kołobrzeg (Kolberg) in Polen statt. Beschlossen wurde die Kolberger Resolution/Rezolucje Kołobrzezka, ein 10-Punkte-Programm für die Entwicklung des deutsch-polnischen Wirtschaftsraums unter Einbeziehung der Infrastruktur und des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes. Außerdem wurde eine Resolution zur Personalentwicklung in der Landesverwaltung verabschiedet.

## Die Arbeitskreise der Fraktion

Die SPD-Fraktion hat acht fraktionsinterne Arbeitskreise, in denen politische Initiativen vorbereitet, Detailfragen geklärt und parlamentarische Vorlagen erarbeitet werden. Diese werden der Fraktion dann zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Arbeitskreise:

AK I: Inneres, Verfassungsschutz, Recht, Verbraucherschutz, Netzpolitik  
Vorsitzender: Sven Kohlmeier

AK II: Bildung, Jugend, Familie, Wissenschaft, Sport  
Vorsitzender: Lars Oberg

AK III: Kultur, Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien  
Vorsitzende: Renate Harant

AK IV: Wirtschaft und Technologie  
Vorsitzende: Liane Ollech

AK V: Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen, Energie, Umwelt, Verkehr  
Vorsitzender: Daniel Buchholz

AK VI: Haushalt und Finanzen  
Vorsitzender: Karlheinz Nolte

AK VII: Gesundheit und Soziales  
Vorsitzende: Ellen Haußdörfer

AK VIII: Integration, Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen  
Vorsitzende: Franziska Becker

## Die fachpolitischen Sprecherinnen und Sprecher

Die SPD-Fraktion hat Experten für alle Politikfelder. Die fachpolitischen Sprecherinnen und Sprecher vertreten die Positionen der SPD-Fraktion nach außen und sind damit die richtigen Ansprechpartner für die Presse und für die Öffentlichkeit insgesamt:

Arbeit:	Birgit Monteiro
Bauen, Wohnen und Mieten:	Iris Spranger
Berufliche Bildung:	Franziska Becker
Bildung:	İlkin Özışık
Bundesangelegenheiten:	Karin Halsch
Europa und Medien:	Frank Zimmermann
Forschung:	Thorsten Karge
Frauen:	Dr. Ina Czyborra
Gesundheit:	Thomas Isenberg
Haushalt und Finanzen:	Torsten Schneider
Inneres:	Frank Zimmermann
Integration:	Rainer-Michael Lehmann
Jugend und Familie:	Björn Eggert
Kultur:	Brigitte Lange
Menschen mit Behinderungen:	Birgit Monteiro

Recht und Netzpolitik:	Sven Kohlmeier
Rechtsextremismus:	Dr. Susanne Kitschun
Soziales und Senioren:	Ülker Radziwill
Sport:	Dennis Buchner
Stadtentwicklung:	Ellen Haußdörfer
Strafvollzug:	Erol Özkaraca
Umwelt, Energie, Tierschutz:	Daniel Buchholz
Verbraucherschutz:	Irene Köhne
Verfassungsschutz:	Tom Schreiber
Verkehr:	Ole Kreins
Wirtschaft und Technologie:	Frank Jahnke
Wissenschaft:	Lars Oberg

### Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion

Mit den Beschlüssen zur **Parlamentsreform** setzt die Mehrheit des Abgeordnetenhauses auf **mehr Bürgernähe**. Durch die vom parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Torsten Schneider, mit drei anderen Fraktionen initiierte Regelung können die Abgeordneten vor Ort **Wahlkreisbüros** eröffnen. Die 47 SPD-Abgeordneten sind in ihren Kiezen sehr aktiv und freuen sich, dass die Anwohner künftig kürzere Wege haben, um Anliegen, Wünsche und Kritik zu äußern.

Die Reihe der **Berliner Stadtteiltage** läuft erfolgreich weiter. Jedes Mitglied der Fraktion kann zwei ganze Tage pro Jahr im Wahlkreis gestalten mit einem besonderen Programm für die Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehören z.B. Besuche bei Schulen und anderen Einrichtungen im Kiez. Auch Veranstaltungen zu aktuellen Themen und mobile Sprechstunden sind Bestandteile der Stadtteiltage.

**Ständiger Kontakt** mit den Medien, Unternehmen, Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften und anderen Organisationen der Stadt ist für uns selbstverständlich. Und natürlich mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Neben Veranstaltungen, Aktionen, Sprechstunden, Post-, E-Mail- und Telefonkontakten kommuniziert die Fraktion über ihre eigene Internetseite [www.spdfraktion-berlin.de](http://www.spdfraktion-berlin.de) und über Facebook [www.facebook.com/spdfraktionberlin](http://www.facebook.com/spdfraktionberlin). Hinzu kommen Broschüren, Faltblätter, Postkarten und weitere Publikationen, die alle auch online erhältlich sind.

### 47 für Berlin - Die Abgeordneten der SPD-Fraktion

#### Charlottenburg-Wilmersdorf

Franziska Becker, Frank Jahnke, Ülker Radziwill, Frédéric Verrycken

#### Friedrichshain-Kreuzberg

Björn Eggert, Sven Heinemann, Dr. Susanne Kitschun

#### Lichtenberg

Karin Halsch, Ole Kreins, Birgit Monteiro

#### Marzahn-Hellersdorf

Sven Kohlmeier, Liane Ollech, Iris Spranger

#### Mitte

Thomas Isenberg, İlkin Özışık, Ralf Wieland, Bruni Wildenhein-Lauterbach

#### Neukölln

Kirsten Flesch, Joschka Langenbrinck, Erol Özkaraca

#### Pankow

Dennis Buchner, Nikolaus Karsten, Rainer-Michael Lehmann, Alex Lubawinski, Sandra Scheeres, Torsten Schneider, Dr. Clara West

#### Reinickendorf

Thorsten Karge, Brigitte Lange, Jörg Stroedter

#### Spandau

Daniel Buchholz, Burgunde Grosse, Raed Saleh

#### Steglitz-Zehlendorf

Dr. Michael Arndt, Dr. Ina Czyborra, Irene Köhne, Andreas Kugler

#### Tempelhof-Schöneberg

Dilek Kolat, Michael Müller, Lars Oberg, Frank Zimmermann

#### Treptow-Köpenick

Renate Harant, Ellen Haußdörfer, Andy Jauch, Karlheinz Nolte, Robert Schaddach, Tom Schreiber

**BERLINER LANDESGRUPPE DER  
SPD-BUNDESTAGSFRAKTION**


Der Landesgruppe Berlin gehörten bis zur Bundestagswahl 2013 Dr. Eva Högl (Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und Rechtsausschuss), Petra Merkel (Vorsitzende des Haushaltsausschusses), Mechthild Rawert (Ausschuss für Gesundheit), Swen Schulz (Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung) und Wolfgang Thierse (Ausschuss für Kultur und Medien) an. Petra Merkel, Swen Schulz und Wolfgang Thierse vertraten die Landesgruppe Berlin zudem im Fraktionsvorstand. Wolfgang Thierse war Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Dr. Eva Högl Obfrau im NSU-Untersuchungsausschuss und Mechthild Rawert stellv. Sprecherin einiger Querschnittsarbeitsgruppen sowie Sprecherin der Landesgruppe Berlin.

Mit der Bundestagswahl 2013, für die Petra Merkel und Wolfgang Thierse nicht mehr kandidierten, vergrößerte sich die Landesgruppe Berlin auf acht Mitglieder - ein Erfolg für die SPD Berlin, die nunmehr durch acht starke Stimmen für soziale Gerechtigkeit im Bundestag vertreten ist.

**In den Ausschüssen des Deutschen Bundestages decken wir Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete ein breites Themenspektrum ab (Stand 02/2014):**

**Dr. Fritz Felgentreu**

- ▷ Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie im Verteidigungsausschuss
- ▷ Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- ▷ Schriftführer im Deutschen Bundestag

**Dr. Ute Finckh-Krämer**

- ▷ Mitglied im Auswärtigen Ausschuss sowie im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- ▷ Mitglied in den Unterausschüssen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sowie Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit
- ▷ Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und Schriftführerin im Deutschen Bundestag

**Dr. Eva Högl**

- ▷ Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
- ▷ Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien sowie im Vermittlungsausschuss und im Gemeinsamen Ausschuss nach Art. 53a GG
- ▷ Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz sowie im Innenausschuss und Sportausschuss

**Cansel Kiziltepe**

- ▷ Mitglied im Finanzausschuss
- ▷ Stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss

**Klaus Mindrup**

- ▷ Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.
- ▷ Stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss

**Mechthild Rawert**

- ▷ Mitglied im Ausschuss für Gesundheit
- ▷ Stellvertretendes Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats
- ▷ Sprecherin der Landesgruppe Berlin der SPD-Fraktion

**Matthias Schmidt**

- ▷ Mitglied im Innenausschuss sowie im Sportausschuss
- ▷ Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Tourismus
- ▷ Stellvertretender Sprecher der Landesgruppe Ost der SPD-Fraktion

**Swen Schulz**

- ▷ Mitglied im Haushaltsausschuss sowie dessen Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union
- ▷ Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Unser Ziel ist die Vertretung von Berliner Interessen als linker, ostdeutscher Landesverband bei den anstehenden Initiativen und Gesetzesverfahren im Parlament. Als Stadtgesellschaft einer Metropole spüren wir Berlinerinnen und Berliner zukunftsweisende Erfordernisse häufig früh, etwa

- ▶ das berechtigte Anliegen nach Gleichstellung und Diskriminierungsfreiheit für alle,
- ▶ den starken Druck, 25 Jahre nach dem Mauerfall für eine Angleichung der Lebensverhältnisse in allen Lebensbereichen zu sorgen,

- ▶ als Stadt der Kultur und Kreativität, aber auch eines sehr hohen Anteils von Beschäftigten und Selbstständigen im Niedriglohnssektor, für anständige Löhne und Einkommen zu sorgen,
- ▶ angesichts des demografischen Wandels für alle ein Leben voll Teilhabe und Würde zu gewährleisten.

### Zielorientierte und stetige Arbeitsstrukturen

Die Landesgruppe tagt regelmäßig vor jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages und trifft sich darüber hinaus bei gemeinsamen Terminen und besonderen eigenen Aktivitäten. Die Landesgruppe versteht sich als ein Scharnier zwischen Landes- und Bundespolitik.

Als kooptiertes Mitglied der Landesgruppe nahm Hella Dunger-Löper in ihrer Funktion als Staatssekretärin in der Senatskanzlei und Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund an den Sitzungen teil, um den Austausch zwischen Bundes- und Landesebene zu gewährleisten. Im Mittelpunkt standen dabei die für Berlin zentralen Themen Soziale Stadt, Mindestlohn, Arbeitsmarktpolitik und Bürgerschaftliches Engagement.

Der Austausch Bund-Land wird zusätzlich dadurch gestärkt, dass Mechthild Rawert als Landesgruppensprecherin auch beratendes Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand und kooptiertes Mitglied im Landesvorstand der SPD Berlin ist.

Die Berliner Bundestagsabgeordneten sind Mitglieder der Landesgruppe Ost der SPD-Bundestagsfraktion, zu der nach der Bundestagswahl 2013 weitere 21 Abgeordnete aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gehören. In den regelmäßigen Treffen dieser Interessensvertretung wurden und werden wichtige Initiativen vorbereitet, u.a. zur Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik oder auch zur Bund-Länder-Finanzbeziehung.

Seit 11/2013 ist Matthias Schmidt stellvertretender Sprecher der Landesgruppe Ost und intensiviert somit die Kooperation in erheblichem Maße.

### Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt

Der direkte und kontinuierliche Dialog mit der Parteibasis und den Berlinerinnen und Berlin ist allen Mitgliedern der Landesgruppe Berlin ausgesprochen wichtig.

Alle Genossinnen und Genossen sollen frühzeitig in laufende Diskussionen und Entscheidungsprozesse der SPD-Bundestagsfraktion mittelbar einbezogen werden. Zu-

gleich wollen wir unsere Politik auf direktem Wege mit den Berlinerinnen und Berlinern diskutieren. Wir laden deshalb einerseits zu eigenen Veranstaltungen, Gesprächskreisen und Aktionen ein und folgen andererseits den Einladungen zahlreicher Initiativen, Vereine und Verbände. Aus erster Hand informieren wird dabei frühzeitig über aktuelle gesellschaftspolitisch relevante Themen.

Um diesen direkten Draht sicherzustellen, haben wir Betreuungswahlkreise eingerichtet, um eine flächendeckende SPD-Präsenz auch in Bezirken ohne Bundestagsabgeordnete unserer Partei sicher zu stellen.

Bis zur Bundestagswahl 2013 betreute Eva Högl (Mitte) die Wahlkreise Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg/Prenzlauer Berg-Ost, Petra Merkel (Charlottenburg-Wilmersdorf) den Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf, Mechthild Rawert (Tempelhof-Schöneberg) Reinickendorf, Swen Schulz (Spandau, Charlottenburg-Nord) Marzahn-Hellersdorf sowie Lichtenberg und Wolfgang Thierse (Pankow) den Wahlkreis Treptow-Köpenick.

Durch die Vergrößerung der Landesgruppe auf inzwischen acht Berliner Abgeordnete können wir nunmehr die vier Berliner Bezirke ohne SPD-Abgeordnete jeweils zu zweit betreuen:

- ▶ **Charlottenburg-Wilmersdorf:** Dr. Ute Finckh-Krämer, Swen Schulz
- ▶ **Lichtenberg:** Dr. Fritz Felgentreu, Cansel Kiziltepe
- ▶ **Marzahn-Hellersdorf:** Dr. Eva Högl, Matthias Schmidt
- ▶ **Reinickendorf:** Mechthild Rawert, Klaus Mindrup

Die Mitglieder der Landesgruppe pflegen auch in ihrem jeweiligen Betreuungswahlkreis die enge Zusammenarbeit vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit dort ansässigen Vereinen, Verbänden und Organisationen, mit den SPD-Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften und Kreisverbänden sowie den Mitgliedern der Bezirksverordnetenversammlungen und des Abgeordnetenhauses. Die so geschaffene Struktur der Zuständigkeiten hilft zugleich, zeitnah auf BürgerInnen-Anfragen aus den Betreuungswahlkreisen zu reagieren.

### Regelmäßige Angebote zum Dialog

Im Berichtszeitraum haben die Mitglieder der Landesgruppe 50 "Fraktion vor Ort"-Veranstaltungen durchgeführt, um die Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Genossinnen und Genossen über aktuelle Themen zu informieren. Im Mittelpunkt standen dabei die Themengebiete Soziale Stadt und Mietenpolitik, Finanz- und Wirtschaftskrise insbesondere in der EU, Bürgerversicherung und Gesundheit, Pflege, Demografischer Wandel, Arbeitsmarktpolitik, Inklusion, Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation,



Außenpolitik, Kampf gegen den Rechtsextremismus, Energiewende sowie Netzpolitik. Stellvertretend für die vielen gut besuchten Diskussionsveranstaltungen sei auf die gemeinsame Landesgruppenveranstaltung zum Flughafenasylverfahren in Köpenick im Oktober 2012 verwiesen. Sie ist eines von vielen guten Beispielen dafür, wie die Landesgruppe bundespolitische Aspekte eines in Berlin intensiv diskutierten Themas bearbeitet.

Als etablierte und kieznahe Anlaufstellen für Bürgerinnen und Bürger unterhalten alle Mitglieder der Landesgruppe in ihren Wahlkreisen BürgerInnenbüros, in denen sie regelmäßige Sprechstunden anbieten. Hinzu kommen vielfach Angebote wie Mieter- oder Energieberatung.

Zugleich sind die Wahlkreisbüros Orte für gemeinsame Veranstaltungen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und für kulturelle Angebote, wie etwa Ausstellungen. Berlinweit bekannt geworden ist z.B. die Veranstaltungsreihe „Thierse trifft“.

### **Bundestag erleben**

Wir alle nutzen die uns vom Deutschen Bundestag zur Verfügung gestellten Kommunikationsangebote für Bürgerinnen und Bürger, für Alt und Jung. Unzählige BesucherInnen-Gruppen und Führungen – zumeist ergänzt um ein persönliches Gespräch im Reichstagsgebäude – fanden statt, darunter auch spezielle Angebote für Schulklassen, kindergerechte Führungen oder Workshops.

In den Wahlkreisen bietet jedes Mitglied der Landesgruppe jährlich sechs sogenannte Bundespresseamtsfahrten ("BPA-Fahrten") für jeweils 50 Berlinerinnen und Berliner an. Für Schülerinnen und Schüler richten wir regelmäßig PraktikantInnen-Plätze in den Bundestags- und Wahlkreisbüros ein und können zusätzlich im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms auch mehrmonatige Stipendiaufenthalte in den USA anbieten.

### **Erarbeitung und Kommunikation sozialdemokratischer Programmatik**

Die Vernetzung der inhaltlichen Arbeit steht im Fokus der Landesgruppe Berlin. Die Mitglieder der Landesgruppe nehmen an den jährlichen Klausurtagungen der SPD-Abgeordnetenhausfraktion teil und stärken so die enge Verzahnung sozialdemokratischer Bundes- und Landespolitik.

Zugleich sind wir Abgeordnete auch aktive FunktionärInnen in der SPD, als Mitglieder des jeweiligen Kreisvorstands ebenso wie in den Arbeitsgemeinschaften.

Wolfgang Thierse ist Vorsitzender des Kulturforum der Sozialdemokratie e.V. und Sprecher des Arbeitskreises Christen in der SPD. Dr. Eva Högl ist Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF), Mechthild Rawert Vorstandsmitglied der Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG), Beisitzerin der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv und auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene aktives Mitglied der AG Migration und Vielfalt. Fritz Felgentreu ist Vorsitzender der SPD Neukölln und stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner SPD. Klaus Mindrup ist Abteilungsvorsitzender, Cansel Kiziltepe engagiert sich in der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) und Matthias Schmidt in der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK).

In der 17. Legislaturperiode haben die Abgeordneten der Landesgruppe das sozialdemokratische Profil in der Oppositionsrolle der SPD insbesondere durch Anträge und schriftliche sowie kleine oder große Anfragen geschärft.

Im Zuge des Wahlprogramm-Prozesses 2013 haben die Abgeordneten der Landesgruppe die Diskussionen des Bürgerdialogs intensiv begleitet und die Eckpunkte der Berliner SPD eingebracht und vertreten. Schwerpunkte der Erarbeitung des Wahlprogramms waren entsprechend die Themen Mieten- und Wohnungspolitik, armutsverhindernde Renten und Mindestlohn, Gleichstellung, ein modernes Zuwanderungs- und Staatsangehörigkeitsrecht, die Steuergerechtigkeit und finanzielle Handlungsfähigkeit der Länder und Kommunen sowie die öffentliche Daseinsvorsorge.

### **Kontakt zu Berliner Institutionen und Verbänden**

Über die vielfältigen fachpolitischen Kontakte und Kooperationen der einzelnen Landesgruppenmitglieder hinaus führte die Landesgruppe Berlin Gespräche mit Berliner Verbänden und Institutionen, z.B. mit der Geschäftsleitung der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg, mit Weiterbildungsträgern, den Gewerkschaften, der Industrie- und Handelskammer sowie dem Landessportbund. Im Rahmen der Landesgruppe Ost bildet der jährliche Dialog mit dem Vorstand der Deutschen Bahn AG einen wichtigen Schwerpunkt.

Die Landesgruppe hatte sich bewusst dafür entschieden, an den Aktivitäten des SPD-Landesvorstandes, der Jusos und der ASF Berlin zum Girls' Day teilzunehmen, obwohl die Bundestagsfraktion ein eigenes Programm anbietet. So haben jedes Jahr junge Frauen aus Berlin Gelegenheit, am Alltag einer bzw. eines Abgeordneten teilzunehmen. Auch in Zukunft wird die Landesgruppe Berlin eigene Anstrengungen unternehmen, zum Girls' Day ein entsprechendes Angebot zu machen.

Inhaltliche Impulse für die politische Arbeit durch VertreterInnen von Vereinen, Projekten

und Einrichtungen wurden auf vielfältige Weise aufgenommen. Beispielhaft seien die thematischen Sommerfrühstücke und anschließenden Sommertouren von Mechthild Rawert oder die Innungsgespräche von Petra Merkel genannt. Die Verstetigung solcher Veranstaltungsformen soll auch weiterhin die Bindungen zu MultiplikatorInnen stärken.

### **Kultur der Mitarbeit: Ansprache und Partizipation**

Die Mitglieder der Landesgruppe informieren auf ihren Homepages und via Newsletter, Info-Briefen und Artikeln in öffentlichen bzw. SPD-Zeitungen regelmäßig über ihre Arbeit und Vorhaben. Die sozialen Netzwerke wie Facebook und Twitter dienen der politischen Kommunikation und dem Austausch. Die Erfahrungen mit den sozialen Netzwerken sind insbesondere hinsichtlich der Bewerbung von Veranstaltungen sehr positiv. Die Nutzung der sozialen Netzwerke bringt BürgerInnen und SPD-Mitgliedern neue Möglichkeiten der direkten Kommunikation mit den Abgeordneten.

Mit dem 2012 eröffneten „Zukunftsdialo online“ hat die SPD-Bundestagsfraktion als erste Fraktion im Deutschen Bundestag eine Dialog- und Beteiligungsplattform im Internet ("Adhocracy-Plattform") gestartet. Der Online-Dialog ist ein zusätzliches Mittel, Ideen und Vorschläge zur Zukunft unseres Landes in die Arbeit der Fraktion einzubringen.

Durch aktive Netzwerkarbeit und Mitarbeit in zahlreichen Initiativen, Vereinen und Organisationen tragen alle Bundestagsabgeordneten zur Stärkung des bürgerschaftlichen und (partei-)politischen Engagements bei.

#### ***Mechthild Rawert***

*Sprecherin der Landesgruppe Berliner MdB's*

## **EUROPÄISCHES PARLAMENT DAGMAR ROTH-BEHRENDT · MdEP**

### **I. Allgemeines**

Meine Arbeit als Abgeordnete des Europäischen Parlaments (EP) bestand auch in den letzten zwei Jahren aus der Arbeit im Wahlkreis in Berlin und der inhaltlich-legislativen Arbeit in Straßburg und Brüssel.

### **II. Wahlkreisarbeit in Berlin**

#### **a) Informationsangebot für Schulen und weitere Organisationen**

Ein besonderer Schwerpunkt der letzten zwei Jahre war wieder die Diskussion mit Schülerinnen und Schülern sowie mit Lehrerinnen und Lehrer über die Arbeit des Europäischen Parlaments und die Weitergabe von Informationsmaterial zum Europäischen Parlament an Schulen. Dabei besuchte ich sowohl Grund-, als auch Ober- und Berufsschulen auf Einladung der Schülerinnen und Schüler oder Lehrerinnen und Lehrer, z.B. die John-F.-Kennedy-Schule in Steglitz-Zehlendorf.

Darüber hinaus habe ich im Rahmen meiner weiter sehr engen Zusammenarbeit mit dem Verein Bürger Europas e. V. an zahlreichen Projekttagen zum Thema Europa als Referentin teilgenommen. Außerdem habe ich Jugendliche bei Fahrten zum Europäischen Parlament nach Brüssel oder Straßburg unterstützt, beispielsweise Jugendliche aus der Jugendbildungsstätte Haus Kreisau. Neben Gesprächen mit den Gruppen war ich ihnen auch bei der Organisation behilflich und habe Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner aus den europäischen Institutionen vermittelt.

Besonders hervorheben möchte ich, dass ich neben meinen zwei offiziellen Besuchergruppen viele weitere Gruppen aus Berlin in den letzten zwei Jahren als Gäste in Brüssel empfangen konnte. Der Besuch des Bundesvorstands der Türkischen Gemeinde Deutschlands im November 2013 sei hier beispielsweise erwähnt.

#### **b) Zusammenarbeit mit den Berliner Parteigliederungen**

Auf Einladung der Gliederungen der SPD Berlin habe ich an verschiedenen Diskussionsveranstaltungen und Veranstaltungen zu europapolitischen Themen wie z.B. zur Euro-

krise, zur Situation der Krisenländer innerhalb des Euroraumes und zu Fragen des Verbraucherschutzes teilgenommen. Natürlich stand ich auch den Gliederungen der SPD Berlin für Ihre Gremiensitzungen zur Verfügung.

### c) Ausgewählte zusätzliche Aktivitäten in Berlin

- ▶ Veranstaltungen mit den Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission in Berlin
- ▶ Mitglied des Vorstands des Vereins Bürger Europas e. V.
- ▶ Beiratstätigkeit bei der BSR, der Deutschen Universität für Weiterbildung (DUW Berlin) und im Stiftungsrat des Guts Parks Neukladow.
- ▶ Referentin bei Seminaren der Europäischen Akademie Berlin, u. a. in der Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern zur Europäischen Union.
- ▶ Besuch und Gespräche mit in Berlin ansässigen Unternehmen und Organisationen, z. B. der Berliner Stadtreinigung (BSR), dem Verband forschender Arzneimittelhersteller, Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e.V.
- ▶ Regelmäßiger Austausch mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Abgeordnetenhauses von Berlin
- ▶ Unterstützung von Förderanträgen und Vermittlung von europäischen Fördergeldern für Vereine, Verbände und Unternehmen; Unterstützung bei der Beantragung von Pilotprojekten
- ▶ Besucherfahrten mit über 200 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren nach Brüssel und Straßburg.

## III. Parlamentarische Arbeit in Brüssel und Straßburg

### a) Gesetzgeberische Arbeit

Die Schwerpunkte meiner legislativen Arbeit im Europäischen Parlament (EP) sind weiterhin Verbraucherschutz-, Gesundheitspolitik und Lebensmittelgesetzgebung. In diesen Bereichen hat das EP weitgehend volles Mitentscheidungsrecht im Gesetzgebungsverfahren.

Die Lebensmittelsicherheit ist auch in den vergangenen zwei Jahren ein Kernthema gewesen. Nicht nur durch den so genannten Pferdefleischskandal stehen vor allem Fragen der Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung von Lebensmitteln im Zentrum. Einige Themen aus diesem umfangreichen Arbeitsbereich als Beispiele:

#### Umgang mit Produkten von geklonten Tieren und ihren Nachkommen:

- ▶ Mein Ziel ist ein Verbot des Klonens und ein Verbot für die Vermarktung des Fleisches und anderer Produkte von geklonten Tieren.

- ▶ Wichtig sind dabei vor allem die Nachkommen geklonter Tiere. Da ein Verbot hier nicht durchzusetzen sein wird, fordere ich wenigstens eine Kennzeichnung der Produkte. Dagegen wehrt sich die Europäische Kommission – sicher auch mit Blick auf die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen mit den USA, in denen Fleisch von geklonten Tieren Normalität ist und nicht gekennzeichnet wird.

**Zur Verbesserung der Rückverfolgbarkeit von Rindfleisch habe ich mich als Berichterstatterin meiner Fraktion dafür eingesetzt, dass Rinder künftig eine verpflichtende elektronische Kennzeichnung (mittels elektronischer Ohrmarke) bekommen und die Kennzeichnung freiwilliger Angaben, z. B. zum Futter oder zur Haltung des Tieres, vorher beantragt werden müssen.**

- ▶ In beiden Fällen haben Christdemokraten und Liberale mit ihrer Mehrheit Verbesserungen für die Sicherheit der Lebensmittel und der Information für Verbraucherinnen und Verbraucher verhindert.

**Schon lange vor dem Pferdefleischskandal habe ich mich im Rahmen der Lebensmittelinformationsverordnung dafür eingesetzt, dass das Herkunftsland des Fleisches in verarbeiteten Produkten (z. B. Lasagne, Bolognese) gekennzeichnet werden muss.**

- ▶ CDU/CSU und FDP im EP haben dies unter dem Druck der Industrie und unter Hinweis auf die hohen Kosten abgelehnt.
- ▶ Studien zeigen jedoch, dass eine Kennzeichnung nur minimale Erhöhungen der Kosten und Preise zur Folge hätte.

**Auch bei frischem Fleisch von Geflügel, Schwein und Lamm gibt es bisher keine ausreichende Herkunftsland-Kennzeichnung:**

- ▶ Die Europäische Kommission hat Ende 2013 einen Vorschlag vorgelegt, der die Kennzeichnung des Ortes der Zucht und der Schlachtung verpflichtend macht, das Land der Geburt jedoch nicht (anders als bei Rindfleisch als Folge des BSE-Skandals).
- ▶ Es gehört aber zu einer vollständigen Information der Verbraucherinnen und Verbraucher dazu, damit sie informierte Kaufentscheidungen treffen können, aber auch hier blockieren insbesondere CDU/CSU und FDP Verbesserungen.

**Für große Kontroversen sorgen immer Regelungen der Zulassung zum Anbau und Vertrieb gentechnisch veränderter Organismen (GVO):**

- ▶ Bestehende Zulassungen dürfen nur erneuert bzw. neue Zulassungen für Anbau und Vertrieb nur erteilt werden, wenn wissenschaftlich eindeutig bewiesen ist, dass die GVO keine negativen Auswirkungen auf die Biodiversität haben.
- ▶ Da dieser Nachweis nicht zu führen ist, sind weitere Zulassungen sehr gefährlich und ich lehne sie ab.
- ▶ Zuletzt hat die Diskussion um die Zulassung der Maissorte Pioneer 1507 deutlich gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger keine gentechnisch veränderten Produkte möchten.

Die europäische Gesundheitspolitik war auch im Berichtszeitraum 2012-2014 mein Arbeitsschwerpunkt. Auch hier einige Beispiele:

**Als Berichterstatterin des Europäischen Parlaments war ich für die Gesetzgebung zu Medizinprodukten verantwortlich. Nach harten Verhandlungen und schmerzhaften Kompromissen ist es gelungen, eine Positionierung des Parlaments zu erreichen: Ziel ist die Erhöhung der Sicherheit der Produkte, insbesondere von (meist implantierbaren) Hochrisiko-Produkten wie Herzschrittmachern, Knie- und Hüftgelenken oder Brustimplantaten.**

- ▷ Das EP hat sich darauf geeinigt, dass diese Produkte künftig nicht – anders als von uns gefordert – zentral von einer europäischen Einrichtung zugelassen werden, sondern weiterhin durch so genannte benannte Stellen (wie z. B. den TÜV). Diese benannten Stellen sind aber künftig besonderen Anforderungen unterworfen und müssen z. B. endlich medizinisches Know-how nachweisen.
- ▷ Wir haben erreicht, dass künftig auch unangekündigte Kontrollen in den Fertigungsbetrieben durchgeführt werden dürfen. Damit kann besser gegen kriminelle Machenschaften, wie beispielsweise bei den mit Industriesilikon gefüllten Brustimplantaten der Firma PIP, vorgegangen werden.
- ▷ Künftig sollen zum Einmalgebrauch gekennzeichnete Produkte nicht wieder aufbereitet werden dürfen. Für Produkte, die wiederaufbereitet werden dürfen, gelten künftig höhere Qualitätsstandards.
- ▷ Bisher gibt es keine Einigung mit den Gesundheitsministern der Mitgliedsstaaten. Es ist bisher noch nicht einmal zu Verhandlungen zwischen Parlament und Rat gekommen, weil sich die Mitgliedsstaaten untereinander nicht einig können und wollen. Dies geht leider zu Lasten der Sicherheit der Patientinnen und Patienten!

**Die Überarbeitung der Tabakprodukt-Richtlinie hat zum Ziel, vor allem Jugendliche vom Griff zur Zigarette abzuhalten. Dafür ist es uns gelungen, eine Reihe von Maßnahmen gegen den starken Druck der Industrie durchzusetzen, u.a.:**

- ▷ Verbot von Slim-Verpackungen, die wie Lippenstiftpackungen aussehen und kostenlos im Internet bezogen werden konnten.
- ▷ Verbot von Aroma- und Zusatzstoffen, z. B. Menthol, so dass die Zigarette künftig nicht nach Erdbeere schmeckt, sondern nach dem, was wirklich drin ist: Tabak.

**Bei der Überarbeitung der Richtlinie zu den klinischen Prüfungen konnten wir eine Verbesserung der Sicherheit der Patientinnen und Patienten erreichen und dabei den Bedürfnissen der Forschung Rechnung tragen.**

- ▷ Die neue Gesetzgebung zur Überwachung der Sicherheit von Arzneimitteln verbessert die Rückverfolgbarkeit von Arzneimitteln von der Produktion bis zum Patienten.

**Ich habe auch in den vergangenen zwei Jahren darauf geachtet, dass Verwaltungsmaßnahmen der EU-Kommission nicht auf Kosten der Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern gehen. Dabei geht es z. B. um die Zulassung bzw. das Verbot von hormonstörenden Stoffen.**

**Mein besonderes Interesse gilt auch der Förderung von Projekten gegen (Brust-) Krebs. Ich engagiere mich daher seit vielen Jahren in der Intergroup des EP "MEP against Cancer" und beteilige mich auch an der Erarbeitung aktualisierter Leitlinien in diesem Bereich.**

**Neben diesen und anderen Gesetzgebungsvorhaben, die ich begleitet habe, engagiere ich mich weiterhin für den Tierschutz. Ich unterstütze die Kampagne „8 hours“, die sich für verstärkten Tierschutz bei Tiertransporten einsetzt. Darüber hinaus setze ich mich weiterhin aktiv dafür ein, alternative Testmethoden zu erforschen und zu entwickeln, um die Zahl der Tierversuche zu verringern.**

**Im Rechtsausschuss war ich Berichterstatterin für die Neufassung des Statuts der Beamtinnen und Beamten in der Europäischen Union. Es ist mir nach schwierigen Verhandlungen gelungen, einen guten Kompromiss zu finden, der die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der einen und die Interessen der Mitgliedsstaaten in Krisenzeiten auf der anderen Seite gleichermaßen berücksichtigt.**

#### b) Mitgliedschaft in parlamentarischen Gremien

- ▷ Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit
- ▷ Rechtsausschuss (Stellvertreterin)
- ▷ Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Chile
- ▷ Delegation in der Parlamentarischen Versammlung EU-Lateinamerika
- ▷ Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten (Stellvertreterin)

#### c) Sonstiges

- ▷ Europakalender 2013 und 2014
- ▷ Internetseite [www.dagmarrothbehrendt.de](http://www.dagmarrothbehrendt.de)

#### IV. Zum Abschluss ...

Liebe Genossinnen und Genossen,

dies ist mein letzter Rechenschaftsbericht für die SPD Berlin in meiner Funktion als Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Wie viele Dinge in diesen Tagen und Wochen, die ich zum letzten Mal mache, erfüllt mich dies mit vielen Emotionen.

Eure große Unterstützung in den zurückliegenden Jahren habe ich immer als etwas ganz Besonderes und nie als selbstverständlich angesehen. Dafür und für eure Unterstützung in den letzten 25 Jahren danke ich euch sehr herzlich.

Ich werde die Zeit im Europäischen Parlament und die Zusammenarbeit mit euch in wundervoller Erinnerung behalten. Womit ich meine Tage ab Juli füllen werde, weiß ich noch nicht. Aber ich weiß, dass meine politische Leidenschaft weiter diesem geeinten Europa gehören wird. Ich hoffe, dass das bei euch genauso ist und ihr dieses großartige europäische Projekt weiter unterstützt.

**Dagmar Roth-Behrendt**

*Mitglied des Europäischen Parlaments*

**SOZIALDEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT  
FÜR KOMMUNALPOLITIK E.V. · SGK**

**SGK**  
Berlin

Die im November 2012 turnusgemäß durchgeführte Neuwahl hat die durchaus bewährte Struktur des Landesvorstandes der SGK Berlin weiter bestätigt. Es wurde einvernehmlich weiterhin eine gute Mischung aus Vertretern der Bezirke und der Landesebene erreicht.

Auf den jährlichen **Klausurtagungen** wurden die inhaltliche Arbeit der SGK Berlin diskutiert und zu inhaltlichen Fragen Positionen festgelegt.

Es wurden u.a. zur neuen **Eurostrukturförderung ab 2014** und zu **stadtentwicklungspolitischen Schwerpunkten** in einem Flächenbezirk (Treptow/Köpenick) und einem Innenstadtbezirk (Charlottenburg/Wilmersdorf) Veranstaltungen durchgeführt.

Nach dem großen Erfolg der 1. Auflage des **Berliner Kommunalpolitischen Lexikons** wurde eine 2. Auflage fertig gestellt, die allen SGK Mitgliedern kostenfrei zur Verfügung gestellt wurde.

Der SGK-Landesvorsitzende nimmt als **kooptiertes Mitglied des Landesvorstandes (LV)** der SPD Berlin an deren Landesvorstandssitzungen, der 1. Stellvertretende Landesvorsitzende der SGK an den Sitzungen der AG der Fraktionsvorsitzenden, teil.

Zu den Berichten der vom LV eingesetzten Kommissionen wurden Stellungnahmen erarbeitet.

Zur Positionierung der SGK dient auch der **Info-Service-Dienst *forum***, der vier Mal im Jahr erscheint und allen Mitgliedern der SGK sowie den Landesparteitagsdelegierten zugeht. Hierzu sind auch weiter alle Mandatsträger unserer Partei aufgerufen, mit Artikeln den jeweiligen Diskussionsstand vorzustellen.

Als sehr informativ hat sich auch die Herausgabe des ***forum digital*** erwiesen, das in unregelmäßigen Abständen an alle SGK-Mitglieder ausschließlich per E-Mail versandt wird.

Die SGK Berlin ist weiterhin dazu aufgerufen, politische Ansätze in Bezirken und Land zu verfolgen und unseren MandatsträgerInnen auf Landes- wie Bezirksebene die notwendige Hilfestellung für die Durchsetzung einer leistungsfähigen sozialdemokra-

tischen Politik durch Empfehlungen und Arbeitshilfen für die praktische Politik in den Bezirken und auf Landesebene zu geben. Sie berät die sozialdemokratischen **Fraktionen in den Bezirksverordnetenversammlungen** und arbeitet mit der **SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus** in kommunalpolitischen Fragen zusammen. Sie hat eine **koordinierende Funktion zwischen den Bezirken und zur Landesebene** und pflegt **Kontakte zu anderen kommunalen Verbänden und Institutionen**.

Die SGK Berlin finanziert sich ausschließlich aus den Beiträgen ihrer Mitglieder. Ziel ist es, alle SPD-Mandatsträger zur Mitgliedschaft in der SGK Berlin zu bewegen, aber auch kommunalpolitisch interessierte SPD-Mitglieder und interessierte Bürgerinnen und Bürger sind Adressaten der Aktivitäten und somit gern gesehene Mitglieder der SGK Berlin. Auch der Landesvorsitzende der SPD Berlin, Jan Stöß, hat in einem gemeinsamen Schreiben mit dem SGK-Landesvorsitzenden alle Mandatsträger der SPD zum Eintritt in die SGK aufgerufen.

Durch Beschluss des Bundesvorstandes der SPD und des Parteikonvents der SPD ist auch die Rolle der SGK als kommunale Kraft in der politischen Auseinandersetzung gestärkt worden. Über den Organisationsgrad der politischen Mandatsträger in der SGK soll jährlich berichtet werden. Die SGK hat ein Antragsrecht auf den jeweiligen Parteitag.

Die SGK Berlin ist Bestandteil der Bundes-SGK. Die SGK Berlin ist in den jeweiligen Kommissionen auf Bundesebene jeweils mit einem Mitglied vertreten. Die SGK Berlin ist auf der Bundesdelegiertenversammlung der SGK vertreten und mit ihrem Landesvorsitzenden als gewählter Beisitzer im Bundesvorstand präsent.

Erfreulich ist ebenfalls die Tatsache, dass ehemalige Mandatsträger der SPD auf Landes- wie Bezirksebene nach ihrem Ausscheiden aus dem politischen Mandat der SGK Berlin die Treue halten.

**Horst Porath**

*Vorsitzender SGK Berlin*

**LANDESVORSTANDSLISTE · MIT KOOPTIERUNGEN**

Stand: Januar 2014

<b>Landesvorsitzender</b>	Dr. Jan Stöß
<b>StellvertreterInnen</b>	Dr. Fritz Felgentreu Barbara Loth Iris Spranger Dr. Philipp Steinberg
<b>Landeskassiererin</b>	Ulrike Sommer
<b>BeisitzerInnen</b>	Monika Buttgerit Lucyna Jachymiak-Krolikowska Birgit Monteiro Klaus Mindrup Ulrike Neumann Mark Rackles Jan-Christopher Rämer Barbara Scheffer
<b>Kreisvorsitzende</b>	<p><b>01 · Mitte</b> Boris Velter</p> <p><b>02 · Friedrichshain-Kreuzberg</b> Julia Schimeta</p> <p><b>03 · Pankow</b> Alexander Götz</p> <p><b>04 · Charlottenburg-Wilmersdorf</b> Christian Gaebler</p> <p><b>05 · Spandau</b> Raed Saleh</p> <p><b>06 · Steglitz-Zehlendorf</b> Dr. Michael Arndt</p> <p><b>07 · Tempelhof-Schöneberg</b> Dilek Kolat</p>

**08 · Neukölln**  
Erol Özkaraca

**09 · Treptow-Köpenick**  
Oliver Igel

**10 · Marzahn-Hellersdorf**  
Stefan Komoß

**11 · Lichtenberg**  
Ole Kreins

**12 · Reinickendorf** (kooptiert)  
Jörg Stroedter

**Vorsitzende / VertreterInnen der Arbeitsgemeinschaften**

**AfA**  
Rolf Wiegand

**AGS**  
Angelika Syring

**ASF**  
Dr. Eva Högl

**AG 60 plus**  
Werner Kleist

**AG Migration**  
Aziz Bozkurt

**Jusos**  
Kevin Kühnert

**Schwusos**  
Marius Niespor

**Kooptierte TeilnehmerInnen****Landesgeschäftsführerin**

Kirstin Fussen

**ASG**

Boris Velter

**ASJ**

Vera Junker

**AfB**

Monika Buttgerit

**AG Selbst Aktiv**

Karin Sarantis-Aridas

**AG der Fraktionsvorsitzenden**

Christian Haß

**Delegierte des Parteikonvents**

Daniel Buchholz

Caroline Fiedler

Karin Halsch

Dr. Christian Hanke

Andreas Höhne

Ulrike Sommer

**Präsident des****Abgeordnetenhauses**

Ralf Wieland

**Regierender Bürgermeister****von Berlin**

Klaus Wowereit

**Mitglieder des Senats**

Dilek Kolat

Michael Müller

Dr. Margaretha Sudhof

Sandra Scheeres

**Sprecherin der Berliner MdBs**

Mechthild Rawert

**Berliner MdEP**

Dagmar Roth-Behrendt

**DGB Bezirk Berlin-Brandenburg**

Doro Zinke

**AWO**

Hans Nisblé

**SGK**

Horst Porath

**Weitere TeilnehmerInnen****Sprecher des Senats**

Dr. Richard Meng

**Chef der Senatskanzlei**

Björn Böhning

**Stellvertretender Landesgeschäftsführer  
und Leiter Arbeitsbereich I****Mitgliederservice, Finanzen und Organisation**

Axel Oppold-Soda

**Leiterin Arbeitsbereich II****Zielgruppen, Projekte und Bürgerservice**

Daniela Fiedler

**Pressesprecherin des SPD Landesverbands**

Josephine Steffen

**Internetbeauftragter und verantwortlicher****Redakteur der Berliner Stimme**

Ulrich Horb

**Referent des Landesvorsitzenden**

Ralf Höschele

**Bildungsbeauftragter**

Ingo Siebert

**Parlamentarischer Geschäftsführer**

Torsten Schneider



**LANDESPARTEITAGE****Tagesordnung · Landesparteitag der Berliner SPD am 9. Juni 2012**

Beginn 9.30 Uhr · Einlass ab 8.30 Uhr

ESTREL Hotel Berlin, Sonnenallee 225, 12057 Berlin

1. Eröffnung · Iris Spranger
  - a) Wahl des Präsidiums (*anschl. Übernahme durch das Präsidium*)
  - b) Wahl der Antragskommission
  - c) Wahl der Mandatsprüfungskommission
  - d) Wahl der Wahlkommissionen
  - e) Beschlussfassung über die Tagesordnung
2. Grußworte
3. Berichte
  - a) Bericht des Landesvorsitzenden · *Michael Müller*
  - b) Bericht des Landeskassierers · *Harald Christ*
  - c) Bericht der Revisoren · *Jürgen Lüdtke*
  - d) Gleichstellungsbericht · *Barbara Loth*
4. Aussprache zu den Reden und Berichten
5. Entlastung des Vorstandes
6. Bericht der Mandatsprüfungskommission
7. Beratung statutenändernder Anträge
8. Wahlen
  - a) des Landesvorsitzenden/der Landesvorsitzenden
  - b) der vier stellvertretenden Landesvorsitzenden
  - c) des Landeskassierers/der Landeskassiererin
  - d) von acht Beisitzerinnen und Beisitzern
  - e) der zwölf Kreisvorsitzenden in den Landesvorstand
  - f) der Landesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften in den Landesvorstand (AG 60plus, Jusos, AsF, AfA, AGS, Schwusos und AG Migration und Vielfalt)
  - g) von sechs Delegierten zum Parteikonvent
  - h) einer/s Delegierten zum SPE Kongreß
  - i) der Landesschiedskommission (Vorsitzende/r, zwei stellvertretende Vorsitzende und vier weitere Mitglieder)

- j) von mindestens drei Revisorinnen und Revisoren
9. Beratung sonstiger Anträge
10. Schlusswort der/s neugewählten Landesvorsitzenden

**Tagesordnung · Landesparteitag der Berliner SPD am 27. Oktober 2012**

Beginn: 9.30 Uhr · Einlass ab 8.30 Uhr

BCC, Alexanderplatz, 10178 Berlin

1. Eröffnung · *Iris Spranger*  
Organisatorische Hinweise des Präsidiums
  2. Rede des Landesvorsitzenden der Berliner SPD · Jan Stöß
  3. Rede · *Olaf Scholz*, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, stellv. Vorsitzender der SPD, Landesvorsitzender der SPD Hamburg
  4. Aussprache zu den Reden
  5. Bericht der Mandatsprüfungskommission
  6. Beratung und Beschlussfassung  
zum Themenschwerpunkt »Solidarische und gerechte Alterssicherung«  
Impulsreferat · *Ottmar Schreiner*, MdB, ehem. AfA Bundesvorsitzender  
Vorstellung Leitantrag · *Barbara Loth*, stellv. Landesvorsitzende
  7. Beratung und Beschlussfassung  
zum Themenschwerpunkt »Partizipation und digitale Teilhabe in der sozialen Stadt«  
Impulsreferat · *Prof. Dr. Ilona Wuschig*, HS Magdeburg-Stendal  
Vorstellung Leitantrag · *Philipp Steinberg*, stellv. Landesvorsitzender
  8. Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge
  9. Schlusswort
- Ausklang · Gemeinsames Singen mit den vorwärts Liederfreunden

**Tagesordnung · Landesvertreterversammlung der Berliner SPD am 25. Mai 2013**

Beginn 9.30 Uhr · Einlass ab 8.30 Uhr

ESTREL Hotel Berlin, Sonnenallee 225, 12057 Berlin

1. Eröffnung · Singen mit den Vorwärts Liederfreunden
2. Konstituierung der Landesvertreterversammlung
  - a) Wahl des Präsidiums (Versammlungsleitung)
  - b) Wahl der Mandatsprüfungskommission
  - c) Wahl der Wahlkommissionen
  - d) Wahl des Schriftführers/der Schriftführerin
  - e) Wahl von zwei Vertrauenspersonen
  - f) Wahl von zwei Versammlungsteilnehmerinnen /-teilnehmern zur Versicherung an Eides statt
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Rede des Landesvorsitzenden der Berliner SPD · *Jan Stöß*
5. „Unser Team für Deutschland“ –  
Vorstellung der Berliner DirektkandidatInnen der Berliner SPD
6. Rede des Kanzlerkandidaten der SPD · *Peer Steinbrück*
7. Aussprache zu den Reden
8. Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Berliner Landesliste
9. Schlusswort

**Tagesordnung · Landesparteitag der Berliner SPD am 25. Mai 2013**

Beginn nach Abschluss der Landesvertreterversammlung

ESTREL Hotel Berlin, Sonnenallee 225, 12057 Berlin

1. Eröffnung Landesparteitag und organisatorische Hinweise des Präsidiums
2. Bericht der Mandatsprüfungskommission
3. Nominierung von KandidatInnen für die Europawahl

4. Beratung und Beschlussfassung über Anträge
5. Schlusswort zum Parteitag

**Tagesordnung****Landesvertreterversammlung der Berliner SPD am 2. November 2013  
zur Wahl der Delegierten für die Bundesdelegiertenkonferenz zur Europawahl**

Beginn 9.00 Uhr · Einlass ab 8.00 Uhr

BCC, Alexanderplatz, 10178 Berlin

1. Eröffnung · Begrüßung
2. Konstituierung der Landesvertreterversammlung
  - a) Wahl des Präsidiums (Versammlungsleitung)
  - b) Wahl der Mandatsprüfungskommission
  - c) Wahl der Wahlkommissionen
  - d) Wahl des Schriftführers/der Schriftführerin
- Organisatorische Hinweise des Präsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Rede der Kandidatin für das Europäische Parlament · *Sylvia-Yvonne Kaufmann*
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der sieben Delegierten der Berliner SPD für die Bundesdelegiertenkonferenz zur Europawahl
7. Schlusswort

**Tagesordnung · Landesparteitag der Berliner SPD am 2. November 2013**

Beginn 10.30 Uhr · Einlass ab 9.30 Uhr

BCC Berlin, Alexanderplatz

1. Eröffnung Landesparteitag
2. Rede des Landesvorsitzenden der Berliner SPD · Jan Stöß
3. Rede des Parteivorsitzenden der SPD · Sigmar Gabriel
4. Aussprache zur Rede / zu den Reden
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der 20 Delegierten für den Bundesparteitag
7. Antragsberatung
8. Schlusswort des Landesvorsitzenden · Jan Stöß

**RECHENSCHAFTSBERICHT FÜR DAS JAHR 2011****Sozialdemokratische Partei Deutschlands****Landesverband Berlin**

## RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2011

**Einnahmen-/Ausgabenrechnung**

	Landes- verband	Summe der dem Landesverband nachgeordneten Ortsvereine	Summe der dem Landesverband nachgeordneten Gebietsverbände Unterbezirke und andere	Summe	Gesamt
	€	€	€	€	€
<b>1. Einnahmen</b>					
1. Mitgliedsbeiträge	1.754.549,64	96.095,59	126.752,90	222.848,49	1.977.398,13
2. Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	297.208,96	600,00	380.725,35	381.325,35	678.534,31
3. Spenden von natürlichen Personen	95.952,40	171.907,45	281.376,07	453.283,52	549.235,92
4. Spenden von juristischen Personen	127.941,51	22.900,20	30.010,00	52.910,20	180.851,71
5. Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen	17.199,42	1.215,44	12.158,12	13.373,56	30.572,98
7. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	121.391,49	40.694,66	101.596,13	142.290,79	263.682,28
8. staatliche Mittel	467.313,16	0,00	0,00	0,00	467.313,16
9. sonstige Einnahmen	2.526,87	1.382,72	6.357,53	7.740,25	10.267,12
10. Zuschüsse von Gliederungen	278.503,60	78.285,43	23.859,42	102.144,85	380.648,45
<b>11. Gesamteinnahmen nach den Nummern 1 bis 10</b>	<b>3.162.587,05</b>	<b>413.081,49</b>	<b>962.835,52</b>	<b>1.375.917,01</b>	<b>4.538.504,06</b>
<b>2. Ausgaben</b>					
1. Personalausgaben	1.598.392,67	0,00	69.293,49	69.293,49	1.667.686,16
2. Sachausgaben					
a) des laufenden Geschäftsbetriebes	424.933,44	45.125,01	205.812,10	250.937,11	675.870,55
b) für allgemeine politische Arbeit	577.448,77	185.627,79	289.763,24	475.391,03	1.052.839,80
c) für Wahlkämpfe					
Europawahl	0,00	516,26	0,00	516,26	516,26
Bundestagswahl	0,00	3.201,01	0,00	3.201,01	3.201,01
Landtagswahl	1.671.456,62	203.376,47	490.192,26	693.568,73	2.365.025,35
Kommunalwahl	0,00	19.961,43	176.654,28	196.615,71	196.615,71
d) für die Vermögensverwaltung einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	0,00	0,41	314,40	314,81	314,81
e) sonstige Zinsen	28.505,36	101,70	11,16	112,86	28.618,22
f) sonstige Ausgaben	103,97	1.818,06	978,74	2.796,80	2.900,77
3. Zuschüsse an Gliederungen	1.660,00	23.345,48	77.139,37	100.484,85	102.144,85
<b>4. Gesamtausgaben nach den Nummern 1 bis 3</b>	<b>4.302.500,83</b>	<b>483.073,62</b>	<b>1.310.159,04</b>	<b>1.793.232,66</b>	<b>6.095.733,49</b>
<b>3. Überschul/Defizit (-)</b>	<b>-1.139.913,78</b>	<b>-69.992,13</b>	<b>-347.323,52</b>	<b>-417.315,65</b>	<b>-1.557.229,43</b>

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**  
Landesverband Berlin  
RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2011

**Vermögensbilanz**

	Landes-	Summe der dem Landesverband nachgeordneten Gebietsverbände			Gesamt
	verband	Ortsvereine	Unterbezirke und andere	Summe	
	€	€	€	€	€
<b>1. Besitzposten</b>					
<b>A. Anlagevermögen</b>					
<b>I. Sachanlagen</b>					
1. Haus- und Grundvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Geschäftsstellenausstattung	30.418,00	0,00	0,00	0,00	30.418,00
<b>II. Finanzanlagen</b>					
1. Beteiligungen an Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. sonstige Finanzanlagen	0,00	13.944,39	133.050,65	146.995,04	146.995,04
<b>Summe Anlagevermögen</b>	<u>30.418,00</u>	<u>13.944,39</u>	<u>133.050,65</u>	<u>146.995,04</u>	<u>177.413,04</u>
<b>B. Umlaufvermögen</b>					
<b>I. Forderungen an Gliederungen</b>	863.928,36	0,00	2.215,49	2.215,49	866.143,85
<b>II. Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung</b>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>III. Geldbestände</b>	116.717,50	397.917,86	745.950,64	1.143.868,50	1.260.586,00
<b>IV. sonstige Vermögensgegenstände</b>	22.848,16	0,00	6.771,23	6.771,23	29.619,39
<b>Summe Umlaufvermögen</b>	<u>1.003.494,02</u>	<u>397.917,86</u>	<u>754.937,36</u>	<u>1.152.855,22</u>	<u>2.156.349,24</u>
<b>C. Gesamtbesitzposten (Summe aus A und B)</b>	<u>1.033.912,02</u>	<u>411.862,25</u>	<u>887.988,01</u>	<u>1.299.850,26</u>	<u>2.333.762,28</u>
<b>2. Schuldposten</b>					
<b>A. Rückstellungen</b>					
<b>I. Pensionsverpflichtungen</b>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>II. sonstige Rückstellungen</b>	528.299,67	0,00	0,00	0,00	528.299,67
<b>Summe Rückstellungen</b>	<u>528.299,67</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>528.299,67</u>
<b>B. Verbindlichkeiten</b>					
<b>I. Verbindlichkeiten ggü. Gliederungen</b>	39.843,24	5.789,23	1.605,24	7.394,47	47.237,71
<b>II. Rückzahlungsverpflichtung aus der staatlichen Teilfinanzierung</b>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>III. Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten</b>	0,00	60,74	0,00	60,74	60,74
<b>IV. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern</b>	0,00	956,53	0,00	956,53	956,53
<b>V. sonstige Verbindlichkeiten</b>	76.414,92	274,70	3.682,15	3.956,85	80.371,77
<b>Summe Verbindlichkeiten</b>	<u>116.258,16</u>	<u>7.081,20</u>	<u>5.287,39</u>	<u>12.368,59</u>	<u>128.626,75</u>
<b>C. Gesamte Schuldposten (Summe von A und B)</b>	<u>644.557,83</u>	<u>7.081,20</u>	<u>5.287,39</u>	<u>12.368,59</u>	<u>656.926,42</u>
<b>3. Reinvermögen</b>	<u>389.354,19</u>	<u>404.781,05</u>	<u>882.700,62</u>	<u>1.287.481,67</u>	<u>1.676.835,86</u>

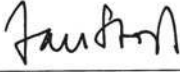

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**  
Landesverband Berlin  
RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2011




**Vollständigkeitserklärung:**

Wir versichern hiermit, dass in dem vorstehenden Rechenschaftsbericht

- die Einnahmen, Ausgaben, Besitz- und Schuldposten des Landesverbandes und der zu ihm gehörenden Arbeitsgemeinschaften und sonstigen Zusammenschlüsse der Partei vollständig erfasst sind.
- die Berichte aller dem Landesverband nachgeordneten Gebietsverbände (Unterbezirke, Kreis-, Stadt-, Gemeindeverbände, Wahlkreisorganisationen etc.) vollständig erfasst und mit den erforderlichen Vollständigkeitserklärungen der jeweiligen Finanzvorstände, auf die wir Bezug nehmen, versehen sind.
- Anschaffungen, mit einem Wert von im Einzelfall mehr als 5.000 EUR je Gegenstand, in der Vermögensbilanz - unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen - aufgeführt sind.

Berlin, den 27. September 2012

  
 Vorsitzende(r)
   
 Schatzmeister(in)

  
 Revisor(in)
   
 Revisor(in)
   
 Revisor(in)

## RECHENSCHAFTSBERICHT FÜR DAS JAHR 2012

### Sozialdemokratische Partei Deutschlands Landesverband Berlin RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2012

#### Einnahmen-/Ausgabenrechnung

	Landes-	Summe der dem Landesverband nachgeordneten Gebietsverbände			Gesamt
	verband	Ortsvereine	Unterbezirke und andere	Summe	
	€	€	€	€	€
<b>1. Einnahmen</b>					
1. Mitgliedsbeiträge	1.796.847,16	92.258,95	125.203,64	217.462,59	2.014.309,75
2. Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	281.838,50	0,00	389.670,78	389.670,78	671.509,28
3. Spenden von natürlichen Personen	14.056,68	92.239,87	89.162,86	181.402,73	195.459,41
4. Spenden von juristischen Personen	54,00	5.033,78	2.350,00	7.383,78	7.437,78
5. Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen	10.586,40	2.138,75	10.537,02	12.675,77	23.262,17
7. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	88.159,59	28.330,91	57.648,90	85.979,81	174.139,40
8. staatliche Mittel	511.176,68	0,00	0,00	0,00	511.176,68
9. sonstige Einnahmen	2.907,57	3.422,42	1.159,61	4.582,03	7.489,60
10. Zuschüsse von Gliederungen	173.200,24	30.176,73	26.290,93	56.467,66	229.667,90
11. Gesamteinnahmen nach den Nummern 1 bis 10	<u>2.878.826,82</u>	<u>253.601,41</u>	<u>702.023,74</u>	<u>955.625,15</u>	<u>3.834.451,97</u>
<b>2. Ausgaben</b>					
1. Personalausgaben	1.459.629,40	0,00	36.758,96	36.758,96	1.496.388,36
2. Sachausgaben					
a) des laufenden Geschäftsbetriebes	406.825,86	39.730,66	198.741,49	238.472,15	645.298,01
b) für allgemeine politische Arbeit	502.414,47	173.254,81	244.698,11	417.952,92	920.367,39
c) für Wahlkämpfe					
Europawahl	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Bundestagswahl	0,00	200,13	7.608,26	7.808,39	7.808,39
Landtagswahl	0,00	6.926,66	13.819,40	20.746,06	20.746,06
Kommunalwahl	0,00	2.152,80	492,79	2.645,59	2.645,59
d) für die Vermögensverwaltung einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
e) sonstige Zinsen	7.959,43	1,72	1,30	3,02	7.962,45
f) sonstige Ausgaben	0,03	255,50	2.426,83	2.682,33	2.682,36
3. Zuschüsse an Gliederungen	2.700,00	18.342,19	25.825,47	44.167,66	46.867,66
4. Gesamtausgaben nach den Nummern 1 bis 3	<u>2.379.529,19</u>	<u>240.864,47</u>	<u>530.372,61</u>	<u>771.237,08</u>	<u>3.150.766,27</u>
<b>3. Überschuß/Defizit (-)</b>	<u>499.297,63</u>	<u>12.736,94</u>	<u>171.651,13</u>	<u>184.388,07</u>	<u>683.685,70</u>

### Sozialdemokratische Partei Deutschlands Landesverband Berlin RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2012

#### Vermögensbilanz

	Landes-	Summe der dem Landesverband nachgeordneten Gebietsverbände			Gesamt
	verband	Ortsvereine	Unterbezirke und andere	Summe	
	€	€	€	€	€
<b>1. Besitzposten</b>					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen					
1. Haus- und Grundvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Geschäftsstellenausstattung	25.784,00	0,00	0,00	0,00	25.784,00
II. Finanzanlagen					
1. Beteiligungen an Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. sonstige Finanzanlagen	0,00	19.301,26	68.050,65	87.351,91	87.351,91
Summe Anlagevermögen	<u>25.784,00</u>	<u>19.301,26</u>	<u>68.050,65</u>	<u>87.351,91</u>	<u>113.135,91</u>
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen an Gliederungen	1.366.648,79	6.247,23	602,88	6.850,11	1.373.498,90
II. Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Geldbestände	74.013,62	394.316,10	98.153,16	1.375.469,26	1.449.482,88
IV. sonstige Vermögensgegenstände	22.006,42	4.894,93	7.331,10	12.226,03	34.232,45
Summe Umlaufvermögen	<u>1.462.668,83</u>	<u>405.458,26</u>	<u>989.087,14</u>	<u>1.394.545,40</u>	<u>2.857.214,23</u>
C. Gesamtbesitzposten (Summe aus A und B)	<u>1.488.452,83</u>	<u>424.759,52</u>	<u>1.057.137,79</u>	<u>1.481.897,31</u>	<u>2.970.350,14</u>
<b>2. Schuldposten</b>					
A. Rückstellungen					
I. Pensionsverpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
II. sonstige Rückstellungen	508.979,21	0,00	0,00	0,00	508.979,21
Summe Rückstellungen	<u>508.979,21</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>508.979,21</u>
B. Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten ggü. Gliederungen	8.124,99	5.991,37	1.748,27	7.739,64	15.864,63
II. Rückzahlungsverpflichtung aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	0,00	5,37	0,00	5,37	5,37
IV. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern	0,00	1.181,53	0,00	1.181,53	1.181,53
V. sonstige Verbindlichkeiten	82.696,81	63,26	1.037,77	1.101,03	83.797,84
Summe Verbindlichkeiten	<u>90.821,80</u>	<u>7.241,53</u>	<u>2.786,04</u>	<u>10.027,57</u>	<u>100.849,37</u>
C. Gesamte Schuldposten (Summe von A und B)	<u>599.801,01</u>	<u>7.241,53</u>	<u>2.786,04</u>	<u>10.027,57</u>	<u>609.828,58</u>
<b>3. Reinvermögen</b>	<u>888.651,82</u>	<u>417.517,99</u>	<u>1.054.351,75</u>	<u>1.471.869,74</u>	<u>2.360.521,56</u>

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**  
**Landesverband Berlin**  
 RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2012

**Vollständigkeitserklärung:**

Wir versichern hiermit, dass in dem vorstehenden Rechenschaftsbericht

- die Einnahmen, Ausgaben, Besitz- und Schuldposten des Landesverbandes und der zu ihm gehörenden Arbeitsgemeinschaften und sonstigen Zusammenschlüsse der Partei vollständig erfasst sind,
- die Berichte aller dem Landesverband nachgeordneten Gebietsverbände (Unterbezirke, Kreis-, Stadt-, Gemeindeverbände, Wahlkreisorganisationen etc.) vollständig erfasst und mit den erforderlichen Vollständigkeitserklärungen der jeweiligen Finanzvorstände, auf die wir Bezug nehmen, versehen sind,
- Anschaffungen, mit einem Wert von im Einzelfall mehr als 5.000 EUR je Gegenstand, in der Vermögensbilanz - unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen - aufgeführt sind.

Berlin, den 27. September 2013



Vorsitzende(r)



Schatzmeister(in)



Revisor(in)



Revisor(in)



Revisor(in)

**MITGLIEDERENTWICKLUNG · 2012 - 2013**

KREIS	Stichtag	% %		Stichtag	% %		Differenz 2012-2013
	31.12.2012	männlich	weiblich	31.12.2013	männlich	weiblich	
Mitte	2.135	67,17	32,83	2.285	66,78	33,22	+ 150
Friedrichshain-Kreuzberg	1.538	67,36	32,64	1.644	67,34	32,66	+ 106
Pankow	1.530	69,28	30,72	1.605	68,22	31,78	+ 75
Charlottenburg-Wilmersdorf	2.281	63,92	36,08	2.304	64,06	35,94	+ 23
Spandau	915	66,01	33,99	945	66,24	33,76	+ 30
Steglitz-Zehlendorf	2.085	65,95	34,05	2.114	66,23	33,77	+ 29
Tempelhof-Schöneberg	2.005	65,24	34,76	2.085	64,94	35,06	+ 80
Neukölln	1.318	66,16	33,84	1.346	65,45	34,55	+ 28
Treptow-Köpenick	612	68,63	31,37	624	68,27	31,73	+ 12
Marzahn-Hellersdorf	288	71,18	28,82	310	71,29	28,71	+ 22
Lichtenberg	460	71,96	28,04	486	71,81	28,19	+ 26
Reinickendorf	1.200	66,67	33,33	1.189	67,28	32,72	- 11
International	149	75,84	24,16	184	73,91	26,09	+ 35
<b>GESAMT</b>	<b>16.516</b>	<b>66,70</b>	<b>33,30</b>	<b>17.121</b>	<b>67,83</b>	<b>32,17</b>	<b>+ 605</b>